

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

138. Sitzung

Berlin, Freitag, den 1. Dezember 2000

Inhalt:

Glückwünsche zum Geburtstag des Abgeordneten Dr. Heinz Riesenhuber	13463 A	Ulrike Flach F.D.P.	13476 C
		Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen) CDU/CSU	13478 B
		Hans-Josef Fell BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	13481 A
		Ulrike Flach F.D.P.	13481 D
		Jörg Tauss SPD	13482 C
Tagesordnungspunkt III (Fortsetzung):			
a) Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001) (Drucksachen 14/4000, 14/4302)	13459 A	Haushaltsgesetz 2001	
		(Drucksachen 14/4522, 14/4523)	13486 C
b) Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung: Finanzplan des Bundes 2000 bis 2004 (Drucksachen 14/4001, 14/4301, 14/4524)	13459 A	Tagesordnungspunkt IV:	
		Dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001) (Drucksachen 14/4000, 14/4302, 14/4501 bis 14/4520, 14/4521, 14/4522, 14/4523)	13486 D
Einzelplan 30		Adolf Roth (Gießen) CDU/CSU	13487 A
Bundesministerium für Bildung und Forschung (Drucksachen 14/4518, 14/521)	13459 B	Joachim Poß SPD	13490 A
Steffen Kampeter CDU/CSU	13459 C	Dr. Günter Rexrodt F.D.P.	13494 A
Siegrun Klemmer SPD	13463 A	Antje Hermenau BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	13496 B
Steffen Kampeter CDU/CSU	13465 D	Dr. Christa Luft PDS	13499 B
Ulrike Flach F.D.P.	13466 B	Hans Jochen Henke CDU/CSU	13500 D
Dr. Ilja Seifert PDS	13468 A	Hans Eichel, Bundesminister BMF	13502 C
Matthias Berninger BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	13469 B	Dr. Bernd Protzner CDU/CSU	13505 D
Maritta Böttcher PDS	13471 D	Namentliche Abstimmungen 13506 D, 13507 C, 13510 A	
Edelgard Bulmahn, Bundesministerin BMBF	13473 C	Ergebnisse	13507 D, 13510 C, 13514 C
Werner Lensing CDU/CSU	13474 A		

Tagesordnungspunkt V:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Neuregelung der sozialversicherungsrechtlichen Behandlung von einmalig gezahltem Arbeitsentgelt (Einmalzahlungs-Neuregelungsgesetz) (Drucksachen 14/4371, 14/4409, 14/4743, 14/4803)	13512 B
Gerd Andres, Parl. Staatssekretär BMA	13513 A
Heinz Schemken CDU/CSU	13516 B
Karl-Josef Laumann CDU/CSU	13518 B
Katrin Göring-Eckardt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	13519 A
Dr. Heinrich L. Kolb F.D.P.	13519 D
Gerd Andres, Parl. Staatssekretär BMA	13520 D
Dr. Heinrich L. Kolb F.D.P.	13520 D
Pia Maier PDS	13521 A
Franz Thönnies SPD	13521 D

Tagesordnungspunkt VI:

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Reform des Zivilprozesses (Drucksache 14/4722)	13522 D
Dr. Herta Däubler-Gmelin, Bundesministerin BMJ	13523 A
Norbert Röttgen CDU/CSU	13524 B

Helmut Wilhelm (Amberg) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	13527 A
Rainer Funke F.D.P.	13527 D
Dr. Evelyn Kenzler PDS	13528 D
Joachim Stünker SPD	13529 C
Norbert Röttgen CDU/CSU	13531 B
Dr. Herta Däubler-Gmelin SPD	13531 C
Joachim Stünker SPD	13531 D
Nächste Sitzung	13532 C

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten	13533 A
---------------------------------------------	---------

Anlage 2

Erklärung der Abgeordneten Heidi Knake-Werner (PDS) zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2001 (Drucksache 14/4829) und zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2001 (Drucksachen 14/4522 und 14/4523)	13533 D
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------

Anlage 3

Amtliche Mitteilungen	13534 A
-----------------------------	---------

(A)

(C)

138. Sitzung

Berlin, Freitag, den 1. Dezember 2000

Beginn: 9.00 Uhr

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Liebe Kolleginnen und Kollegen, guten Morgen! Die Sitzung ist eröffnet.

Wir setzen die Haushaltsberatungen fort:

- III. a) Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2001

(Haushaltsgesetz 2001)

– Drucksachen 14/4000, 14/4302 –
(Erste Beratung 119. Sitzung)

- (B) b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Finanzplan des Bundes 2000 bis 2004

– Drucksachen 14/4001, 14/4301, 14/4524 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Dietrich Austermann
Hans Georg Wagner
Oswald Metzger
Dr. Werner Hoyer
Dr. Christa Luft

Ich rufe auf:

- III. 23 **Einzelplan 30
Bundesministerium für Bildung und Forschung**

– Drucksachen 14/4518, 14/4521 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Steffen Kampeter
Siegrun Klemmer
Matthias Berninger
Dr. Günter Rexrodt
Dr. Christa Luft

Es liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der CDU/CSU, fünf Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P. und fünf Änderungsanträge der Fraktion der PDS vor. Die Fraktion der F.D.P. hat einen Entschließungsantrag eingebracht, über den wir später abstimmen werden.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinhalb Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Steffen Kampeter das Wort.

Steffen Kampeter (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Themen der Bildungs- und Forschungspolitik gehören zu den spannendsten, die wir in Deutschland am Anfang des 21. Jahrhunderts hier im Parlament diskutieren können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

(D)

Noch nie hat sich Wissen in unserer Gesellschaft so schnell angesammelt; noch nie ist Veränderung so rasch vonstatten gegangen. Bildung ist der Schlüssel für die individuellen Lebenschancen und der Motor für die gesellschaftliche Entwicklung. Deshalb meint die CDU/CSU-Fraktion, dass Bildungs- und Forschungspolitik heute im Zentrum der politischen Aufmerksamkeit stehen müssen. Ich hoffe, dass diese Debatte dazu einen Beitrag leistet.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Sicher!)

Es gibt in Deutschland einen weitgehenden gesellschaftlichen und politischen Konsens darüber, dass die gegenwärtigen Herausforderungen des globalen Wandels neue Anstrengungen im Bildungsbereich nötig machen. Das Leitbild der CDU/CSU ist dabei die lernende Gesellschaft.

Wir bejahen das **Leistungsprinzip** und setzen uns für **Chancengerechtigkeit** ein. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich jeder nach seinen Begabungen und Talenten optimal entfalten kann. Dafür brauchen wir ein zukunftsorientiertes Bildungssystem, eine leistungsfähige Forschungslandschaft, Offenheit für neue Technologien, ein intaktes Hochschulwesen und eine umfassende Zukunftsorientierung unserer beruflichen Bildung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wenn wir heute über Bildung sprechen, reden wir nicht über technokratische Konzepte. Wir Christdemokraten

Steffen Kampeter

- (A) sind davon überzeugt, dass Bildung nicht nur eine Sache des Kopfes, sondern auch eine Sache des Herzens ist. Deswegen sagen wir: Bildung geht nicht ohne Erziehung und Erziehung geht nicht ohne Werte. Eine gute Werteerziehung ist die beste Vorsorge gegen Extremismus und Gewalt in diesem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Über all diese Fragen würden wir gerne mit der Regierung diskutieren und nach dem besten Weg für Deutschland suchen. Wichtig ist vor allen Dingen, dass etwas passiert. Aber in der vor wenigen Tagen unter der Überschrift: „Zwei zu null für Bildung und Forschung“ vorgelegten **Halbzeitbilanz** von Ministerin Bulmahn sehe ich – das ist enttäuschend – wenig Substanz für einen Dialog mit dieser Regierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Jörg Tauss [SPD]: Reden Sie jetzt von sich oder von wem? Von welcher Substanz redet er?)

Nach Ihrer Selbsteinschätzung mögen Sie vielleicht zwei zu null führen, Frau Bundesministerin; allerdings haben Sie den politischen Bereich Bildung und Forschung ins Abseits geführt und es ist beim Fußball nun einmal so, dass die aus dem Abseits erzielten Tore nicht zählen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Erfolgsbilanz hat ein einfaches Strickmuster: Bis zum Regierungswechsel war alles mies; mit Rot-Grün kam dann strahlendes Licht in Bildung und Forschung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Aber welche Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion – mit Ausnahme weniger Versprengter – glauben eigentlich noch, dass Bildung und Forschung in Deutschland Chefsache sind oder gar ein Herzensanliegen der rot-grünen Regierung?

Ich will deutlich sagen, dass wir keine Totalopposition zu Ihrer Politik machen. Die Teilbereiche Ihrer Politik, die die erfolgreiche Arbeit der Regierung Kohl und die Politik von Jürgen Rüttgers fortsetzen, stoßen in unserer Fraktion auf Zustimmung: Bio-Regio und Inno-Regio – Initiative Rüttgers; Schulen ans Netz – Initiative Rüttgers; Meister-BAföG – Initiative Rüttgers; Lehrstellengarantie – Initiative Rüttgers; Wettbewerb zwischen Forschungseinrichtungen – Initiative Rüttgers; Internationalisierung des Hochschulwesens – Initiative Rüttgers; Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses – auch eine Idee der von Kohl geführten Regierung. Auf diesen Feldern haben Sie unsere Unterstützung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Rückgang der Mittel – Initiative Rüttgers!)

Die Behauptungen, vor dem Regierungswechsel sei alles anders bzw. schlechter gewesen und jetzt sei alles besser geworden, sind schlicht und ergreifend falsch. Solche Behauptungen entstammen dem politischen Phantasia-land. Sie haben keine wesentlich neuen Ideen in den Bildungs- und Forschungsbereich eingebracht und deswegen beurteilen wir Ihre Politik, die über die Fortsetzung

der **Initiativen von Rüttgers** hinausgeht, ausgesprochen kritisch. Auf den Feldern, auf denen Sie erfolgreich sind, setzen Sie unsere Politik fort; bei all dem, was Sie neu anpacken, bringen Sie viel Unfertiges, Ungares und vor allen Dingen selten politisch Erfolgreiches hervor. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die Bundesbildungsministerin ist nicht präsent in der öffentlichen Bildungsdebatte, die Bundesforschungsministerin ist nicht präsent in der öffentlichen Bioethik-Debatte. Das Schlimmste: Wie alle Umfragen zeigen, kennt kaum jemand in Deutschland die Bildungs- und Forschungsministerin.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Wie heißt sie denn?)

Das Thema Bildung und Forschung hat in Deutschland einen großen Stellenwert; aber die Ministerin ist ganz unten – ein schlimmer Befund für diese Regierung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Dass das nicht nur innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion so gesehen wird, zeigt das **publizistische Echo** auf Ihre Halbzeitbilanz, die durchweg negativ ausfällt: „Bildungspolitik ohne Profil“, so texteten die „VDI Nachrichten“, „Viel Unfertiges und keinerlei Aufbruchstimmung“ die „Frankfurter Rundschau“ – nicht gerade verdächtig, der CDU besonders nahe zu stehen – und die „Wirtschafts Woche“ resümiert über Ihre Politik: „Ideen – Mangelware“. Als Zusammenfassung dieses Bildes über die Arbeit der Bundesregierung im Bereich Bildung und Forschung kann festgehalten werden: keine neuen Ideen, viele Ankündigungen, aber keine Ergebnisse. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Rot-Grün hat im Wahlkampf die Verdoppelung der Bildungs- und Forschungsausgaben versprochen.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben das auch eingehalten!)

Die Bundesbildungsministerin ist bei der Umsetzung dieses Versprechens eingeknickt. Sie haben wesentliche Kompetenzen in der **Technologieförderung** an das Wirtschaftsministerium abgegeben und so an politischer Bedeutung verloren. Angekündigt war eine Novelle zum Meister-BAföG – bis heute umgesetzt: nichts; angekündigt war ein Verbot von Studiengebühren in Deutschland – umgesetzt: nichts; angekündigt war eine Umlage für nicht ausbildungsbereite Unternehmen – umgesetzt: nichts; angekündigt war eine Dienstrechtsreform – umgesetzt: nichts; angekündigt waren Laptops für alle Schülerinnen und Schüler – umgesetzt: nichts. Die Liste Ihrer Misserfolge ist so lang, dass man keinesfalls den Eindruck gewinnen kann, als hätten Bildung und Forschung in Ihrer Regierung eine hohe Priorität.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Zuruf von der SPD: Davon können Sie doch nur träumen!)

Dies wird auch deutlich, wenn man sich die Zahlen des Haushalts einmal ansieht. Beispielsweise wurde behauptet, auf der Projektförderung liege ein besonderer Schwer-

Steffen Kampeter

- (A) punkt. Die Zahlen sprechen aber eine andere Sprache: Die Bundesministerin muss Geldmittel in einer Größenordnung von knapp einer viertel Milliarde DM am Jahresende bei Herrn Eichel abgeben. Dieses Geld muss vor allem bei der Projektförderung eingespart werden und so entlarvt sich Frau Bulmahn als reine Ankündigungsministerin. Eine solche Politik kann nicht unsere Zustimmung finden.

Mit der Fortführung der Bio-Regio-Initiative und der nur teilweisen Übernahme des Unionsvorschlags für eine **Genom-Initiative** haben Sie auch in diesem Bereich nur politisches Stückwerk geliefert. Für eine seriöse und nachhaltige Arbeit auf diesem Feld hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft einen Finanzbedarf von fünf mal 200 Millionen DM – also rund 1 Milliarde DM – für erforderlich gehalten. Sie dagegen haben gerade einmal drei mal 100 Millionen DM in Ihren Haushalt eingestellt. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass Sie auch auf dem wichtigen Feld der Genomforschung nur politisches Stückwerk liefern. Sie verschwenden wichtige Zukunftschancen für unser Land und das wird von uns kritisiert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Einer der größten politischen Misserfolge dieser Regierung der letzten Monate war die Verteilung der Gelder aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen. Offensichtlich unabgestimmt und ohne jede politische Rückenbedeckung bei Koalition und Fraktion hatte das Bildungsministerium den Bundesländern angekündigt, dass aus den Zinseinsparungen infolge der Versteigerung der UMTS-Lizenzen fünf Jahre lang pro Jahr 1,2 Milliarden DM zusätzlich in Bildung und Forschung fließen würden, also eine Gesamtsumme von 6 Milliarden DM.

(B)

Nach dieser nassforschenden Ankündigung haben Sie sich, Frau Ministerin, relativ rasch in der Wirklichkeit wiedergefunden. Aus den angekündigten 6 Milliarden DM wurde nichts. Sie wurden mit drei mal 600 Millionen DM abgespeist. Wir mussten sogar die Haushaltsberatungen für einige Wochen unterbrechen, damit Sie noch um politische Unterstützung für Ihr Vorhaben werben konnten. Dies zeigt, wie wenig Unterstützung Sie tatsächlich in der Regierung und der Koalition haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die Deutsche Bahn bekommt für ihre Modernisierungsinvestitionen jedes Jahr 9 Milliarden DM vom Steuerzahler. Es ist Ihnen nicht gelungen, entsprechend vergleichbare Größenordnungen für Bildung und Forschung zu mobilisieren. Deshalb verwundert es auch nicht, dass die linke „tageszeitung“ am 10. August 1999 zu Ihrer Person gefragt hat: „Visionärin oder Quatschtante?“ Ich stelle fest: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Sie als Visionärin hier noch nicht erlebt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein wichtiger Punkt bei Bildung und Forschung ist der Hochschulbereich. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion tritt für mehr Wettbewerb im Hochschulwesen ein. Wir können die bürokratischen Verkrustungen in diesem Bereich nicht weiter hinnehmen.

(Jörg Tauss [SPD]: Wie in Baden-Württemberg!)

(C) Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass die notwendigen Investitionen im Hochschulbereich von uns ausreichend unterstützt werden. In den Haushaltsberatungen haben wir deswegen eine Aufstockung der Investitionsmittel im Hochschulbereich um rund 200 Millionen DM beantragt. Dies haben Sie abgelehnt und damit deutlich gemacht, dass Ihnen die politische Unterstützung des Hochschulbaus nicht am Herzen liegt.

Auch beim **BAföG** sieht es ausgesprochen schlimm aus. Seit Jahren kündigen Sie die große Trendwende bei der Schüler- und Studentenförderung an. Die Trendwende, die Sie angekündigt haben, ist Ihnen keinesfalls gelungen. Selbst die 20. BAföG-Novelle führt nicht zu den erwarteten Mehrausgaben und einer Verbesserung der Situation der Studierenden und Schüler. Die Strukturreform, also die große BAföG-Reform, ist auf die nächste Legislaturperiode verschoben worden, wird also von einer CDU-geführten Bundesregierung durchgesetzt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Uwe Küster [SPD]: Da pfeift aber einer im Wald! Vor Weihnachten darf man auch mal Träume haben! – Weiterer Zuruf von der SPD: Aber der Weihnachtsmann war doch noch gar nicht da!)

(D) Die Koalition macht beim BAföG genau das Gegenteil von dem, was Sie ankündigen. Sie nimmt Ihnen bei der Schüler- und Studentenförderung im nächsten Jahr 45 Millionen DM weg, weil Sie die Mittel, die nach Ihren eigenen Bekundungen ausgesprochen gering sind, überhaupt nicht ausgeben können. BAföG hat keine politische Priorität. Wenn ich in diesen Tagen die Zeitungen lese, stelle ich auch fest: Diese Koalition hat für die Studentenförderung nicht einmal ein gemeinsames Konzept. Auch hier: Fehlanzeige und keine Priorität für Bildung und Forschung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kein glückliches Händchen hat die Regierung auch bei der **Neuordnung der deutschen Forschungslandschaft**. Das abschreckendste Beispiel ist die Zusammenführung von Fraunhofer-Gesellschaft und der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung. Was als ein gut gemeintes Projekt begann, ist durch Ihre wenig professionelle politische Begleitung von einer Heirat zwischen Gleichberechtigten zu einer Zwangsfusion mit sehr viel Unruhe für alle Beteiligten geworden. Auch war es Ihnen in diesem Zusammenhang wichtiger, vor mehr als einem Jahr die Fusion zu verkünden, als sich darum zu kümmern, dass sie auch tatsächlich stattfindet. Dieses Verfahren rächt sich jetzt. Der Scherbenhaufen, der von Ihnen hinterlassen wird, muss von anderen abgearbeitet werden.

Ein weiteres Thema: In Sonntagsreden wird von der Regierung immer die Gleichstellung von beruflicher und akademischer Bildung gefordert. Ich freue mich, dass die Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgegriffen wird, in diesem Zusammenhang die Mittel für die Begabtenförderung im Handwerk aufzustocken und damit den politischen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Steffen Kampeter

- (A) Unsere weitere wichtige politische Initiative, die Fortentwicklung der Handwerksbildungszentren zu Kompetenzzentren des Handwerks finanziell abzusichern, wurde von der Koalition abgelehnt. Wir bedauern dies sehr, zumal wir wissen, dass gerade das Handwerk sowohl im Ausbildungsbereich als auch bei der Schaffung von Jobs stets ein verlässlicher Partner der Politik war und Ihre Unterstützung verdient hätte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wenig überlegt und kaum durchdacht erscheinen der CDU/CSU die Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich von **Computertechnologie und Internet**. Von dem peinlichen und gebrochenen Versprechen, jedem Schüler einen Laptop zu geben, habe ich bereits berichtet. Die Green-Card-Initiative ist bei den deutschen Technologie- und Kommunikationsunternehmen gescheitert. Vier Monate nach In-Kraft-Treten der Regelung ist der Anteil der mit Green Card Beschäftigten sehr gering. Beispielsweise sind von den 200 000 Mitarbeitern des Unternehmens Telekom gerade einmal 20 über eine Green Card beschäftigt.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Wie viel?)

– 20 von 200 000, Herr Kollege! – Sprachprobleme werden als Haupthindernis für die Einstellung genannt. Hätte man nicht vorher wissen können, dass Ausländer nicht perfekt Deutsch sprechen? Hätte man nicht eine sinnvolle Regelung schaffen können, durch die auch anderen Bereichen Rechnung getragen worden wäre?

- (B) Ich stelle fest: Für uns ist der Wettbewerb um die besten Köpfe nicht in erster Linie ein Problem des Ausländerrechts. Entscheidend, sozusagen der Schlüssel, ist vielmehr die Standortattraktivität Deutschlands für alle, für Inländer wie für Ausländer.

Den Green-Card-Flop versucht die Bundesregierung jetzt mit Geldgeschenken auszumerzen. 15 Millionen DM gibt der Wirtschaftsminister unter dem Motto „Internet für alle“ aus. Damit sollen alle gesellschaftlichen Gruppen bürgernah und effizient – in diesem Sinne ist es zumindest im Haushaltsgesetz formuliert – über den Umgang mit dem Internet informiert werden. Ich garantiere Ihnen: Bevor der erste Förderantrag bewilligt ist, hat sich das Internet so verändert, dass die Beamten im Ministerium schon gar nicht mehr wissen, was da läuft. Ihre Initiative ist völlig unsinnig!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Auch in anderen Bereichen ist es nicht besser: Beispielsweise ist die Einrichtung einer **Notebook-University** im Haushalt des Forschungsministeriums mit 50 Millionen DM etatisiert. Das ist Aktionismus ohne Plan und Verstand. Ein Konzept ist keinesfalls zu erkennen.

Ich glaube nicht – das will ich an dieser Stelle ausführen –, dass diese Bonbons für Technologieunternehmen dem Standort Deutschland wesentlich helfen. Wer wie die rot-grüne Regierung eine Steuerreform zulasten der kleinen und mittelständischen Unternehmen und damit zulasten der Technologieunternehmen durchgeführt

hat, der schadet der New Economy mehr, als er ihr mit Pflästerchen helfen kann. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer gerade kleine und mittelständische Technologieunternehmen in der Steuerpolitik benachteiligt, der macht deutlich, dass seine Steuerpolitik innovations- und damit arbeitsplatzfeindlich ist. Das kann man nicht damit ausgleichen, dass man hier einmal 1 Million oder da einmal ein Programm organisiert. Eine grundlegende Problemlösung wäre angebracht.

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung beabsichtigt, im kommenden Jahr einen Betrag von rund 15 Milliarden DM auszugeben. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bedauert es, dass der politische Nutzen trotz dieses anerkannt hohen Betrags außerordentlich gering ist. Noch nie wurde im Bereich Bildung und Forschung mit so viel Geld so wenig erreicht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir halten die Schwerpunkte für falsch gesetzt und die Politik für verfehlt. Die Amtsinhaberin hat abgewirtschaftet.

Unsere Anträge zu Bildung und Forschung mit einem Volumen von etwa 1 Milliarde DM – Schwerpunktbereiche sind Projektförderung, Hochschulbau und Genominitiative – wurden abgelehnt. Die Ausrichtung Ihrer Politik insgesamt und die falsche Struktur dieses Haushalts lassen uns daher zu dem Schluss kommen, diesen Etat abzulehnen. Wir tun das mit großer Überzeugung. (D)

Zum Abschluss meiner Rede will ich Ihnen deutlich machen, dass wir Sie, Frau Ministerin, an einem Punkt gerne unterstützen möchten, auch wenn wir Ihre Politik insgesamt ablehnen: In diesen Tagen war in den Zeitungen zu lesen, dass der Stadtbaurat Berlin-Mitte dem Bundesministerium für Bildung und Forschung untersagt hat, die **deutsche Flagge** vor seinem Haus zu hissen. Ich muss Ihnen sagen: Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung halte ich es für eine Schweinerei, wenn ein PDS-Stadtrat einer Bundesbehörde verbieten will, die Flagge des wiedervereinten Deutschlands vor ihrem Haus aufzuziehen,

(Hans Georg Wagner [SPD]: Auch die europäische!)

weil dort schon so viele andere Flaggenmasten stehen.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Unglaublich!)

Wir sagen Ihnen in dieser Angelegenheit unsere volle Unterstützung zu. Wir halten die Flagge Deutschlands für ein gutes Symbol des wiedervereinten Deutschlands. Dieses Land ist toll. Es wird nur zu mies regiert, und das nicht nur im Bereich Bildung und Forschung.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kollege Dr. Riesenhuber feiert heute

Vizepräsidentin Anke Fuchs

- (A) Geburtstag. Ich gratuliere ihm im Namen des ganzen Hauses.

(Beifall)

Ich vermute, Herr Kollege, dass Sie dieser Debatte mit großem Interesse und an mancher Stelle mit Verwunderung folgen.

(Heiterkeit)

Jetzt hat die Kollegin Siegrun Klemmer, SPD-Fraktion, das Wort.

Siegrun Klemmer (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser lauten morgendlichen Rede des Kollegen Kampeter will ich mich bemühen, zu den haushaltspolitischen Realitäten des Einzelplans 30 zurückzukehren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bildung und Wissenschaft sind die beste und wichtigste Investition in unsere Zukunft, in die Zukunft jedes einzelnen Bürgers, in die Zukunft unserer ganzen Gesellschaft.

Das hat Bundespräsident Johannes Rau am 14. Juli 2000 auf dem ersten Kongress des Forum Bildung in Berlin gesagt. Weil die Regierungskoalition mit dem Bundespräsidenten ausdrücklich einer Meinung ist, zählt der Einzelplan Bildung und Forschung eindeutig zu den Gewinnern im Haushaltsaufstellungsverfahren für 2001.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das glauben Sie ja selbst nicht!)

Gewinner ist damit auch die deutsche Hochschul- und Forschungslandschaft, sind die Studierenden und ist der wissenschaftliche Nachwuchs.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir legen heute einen Einzelplan vor, dessen Plafond sich auf nahezu 16 Milliarden DM beläuft. Das sind 1,38 Milliarden DM bzw. 9,5 Prozent mehr als im laufenden Haushaltsjahr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bereits im Entwurf waren zusätzlich 780 Millionen DM vorgesehen, was einem Aufwuchs von 5,3 Prozent entsprochen hätte. Dank den aus den **UMTS-Versteigerungserlösen** resultierenden Zinsminderausgaben stehen für Bildung und Forschung im Rahmen des bis zum Jahre 2003 befristeten Zukunftsinvestitionsprogramms 1,8 Milliarden DM – das sind jährlich 600 Millionen DM mehr – zur Verfügung.

Herr Kollege Kampeter, die Verwendung dieser aus den Zinsminderausgaben resultierenden Mittel ist durchaus einvernehmlich zwischen dem BMBF und der Regierungskoalition festgelegt worden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg Tauss [SPD]: Aha!)

Ich will mich heute vor allen Dingen auf die neuen Akzente kaprizieren, weil ich die anderen Veränderungen be-

reits während der ersten Lesung angesprochen habe. Die UMTS-Zinersparnisse investieren wir in vier Bereiche. (C) Erstens heben wir die **Zukunftsinitiative Hochschule** aus der Taufe, ein Projekt, das bis zum Jahr 2003 einen Umfang von 1 Milliarden DM haben wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese Zukunftsinitiative beinhaltet vier große Themenbereiche.

Den ersten bildet das virtuelle Hochschulprojekt, das die Qualität multimedialer Lehr- und Lernformen durch den verstärkten Einsatz neuer Medien substanziell verbessert. Aufbauend auf diesen multimedialen Lehrangeboten wird es künftigen Studierenden möglich sein, ein komplettes Studienangebot computergestützt und über das Netz online wahrzunehmen. Darüber hinaus soll eine Notebook-University ein Onlinestudium über ein lokales Verbundnetz ermöglichen.

Ein weiterer Schritt in unseren Bemühungen, Deutschland im Bereich der Informationstechnologien in der weltweiten Spitze zu etablieren, ist die Gründung eines Instituts für Informationstechnologie GMD-IT in St. Augustin. Dieses Institut wird zur wachsenden Verzahnung von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen beitragen.

Den zweiten Kern der Zukunftsinitiative Hochschule stellt das Projekt zur Aufwertung des Wissenschaftsstandortes Deutschland dar – Brain Gain statt Brain Drain.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Was ist denn das?) (D)

– Herr Kollege Kampeter, wenn Sie die semantischen Spielchen wiederholen wollen, die Sie peinlicherweise im Ausschuss getrieben haben, sage ich Ihnen: Wenn Sie das nicht verstehen, haben Sie sich vielleicht den falschen Ausschuss ausgesucht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Rolf Kutzmutz [PDS])

Internationalität ist gerade im Wissenschafts- und Forschungsbereich notwendige Voraussetzung, dabei überhaupt minimal mitzureden.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Das sagt jemand, der nicht rechnen kann!)

Diese Initiative soll die deutschen Wissenschaftseinrichtungen attraktiver für Spitzenforscher aus dem In- und Ausland machen, indem sie zum Beispiel ihre Ausstattung und ihre Mitarbeiter für Forschungsprojekte mitbringen können. Darüber hinaus soll talentierter Nachwuchs mehr Möglichkeiten zu eigenständiger Forschung haben, was durch **Ausbildungspartnerschaften** zwischen in- und ausländischen Hochschulen gefördert werden soll. Wir korrigieren die Fehler, die die heutige Opposition während ihrer wahrlich ausreichend langen Amtszeit begangen hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Siegrun Klemmer

- (A) Da nützt es nichts, dass Sie sich, kaum aus der Regierungsverantwortung entlassen, als eifrige Kreuzritter zur Rettung der deutschen Wissenschaft und Forschung exponieren. Sie haben Fehlentwicklungen zu verantworten und wir machen sie rückgängig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist sehr einfach, Frau Kollegin!)

Der dritte Teil betrifft die **Forschungszentren an den Hochschulen**. Wir wollen den bisherigen Wettbewerbsnachteil deutscher Forschungszentren in einen Wettbewerbsvorteil ändern, indem wir Forschungszentren an besonders leistungsfähigen Hochschulen mit Anschubfinanzierung unterstützen und so die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Spitzenforscherinnen und -forscher demnächst wieder in unserem Land bleiben, wo sie dringend benötigt werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das vierte Projekt ist ein bundesweites **Netzwerk für Patentierungen und Neugründungen**. Wir schaffen so die Möglichkeit, das vorhandene wissenschaftliche Potenzial zeitnah in ökonomischen Profit umzusetzen.

Der zweite durch UMTS-Mittel geförderte Schwerpunkt sieht die Schaffung eines **nationalen Genomforschungsnetzes** vor. Keine andere Forschungsrichtung hat in den vergangenen Jahren eine solche Dynamik erfahren wie die Genomforschung. Noch 1990 ahnte niemand, dass die Erbanlagen des Menschen bereits zehn Jahre später nahezu vollständig entschlüsselt sein würden. Die neuen Chancen, die diese Forschung bietet, sollen zum Wohl unserer Bevölkerung aktiv nutzbar gemacht werden. So genannte Volks- und Erbkrankheiten – Alzheimer, Krebs, Aids, Epilepsie und Demenz – können nur durch ein höheres Tempo bei der Funktionsanalyse bekämpft werden. Deshalb werden wir im kommenden Jahr 100 Millionen DM und weitere 250 Millionen DM für 2002 und 2003 in den Einzelplan 30 einstellen.

- (B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Addiert man alle Mittel, einschließlich der für die Pflanzengenomforschung, stehen bereits im kommenden Jahr 244 Millionen DM für die Genomforschung in Deutschland zur Verfügung.

Es ist mir ein ganz persönliches Anliegen, zu erwähnen, dass wir während der Haushaltsberatungen durchgesetzt haben, den Anteil der Mittel für Forschungsprojekte zu ethischen, sozialen und rechtlichen Fragen der Genomforschung und zum Diskurs mit der Öffentlichkeit von 3 auf 5 Prozent anzuheben.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Wir sind uns gerade auf diesem relativ neuen Forschungsgebiet der politischen Verantwortung bewusst, die auch der Kanzler am Mittwoch dieser Woche mit seinem Vorschlag einer großen parlamentarischen Debatte zu diesem Thema aufgegriffen hat. Die gesamte Thematik bewegt viele Menschen, nicht nur die, die auf Heilung warten oder auf die Vermeidung schwerster Krankheiten

hoffen. Darum ist ein breiter gesellschaftlicher Dialog nötig. Es ist begrüßenswert, dass das BMBF das Jahr 2001 als **Jahr der Lebenswissenschaften** initiiert hat. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die dritte Initiative kommt den neuen Bundesländern zugute, in denen wir innovative regionale Wachstumskerne fördern werden. Wir knüpfen hier an ein anderes von uns initiiertes Programm, den Inno-Regio-Wettbewerb, an. Der Zuspruch in den neuen Ländern zu diesem Projekt war enorm. Er war derart positiv, dass es angezeigt ist, hier entsprechend nachzulegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In den kommenden drei Jahren stehen je 50 Millionen DM für die Erschließung von Innovationspotenzialen und die Etablierung von Kompetenzzentren zur Verfügung. Dieses Projekt ist beispielhaft für die Priorität, die die neuen Bundesländer für uns besitzen. Wir tragen dazu bei, eine hochmoderne Forschungsstruktur zu etablieren, die innerhalb Europas deutlich konkurrenzfähig ist.

Beim vierten UMTS-Projekt nehmen wir uns der **Berufsschulen** in Deutschland an. Die Situation der Berufsschulen ist Ihnen allen aus Ihren Wahlkreisen bekannt. Meine Fraktion ist sich hier ihrer bundespolitischen Aufgabe bewusst. Wir wollen nicht auf der einen Seite ein Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und für mehr Ausbildungsplätze anschieben, ohne auf der anderen Seite gleichzeitig die mediale Infrastruktur der Berufsschulen zu verbessern. Sobald die nötige Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern ausgearbeitet sein wird, stehen in den kommenden zwei Jahren 255 Millionen DM für eine Modernisierung der Ausstattung bereit. (D)

Der wesentliche Akzent neben diesem Zukunftsinvestitionsprogramm ist die überfällige **BAföG-Reform**. Herr Kollege Kampeter und liebe Bildungspolitiker und Bildungspolitikerinnen der Opposition, da sollten Sie nicht an unserer Reform herumäkeln und lamentieren, dass das nicht genug sei,

(Uta Titze-Stecher [SPD]: Mitmachen!)

sondern Sie sollten sich schlicht und ergreifend vergewärtigen, wie das BAföG während Ihrer 16-jährigen Regierungszeit deformiert worden ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Ulrike Flach [F.D.P.]: Aber ihr wolltet es doch besser machen!)

1998 erhielten nur noch 340 000 Personen staatliche Ausbildungsförderung, während es Anfang der 90er-Jahre noch 605 000 waren.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Bei uns sind über 2 Milliarden DM ausgegeben worden! – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Wie viel Geld war das denn?)

– Das werde ich Ihnen gleich erzählen.

Siegrun Klemmer

- (A) Lassen Sie mich an dieser Stelle gleich mit dem Vorwurf des Kollegen Kampeter im gestrigen „Handelsblatt“ aufräumen, dass eine Trendwende beim BAföG bisher nicht zu beobachten sei.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Sehr gute Bemerkung!)

Dazu will ich Ihnen auf der rechten Seite des Hauses einmal vortragen, wie sich Ihre Mittelansätze von 1991 bis 1998 entwickelt haben: 1991 waren es 2,5 Milliarden DM, 1993 2,2 Milliarden DM, 1994 2 Milliarden DM, 1995 1,8 Milliarden DM und 1997 1,5 Milliarden DM.

(Hans Georg Wagner [SPD]: Tolle Steigerungsrate! – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Lesen Sie doch einmal die Zahlen seit dem Regierungswechsel vor! – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Wie ist es denn zurzeit? 900 Millionen!)

– Bleiben Sie ganz ruhig; ich komme gleich darauf zu sprechen. – Dass damit auch ein kontinuierlicher Rückgang der **Empfängerzahlen** verbunden ist, das versteht sich von selbst. Auch der an gleicher Stelle kritisierte Mittelabfluss für 1999 und 2000 bewegt sich mit 96 bzw. mit 93 Prozent im langjährigen Normalmaß.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Absolute Zahlen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erwarten Sie im Ernst, dass die Studierenden nach diesen deprimierenden Erfahrungen jetzt plötzlich die BAföG-Ämter erstürmen? Das wird natürlich nicht der Fall sein. Es wird einer bundesweiten Informationskampagne bedürfen, um für eine neuerliche Akzeptanz des BAföGs zu werben.

- (B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nun korrigieren wir diese Fehlentwicklung und stellen den Studierenden pünktlich zum Sommersemester 2001 alles in allem 1 Milliarde DM mehr zur Verfügung.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Ach, zum Sommersemester erst?)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kampeter?

Siegrun Klemmer (SPD): Ich habe dem Kollegen Kampeter das alles in mehreren Ausschussberatungen ausführlich erläutert, andere auch. Ich glaube, dass er an einer Aufklärung nicht interessiert ist. Das hat auch seine Rede heute Morgen hier bewiesen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

Unsere **BAföG-Reform** wird den Anteil der Förderungsempfänger an der Gesamtstudierendenzahl von 20 auf 25 Prozent erhöhen. Im Einzelnen beinhaltet die Reform eine Reihe von nennenswerten Verbesserungen, von denen ich nur kurz einige vortragen möchte: Die Bedarfssätze erhöhen sich um durchschnittlich 6 Prozent, der Höchsthörsatz sogar um 7,3 Prozent von 1 030 DM

auf 1 105 DM. Das Kindergeld wird bei der Berechnung des Anspruchs nicht mehr auf das Einkommen angerechnet. Die Förderleistungen in den alten und in den neuen Ländern werden zehn Jahre nach der Wiedervereinigung endlich vereinheitlicht. Wir führen eine Rückzahlungsobergrenze von 20 000 DM für die Gesamtdarlehensbelastung ein. Das Studium in Deutschland und in der EU wird gleichbehandelt. (C)

Neben dem BAföG stocken wir, wie versprochen, die Mittel für den **Hochschulbau** auf. Denn die Infrastruktur an den deutschen Hochschulen ist von Ihnen jahrelang sträflich vernachlässigt worden. Ich muss Sie daran erinnern, dass wir von Ihnen 1998 im Rahmen dieses Titel einen Ansatz von 1,8 Milliarden DM geerbt haben.

(Jörg Tauss [SPD]: Ja!)

Wir waren es, die die Mittel für den Hochschulbau zunächst auf 2 Milliarden DM und jetzt auf 2,215 Milliarden DM erhöht haben. Allerdings tragen wir eine von Ihnen verursachte Altlast ab, um die Vorleistungen der Bundesländer auszugleichen.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Weil einzelne Länder nicht mehr konnten!)

Dies tun wir in jährlichen Raten. Die Rate für 2001 haben wir noch einmal um 65 Millionen DM angehoben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Förderung der **IuK-Technologien**, zur Erhöhung der institutionellen und der Projektförderung und zu der Selbstverständlichkeit – das will ich ausdrücklich betonen –, mit der wir unseren internationalen Verpflichtungen bei der Europäischen Weltraumorganisation nachkommen, habe ich anlässlich der Einbringung des Haushaltes das Nötige gesagt. (D)

Der Einzelplan 30 setzt ein dickes Ausrufezeichen. Bei anhaltender konsequenter Haushaltskonsolidierung haben wir das Feld der Zukunftsbereiche Bildung und Forschung bestens bestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Daher dürfte es Ihnen eigentlich nicht schwer fallen, einem Haushalt zuzustimmen, nach dem Sie sich während Ihrer Regierungszeit alle zehn Finger geleckt hätten. Darum bitte ich Sie: Stimmen Sie dem Einzelplan 30 in der Ausschussfassung zu.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Jetzt hat der Kollege Steffen Kampeter das Wort zu einer Kurzintervention.

Steffen Kampeter (CDU/CSU): Frau Kollegin Klemmer, Sie haben behauptet, beim BAföG sei alles besser, seitdem Sie regierten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will noch einmal kurz die Tatsachen feststellen: In den 90er-Jahren, also während der Regierungsverantwortung

Steffen Kampeter

- (A) der CDU/CSU, lagen die **BAföG-Ausgaben** immer über rund 2 Milliarden DM. Der diesbezügliche Haushaltsansatz liegt heute bei rund 1 Milliarde DM.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]:
Hört! Hört!)

Hinzu kommen einige bei der Deutschen Ausgleichsbank ausgelagerte Mittel. Ich stelle fest, dass für das BAföG unter der Regierungsverantwortung der CDU/CSU mehr Geld ausgegeben worden ist, als Sie derzeit hier verausgaben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zweitens stelle ich fest: Sie haben im Frühjahr 1999 angekündigt, dass Sie eine große **BAföG-Strukturreform** durchführen wollen, um an die Höhe der Ausgaben für BAföG während der Verantwortung christdemokratischer Regierungschefs heranzukommen. Bis heute, also Ende 2000, liegt kein entsprechender Gesetzentwurf vor. Sie haben sich mit Ihrem Koalitionspartner nur darauf einigen können, eine Mininovelle durchzuführen und die strukturellen Veränderungen beim BAföG auf die nächste Legislaturperiode zu verschieben.

(Lachen des Parl. Staatssekretärs Wolf-
Michael Catenhusen)

Das sind die Tatsachen, über die Sie die Öffentlichkeit falsch aufgeklärt haben und die ich deswegen gerade stellen musste.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

(B)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Frau Kollegin Klemmer, möchten Sie darauf antworten?

Siegrun Klemmer (SPD): Nein.

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Dann erteile ich jetzt das Wort der Kollegin Ulrike Flach für die F.D.P.-Fraktion.

Ulrike Flach (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kampeter, Sie haben gleich die Gelegenheit, dem F.D.P.-Gesetzentwurf zuzustimmen. Wir sind auf Ihr Verhalten gespannt, es ist eine namentliche Abstimmung.

(Beifall der Abg. Cornelia Pieper [F.D.P.]

Meine Damen und Herren, Etatberatungen nach zwei Jahren einer Legislaturperiode haben immer einen besonderen Reiz. Sie lassen den roten Faden bildungspolitischer Entscheidungen klarer erkennen und geben Gelegenheit, Anspruch und Wirklichkeit zu vergleichen. Sie, Frau Bulmahn, haben das auch getan. Wir haben vor wenigen Tagen Ihre Halbzeitbilanz mit dem wunderbaren Titel „2:0 für Bildung und Forschung“ übersandt bekommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist mutig, aber deutlich mit der rosaroten Brille gesehen. Es ist Ihnen zwar ganz offensichtlich gelungen, Treffer bei der Verteilung der Goldregensumme aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen in Ihre Scheune hineinzuweisen – dazu gratuliere ich Ihnen –,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Jörg
Tauss [SPD]: Danke schön!)

aber Sie haben nicht einmal Abstaubertore beim Thema Reformen erzielt.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Beim Halbzeitpfeiff haben Sie sich von allen großen Reformvorhaben verabschiedet: Die angekündigte **BAföG-Strukturreform** kommt nicht. Sie reparieren statt zu reformieren. Die Reform des **Hochschuldiensrechts** bleibt weit hinter den Erfordernissen zurück. Ihre **Computeraktion** im August ist bereits im Sommerloch verschwunden – Herr Kampeter hat darauf hingewiesen –,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Der Weihnachtsmann kommt nicht!)

bei der Sie jedem Schüler einen Laptop versprochen haben. Davon sind ganze sechs Modellprojekte in Hamburg übrig geblieben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Die Reform des **Hochschulbauförderungsgesetzes** ist noch nicht einmal im Ansatz zu erkennen und – man kann es nur immer wieder in Erinnerung rufen, schließlich haben Sie damit die Wahl 1998 gewonnen – Sie wollten in dieser Legislaturperiode die Investitionen in Bildung und Forschung verdoppeln, Frau Bulmahn. Davon sind Sie meilenweit entfernt.

Sie haben den Haushaltsansatz des BMBF in Ihrer Regierungszeit um 12,4 Prozent gesteigert. Das ist schön, aber, gut gebildet, wie wir alle sind, wissen wir, dass das genau 87,6 Prozent am eigenen Anspruch vorbei ist.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, zur Reform des **Hochschuldiensrechts** schreiben Sie in Ihrer Halbzeitbilanz:

Die Zeit ist reif für Veränderungen. Der jetzt stattfindende Generationswechsel an den Hochschulen ist eine Chance, die wir nutzen müssen.

Ja, dann nutzen Sie sie auch, Frau Bulmahn, zu einer wirklichen Reform, wie die F.D.P. sie vorgelegt hat.

(Michael Müller [Düsseldorf]) [SPD]: Man merkt es nur nicht!

Setzen Sie Pflöcke: Schaffen Sie das Beamtentum an den Hochschulen ab.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Stellen Sie Universitäten und Fachhochschulen gleich, weiten Sie die leistungsbezogenen Elemente im Gehalt aus, führen Sie die Juniorprofessuren ein, aber ohne die bewährte Habilitation gleich gänzlich abzuschaffen, und lösen Sie sich von Ihrer geradezu tödlichen Fixierung auf

(C)

(D)

Ulrike Flach

- (A) die Kostenneutralität. Eine wirkliche Reform, Frau Bulmahn, kostet Geld und ist mit kosmetischen Reparaturen nicht zu schaffen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU – Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schon wieder Schulden erhöhen!)

Das weiß man natürlich auch in Ihrer Fraktion, deswegen war die Begeisterung – Frau Klemmer hat es soeben vorgetragen – in Ihren eigenen Reihen über die Steigerung der Mittel für den **Hochschulbau** nicht verwunderlich. Sie stellen im Haushaltsjahr 2001 2,215 Milliarden DM ein. Was heißt das aber in der Praxis? Viele Bundesländer, besonders im Osten, können die 50-prozentige Kofinanzierung gar nicht erbringen. Entsprechend fließen die Mittel in diese Länder überhaupt nicht ab. Dies muss man vor dem Hintergrund des vom Wissenschaftsrat ermittelten enormen Investitionsstaus gerade in Ostdeutschland sehen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Unglaublich!)

Gewinner sind die westlichen Länder, nämlich Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern. Wenn Sie das nicht ändern, Frau Bulmahn, zementieren Sie einen Hochschulbau der zwei Geschwindigkeiten.

Wir haben in unserem Antrag – es ist ein schöner F.D.P.-Antrag – ein Hochschulsonderprogramm gefordert, das die Kofinanzierung zugunsten der Länder verschiebt.

(Jörg Tauss [SPD]: Ein prächtiger Antrag, nur nicht finanzierbar!)

- (B) Mit diesem Sonderprogramm knüpfen wir übrigens an die alten möllemanschen Erfolgszeiten an, Herr Tauss.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. – Joachim Poß [SPD]: Herr Möllemann hatte auch immer solche Anträge!)

Der Bund muss sich stärker engagieren. Was haben Sie getan? – Sie haben das abgelehnt.

(Michael Müller [Düsseldorf] [SPD]: Richtig! – Joachim Poß [SPD]: Die F.D.P. konnte noch nie mit Geld umgehen!)

Besonders enttäuscht hat mich allerdings Ihr Einknicken beim **BAföG**. Mit der 21. Novelle sollte doch eine Systemumstellung hin zu einer elternunabhängigen Förderung und zu einer Veränderung des Verhältnisses von Zuschuss und Darlehen für Geförderte aus einkommensschwachen Familien erreicht werden. Nichts ist daraus geworden. Stattdessen haben Sie den Betrag in der Spitze um 75 DM – das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen – angehoben und die Freibeträge gesenkt. Sie haben eben nicht den großen Wurf für eine Absicherung unserer Studierenden gemacht, sondern nur ein kleines Reparturnovellchen auf die Schiene gebracht.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der PDS)

Die F.D.P. hat einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt. Wir wollen eine einkommensunabhängige Grundförde-

lung von 500 DM, eine einkommensabhängige Ausbildungsbeihilfe von maximal 350 DM und ein unverzinsliches Darlehen von bis zu 750 DM. Diese Gelder sollen direkt an die Studierenden ausgezahlt werden.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der PDS)

Ich freue mich, dass in den Reihen der CDU in dieser Frage offensichtlich eine leichte Lockerung entsteht. Wir werden gleich sehen, wer wie abstimmt.

Wir behandeln die Studierenden als mündige Erwachsene, die selbst über ihren Ausbildungsgang entscheiden.

(Beifall der Abg. Angela Marquardt [PDS])

Das soll nicht nur beim BAföG so sein. Das wollen wir auch mit unserem Bildungsscheck-Modell. Denn Studierende sind Kunden der Hochschulen. Das müssen wir, die Politiker, organisatorisch untermauern. Jeder Abiturient soll mit seinem Bildungsscheck an die Hochschule seiner Wahl gehen dürfen. Dorthin sollen die Gelder fließen. Dann müssen die Hochschulen um die Studierenden, die Kunden, konkurrieren. Wettbewerb ist ein uraltes liberales Grundverständnis, beflügelt das Geschäft und hebt die Qualität.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich bin froh, dass diese alte Händlerweisheit inzwischen auch bei der Bund-Länder-Kommission und sogar bei einem leibhaftigen Landesminister Gehör gefunden hat. Die Damen und Herren von der CDU werden es genauso wie ich gelesen haben: Sachsens Wissenschaftsminister spricht sich neuerdings für ein Bildungsgutschein-system aus. Ich hoffe, Sie unterstützen uns bei dieser Reform.

(Hans-Michael Goldmann [F.D.P.]: Kluger Mann! – Jörg Tauss [SPD]: Und der Herr Zöllner hat es erfunden!)

Lassen Sie mich noch einige Aspekte zum **Forschungsbereich** ansprechen. In der Genomforschung und in der Gesundheitsforschung haben Sie die Mittel erhöht, die Projektmittel für die Genomforschung sogar um 300 Prozent. Wir begrüßen das und unterstützen Projekte wie Bio-Chance und Bio-Profile. Wir sehen aber auch, dass zum Beispiel bei der **Gen- und Biotechnologie** ein Flaschenhals entsteht: eine erfreulich breit angelegte Forschung mit einer durch politische Willkürmaßnahmen verengten Anwendung.

(Dr. Ilja Seifert [PDS]: Was hat das mit Willkür zu tun?)

Die Minister Fischer und Trittin blockieren bei der Gentechnik Ihre Anstrengungen, Frau Bulmahn. Während Sie strahlend unter dem Weihnachtsbaum auf Ihre Genommillionen schauen, rutscht Ihnen der Knecht Ruprecht Jürgen Trittin mit einer Kampagne für gentechnikfreie Schokolade durch den Kamin.

(Dr. Uwe Küster [SPD]: Alles lustig, aber fern der Wahrheit!)

(C)

(D)

Ulrike Flach

- (A) Wir lange wollen Sie noch schweigend die Kapriolen Ihrer Kabinettskollegen mit ansehen?

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Frau Kollegin, es besteht der Wunsch nach einer Zwischenfrage des Kollegen Seifert.

Ulrike Flach (F.D.P.): Aber selbstverständlich.

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Bitte sehr, Herr Kollege.

Dr. Ilja Seifert (PDS): Sehr verehrte Frau Kollegin, Sie reden gerade von dem Flaschenhals, den Sie bei der Anwendung der Gentechnologie sehen. Erkennen Sie aber nicht, dass das kein Flaschenhals, sondern einfach Angst ist, die bei den Leuten real existiert? Denn was man durch Gentechnologie einmal anfängt, kann man nicht zurückholen. Sehen Sie nicht, dass diese Ängste durchaus berechtigt sind, dass man erst einmal die ethischen Fragen klären muss, bevor man anfangen kann, das alles umzusetzen oder etwas freizusetzen?

(Beifall bei der PDS)

- (B) **Ulrike Flach (F.D.P.):** Selbstverständlich sehe ich diese Ängste. Welcher Politiker würde die Angst der Leute nicht erkennen? Selbstverständlich müssen wir, die Politiker, darauf reagieren. Aber wir forschen in diesem Bereich. Wenn etwas erforscht ist, müssen wir es auch anwenden können und dürfen uns nicht vor Angst irgendwo in eine Ecke zurückziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU/CSU – Dr. Uwe Küster [SPD]: Das ist sehr einfach! Eine sehr komische Vorstellung von Ethik! Diesen Standpunkt halten Sie nicht durch!)

– Natürlich. Wenn etwas erforscht ist und zu einem positiven Ergebnis gekommen ist, kann ich das anwenden.

(Beifall bei der F.D.P. – Sigrun Klemmer [SPD]: Das ist etwas anderes! – Dr. Uwe Küster [SPD]: Das können Sie noch so laut behaupten, das stehen Sie nicht durch!)

Wenn die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission dies befürwortet, dann sollte das getan und nicht aus ideologischen Gründen unterlaufen werden.

(Michael Müller [Düsseldorf] [SPD]: Das ist aber etwas anderes!)

Das gleiche Spielchen erleben wir bei der **Fusionsforschung**. Herr Fell plädiert für einen Ausstieg aus dem Projekt ITER. Ich freue mich, dass unsere Nachbarländer dieses Papier offensichtlich nicht gelesen haben, denn es gab in Brüssel ein klares Signal für ITER; leider verbunden mit den üblichen Vorbehalten von Ihnen, Frau Bulmahn. Ich bitte Sie sehr, an diesen Zweifeln nicht fest-

zuhalten. Es kommt jetzt darauf an, die Fusionsforschung auch im 6. Europäischen Forschungsrahmenprogramm zu verankern. (C)

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine herzliche Bitte an Sie lautet: Grenzen Sie sich eindeutig von grüner Forschungsverhinderung ab. Das betrifft die Fusionsforschung genauso wie die **Nuklearforschung** traditioneller Prägung. Sie kann eben nicht darin bestehen – wie Herr Fell es so schön sagt –, nur noch „Mindestkompetenz“ zu erhalten.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch schon viel!)

Gerade von einer Regierung, die den Kernkraftausstieg beschlossen hat, ist zu erwarten, dass sie weiterhin Fachkräfte für den Rückbau und die Lagerung radioaktiver Materialien ausbilden lässt. Bei einer kerntechnischen Anlage ist es nicht damit getan, den Aus-Schalter zu betätigen. Wir brauchen Fachleute. Es ist ein beängstigendes Signal, dass an den Hochschulen immer weniger Kerntechniker und Nuklearphysiker ausgebildet werden.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU – Walter Hirche [F.D.P.]: Dann gibt es Green Cards für Sicherheitsleute!)

Glaubwürdigkeit in der Politik wird auch an der Einhaltung von Zusagen gemessen. Sie haben den großen Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen hinsichtlich ihrer Etats jährliche Steigerungsraten von 5 Prozent versprochen. Wir halten in unseren Anträgen das, was Sie versprochen haben, Frau Bulmahn; Sie tun es nicht. (D)

Hinzu kommt eine Entwicklung bei den **Großforschungseinrichtungen**, die wir mit großer Sorge betrachten. Hier möchte ich Sie als Nordrhein-Westfälin ganz direkt ansprechen: Wie wäre es, wenn Sie Herrn Clement einmal aufforderten, in Sankt Augustin mit nordrhein-westfälischen Mitteln einzuspringen, damit wir das durchführen können, was Sie hier in Berlin losgetreten haben, nämlich eine Großforschungseinrichtungsfusion, die offensichtlich ganz eifrig und schnell passiert ist, ohne der ganzen Sache auf den Grund zu gehen und den Bereich abzusichern, den wir als Schlüsseltechnologie für das nächste Jahrhundert bezeichnen?

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Natürlich kommt von Ihnen immer: Eure Vorschläge kosten viel Geld. Wo wollt ihr denn sparen? Lassen Sie es mich zum Abschied ganz klar und deutlich sagen:

(Dr. Uwe Küster [SPD]: Haben Sie „Abschied“ gesagt?)

Die F.D.P. will bei der Bildung nicht sparen.

(Beifall bei der F.D.P. und der PDS)

Bildung ist Freiheit und wer an Bildung spart, beschneidet die Freiheit künftiger Generationen.

(Beifall bei der F.D.P. und der PDS – Hans Georg Wagner [SPD]: Das stimmt! Das haben Sie 16 Jahre lang gemacht!)

Ulrike Flach

- (A) Wer an Bildung spart, wird später für Folgewirkungen doppelt und dreifach bezahlen.

(Joachim Poß [SPD]: Wollen Sie nicht die Steuern senken?)

– Herr Poß, ich möchte Sie darauf hinweisen, dass unsere Bildungsminister nicht gespart haben.

(Jörg Tauss [SPD]: Bitte?)

– Ich rede von den Liberalen, nicht von den anderen.

(Jörg Tauss [SPD]: Der Herr Laermann! Wie lange war der Herr Laermann im Amt? Sechs Wochen oder zwölf? – Joachim Poß [SPD]: Wenn Sie Steuern senken, wie wollen Sie dann alles finanzieren?)

Das, was Sie uns heute vorlegen, entspricht zwar den Verkündigungserwartungen eines Medienkanzlers, Frau Bulmahn, aber sicherlich nicht Ihrem eigenen Anspruch – ich weiß, der ist hoch – und schon gar nicht dem, was die Zukunft erfordert.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU – Zuruf von der SPD: Das war nicht zukunftsreif, das war rückwärts gewandt!)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Jetzt hat der Kollege Matthias Berninger, Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Der muss eigentlich nur sagen, was er immer in der Zeitung schreibt! Dann wird es eine Generalabrechnung mit der Regierung!)

(B)

Matthias Berninger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben gerade gehört, dass die F.D.P. bei der Bildung nicht sparen will. Liebe Frau Kollegin, was wir Ihnen nicht durchgehen lassen, ist, so zu tun, als hätten Sie in den 16 Jahren schwarz-gelber Regierungsverantwortung im Bildungsbereich nicht gespart. Auch wenn Ihre Partei ausnahmsweise einmal nicht den Bildungsminister stellte, haben Ihre Politiker sowohl das BAföG mit kaputtgemacht als auch den Bildungsetat mit abschmelzen lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Hierfür tragen Sie eine Mitverantwortung, aus der wir Sie nicht entlassen werden.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Warum haben uns die Leute dann eigentlich immer wieder gewählt?)

Der Kollege Kampeter hat hier eine Rede gehalten, die relativ wenig Zahlen enthalten hat.

(Adolf Roth [Gießen] [CDU/CSU]: Gute Rede!)

Ich habe viel Verständnis für Ihre Gründe. Der Kollege Kampeter ist der dienstälteste Berichterstatter für den Bildungsbereich.

(Jörg Tauss [SPD]: Er hat aber nichts gelernt!)

Insofern wollen wir ihn einmal daran erinnern, was während seiner Amtszeit so alles passiert ist. (C)

Von 1993 bis 1998 ist der Bildungsetat um 4,6 Prozent abgeschmolzen worden. Auch ohne Haushaltssanierung ist der Bildungsetat unter der Verantwortung von Herrn Kampeter zurückgegangen.

(Jörg Tauss [SPD]: Kampeter war das!)

Ich verstehe ja, dass Sie sich mit Ihren wegweisenden Forderungen gegen Herrn Rüttgers nicht haben durchsetzen können, aber so viel Redlichkeit gehört dazu, das dann hier auch anzusprechen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Dr. Uwe Küster [SPD]: Heißt das, dass Herr Kampeter unredlich ist?)

Seit 1998 ist der Bildungsetat, wenn man die **BAföG-Veränderungen**, das heißt die Umbuchungen zur Ausgleichsbank, hinzuzählt, um 15 Prozent gewachsen. Ich danke Herrn Kampeter, dass er uns dabei geholfen hat, dass das passiert ist. Aber das ist ein Verdienst von Frau Bulmahn und nicht von Herrn Rüttgers; das wollen wir klar festhalten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Kollege Austermann ist ja ein Meister darin, Zahlen etwas schief darzustellen. Natürlich sind die BAföG-Ausgaben in diesem Haushalt nominal niedriger als in den früheren Haushalten. Aber der Hintergrund ist nicht etwa, dass wir gespart hätten, sondern dass es eine strukturelle Veränderung gab. Der Darlehensanteil des BAföG wurde aus dem Bundeshaushalt herausgenommen und der Ausgleichsbank zugeordnet. (D)

(Jörg Tauss [SPD]: Und hat zusätzliche Spielräume gebracht!)

Wenn Sie das alles zusammenrechnen

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Selbst dann kommen Sie nicht auf 2 Milliarden, Herr Berninger!)

und Ihren Referenten bitten, Sie demnächst besser zu instruieren, werden Sie feststellen, dass wir durch diese Aktion mehr Spielräume für das BAföG geschaffen und nicht beim BAföG gespart haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wann kommt denn die große BAföG-Reform nun endlich?)

Ich will damit sagen, dass es der rot-grünen Koalition in den ersten zwei Jahren gelungen ist, die finanziellen Spielräume für eine Bildungsreform zu schaffen. In den nächsten zwei Jahren müssen wir darüber reden, diese finanziellen Spielräume zur Umsetzung der Bildungsreform auch tatsächlich zu nutzen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Da sind wir aber mal gespannt!)

Ich fange an beim Thema BAföG. Es ist völlig richtig und es ärgert uns alle, dass viele Studierende, die eigentlich BAföG-Empfänger hätten sein können, nicht zum

Matthias Berninger

- (A) BAföG-Amt gehen und BAföG nicht beantragen, obwohl sie davon profitieren würden. Sie bekämen Zuschüsse, sie bekämen zinsgünstige Kredite. Das heißt, sie würden, wenn sie einen Förderantrag stellten, etwas davon haben. Warum machen sie es nicht? Das BAföG hat an Image verloren in dem Moment, als Herr Rüttgers begann, daran herumzudoktern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Dies ist der dritte Haushalt, in dem Sie es hätten ändern können, wenn es denn stimmen würde! Warum haben Sie es denn nicht geändert?)

Seit dem Tag, an dem Herr Rüttgers seinen Gesetzentwurf eingebracht und den Darlehensanteil auf bankübliche Darlehen umgestellt hat, ist das BAföG im absoluten Steilflug nach unten.

(Jörg Tauss [SPD]: Wegen der Verzinsung!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, dass wir mit der BAföG-Reform, die wir vorgelegt haben, einen Beitrag dazu leisten, dass es wieder attraktiver wird. Warum?

Erstens. Es wird weniger bürokratisch. Wir sorgen dafür, dass es leichter wird, einen BAföG-Antrag zu stellen, dass Schülerinnen und Schüler leichter nachvollziehen können, wenn sie denn studieren wollen, wie viel Anspruch sie beim BAföG haben.

- (B) Zweitens. Wir begrenzen die Darlehensbelastungen nach oben. Das heißt, wir wollen den absoluten Schuldenberg der Studierenden an dieser Stelle reduzieren.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Es sollte doch schon längst in Kraft sein, Herr Berninger!)

– Dieser Gesetzentwurf hat das Kabinett passiert, er wird auch den Deutschen Bundestag passieren, er wird auch Zustimmung bei den Ländern finden. Das ist ein Schritt, der das BAföG akzeptabler macht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wo ist das Bundesgesetzblatt, in dem das alles steht, was Sie ankündigen?)

– Der Kollege Kampeter kann mir gerne eine Zwischenfrage stellen, sollte aber an dieser Stelle nicht dauernd dazwischen blöken.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Im Frühjahr 1999 hat die Ministerin gesagt, dass das schon 1999 alles verabschiedet sein sollte!)

Nun hat hier jemand Platz genommen, zu dem ich auch noch einen Satz sagen möchte, nämlich der Kollege Hilsberg, der der Bildungsdebatte die ganze Zeit lauscht. Stefan, du hast eine neue Position bekommen. Von dieser Stelle aus wünsche ich dir alles Gute.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Der ist ins Verkehrsministerium geflüchtet angesichts dieser Politik!)

Da ich weiß, dass du ein Anhänger des lebenslangen Lernens bist und schon immer warst, glaube ich, dass du dich auch in die neue Position als Staatssekretär im Verkehrsministerium einarbeiten und dort Erfolge erzielen wirst. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich muss es aber bedauern, dass du in der bildungspolitischen Runde nicht mehr dabei ist. Das will ich an dieser Stelle auch einmal sagen.

Wenn ich schon beim lebenslangen Lernen bin:

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Leider haben Sie noch nicht viel dazu gelernt, Herr Berninger!)

Ich habe schon darauf hingewiesen, dass die CDU früher bei der Bildung gespart hat, zusammen mit der F.D.P. Ich freue mich aber darüber, lieber Herr Kollege Kampeter, dass die CDU jetzt für das **Bildungssparen** ist, dass sie einen Vorschlag unterstützt, den die Grünen in die Debatte gebracht haben, nämlich Vorsorge von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für Weiterbildung zu fördern, so wie wir Bausparen gefördert haben.

Ich glaube, dass die rot-grüne Koalition – wenn die CDU dabei ist, umso besser – hier ein gutes Instrument einführen könnte, um gerade die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem geringen Einkommen, mit einem Jahreseinkommen bei Verheirateten bis zu 70 000 DM, besser zu fördern und um deren Anstrengungen, zum Beispiel einen Internet-Führerschein zu machen oder eine Sprache zu lernen, zu unterstützen, weil Bildung so wichtig ist wie ein Dach über dem Kopf. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wünsche mir, dass wir die zweite Hälfte der Legislaturperiode dazu nutzen, sowohl im Steuerrecht als auch bei der Frage der Vermögensbildung dem Thema Bildung stärker Geltung zu verschaffen,

(Ilse Aigner [CDU/CSU]: So stark wie die gescheiterte BAföG-Reform?)

um so zusätzliche Spielräume für das lebenslange Lernen zu schaffen.

Meine Damen und Herren, es ist vorhin gesagt worden, die Politik von Herrn Rüttgers sei fortgesetzt worden.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das war nämlich eine gute Politik!)

Das hat mich wirklich erschreckt und erschüttert. Wir haben beim BAföG die Politik von Herrn Rüttgers nicht fortgesetzt, sondern das Gegenteil gemacht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Jörg Tauss [SPD]: Berechtigt!)

Wir haben beim **Hochschulbau** geplünderte Kassen vorgefunden. Deswegen haben wir die Mittel dafür jedes Jahr aufgestockt.

Kollegin Flach, Sie haben behauptet, die Länder Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz würden

Matthias Berninger

- (A) beim Hochschulbau das Geld abgreifen, das eigentlich in die neuen Länder fließen sollte. Ich möchte Sie fragen: Wer regiert denn da eigentlich? Wer greift das denn ab?

(Ulrike Flach [F.D.P.]: Es geht doch um das System!)

Die F.D.P. ist in allen drei Ländern noch in der Regierungsverantwortung. Wenn Sie zulasten des Bundes verschieben, dann werden diese Länder noch mehr Gelder abziehen können und werden sich aus den Kassen für den Hochschulbau bedienen, wie sie es schon unter Rüttgers getan haben. Ich sage Ihnen ganz klar: Das machen wir nicht mit. Wir wollen, dass die Mittel zwischen allen Ländern fair aufgeteilt werden und dass das aufhört, was Sie eingeführt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Mit seiner Personalstrukturreform ist Herr Rüttgers beim Bundesinnenminister abgeblitzt, dass es nur so gekracht hat. Auch in diesem Bereich setzen wir die Politik von Herrn Rüttgers nicht fort; vielmehr werden wir ein modernes **Dienstrecht** für unsere Hochschulen einführen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn wir schon ein modernes Dienstrecht für die Hochschulen einführen, dann sollten wir die Schulen dabei nicht vergessen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Alles nur Ankündigungen! Davon steht nichts im Gesetzblatt!)

(B)

Die konservative Regierung hat mit dem Bundesbesoldungsrecht über Jahre hinweg auch Schulpolitik gemacht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Auch nur Ankündigungen! Davon steht nichts im Gesetzblatt!)

Sie hat zum Beispiel Beförderungen im **Grundschul- und im Hauptschulbereich** verhindert. Die Aufgabe dieser Koalition ist, eine vernünftige Schulpolitik zu machen und durch ein neues Besoldungsrecht die Leistungen der Lehrerinnen und Lehrer gerade im Grundschul- und Hauptschulbereich mehr anzuerkennen als bisher. Das werden wir uns vornehmen. Wenn Sie von Ankündigungen sprechen, dann sage ich Ihnen: Wir lassen uns am Ende der Legislaturperiode messen. Ich verspreche Ihnen: Es wird ein vernünftiges und modernes Dienstrecht für die Hochschulen und – hoffentlich – auch für die Schulen in Deutschland geben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Der Kollege Rüttgers hatte noch nicht einmal einen Computer mit E-Mail-Anschluss in seinem Büro, als er das Bildungsministerium verlassen hat.

(Heiterkeit bei der SPD – Jörg Tauss [SPD]: Hätte auch nichts genutzt! Er hätte ihn nicht bedienen können! – Zuruf von der CDU/CSU: Herr Tauss, blasen Sie sich nicht so auf!)

Insofern bin ich froh, dass das Bildungsministerium jetzt eine neue Politik macht, mit der das Internet, das für das zukünftige Bildungswesen wichtig sein wird, stärker gefördert wird. (C)

Wir haben durchgesetzt, dass die **Berufsschulen** im IT-Bereich besser ausgestattet werden. Die Berufsschulen waren die Schulen, die bisher in diesem Bereich am schlechtesten ausgestattet waren. Jetzt kommt es auf die Länder an. Ich bin gespannt, ob sie Geld auf unser **IT-Förderprogramm** drauflegen, damit wir es tatsächlich schaffen, die Schulen, die bisher am schlechtesten ausgestattet waren und am Ende des Feldes waren, an die Spitze zu bringen. Ich glaube, dass eine vernünftige IT-Ausstattung der Berufsschulen wichtig ist und ein guter Beitrag für eine moderne Berufsausbildung ist. Machen Sie mit und unterstützen Sie uns dabei, anstatt das hier kleinzurenden.

Ein weiteres Beispiel ist die so genannte **Notebook-universität**. Es wird in Zukunft an jeder Universität Studiengänge geben, in denen die Studierenden von Anfang an ein Notebook haben und untereinander vernetzt sind. Diese Studiengänge werden bald genauso wichtig sein wie zum Beispiel mehrsprachige Studiengänge. Auch das werden wir fördern. Unter Herrn Rüttgers gab es dafür noch nicht einmal einen Ansatz.

Wir fördern ganz massiv die Vermittlung neuer Lerninhalte durch das Internet. Ich hatte in dieser Woche Gelegenheit, mir das Projekt eines **virtuellen Studiengangs** im Bereich der Chemie anzuschauen. An einem solchen Beispiel wird deutlich, dass das Internet auch in Deutschland zur Vermittlung neuer Lerninhalte tatsächlich genutzt wird und dass Deutschland nicht hinterherläuft, sondern Spitze ist. All das sind Akzente, die wir mit unserem Haushalt setzen. Ich meine, dass sich das lohnt und dass die Union dem zustimmen sollte. Sie haben den Bildungsetat gekürzt. Wir erhöhen ihn und machen auch noch vernünftige Politik. Das sollten Sie sich hinter die Ohren schreiben. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Für die PDS-Fraktion spricht nun die Kollegin Maritta Böttcher.

Maritta Böttcher (PDS): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kampeter, als ich Ihre Ausführungen gehört habe, habe ich mich zum wiederholten Male in diesem Hause gefragt: Was haben Sie in den letzten Jahren eigentlich getan? Warum haben Sie all diese Vorschläge, die Sie heute vorlegen, nicht längst umgesetzt, anstatt jetzt die Bundesregierung zu kritisieren?

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Jörg Tauss [SPD]: Die sitzen alle da drüben auf der anderen Seite!)

– Nicht dass wir uns falsch verstehen, lieber Herr Tauss.

(Lachen bei der SPD)

Maritta Böttcher

- (A) Ich will mich nun mit dem Haushalt auseinander setzen und eingangs ein sehr deutliches Wort an Sie, Frau Ministerin, richten. Wenn wir alle ehrlich sind, dann müssen wir zugeben, dass die Aufstockung im Einzelplan 30 keineswegs in erster Linie das Ergebnis einer Setzung politischer Prioritäten durch die Bundesregierung ist. Sie wissen wie wir alle, dass die Versteigerung der **UMTS-Mobilfunklizenzen** im Sommer unerwartet einen Betrag in Höhe von rund 100 Millionen DM –

(Jörg Tauss [SPD]: 100 Milliarden!)

– Entschuldigung, 100 Milliarden DM; über Peanuts rede ich später – in den Bundeshaushalt gespült hat. Das ist mehr als ein Fünftel des gesamten Haushaltsvolumens. Ihre politische Vorgabe lautet, diesen Betrag komplett zur Schuldentilgung einzusetzen und zusätzliche politische Vorhaben allenfalls aus den daraus resultierenden Zinsersparnissen zu finanzieren. Die PDS hat dies kritisiert; ich will das heute nicht wiederholen.

Aber selbst von den rund 5 Milliarden DM an eingesparten Zinszahlungen kommen im Haushaltsjahr 2001 gerade einmal 600 Millionen DM, also nur ein gutes Zehntel, im Bildungs- und Forschungsetat an. Dabei hat noch am 21. September dieses Jahres Ihr Staatssekretär Catenhusen erklärt, die Bundesregierung wolle über 1 Milliarde DM aus den eingesparten Zinszahlungen in Bildung und Forschung investieren. Schon am 7. November war diese Milliarde auf 600 Millionen DM geschrumpft. Investitionen in Beton statt in Köpfe – so scheint die haushaltspolitische Devise der Bundesregierung zu lauten.

- (B) (Beifall bei der PDS – Siegrun Klemmer [SPD]: Wie kommen Sie denn darauf?)

– Denken Sie nur an die umfangreichen Straßenbauvorhaben, Frau Klemmer.

(Jörg Tauss [SPD]: Die brauchen wir aber auch!)

Mit der häufig beschworenen Bildungsoffensive hat das meiner Meinung nach wenig zu tun.

Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf geht ein großes bildungspolitisches Versäumnis einher. Diesen Vorwurf muss sich die Bundesregierung gefallen lassen. Sie nimmt den erweiterten finanziellen Handlungsspielraum eben nicht zum Anlass, zu einer qualitativen Erneuerung der Bildungs- und Wissenschaftspolitik zu kommen.

Beispiel **Hochschuldienstrecht**: Völlig unverständlich ist mir, warum sich Ihr Projekt einer Reform des Hochschuldienstrechts in keiner Weise haushaltspolitisch niederschlägt. Wir befinden uns inmitten eines umfassenden Generationswechsels in der Hochschullehrerschaft. Die Dienstrechtsreform muss unmittelbar nach In-Kraft-Treten auch wirklich umgesetzt werden. Aus diesem Grund fordert die PDS heute, ein „Sonderprogramm Juniorprofessuren“ in den Haushalt aufzunehmen.

(Beifall bei der PDS)

Damit kann die flächendeckende Einführung dieser neuen zukunftsweisenden Personalkategorie realisiert werden,

ohne dass Nachwuchswissenschaftler über viele Jahre auf das Freiwerden der bisherigen Assistentenstellen warten müssen. Das dazugehörige inhaltliche Konzept für eine Reform der Personalstruktur an Hochschulen und Forschungseinrichtungen hat die PDS-Bundestagsfraktion ja bereits im Juli 2000 vorgelegt. (C)

Beispiel **BAföG-Reform**: Die PDS-Fraktion hat einen Änderungsantrag vorgelegt, in dem vor allem eines deutlich gezeigt wird: Mit einem vergleichsweise bescheidenen Mehraufwand von 700 Millionen DM ließe sich schon im kommenden Haushaltsjahr ein Einstieg in eine wirkliche strukturelle Erneuerung der Ausbildungsförderung finanzieren. Es wäre möglich, allen Studentinnen und Studenten bereits ab 1. April 2001 eine elternunabhängige Sockelförderung in Höhe von 500 DM monatlich auszuzahlen, zusätzlich zu den von der Bundesregierung geplanten Leistungsverbesserungen.

(Beifall bei der PDS)

Eine solche Strukturreform haben Sie selbst, Frau Ministerin, noch Anfang des Jahres versprochen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Darauf warten wir schon lange!)

Es gibt gute Gründe hierfür, wie Ihnen nicht nur die PDS-Fraktion, sondern auch das Deutsche Studentenwerk und die Hochschulrektorenkonferenz bestätigen können. Aber wo kein Wille ist, ist eben auch kein Weg. Heute wollen Sie davon nichts mehr wissen und versäumen die Chance zu einem echten Quantensprung in der BAföG-Reform.

2:0 für Bildung und Forschung? Zwischen Bildung und Forschung oder Forschung und Bildung? Forschung und ein bisschen Bildung – so kann Ihr Programm wohl am treffendsten charakterisiert werden. Auch hier stimmt die Richtung nicht. Wie ist es sonst zu erklären, dass allein ein Sechstel des Zukunftsinvestitionsprogrammes in die Genomforschung fließen soll? Dabei zeichnet sich der vorliegende Haushaltsentwurf ohnehin schon durch eine massive Verstärkung der **Förderung der Genforschung** aus; das geschieht im Rahmen von Haushaltstiteln wie „Molekulare Medizin“ oder „Biotechnologie“. Ausgerechnet in Zeiten der Regierungsbeteiligung von Bündnis 90/ Die Grünen weist die Forschungsförderung des Bundes eine historisch einmalige Prioritätensetzung zugunsten der Genforschung und zulasten sozial-ökologischer Forschung und, speziell in der Gesundheitsforschung, zulasten ganzheitlicher und an Prävention orientierter Forschungsansätze auf. (D)

(Dr. Ilja Seifert [PDS]: Richtig!)

Auch mit Ihrer so genannten **Zukunftsinitiative Hochschule** betreiben Sie, wie ich meine, einen Etikettenschwindel. Ein Teil der hierfür vorgesehenen Gelder fließt nämlich gar nicht den Hochschulen zu, sondern ist für die außeruniversitäre Forschung bestimmt. Die „Zukunftsinitiative Hochschule“ entpuppt sich als „Zukunftsinitiative Forschung“, die auch an den Hochschulen, soweit die Programmmittel dort überhaupt ankommen, eine Schiefelage zugunsten der Forschung aufweist. Gewinnung von Spitzenwissenschaftlern, Verbesserung der Forschungsinfrastruktur und Verwertungsoffensive – in all diesen Bereichen besteht unbestreitbar Handlungsbedarf.

Maritta Böttcher

- (A) Doch was kommt von Ihrem Zukunftsinvestitionsprogramm am Ende in Lehre, Unterricht und Studium, also in den Hörsälen und Klassenzimmern an? Was passiert mit den sanierungsbedürftigen Studentenwohnheimen in Ostdeutschland, für deren Instandhaltung das Deutsche Studentenwerk ein Sonderprogramm gefordert hat? Nach der Vision eines Laptops für jede Studentin und jeden Studenten, für jede Schülerin und jeden Schüler traue ich mich ja schon gar nicht mehr zu fragen.

Im Ergebnis muss man wohl mit Verlaub von Peanuts sprechen, mit denen Bildung vorlieb nehmen muss.

(Beifall bei der PDS)

Dabei ist doch gerade Bildung eine der wichtigsten und ertragreichsten Zukunftsinvestitionen, die unser Land dringend braucht.

Meine Damen und Herren, wer sich über Peanuts beschwert, sollte von Kokosnüssen nicht schweigen. Dass die Bildungspolitik in Ihrer Haushaltspolitik systematisch unter die Räder kommt, ist das eine. Das andere ist das Fass ohne Boden, mit dem Sie sich im Bereich der **beruflichen Bildung** bereits abgefunden haben.

Wir haben mit der solidarischen **Umlagefinanzierung** seit Jahren ein Konzept im Angebot, mit dem nach Expertenschätzungen rund 2 Milliarden DM Steuergelder gespart werden könnten. Es ist schon bemerkenswert, wie die Bundesregierung auf der einen Seite einen harschen Sparkurs im Bildungsbereich fährt und auf der anderen Seite generös darauf verzichtet, jene Unternehmen angemessen an der Finanzierung der Berufsbildung zu beteiligen, die sich um ihren Beitrag zur Ausbildung drücken.

(B)

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, von einem Aufbruch für Innovation und Qualifikation, wie er in der Koalitionsvereinbarung angekündigt worden war, sind Sie auch mehr als zwei Jahre später noch weit entfernt. Erschwerend ist Ihnen zur Last zu legen, dass Sie auch die günstigen finanziellen Rahmenbedingungen nicht für eine qualitative Weiterentwicklung Ihrer Bildungs- und Wissenschaftspolitik nutzen.

Die PDS-Fraktion wird daher den vorgelegten Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ablehnen. Wir werden weiter dafür sorgen müssen, dass die Bundesregierung den von ihrer Ministerin für Bildung und Forschung beschworenen Mut zur Veränderung wenigstens in der zweiten Halbzeit ihrer Amtszeit aufbringt.

Abschließend noch ein Wort an die Damen und Herren der Unionsfraktion.

(Jörg Tauss [SPD]: Sehr gut!)

Wenn Sie eine größere Aufstockung des Bundesanteils für den **Hochschulbau** fordern, als sie die Bundesregierung vorsieht, so haben Sie dafür meine Sympathie. Beantworten Sie mir aber bitte vorher zwei Fragen.

Wie steht es mit der Kofinanzierung der Länder, deren finanzielle Leistungsfähigkeit durch die Steuerpolitik der Regierung Kohl nachhaltig beschädigt wurde?

Fordern Sie in Ihrem Änderungsantrag nun eine Erhöhung um 235 Millionen DM auf 2,45 Milliarden DM

oder eine Erhöhung um 285 Millionen DM auf 2,5 Milliarden DM? – Beides gleichzeitig geht nämlich nicht. Darauf habe ich Sie schon im Ausschuss aufmerksam gemacht. (C)

Die PDS-Fraktion kann derart unseriösen Haushaltsanträgen natürlich nicht zustimmen, während wir dem Antrag der F.D.P.-Fraktion zwar mit ein paar Bauchschmerzen, aber immerhin zustimmen,

(Beifall der Abg. Marita Sehn [F.D.P.]

weil er genau in die Richtung geht, die auch wir einschlagen.

Danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Das Wort hat nun die Ministerin für Bildung und Forschung Edelgard Bulmahn.

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die Bundesregierung haben Bildung und Forschung Priorität.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ach?)

Ich freue mich, wenn viele Kolleginnen und Kollegen auch aus den Oppositionsparteien dies mit unterstützen, aber es gibt einen großen Unterschied zwischen Regierungskoalition und Opposition: Wir fordern nicht nur, sondern wir handeln. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erhöhen nämlich zum dritten Mal in Folge den Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, allein in diesem Jahr um 9,5 Prozent gegenüber dem letzten Jahr.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kein anderes Ministerium, kein anderer Politikbereich hat einen derartigen Zuwachs. Wir haben damit knapp 16 Milliarden DM zur Verfügung, und das heißt, dass wir – verglichen mit dem letzten Jahr der Regierungsverantwortung der CDU, nämlich 1998 – von diesem Zeitpunkt bis heute einschließlich BAföG 2,5 Milliarden DM zusätzlich für Bildung und Forschung zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie – daran will ich Sie schon noch erinnern, gerade Sie, Herr Kampeter, weil Sie damals, 1994 bis 1998, auch für diesen Haushalt verantwortlich waren – haben es damals zugelassen, dass der Haushalt für Bildung und Forschung um 700 Millionen DM gekürzt wurde.

(Jörg Tauss [SPD]: So ist es!)

Bundesministerin Edelgard Bulmahn

- (A) Das ist der große Unterschied. Wir erhöhen um 2,5 Milliarden DM, Sie haben innerhalb von vier Jahren um 700 Millionen DM gekürzt. Das ist der große Unterschied in der Politik!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lensing?

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung: Ja.

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Bitte sehr.

Werner Lensing (CDU/CSU): Frau Ministerin, sind Sie bereit, der Wahrheit die Ehre zu geben,

(Jörg Tauss [SPD]: Klar! Immer!)

indem Sie anerkennen, dass der unverhoffte Geldsegen, der im Moment die Regierung erreicht, nicht zuletzt der Politik der Minister Waigel und Bötsch insofern zu verdanken ist,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig! – Zurufe von der SPD: Oh!)

als diese beiden Herren gegen das erklärte Votum der damaligen Landesfürsten Schröder und Eichel – zum Teil geben sie es wohl zu – die **Privatisierung im Post- und Telekommunikationswesen** durchgesetzt haben?

- (B)

Vor diesem Hintergrund ist es sehr erstaunlich, dass für den Bereich Bildung und Forschung jetzt 1,1 Milliarden DM, aber im Bereich Verkehrswesen für die Infrastruktur über 3 Milliarden DM mehr fließen. Ich muss also die Frage stellen, ob die Infrastruktur des Wissens nicht sehr mangelhaft gefördert wird.

(Beifall bei der CDU/CSU – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr gute Zwischenfrage!)

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung: Herr Lensing, gerade weil wir davon überzeugt sind, dass **Wissen, Qualifikation und Ausbildung** das Wichtigste sind, das ein Mensch und die Gesellschaft besitzen können, haben wir die Ausgaben für Bildung und Forschung immens erhöht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Haushalt stieg seit 1998 um 2,5 Milliarden DM. Wir erhöhen den Etat in diesem Jahr um 9,5 Prozent.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Warum antworten Sie eigentlich nicht auf die Frage des Kollegen Lensing? Sie haben doch selbst gegen die Privatisierung der Telekommunikation gestimmt!)

Stephan Hilsberg – ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit ihm – muss in seiner Funktion als Staatssekre-

tär im Verkehrsministerium sagen, dass der Haushalt für Verkehr leider nicht steigt. Mit den zusätzlichen Mitteln wird nur erreicht, dass es keine größere Absenkung gibt und der Plafond nur gehalten wird. (C)

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die Redezeit müsste eigentlich weiterlaufen, weil das mit der Frage nichts zu tun hat!)

Wir setzen also mit dem Haushalt für den Bildungsbe- reich das Signal, dass uns Bildung und Forschung beson- ders wichtig sind. Im Gegensatz zur Opposition reden wir nicht nur, sondern handeln. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ich sehe durchaus Ihre Schwierigkeit, uns, wie Sie es mit Ihren bildungspolitischen Leitsätzen versuchen, vom führenden Platz zu vertreiben. Ich sage Ihnen klar, dass ich Ihre Erfolgsaussichten so ähnlich einschätze wie beim Wettrennen von Hase und Igel.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Frau Ministe- rin, es ist platt und mangelhaft souverän, so zu argumentieren!)

Sie haben hier wieder gefordert, die Bildungspolitik müsse Priorität haben. Dieser Grundsatz ist bei uns, wie ich eben erläutert habe, seit zwei Jahren praktische Poli- tik.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) (D)

Ich kann mir ein Schmunzeln wirklich nicht verknei- fen: Nachdem Sie über Jahre dieses Ressort vernachläs- sigt und den Etat immer weiter heruntergefahren hatten,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir haben mit unserem Geld mehr erreicht als Sie! Wie kann so viel Geld so wenig bewirken, Frau Ministe- rin? – Gegenruf des Abg. Dr. Uwe Küster [SPD]: Sie haben schwarzes Geld gehabt!)

dreht sich Ihre Politik in der Opposition – zumindest ver- bal – um 180 Grad. Ich kann in Anspielung auf das eben erwähnte Wettrennen nur sagen: Wir sind schon da.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber auch das ist klar: Ans Ziel kommt man nicht al- lein durch den Einsatz großer Summen. Man muss auch intelligente Strategien entwickeln.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das fehlt Ih- nen! – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Ja, daran fehlt es!)

Auch das lehrt uns die Geschichte von Hase und Igel. Ich werde dazu noch einige Beispiele aus der Bildungs- und Forschungspolitik anführen.

Unsere Erhöhung der Investitionen in Bildung und Forschung hat insbesondere zwei Ziele:

Bundesministerin Edelgard Bulmahn

- (A) Erstens. Wir wollen die soziale Schieflage, die Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, zu verantworten und die Sie uns vererbt haben, beseitigen.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Zentrale Punkte für die Herstellung der Chancengleichheit sind unsere BAföG-Reform, die Investitionen in berufliche Bildung, die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West sowie die Förderung von Frauen. Mit diesen Initiativen, die wir gestartet haben, schaffen wir ein tragfähiges Fundament für die gesamte Gesellschaft. Wir erreichen damit weiterhin, dass wir das gesamte Potenzial an Begabungen, das es in unserem Land gibt, ausschöpfen und nicht brach liegen lassen, wie es in den vergangenen Jahren der Fall war.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens: Ich habe Schluss gemacht mit der Förderpolitik nach dem Gießkannenprinzip und einer Förderphilosophie nach dem Prinzip: „more of the same“.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist ja eine wagemutige Behauptung!)

Wir setzen Schwerpunkte

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die kennt aber keiner!)

und konzentrieren uns auf zentrale Zukunftsfelder, wie zum Beispiel die Lebenswissenschaften, die Informationstechnologie, die Mikrosystemtechnik und die Nanotechnologie. Das sind die Forschungsfelder, auf die wir uns konzentrieren müssen. Wir brauchen sie, damit unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig bleibt und unsere jungen Leute Berufsperspektiven und -chancen haben. Genau das leisten wir.

- (B)

(Beifall bei der SPD)

Wir erhöhen damit unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit und schaffen leistungsfähige Wirtschafts- und Forschungsstrukturen.

Das sind keine vagen Absichtserklärungen, sondern das haben wir umgesetzt. Wir haben Fakten geschaffen. In der Fabel von Hase und Igel würde der Igel sagen: Wir sind schon da; während Sie noch darüber reden und fordern.

(Beifall bei der SPD – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das bleibt platt, Frau Ministerin!)

Zunächst zur **Chancengleichheit**: Allein für die **BAföG-Reform** mobilisieren wir 1 Milliarde DM pro Jahr zusätzlich, um endlich soziale Gerechtigkeit herzustellen. Frau Flach, Sie haben völlig Recht: Reformen kosten Geld. Sie haben sie nie umgesetzt, aber wir tun das.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Ihnen, Herr Kampeter, kann ich leider nur sagen: Sie sind der lebendige Beweis für Mängel beim mathematischen Unterricht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ich habe wahrscheinlich intensiveren Matheunterricht genossen als Sie!)

Denn wenn Sie sich die Haushaltszahlen anschauen, die Sie als Haushälter kennen müssten, dann wüssten Sie, dass für das BAföG im Jahre 1994 2,270 Milliarden DM vorgesehen waren. 1998, im letzten Jahr Ihrer Regierung, waren es noch 1,475 Milliarden DM. Das haben Sie mit dem BAföG gemacht. Deshalb kann ich nur sagen: Bitte Zahlen lesen und Zahlen verstehen! (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Hans Georg Wagner [SPD]: Das können die nicht!)

Während Ihrer Regierungszeit haben Sie das BAföG durch diese Kürzungen leider in Grund und Boden gewirtschaftet,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wer regiert denn jetzt eigentlich? Sie können doch alles ändern, wenn Sie es wollen! Machen Sie es doch! – Gegenruf des Abg. Jörg Tauss [SPD]: Wir regieren, Gott sei Dank!)

mit dem Ergebnis, dass die Zahl der BAföG-Geförderten um sage und schreibe 44 Prozent gesunken ist.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wo ist denn die große BAFÖG-Strukturreform?)

Für Sie ist Chancengleichheit nur noch ein Wort. Mit der Reform der Ausbildungsförderung erhöhen wir die Freibeträge und Bedarfssätze, und zwar nicht nur, Frau Flach, um 75 DM; da bitte ich, korrekt zu sein.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Damit können Sie vielleicht einen SPD-Sportverein überzeugen, aber doch nicht den Deutschen Bundestag!) (D)

Wir erhöhen sie zusätzlich um 135 DM, weil wir das Kindergeld nicht mehr gegenrechnen, wie Sie das getan haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das heißt, nach Adam Riese handelt es sich um 210 DM. Das ist die Realität. Ich bitte, wirklich einmal bei der Wahrheit zu bleiben und nicht einfach falsche Dinge zu behaupten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Mangelhaft souverän!)

– Nein, das ist Fakt. Herr Kampeter, wenn Sie noch nicht einmal in der Lage sind, die Absenkung des BAföG von 2,270 Milliarden DM auf 1,475 Milliarden DM zuzugestehen, sondern das als Erhöhung verkaufen wollen, kann ich nur sagen: Das ist ein Mangel an Souveränität.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir erhöhen die Bedarfssätze.

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Frau Ministerin, lassen Sie noch eine Zwischenfrage zu?

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung: Ich lasse Zwischenfragen immer gern zu.

- (A) **Werner Lensing** (CDU/CSU): Sie lassen deswegen die Zwischenfragen immer zu, weil Sie einige Fragen überhaupt nicht beantworten, wie meine vorhin gestellte Frage. Aber ich bin mutig genug, noch eine zweite Frage zu stellen, in voller Erwartung, diesmal eine Antwort zu erhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Zahlen, die genannt wurden, mögen alle ihren Wert und Sinn haben.

(Jörg Tauss [SPD]: Aber die stimmen wenigstens!)

Aber können wir uns darauf verständigen, dass sie den Studenten konkret überhaupt nichts nützen, weil unsere Studenten seit über zwei Jahren darauf warten, dass sich auch nur eine einzige Leistungsverbesserung ereignet? Im Bereich des Meister-BAföG, auf das Sie sicher gleich noch zu sprechen kommen, haben wir nach allem, was wir hören, erst im Herbst nächsten Jahres eine Lösung zu erwarten, weil es keine Abstimmungsmöglichkeiten zwischen Ihrem Hause und dem des Wirtschaftsministers gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung: Ich stimme Ihnen nicht zu, Herr Lensing, weil die BAföG-Reform zum 1. April des nächsten Jahres in Kraft treten wird.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Steht noch nicht im Gesetzblatt!)

- (B) Ich will nur darauf hinweisen, dass die CDU diesen Vorschlägen im Bundesrat zugestimmt hat. Von daher ist es ein bisschen makaber, wenn Sie hier dagegen reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die CDU/CSU-geführten Länder haben im Bundesrat zugestimmt, sodass dieses Gesetz zum 1. April in Kraft treten wird. Durch dieses Gesetz wird den Jugendlichen eine erheblich bessere Unterstützung und Hilfestellung gegeben; sie werden das ganz klar und deutlich spüren.

Herr Lensing, ich sage Ihnen eines: In diesem Punkt würde ich mich wirklich freuen, wenn wir alle gemeinsam unsere Kraft dafür einsetzen, das BAföG wieder zu dem zu machen, was es einmal war. Es soll von den Jugendlichen und deren Familien als Hilfestellung gesehen und auch in Anspruch genommen werden, die ermöglichen soll, dass Jugendliche, denen keine goldene Kreditkarte in die Wiege gelegt wurde, studieren und eine gute Ausbildung erhalten können. Das muss unser gemeinsames Anliegen sein.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist doch pure Klassenkampfrhetorik, aber kein BAFÖG-Konzept!)

Dieses Ziel ist erreichbar, und deshalb sollten wir gemeinsam dafür werben, sollten über das BAföG informieren und deutlich machen, dass diese BAföG-Reform tatsächlich zur Wiederherstellung der Chancengleich-

heit – sowohl für die finanzschwächsten Familien als auch für Familien mit mittlerem Einkommen – beiträgt, sodass in Zukunft jeder studieren und eine gute Ausbildung erhalten kann, und zwar auch dann, wenn die Familie über ein geringes Einkommen verfügt oder mehrere Kinder hat. Das sollte unser gemeinsames Ziel sein und über die Verwirklichung dieses Zieles würde ich mich freuen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden mit der Umsetzung dieses Zieles unserer Verantwortung gerecht, die wir hier im Parlament haben. Da Sie in den 90er-Jahren mit Ihrer Regierung Fehler gemacht haben, erwarte ich von Ihnen zumindest, dass Sie bei der Umsetzung unseres Reformvorhabens jetzt gemeinsam mit uns darangehen, die Situation wieder zu verbessern. Das würde ich mir von Ihnen wünschen.

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Nun wünscht die Kollegin Flach das Wort zu einer Zwischenfrage.

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung: Bitte schön.

Ulrike Flach (F.D.P.): Frau Ministerin, wir sind uns alle darin einig, eine elternunabhängige Förderung erreichen zu wollen. Sind Sie aber nicht mit mir auch darin einig, dass das, was Sie und auch Herr Berninger – auch in Wahlkämpfen – immer gefordert haben, nämlich eine grundlegende Strukturreform mit dem Ziel einer **elternunabhängigen Förderung**, die auch unser Gesetzentwurf vorsieht, das ist, was Sie eigentlich wollten?

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung: Nein, Frau Flach, in diesem Punkt bin ich mit Ihnen nicht einer Meinung. Die von mir vorgelegten Pläne einer BAföG-Reform wollen im Sinne einer grundlegenden Strukturreform erreichen, dass rund 80 000 Jugendliche aus Familien mit geringem oder mittlerem Einkommen eine qualifizierte Ausbildung erhalten. Gleichzeitig führen wir eine Internationalisierung des BaföG ein; in Zukunft soll man ein Vollstudium im Ausland durchführen können, wenn man vorher bereits zwei Semester in Deutschland studiert hatte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir schaffen mit dieser Reform eine Angleichung der Verhältnisse in Ost und West, damit in Zukunft die Studierenden – auch wenn sie nicht wohlhabend sind – in den Semesterferien nicht unbedingt jobben müssen, sondern zum Beispiel auch ein Praktikum in einer Hightech-Firma durchführen oder im Ausland studieren können. Wir erreichen mit dieser Strukturreform, dass künftig alle Studierenden – das ist für mich ein wichtiges Ziel – beim Start in den Beruf einen karrierefähigen und konkurrenzfähigen Lebenslauf vorlegen können, und zwar unabhängig vom Einkommen. Das zu erreichen ist eine wichtige Aufgabe und ein wichtiges Ziel in einer Demokratie, und

Bundesministerin Edelgard Bulmahn

- (A) erst die Umsetzung dieses Ziels schafft tatsächlich Chancengleichheit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die Misere auf dem **Lehrstellenmarkt** haben wir bereits in vielen Regionen erfolgreich bekämpft. Zum ersten Mal seit vielen Jahren werden mehr Ausbildungsplätze angeboten als nachgefragt. Junge Menschen, die lernen wollen und können, haben eine gute Chance, einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Unsere Jugendlichen haben damit wieder eine berufliche und private Perspektive. Allerdings: Besonders in den **neuen Bundesländern** gibt es noch immer einen Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen. Deshalb werde ich den Kampf um mehr betriebliche Ausbildungsplätze – gerade in den neuen Bundesländern, wo wir sie dringend brauchen – nicht aufgeben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich werde auch das Ziel einer notwendigen Modernisierung der Ausbildungsberufe sowie einer Schaffung neuer Berufe nicht aus den Augen verlieren. Wir haben inzwischen mehr als 40 Ausbildungsberufe modernisiert. Wir haben weiterhin mit den UMTS-Zinsgewinnen einen Modernisierungsschub in den Berufsschulen ermöglicht, den wir gerade für die Ausbildung in zukunftssträchtigen Berufen einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Dann finanzieren wir den Anschluss im IT-Bereich, den Sie verpasst haben. Dies ist, wie so vieles auf diesem Feld, wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, aber auch für die Lebensperspektiven unserer Jugendlichen.

Meine Damen und Herren, Sie haben vorhin kritisiert, dass wir in der Bildung zu wenig machen. Ich halte das für falsch. Wir haben mit unseren Vorschlägen und unseren Programmen erreicht, dass in den Bildungseinrichtungen neuer Schwung vorhanden ist.

(Beifall bei der SPD)

Die **neuen Medien** werden inzwischen in erheblich größerem Maße eingesetzt. Das ist auch ein Ergebnis des Programms „Schulen ans Netz“. Bis einschließlich 2001 werden wir alle Schulen an das Netz anschließen. Ich habe das Programm für die Lernsoftware im Frühjahr dieses Jahres gestartet. Denn ohne qualifizierte Inhalte nutzt auch die Hardware nichts. Das ist völlig klar.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt sind die Länder in der Pflicht, ihre Lehrer entsprechend zu qualifizieren und fortzubilden. Wir müssen gemeinsam mit der Wirtschaft, weil es aus öffentlichen Kassen nicht allein zu finanzieren ist, dieses Ziel erreichen, indem wir bis zum Jahr 2006 eine flächendeckende Ausstattung von Schulen mit PCs und mit Laptops sicherstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe vorhin gesagt, dass die **Angleichung von Ost und West** ein weiteres wichtiges Ziel für die Chancengleichheit ist. Wir haben mit der Initiative Inno-Regio und dem Ausbil-

dingsplatzprogramm Ost die richtigen Entscheidungen getroffen, die richtigen Initiativen gestartet. Deshalb kann man sagen: Auch bei dem Politikziel „Mehr Chancen für die neuen Bundesländer“ gilt: Wir sind schon da. – So viel zur Chancengleichheit. (C)

Nun zu den Zukunftsfeldern in Wissenschaft und Forschung. Die **Lebenswissenschaften** werden der wichtigste Innovationsbereich im 21. Jahrhundert sein. Deshalb steigern wir die Fördermittel in den Bereichen Biotechnologie, Gesundheits- und Medizinforschung, molekulare Medizin und Genomforschung erheblich. Sie haben vorhin darauf hingewiesen. Diese Forschungsinvestitionen sind aus zwei Gründen notwendig.

Erstens. Es sind die wichtigen Investitionen, mit denen wir in Zukunft bessere Heilungsmöglichkeiten, bessere Therapiemöglichkeiten für wichtige Krankheiten wie Krebs, Alzheimer, Herz- und Kreislaufkrankheiten oder auch die Creutzfeldt-Jakob-Krankheit, über die wir in den letzten Tagen hier sehr viel diskutiert haben, erhalten. Ohne Investitionen in diese Bereiche werden wir nicht das notwendige Wissen haben und keine Therapien entwickeln. Deshalb ist das ein wichtiger Schwerpunkt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb war es für mich ein wichtiges Ziel, dass wir die Mittel in diesem Bereich erheblich erhöhen. Sie haben zu Recht gesagt, dass ich im Bereich der Genomforschung die Mittel um 300 Prozent erhöht habe, und zwar mit dem Ziel, die Lebensqualität der Menschen zu verbessern und die Wirtschaft konkurrenzfähig zu halten. (D)

Ich will einen zweiten Punkt nennen, die **Informati- ons- und Kommunikationstechnologien**. Mit unserem Programm Zukunftsinitiative Hochschule und den IuK-Technologien machen wir unsere Hochschulen zukunftsfähig. Wir investieren in Gebäude und in modernste Geräte, aber auch und vor allem in den Menschen. Allein 1,3 Milliarden DM investieren wir in die Förderung der Nachwuchswissenschaftler. Das ist notwendig und richtig. Wir haben Programme entwickelt, mit denen die Hochschulen Zugang zu den neuen Medien bekommen. Wir vernetzen über die neuen Medien unsere Hochschulen stärker mit der internationalen Wissenschaftswelt. Wir vernetzen sie auch stärker untereinander und mit der außeruniversitären Forschung, wie Max-Planck, wie Fraunhofer, wie Helmholtz. Wir entwickeln mit diesen Programmen Modelle für eine virtuelle Universität. Denn nur eine intelligente Kombination von Präsenzuniversität und virtueller Universität wird Deutschland einen Rang als internationalen Wissenschaftsstandort sichern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Deutschland ist aufgrund der langen Regierungszeit der jetzigen Opposition noch immer ein weißer Fleck auf der längst existierenden Hochschullandkarte des virtuellen globalen Dorfes. Wir unterstützen unsere Hochschulen dabei, sich auf dieser Landkarte zu positionieren, damit sie für unsere eigenen und für ausländische Studierende attraktiv wird. Mit den neuen Medien und der Entwicklung virtueller Hochschulprojekte, mit der Entwicklung der Internationalisierung der Hochschule und den zahlreichen Programmen für die Förderung der Nachwuchswissenschaftler verbessern wir

Bundesministerin Edelgard Bulmahn

- (A) nicht nur unsere Chancen im Wettbewerb um die intelligentesten Köpfe, sondern schaffen auch modernste Möglichkeiten der arbeitsbegleitenden Weiterbildung.

Lassen Sie mich noch Folgendes sagen: Wir haben Schritte vollzogen – ich erinnere an die Zusammenführung von Fraunhofer-Gesellschaft und GMD –, mit denen wir wichtige Forschungseinrichtungen auf eine neue Basis stellen. Damit schaffen wir eine wichtige Grundlage dafür, Exzellenz in der Grundlagenforschung und Exzellenz in der angewandten Forschung zu verbinden. Ergebnisse aus diesem Bereich können somit schneller umgesetzt werden.

Mit der **interdisziplinären Ausrichtung** von Forschungszentren, die wir unterstützen und mit der zielorientierten Zusammenarbeit von Wissenschaft, von Wirtschaft, von Hochschulen, von Forschungsinstituten und von ihren Partnern in der Industrie – dies spielt in unseren Förderprogrammen eine wichtige Rolle – schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass Wissenschaft und Forschung in der Bundesrepublik den höchsten Stellenwert erhalten. Außerdem schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass die Ergebnisse von Wissenschaft und Forschung zum Nutzen der Menschen, die in unserem Land leben, schnell angewandt werden.

Ich ziehe folgendes Fazit: Während die Opposition über Investitionen in Forschung und Bildung nur redet, nehmen wir diese Investitionen tatsächlich vor.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

- (B)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Gerhard Friedrich, CDU/CSU-Fraktion.

Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen) (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute mehrfach, zuletzt von Frau Ministerin Bulmahn, gehört, dass in den 90er-Jahren, so steht es auch in dem Zweijahreszwischenbericht ihres Hauses, Rückschritt und Stagnation in Deutschland herrschten. Nach dem Regierungswechsel sei ein neuer, strahlender Stern aufgetaucht und alles sei schlagartig besser geworden. Frau Ministerin, das glauben Sie doch selbst nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. –
Jörg Tauss [SPD]: Doch!)

Am Beispiel der Bildungspolitik will ich einmal aufzeigen, was in den letzten Jahren entschieden wurde und was zurzeit entschieden wird. Vor der Wahl haben wir gemeinsam eine Hochschulreform verabschiedet. Ihr Vorgänger, Herr Minister Rüttgers, hat mit der Modernisierung der beruflichen Bildung begonnen und die Schaffung neuer Berufsbilder beschleunigt. Unter anderem deshalb können Sie heute verkünden, dass 40 000 junge Menschen in den neuen IT-Berufen ausgebildet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir bestreiten nicht, dass Sie im Bereich der beruflichen Bildung die Maßnahmen Ihres Vorgängers fortsetzen

und gemeinsam mit den Arbeitgeberverbänden und mit den Gewerkschaften fortentwickeln. Wir haben aber auch in Erinnerung, dass Sie auf diesem Gebiet – das ist Ihnen heute schon einmal vorgetragen worden – den zentralen Vorschlag Ihrer Oppositionszeit beerdigt haben, nämlich eine unsinnige Umlagefinanzierung für berufliche Ausbildungsplätze in der Wirtschaft. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Beerdigt haben Sie auch einen zentralen Vorschlag Ihres Konzeptes für eine **BAföG-Strukturreform**, nämlich das an die Studierenden direkt auszahlende Bildungsgeld. Unabhängig vom Machtwort des Kanzlers hat uns Herr Staatssekretär Catenhusen mitgeteilt: Es ist schlicht nicht finanzierbar. Das haben wir so schon in den Vermerken des Kollegen Rüttgers gelesen. Sie haben es nur nicht geglaubt.

Deshalb wundert es mich nicht, Frau Ministerin, wenn der Bundesrat Ihrer jetzigen BAföG-Reform im Großen und Ganzen zustimmt. Sie basiert auf den Eckpunkten unserer Vorschläge. Der zentrale Punkt Ihres alten Konzeptes ist verschwunden. Aus diesem Grunde sagen wir nur noch: Die BAföG-Reform kommt zu spät.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und
der F.D.P.)

Der Kollege Kampeter hat mir neulich eine Unterlage zur Verfügung gestellt, aus der hervorgeht, dass die Mittel wahrscheinlich in einer Größenordnung von 10 Prozent nicht abfließen. Das heißt, die Förderquote sinkt inzwischen wieder. Ihre Strukturreform – eine Reform „im System“, wie wir sie immer wollten – kommt mindestens ein halbes Jahr zu spät. (D)

In der Zwischenbilanz lese ich, dass die jetzige Bundesregierung den entscheidenden Kurswechsel vorgenommen hat. Nach dem, was ich gerade vorgetragen habe, kann man den Eindruck gewinnen, dass die SPD selbst in einigen entscheidenden bildungspolitischen Punkten einen Kurswechsel vorgenommen hat. Das Gleiche stellen wir übrigens auch auf Landesebene fest. Dort finden wir immer weniger SPD-Politiker, die bereit sind, Gesamtschulen und Orientierungsstufen zu verteidigen. Einer Ihrer Ministerpräsidenten will die Orientierungsstufe sogar abschaffen.

Leider können wir nicht bestätigen, dass die wichtigsten Hausaufgaben auf Bundesebene inzwischen erledigt sind. Mein Kollege hat mit Zwischenfragen schon darauf aufmerksam gemacht, dass wir auf eine Novelle, in der die berufliche Aufstiegsfortbildung, das so genannte Meister-BAföG, neu geregelt wird, dringend warten. Mit Ihren Vorschlägen für ein neues **Hochschuldienerrecht** sind Sie in ein schwieriges Fahrwasser geraten. Begeistert sind offensichtlich nur die Finanzminister der Länder. Der Hochschulverband und der Hochschullehrerbund kritisieren viel zu niedrige Grundgehälter, die irgendwo bei der Besoldung von Oberregierungsräten und Regierungsdirektoren angesiedelt sind.

(Jörg Tauss [SPD]: Legt den Bayern mal drauf!)

Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen)

- (A) – Sie haben völlig Recht, Herr Kollege Tauss. Wir haben hervorragende Wissenschaftler in Bayern – dazu komme ich später noch –, aber bei den von Ihnen angebotenen Grundgehältern laufen sie uns davon. Ich verstehe überhaupt nicht, dass man ein neues Programm finanzieren will, um Spitzenwissenschaftler aus dem Ausland nach Deutschland zu holen, was ja richtig ist, hier aber gleichzeitig so miese Grundgehälter angeboten werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Frau Ministerin, es ist nicht nur so, dass ich dies nur kritisiere, weil ich Oppositionspolitiker bin. Wir sind in Bayern und Baden-Württemberg bereit, mehr zu finanzieren, weil wir das hohe Niveau unserer Hochschulen aufrechterhalten wollen.

Sie haben im Rahmen der Dienstrechtsreform vorgeschlagen, die Qualifikationsphase des wissenschaftlichen Nachwuchses zu verkürzen. Das ist ein guter Vorschlag; denn die Qualifikation dauert zu lange, die Leute sind zu lange abhängig, können zu spät selbstständig forschen und lehren. Deshalb werden wir Ihren Vorschlag, die **Juniorprofessur** einzuführen, unterstützen.

(Jörg Tauss [SPD]: Bayern auch?)

– Ja, Bayern auch. Aber was Bayern nicht machen wird, Herr Tauss – da wird die Ministerin scheitern –, ist, die Habilitation abzuschaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Dazu ist die Fächerkultur viel zu unterschiedlich.

- (B) (Jörg Tauss [SPD]: Ja, wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!)

Ich hatte erst in der letzten Woche eine große Veranstaltung mit den Professorinnen und Professoren meiner eigenen Universität. Wir haben einen Weg aufgezeigt, wie man auch über die Habilitation das Ziel erreichen kann, Berufungen mit 35 Jahren durchzuführen.

(Jörg Tauss [SPD]: Das ist eine Mogelpackung!)

Man muss die heute überwiegend zweckentfremdeten Stellen der wissenschaftliche Assistenten für Habilitanden reservieren und ihnen eine größere Selbstständigkeit gegenüber dem Lehrstuhlinhaber einräumen.

Ich komme jetzt zum Geld. Frau Ministerin, ich werde nicht behaupten, dass Rot-Grün bei der Finanzierung von Bildung und Forschung total versagt; denn dann würden mich die Leute nicht ganz ernst nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Jörg Tauss [SPD]: Wie Herrn Kampeter, den nimmt auch niemand mehr ernst!)

Sie aber haben dieses Problem: Ihre Ankündigungen, die Ausgaben zu verdoppeln oder –nach der Wahl wurde hier schon deutlich reduziert – wenigstens 1 Milliarde DM jährlich draufzulegen, werden nicht mehr ernst genommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich habe mir die **Haushaltsentwicklung** des Einzelplans 30 – Bildung und Forschung – noch einmal angeschaut. Danach wird der Einzelplan bis zum Jahr 2003 gegenüber dem Ist des Jahres 1998 nur um 2,6 Milliarden DM aufgestockt. Dabei wollten Sie 5 Milliarden DM zusätzlich für Bildung ausgeben. Auch der Wirtschaftsminister hilft Ihnen nicht, die Bilanz aufzubessern. Er behandelt nämlich die Titel für Forschung und Technologie besonders stiefmütterlich. Nach vielen Beschlüssen, jetzt mehr in den Haushalt des Wirtschaftsministers zu geben, beläuft sich das Plus – ich habe das nachgerechnet – gegenüber dem Stand von 1998 auf 150 Millionen DM. Das ist wirklich jämmerlich. Es war offensichtlich ein Fehler – da stimmen Sie mir wahrscheinlich zu –, Kompetenzen in diesem Bereich an das Wirtschaftsministerium abzugeben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Frau Ministerin, ich gehe davon aus, dass Ihre Bilanz in einigen Jahren noch schlechter ausschauen wird als die Zahlen, die ich jetzt vorgetragen habe; denn eines Tages werden Sie das Soll, also die geplanten Ausgaben, mit dem Ist, den tatsächlichen Ausgaben, vergleichen müssen.

(Jörg Tauss [SPD]: Aber das Ist kommt an!)

Dieses Haus war schon im ersten Jahr, nämlich 1999, überhaupt nicht in der Lage, das zusätzliche Geld auszugeben,

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]:
Hört! Hört!)

und hat 236 Millionen DM an den Finanzminister zurückgegeben. (D)

(Jörg Tauss [SPD]: So einen Saustall habt ihr uns hinterlassen!)

Ich habe mir den Abfluss der Mittel in diesem Jahr angeschaut. Er ist ebenfalls zum Teil miserabel. Aber warten wir einmal das Ergebnis ab. Ich fürchte, dass auch ein Teil der jährlich zusätzlich veranschlagten 600 Millionen DM, die Sie aus den Zinsersparnissen erhalten, nicht abfließen wird.

Es ist eigentlich eine ganz gute Idee, deutsche Spitzenforscher, die ins Ausland gegangen sind, zurückholen bzw. ausländische Spitzenforscher zu uns holen zu wollen. Nun höre ich aber, die Mittel für Berufungen seien nur auf drei Jahre befristet und die Verhandlungen seien schwierig. Gehen Sie denn davon aus, dass die Forscher in den USA auf ihren Koffern sitzen, um endlich nach Deutschland berufen zu werden, um den Glanz unseres Wissenschaftsstandortes zu erhöhen? Ich halte es für unrealistisch, wenn Sie sagen, dass dieses sinnvolle Programm schon im Jahr 2001 anlaufen kann.

Wir haben dem Bundesforschungsbericht entnommen, dass die Dichte an Forschungs- und Entwicklungspersonal in den neuen Bundesländern etwa halb so groß ist wie bei uns in Westdeutschland. Deshalb sind wir durchaus dafür, Wachstumskerne in den neuen Bundesländern zu finanzieren. Aber Sie wollen immer um jeden Preis schnell neue Programme, um die Presse mit neuen Ideen zu füttern. Wir gehen davon aus, dass Ihre zuständigen

Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen)

- (A) Mitarbeiter im Herbst nächsten Jahres im Ministerium sitzen und nach Ausschreibung, Vorlage und Prüfung von Konzepten händierend Leute suchen werden, die in der Lage sind, das Geld noch im Jahr 2001 auszugeben.

Es fehlt dieser Haushaltspolitik an Kontinuität. Man kann die Mittel nur kontinuierlich nach oben entwickeln. Bei Ihnen treten die Finanzminister abwechselnd aufs Gas und auf die Bremse, und die Bildungsministerin verschärft die Probleme dadurch, dass sie nicht prüft, wo Geld schnell und wirksam ausgegeben werden kann, und sich stattdessen nur bemüht, die Medien mit neuen Ideen zu bedienen. Manchmal wird daraus gar nichts wie bei den Laptops; das waren nur Schlagzeilen für einige Tage.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das war ein Floptop! Ein Topflop!)

Der Kollege Hilsberg – dem auch ich herzlich zur Ernennung zum Staatssekretär gratuliere – hat als letzte Tat

(Jörg Tauss [SPD]: Was heißt „letzte Tat“? Die großen Taten kommen bei ihm erst noch!)

der „tageszeitung“, einer Berliner Zeitung, ein großes Interview gegeben, in dem er mitgeteilt hat, wie diese Bundesregierung aus den Zinsersparnissen durch die UMTS-Milliarden jährlich 1,2 Milliarden DM mehr ausgeben wird. Im Ankündigen sind Sie wirklich großartig. Deshalb jubeln wir nur begrenzt, Frau Ministerin, wenn Sie, im Gegensatz zum – nicht sehr starken – Verkehrsminister, nur die Hälfte Ihrer Wunschliste durchgesetzt haben.

- (B) Wir haben im Fachausschuss und im Haushaltsausschuss mehrere Vorschläge gemacht. Ich habe jetzt nicht mehr die Zeit, alle zu erläutern, aber einige Punkte will ich kurz aufgreifen.

Erstens. Die Regierung sagt zu Recht, sie müsste die Projektmittel schneller erhöhen als die Mittel für die institutionelle Förderung. Bei der **Projektförderung** werden die Mittel im Wettbewerb vergeben. Daher ist das völlig richtig; wir billigen das. Wir meinen aber, dass man, wenn man mehr Geld zur Verfügung hat, zunächst einmal die globale Minderausgabe streichen sollte, weil diese nur im Bereich der Projektförderung erwirtschaftet werden kann.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Zweiter Punkt. Wo kann man Geld schnell und sinnvoll ausgeben? Sie haben den Ansatz für den Hochschulbau erhöht. Das ist gut; aber hier könnte man noch wesentlich mehr machen. Den Unterlagen des Hauses von Frau Ministerin Bulmahn entnehme ich, dass der Bund zurzeit bei den kleineren laufenden Projekten – die Vorfinanzierung aus Bayern erwähne ich dabei gar nicht; die größeren Brocken kommen, glaube ich, erst im Jahr 2004 oder später als Rechnung nach Berlin – Schulden in Höhe von etwa 1 Milliarde DM hat. Wir schlagen vor, diese Schulden schneller abzutragen.

Der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz hat uns mitgeteilt, dass im Bereich der Großgeräte ein hoher Reinvestitionsbedarf besteht. Da könnte man schnell und sinnvoll Geld ausgeben.

Für die **Genomforschung** schlägt die Koalition gemeinsam mit der Ministerin eine Aufstockung der Mittel um 100 Millionen DM vor. Wir haben bereits im letzten Jahr 200 Millionen DM jährlich mehr beantragt, nicht weil da unsere Fantasie mit uns durchgegangen wäre, sondern weil das dem Vorschlag der Deutschen Forschungsgemeinschaft entspricht. Da sind Ihre Ansätze zu niedrig. (C)

Ich füge hinzu: Wir wollen das zusätzliche Geld nicht nur für die Humangenomforschung einsetzen, sondern auch für die Pflanzengenomforschung. Es ist festzustellen, dass in einem Teil der Bundesregierung und der Koalition durchaus die Bereitschaft vorhanden ist, auch diesen Forschungsbereich zu fördern. Vielleicht wollen unsere Bürgerinnen und Bürger das gar nicht; denn bei uns gibt es genügend Lebensmittel. Aber für die Weltenernährung brauchen wir das Ganze dringend.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Deshalb wiederhole ich: Auch die Pflanzengenomforschung muss gestärkt werden.

Ich habe jetzt nur noch Zeit, auf das Märchen einzugehen, dass gemäß Ihrem Zwischenbericht CDU und CSU – wahrscheinlich meinen Sie auch die F.D.P. – nicht in der Lage seien, Forschung und Technologie sinnvoll voranzubringen und entsprechende Marktchancen zu nutzen. Ich habe mir einmal den **Bundesforschungsbericht 2000**, der aus Ihrem Hause stammt, angeschaut und finde dort schöne Zahlen, die das widerlegen. Auf Seite 109 sind Angaben dahin gehend zu finden, wie groß in der Wirtschaft der Umfang des Personals für Forschung und Entwicklung in den einzelnen deutschen Ländern ist. Dazu ist dort zu lesen: (D)

In den neuen und alten Ländern ergibt sich übereinstimmend eine Konzentration auf die Länder im Süden. Baden-Württemberg und Bayern vereinigen mehr als die Hälfte des FuE-Personals der alten Länder auf sich. In den neuen Ländern arbeiten allein 45,6 Prozent der FuE-Beschäftigten in Sachsen,

– herzlichen Glückwunsch dem Kollegen Schmidt – weitere 19,6 Prozent in Thüringen.

Dann habe ich mir angeschaut, wo das meiste Geld für Forschung und Entwicklung ausgegeben wird: Baden-Württemberg hat einen Bevölkerungsanteil von 12,7 Prozent. Dort werden 23,5 Prozent aller in Deutschland für FuE veranschlagten Mittel ausgegeben. Bayern hat einen Bevölkerungsanteil von 14,8 Prozent. Dort werden 20 Prozent aller für FuE veranschlagten Mittel ausgegeben.

Frau Präsidentin, ich stelle deshalb abschließend fest: Dort, wo die CDU oder die CSU regiert, fühlt sich die forschende Industrie, fühlen sich Wissenschaftler an Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen besonders wohl.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

- (A) **Vizepräsidentin Anke Fuchs:** Ich erteile nun das Wort dem Kollegen Hans-Josef Fell, Bündnis 90/Die Grünen.

Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kampeter, ich möchte eingangs auf das von Ihnen Erwähnte noch einmal zurückkommen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Meine Rede hat euch richtig in Unruhe versetzt!)

Sie haben die angeblichen Initiativen von Herrn Rüttgers herausgestellt. Ich will Ihnen einmal die entscheidende Initiative von Herrn Rüttgers in Erinnerung rufen: Das war nämlich die jährliche Kürzung der in den Haushalt für Bildung und Forschung eingestellten Mittel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Dies haben wir nicht fortgeführt. Ganz im Gegenteil: Unter Rot-Grün sind die Mittel von Jahr zu Jahr gestiegen.

In diesem Jahr – das möchte ich festhalten – können wir ein wahres Weihnachtsfest feiern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Denn zu den bereits vorgesehenen Mittelenerhöhungen des Bundesforschungsministeriums um rund 800 Millionen DM kommen in diesem Jahr im Rahmen der UMTS-Zinsersparnisse noch weitere 700 Millionen DM hinzu. Davon gehen 600 Millionen DM in das Bildungs- und Forschungsministerium und 100 Millionen DM in das Wirtschaftsministerium.

(B)

Aus Gründen der Zeit will ich mich auf zwei wichtige Forschungsbereiche beschränken, die im Haushalt 2001 besondere Akzente erfahren: Das ist die Energieforschung und die Gesundheitsforschung.

Zur **Energieforschung:** Angesichts der großen Energieprobleme wie zum Beispiel Treibhauseffekt und Ressourcenverknappung ist es ein besonders wichtiger Erfolg, dass die Mittel für die Energieforschung deutlich angehoben werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

100 Millionen DM aus den UMTS-Zinsersparnissen werden zusätzlich für die Energieforschung bereitgestellt. Das BMBF erhöht in seinem Zuständigkeitsbereich die Mittel um 7 Millionen DM. Im Landwirtschaftsministerium kommt es in diesem Bereich zu weiteren Mittelenerhöhungen um 15 Millionen DM.

Mit 80 Millionen DM aus den UMTS-Zinsersparnissen wird im Wirtschaftsministerium wichtigen Technologien in diesem Bereich zum Durchbruch verholfen: der Brennstoffzelle und den Offshorewindkraftanlagen. Die weiteren 20 Millionen DM stehen dem Umweltministerium zur Verfügung. Die Schwerpunkte liegen auf der geothermischen und der solarthermischen Stromerzeugung. Das, Frau Flach, ist die Antwort auf Ihre Frage, ob wir uns noch stärker in der **Fusionsforschung** engagieren sollten.

Sie haben uns Technikfeindlichkeit vorgeworfen. Dazu möchte ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen: Damit werfen Sie indirekt unserem großen Partner, den USA, Technikfeindlichkeit vor; denn die USA haben sich schon vor Jahren aus dem Projekt ITER zurückgezogen. Es ist also keine besondere Position, die wir hier vertreten. Die USA haben – das ist ganz aktuell – die Haushaltsmittel für die Laserfusionsforschung gestoppt, weil – man höre und staune – die Fusion wohl keine Zukunft hat und man nicht erwartet, dass sie in vielleicht 50 Jahren etwas zur Energieversorgung beitragen wird. Nein, wir machen es anders. Wir setzen auf Zukunftstechnologien, die keine Risiken bergen und die uns bald von den Problemen befreien können, die mit den nuklearen Technologien verbunden sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Nun gibt es den Wunsch nach einer Zwischenfrage von der Kollegin Flach. Möchten Sie sie zulassen?

Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte.

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Bitte sehr, Frau Kollegin.

(Jörg Tauss [SPD]: Ausschussvorsitzende haben immer das Wort! Die verehren wir geradezu!)

(D)

Ulrike Flach (F.D.P.): Herr Fell, wie erklären Sie sich die Aussage Ihrer Kollegin Hustedt vom gestrigen Tag, dass sie auf Ihre Bemerkung, die Forschung werde besonders zukunftssträchtig im Bereich Offshore und Geothermik platziert und das sei eine gute Sache, wörtlich sagte: Wir sind doch längst viel weiter, Herr Fell. Das ist doch wirklich nicht mehr prickelnd, was Sie da vortragen. – Gibt es da eventuell gewisse Diskrepanzen in Ihrer eigenen Fraktion?

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Er ist nicht auf der Höhe der Zeit!)

Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eigentlich verstehe ich Ihre Frage nicht. Wenn Sie mir zugehört hätten, hätten Sie bemerkt, dass ich diese Bereiche als wichtige Forschungsbereiche herausgestellt habe, für die wir endlich mehr Geld ausgeben konnten; denn unter der alten Regierung sind gerade im geothermischen und solarthermischen Bereich die Mittel ständig gekürzt worden. Wir haben sie in diesem Haushalt deutlich erhöht.

(Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Frage war, ob es bei uns prickelt!)

– Prickelnd ist es bei uns sowieso.

Ich komme nun zum zweiten wichtigen Forschungsbereich, über den hier schon mehrfach diskutiert wurde: die **Gesundheitsforschung**. Riesenhuber und Rüttgers haben nie ein solches Gesundheitsforschungsprogramm auf den

Hans-Josef Fell

- (A) Weg gebracht, wie es jetzt Rot-Grün – wir haben es mit einem hohen Mittelansatz ausgestattet – gemacht hat.

Insbesondere in den Bereichen der Genomforschung und der Biotechnologie werden jetzt neue Akzente gesetzt. Hier sind erneut umfangreiche Mittelserhöhungen von weit über 100 Millionen DM vorgesehen. Die Mittel aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen, die für den Forschungsbereich vorgesehen sind, fließen der Gesundheitsforschung zu, was von Bündnis 90/Die Grünen begrüßt wird, da hier große Hoffnungen vorhanden sind.

Gentechnik in der Medizin bietet sowohl Chancen als auch Risiken. Beides gilt es zu bewerten. Das steht im Gegensatz zu dem, was Sie, Frau Flach, vorhin gesagt haben, als Sie nur auf die Chancen hingewiesen haben. Sie scheinen die Risiken nicht zu kennen. Eine starke Gewichtung liegt aus unserer Sicht aber genau auf der Risikoforschung.

Ebenfalls wichtig ist die Verstärkung der Erforschung der sozialen, ethischen, rechtlichen, kulturellen, ökonomischen und technischen Folgen der Gentechnik. Hier können wir bereits Vollzug melden: Wir werden in den nächsten drei Jahren 5 Prozent der vorgesehenen Mittel zur Erforschung der Risikovorsorge ausgeben. Das ist wesentlich mehr als international üblich.

Das wird auch dem Verbraucherschutz dienen; denn genetisch verändertes Material in Lebensmitteln muss aufgespürt werden. Es gilt herauszufinden, wie sich genetisch veränderte Lebensmittel tatsächlich auswirken. Hier ist Vorsorge wichtig, bevor wir ein BSE-ähnliches Problem durch gentechnisch veränderte Lebensmittel bekommen. Dafür betreiben wir die nötige Vorsorge.

- (B)

Aber Bündnis 90/Die Grünen beschränken sich innerhalb der **Gentechnikforschung** keineswegs auf die Risikobetrachtung und auf ethische Diskurse. Dies hätte den Verzicht auf wichtige Gestaltungsmöglichkeiten zur Folge. Bei der Genomforschung sollten die Schwerpunkte auf die Bereiche konzentriert werden, bei denen die Chancen besonders hoch und die Risiken möglichst niedrig sind. Besondere Vorsicht ist überall dort angesagt, wo veränderte Organismen freigesetzt werden.

Die Gentechnik bietet in der Medizin zusätzliche Chancen. Diese liegen im Augenblick vor allem in der Diagnostik. Langfristig sind auch Therapien denkbar. Die Erforschung epigenetischer Prozesse kann zum Verständnis bei der Entstehung und Ausprägung von Volkskrankheiten beitragen. Die genetische Erforschung von Mikroorganismen kann es ermöglichen, auch Antibiotikaresistenzen zu verstehen und zu beseitigen zu helfen.

Die Erhöhung der Mittel für Zukunftsinvestitionen und die Schwerpunktsetzung auf Energie- und Gesundheitsforschung zeigen auf, dass Rot-Grün wichtige Probleme anpacken kann und auch anpackt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CDU/CSU und auch die F.D.P. ziehen es leider – zum Schaden zukünftiger Generationen – immer vor, mit Populismus kurzfristig auf Wählerfang zu gehen.

(Jörg Tauss [SPD]: Die haben sie doch auch nicht, die Wähler! Nicht einmal das!)

Sollten Sie damit Erfolg haben, wäre das sicherlich zum (C)
Nachteil für Bildung und Forschung, da der rot-grüne Höhenflug damit beendet wäre.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Kollege Jörg Tauss.

Jörg Tauss (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Natürlich wünsche auch ich meinem Vorgänger, dem Kollegen Stephan Hilsberg, alles Gute. Ich biete Ihnen allen eine gute Zusammenarbeit an. Aber – darauf komme ich gleich noch zurück – es muss von Ihnen noch ein bisschen mehr kommen, um eine Zusammenarbeit im Sinne von Bildung und Forschung zu erreichen. Sonst sind Sie kein Gesprächspartner.

(Beifall bei der SPD)

Wir behandeln heute den Haushalt für Bildung und Forschung und damit den entscheidenden Zukunftsetat. Nach nur zwei Jahren SPD-geführter Bundesregierung – alle Rednerinnen und Redner haben darauf hingewiesen – gibt es das wichtige und richtige Signal, dass die dringend notwendige Trendwende in der Bildungs- und Forschungspolitik auch mit diesem Haushalt gelungen ist und fortgeführt wird.

Wir erfahren gegenwärtig einen gewaltigen Umbruch der modernen Gesellschaft zur **Wissens- und Informationsgesellschaft**. Schon diese Bezeichnung sagt relativ (D)
klar, dass Fragen der Aus- und Weiterbildung sowie die der Sicherung des Forschungsstandorts Deutschland in einem noch nicht absehbaren Zeitraum und Maß ständig an Bedeutung gewinnen und entsprechend zunehmen. Wir haben der Bildungs- und Forschungspolitik wieder einen hohen Stellenwert eingeräumt und werden auch weiterhin etwas dafür tun.

(Beifall bei der SPD)

Ich freue mich, dass wir zur Halbzeitbilanz zwei wichtige Botschaften einer tragfähigen und zukunftsfähigen Bildungs- und Forschungspolitik verkünden können, auf die ich im Einzelnen eingehen werde. Mit diesem Etatentwurf werden wichtige und richtige Weichenstellungen vorgenommen. – die Bundesministerin hat darauf verwiesen –: Erstens. Die Zukunftsinvestitionen werden in ihrem Gesamtvolumen deutlich erhöht. Zweitens. Die gesellschaftliche Bedeutung von Bildung und Forschung wird in diesem Land wieder anerkannt – Ihnen ist vorzuwerfen, dass das bei Ihnen nicht der Fall war – und die Handlungsspielräume für eine zukunftsfähige Bildungs- und Forschungspolitik werden nicht eingeengt – das hat negative Folgen –, sondern geöffnet. Das ist die Botschaft, die von diesem Haushalt ausgeht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zur ersten Botschaft: Die **Investitionen** in Bildung und Forschung in diesem Haushalt werden trotz der unum-

Jörg Tauss

- (A) gänglichen Haushaltskonsolidierung – diese war aufgrund Ihrer Schuldenpolitik notwendig; dennoch haben wir mit Hans Eichel gemeinsam viel erreicht – erneut und damit zum dritten Mal seit der Regierungsübernahme deutlich erhöht. Vielen Dank für diese wegweisende Politik.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Um es noch konkreter zu sagen: Auch mithilfe des Finanzministers sind die Zeiten Ihres ständigen Raubbaus an den Ausgaben für Bildung und Forschung vorbei. Für diese Bundesregierung hat die Bildungs- und Forschungspolitik Priorität.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben durch den ständig sinkenden Etat für Bildung und Forschung nicht nur die ökonomische sondern auch die wissenschaftliche Zukunft unseres Landes – das gilt auch für die F.D.P., Frau Flach; Sie waren Mitverursacherin dieses Zustandes – leichtfertig aufs Spiel gesetzt.

(Zuruf von der F.D.P.: Immer auf die Kleinen!)

Dies wird durch die Tatsache belegt, dass wir heute Regelungen wie die Green Card brauchen, um IT-Fachkräfte ins Land zu holen bzw. im Land zu halten. Das ist eine unmittlere Folge Ihrer Politik.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die Zukunft heranwachsender Generationen gefährdet. In Ihrer Zeit ist doch der katastrophale Ingenieurmangel entstanden, den wir heute beklagen. Sie waren technikfeindlich. Das ist die Botschaft, die von Ihren Haushalten und Ihrer Politik ausgeht.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir erhöhen nun die Zukunftsinvestitionen weiter. Der Etat für Bildung und Forschung wird im Vergleich zum Vorjahr – Sie haben es gehört – um knapp 10 Prozent aufgestockt. Sie haben ihn abgesenkt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Über den Witz müssen Sie selbst lachen!)

– Herr Kampeter, nehmen Sie doch bitte die Zahlen zur Kenntnis. 1993 enthielt Ihr Etat 14,9 Milliarden DM. 1998, bei der Regierungsübernahme durch uns, waren im Etat für Bildung und Forschung etwa 700 Millionen DM niedriger.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Wie war es von 1994 bis 1996?)

Wie Sie hier von einer erfolgreichen Politik in der Vergangenheit reden können, ist Ihr Geheimnis und wahrscheinlich auch das Geheimnis des im Übrigen außer von Ihnen von niemandem vermissten Herrn Rüttgers.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wahrscheinlich haben Sie in der Gesamtschule Rechnen gelernt!)

Obwohl wir nach der Regierungsübernahme den Bildungsetat erst einmal aufgestockt haben, wird er nun bei

rund 16 Milliarden DM liegen. Das ist eine deutliche Steigerung. Wer diese Steigerung nicht wahrnimmt, der kann auch sagen: Die Erde ist eine Scheibe. Er kann sagen: Eins plus eins ist nicht zwei, sondern vier. Herr Kampeter, der Stuttgarter Oberbürgermeister Rommel, Ihr Parteifreund, den ich sehr schätze, hat einmal gemeint:

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Der ist nicht mehr im Amt!)

Eins plus eins ist zwei, aber wenn Ihnen einer anbietet, eins plus eins sei vier, dann greifen Sie zu und widersprechen nicht, denn als Nächstes kommt er möglicherweise und sagt, eins plus eins sei acht. – Ich denke, er hat bei diesem Ausspruch an Sie gedacht. Bei Ihnen allerdings wären es vielleicht sogar minus zehn.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die jahrelange Abwärtsentwicklung wurde durch uns nicht nur gestoppt, sondern umgekehrt. Der Bundesministerin ist für ihren unermüdlichen Einsatz dafür zu danken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Arme deutsche Gewerkschaftsbewegung bei einem solchen Vertreter! – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Das ist ein richtiger Tausendsassa!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU, Sie haben auf Ihrer Homepage – ich schaue mir abends gelegentlich die CDU-Homepage an – ein CDU-Online-Spiel gestartet. Es ist immerhin gut, dass Sie jetzt wissen, was online bedeutet. Sie haben dort die Frage gestellt, wie denn der Bildungsminister heiße. Wer es wisse, könne drei CDU-Überraschungspakete gewinnen. Dieser erfolgreiche Minister, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf den Sie offenbar so voller Neid schauen, dass Sie sogar Überraschungspakete aussetzen, ist eine Ministerin, heißt Edelgard Bulmahn und sitzt dort auf der Regierungsbank. Ich bitte Sie jetzt, die Überraschungspakete bei mir im Büro abzuliefern. Hoffentlich ist kein Schwarzgeld darin!

(D)

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Apropos Schwarzgeld: Wie ausgerechnet Sie in diesem Land über Werte reden, ist schon ein Skandal an sich.

(Beifall bei der SPD)

Ein Staatssekretär von Ihnen, von der CSU, wird weltweit von Interpol gesucht, ist auf der Flucht. Ist der vielleicht in dem Überraschungspaket?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dies ist wohl unglaublich: Die CSU hat ihn nicht deshalb ausgeschlossen, weil er auf der Flucht ist, sondern weil er seinen Beitrag nicht mehr bezahlt hat. Und dann wollen Sie den jungen Menschen in unserem Land Werte vermitteln?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Sagen Sie doch etwas zu den Themen der Veranstaltung!)

Jörg Tauss

- (A) Herr Merz spricht da noch von Moral. Das ist schon unglaublich!

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Zur Tagesordnung!)

(V o r s i t z: Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters)

Da ich gerade bei Herrn Merz bin: Interessant an diesem Onlinespiel ist ein Satz. Die Überschrift lautet, Frau Präsidentin – Entschuldigung: Herr Präsident –:

(Lachen bei der CDU/CSU)

Ganz Deutschland debattiert über Bildungspolitik. – Ich wollte Ihnen das nur zeigen. Das ist wirklich in Ihrer Homepage.

Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters: Vielen Dank. Aber sprechen Sie zu den Kollegen.

Jörg Tauss (SPD): Ganz Deutschland debattiert über Bildungspolitik. Das ist richtig.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist kein Sprecher, das ist ein Clown!)

– Lieber Herr Kollege Kampeter, wenn Sie sich einmal die Mühe machen, im Protokoll

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Kann der Tauss nicht einmal offline gehen?)

- (B) die im wahrsten Sinne des Wortes vorgestrige Rede Ihres Fraktionsvorsitzenden in Replik auf den Bundeskanzler nachzulesen, werden Sie merken: Ganz Deutschland diskutiert über **Bildungspolitik**, nur Ihr Fraktionsvorsitzender nicht. Obwohl der Kanzler sehr umfassend über Bildung und Forschung geredet hat,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

ging Herr Merz in seiner Haushaltsrede auf das Thema mit keinem einzigen Wort ein. Dies ist ein schöner Schwerpunkt, den Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

bei einem Thema setzen, über das ganz Deutschland diskutiert.

Wenigstens zur Forschungspolitik nannte Herr Merz zwei Stichworte. Das Erste betraf die Erforschung des menschlichen Genoms; gerade im Bereich der Gesundheitsforschung ein wichtiger Teil. Das machen wir. Es ist ein Schwerpunkt unseres Programms, das die Ministerin vorgestellt hat.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Bei Tauss lieber nicht nachforschen!)

Das Zweite betraf das Thema **BSE**. Das ist ein wichtiges Thema, keine Frage. Hier forderte Herr Merz die Bundesregierung auf, dass sie jede Anstrengung zur Erforschung der Zusammenhänge unternehmen solle. Dies müssen wir jetzt etwas umfassender erklären.

Forschungspolitik ist nichts Kurzfristiges. Sie wissen genau, dass seit Jahren für die Erforschung der Creutzfeldt-Jakob-Variante nicht nur durch die Ministerin für Bildung und Forschung die notwendigen Mittel bereitgestellt werden, sondern dass sich auch in anderen Ressorts einiges tut. Dort werden Mittel für die Erforschung der Erreger, der Ausbreitungswege und der Inkubationszeit zur Verfügung stehen. Die einzigen Punkte, die Ihnen eingefallen sind, sind von dieser Bundesregierung auf den Weg gebracht und erledigt. Ich kann nur sagen: Auch dies ist eine Bestätigung erfolgreicher Forschungspolitik. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Hat Ihnen keiner gesagt, worum es heute geht?)

– Es geht um Bildung, das ist prima.

Sie haben sogar einen Bildungsparteitag gemacht, lieber Kollege Austermann. Ich weiß nicht, ob Sie als Delegierter dorthin gewählt wurden.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das war billig!)

Die „VDI Nachrichten“ des Vereins Deutscher Ingenieure kommentierten Ihr mangelndes Interesse an diesem Thema: Kaum war dieser Herr Meyer als Generalsekretär gewählt, sind alle aus dem Saal gegangen und dann haben ein paar über Bildung diskutiert.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Da ist das Fernsehen eingeschaltet! Da sehen die Leute, was du da machst!) (D)

Der Verein Deutscher Ingenieure – vielleicht noch ein unverdächtigere Zeuge, wenn Sie schon auf uns nicht hören – hat gesagt: Schlecht, wenn in der CDU das Thema auf so wenig Diskussionsbereitschaft stoßen sollte wie bei ihrem kleinen Parteitag. Ich füge hinzu: ein wahrhaft kleiner Parteitag.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Über 1 000 Änderungsanträge hat es da gegeben!)

Herr Merz hat gezeigt: Das CDU-Desinteresse an Bildung ist in Ihrer Partei nicht nur auf Stuttgart begrenzt, sondern auf ganz Deutschland übertragbar.

(Beifall bei der SPD – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie halten hier ja eine Büttenrede! Das hat mit seriöser Auseinandersetzung nichts zu tun!)

Auch die Grundsatzrede Ihrer Frau Merkel war dünn. Da gab es dann noch ein bisschen 50er-Jahre, zum Beispiel Kopfnoten als bewährtes Element der erziehenden Schule,

(Dr. Barbara Höll [PDS]: Die haben wir noch hier!)

aber mehr ist ihr nicht eingefallen. Sie haben Recht mit der Feststellung: Ganz Deutschland diskutiert über Bildung, nur Ihre Stimme hört man kaum.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Also, das hat mir noch keiner vorgeworfen, Herr Tauss!)

Jörg Tauss

(A) Konzepte sucht man erst recht vergebens.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein weiteres Signal, das mit diesem Haushalt einhergeht, ist, dass wir die hohe gesellschaftliche Bedeutung von Bildung und Forschung wieder anerkennen und dass wir mit diesen Zukunftsinvestitionen den notwendigen Handlungsspielraum für Bildung und Forschung wieder öffnen.

Wir könnten auch ernsthaft über wirkliche Probleme des Bildungswesens in unserem Land diskutieren, aber nicht so, wie Sie es heute Morgen hier oder auf Ihren kleinen Parteitagenvorgeführt haben.

Mich erfüllt das Thema der **beruflichen Bildung** mit großer Sorge. Das duale System – Betrieb und Berufsschule – bildet die meisten jungen Leute aus und macht sie über viele Jahre hinweg in ihren Berufen zu qualifizierten Fachleuten. Aber unübersehbar ist das duale System in einer tiefen Krise, es ist in einem Wandel begriffen.

Jeder dritte oder vierte Erwachsene wird nach einer Untersuchung der Uni Rostock nach der Ausbildung zunächst einmal arbeitslos. Die traditionelle Lehre wird an vielen Stellen aufgeweicht, häufig durch private Akademien, die mehr Durchlässigkeit hin zu weiterführenden Bildungssystemen versprechen. Der ZVEI, der Zentralverband der elektrotechnischen Industrie, spricht von einem Wandel hin zu einer notwendigen Akademisierung der Berufsausbildung.

(B) Wir wollen und dürfen das **duale System** aber nicht zu einer bildungspolitischen Restgröße verkommen lassen, dessen Zustand sich gerade im schlechten Zustand der Berufsschulen widerspiegelt. Deshalb tun wir alles, um diesen Zustand, soweit es in unserer Macht als Bund steht, zu verbessern. Ich begrüße ausdrücklich das wichtige Zukunftsinvestitionsprogramm für die Berufsschulen, Frau Ministerin Bulmahn.

(Beifall bei der SPD)

225 Millionen DM in zwei Jahren, das ist eine tolle Initiative, genauso wie das **JUMP-Programm**, das Hunderttausenden junger Menschen wieder Hoffnung gegeben hat. Das wäre eine bildungspolitische Diskussion, der Sie sich stellen sollten. Über eine halbe Million junge Menschen wurden ohne Zukunftsperspektive in Berufsschulen geparkt, von Herrn Kohl und Ihnen allein gelassen. Viele junge Menschen haben sich sogar der Schule zunehmend verweigert, weil sie keine gesellschaftliche Perspektive mehr für sich sahen, weil sie das Gefühl hatten, in der Gesellschaft nicht gebraucht zu werden. Deshalb haben wir JUMP und anderes auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Desinteresse an den jungen Menschen wird aber nicht nur bei den benachteiligten Gruppen deutlich, sondern auch bei den **Studierenden** dieses Landes. Über die Zahlen ist geredet worden. Sie können bei allen Zahlenspielchen, die Sie hier betreiben – eins und eins ist minus acht –, nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Rückgang der Zahl der Geförderten Ihre Erblast ist und

dass wir diesen Rückgang der Zahl der über BAföG Geförderten nicht nur rückgängig gemacht haben, sondern dass wir auch hier eine gegenteilige Entwicklung eingeleitet haben. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben mit der fahrlässigen Zinsdebatte, die Sie auf den Weg gebracht haben, das Vertrauen in das Instrument BAföG doch erst einmal leichtfertig aufs Spiel gesetzt.

Mit der Dienstrechtsreform haben wir einige Initiativen auf den Weg gebracht. Schauen Sie auf die Forschungslandschaft. Meine Damen und Herren, gehen Sie auf die parlamentarischen Abende. Egal, zu welchem Verband Sie gehen, egal, in welchen Forschungsbereich Sie gehen: Dort erleben Sie Aufbruchstimmung,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist aber eine virtuelle Aufbruchstimmung, die Sie da diagnostizieren!)

dort erleben Sie nicht kleinliche Kritik an dieser Regierung. Sie erleben Lob für diese Regierung. Ich schlage Ihnen vor, sich dem ein bisschen anzuschließen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Redezeit ist vorüber. Ich hole dann bei Frau Merkel, wie angekündigt, die CDU-Überraschungspakete ab. Eine wirkliche Überraschung wäre das CDU-Überraschungspaket erst dann, wenn auch nur ein einziger vernünftiger und ernst zu nehmender bildungs- und forschungspolitischer Ansatz darin zu finden wäre.

Da dies aber nicht der Fall ist, empfehle ich Ihnen einfach, unserem Haushalt zuzustimmen und diese Bundesregierung auf den Plätzen und Märkten für ihr Engagement zu loben und außerdem Ihrem Fraktionsvorsitzenden ein bisschen von dem näher zu bringen, was Bildung und Forschung angeht. Da könnten Sie sich Verdienste erwerben. (D)

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zu einer Reihe von Abstimmungen. Zunächst stimmen wir über die Änderungsanträge ab.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/4790. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU/CSU bei Enthaltung von F.D.P. und PDS abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/4791. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit dem gleichen Stimmenverhältnis wie zuvor abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/4830. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der

Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters

- (A) Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/4831. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von F.D.P. und PDS abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/4832. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/4834. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Koalition gegen die übrigen Stimmen des Hauses abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/4824. Wer stimmt dafür? Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen des Hauses gegen die Stimmen der PDS abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/4825. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen des Hauses gegen die Stimmen der PDS abgelehnt.

- (B) Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/4826. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit dem gleichen Stimmenverhältnis wie zuvor abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/4827. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen des Hauses gegen die Stimmen der PDS abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/4828. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/4833. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen von CDU/CSU und F.D.P. bei Enthaltung der PDS abgelehnt.

Abstimmung über den Einzelplan 30 in der Ausschussfassung. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Einzelplan 30 ist mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU/CSU, F.D.P. und PDS angenommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Lauer Beifall! – Gegenruf des Abg. Jörg Tauss [SPD]: Ein bisschen Freude, Herr Kampeter, wäre jetzt angebracht!)

– Das Abstimmungsergebnis hing bestimmt mit der Rede von Herrn Tauss zusammen. (C)

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD – Jörg Tauss [SPD]: Schwere Überzeugungsarbeit!)

Ich rufe auf:

III. 24 Haushaltsgesetz 2001

– Drucksachen 14/4522, 14/4523 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Dietrich Austermann
Michael von Schmude
Hans Georg Wagner
Oswald Metzger
Dr. Günter Rexrodt
Dr. Christa Luft

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb gleich zur Abstimmung.

Zunächst stimmen wir über einen Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/4829 ab. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von F.D.P. und CDU/CSU bei Enthaltung der PDS abgelehnt.¹⁾

Ich bitte nun diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU/CSU und F.D.P. bei Enthaltung der PDS angenommen.²⁾ (D)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung „Finanzplan des Bundes 2000 bis 2004“, Drucksachen 14/4001, 14/4301 und 14/4524. Der Ausschuss empfiehlt Kenntnisnahme. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Keine Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt IV auf:

Dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2001

(Haushaltsgesetz 2001)

– Drucksachen 14/4000, 14/4302, 14/4501 bis 14/4520, 14/4521, 14/4522, 14/4523 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Dietrich Austermann
Michael von Schmude
Hans Georg Wagner
Oswald Metzger
Dr. Werner Hoyer
Dr. Christa Luft

^{1,2)} siehe Anlage 2

Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters

- (A) Es liegen sechs Entschließungsanträge der Fraktion der CDU/CSU, sechs Entschließungsanträge der Fraktion der F.D.P. und zwei Entschließungsanträge der Fraktion der PDS vor. Über den Gesetzentwurf sowie zwei Entschließungsanträge der Fraktion der F.D.P. und einen Entschließungsantrag der Fraktion der PDS werden wir später namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache anderthalb Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort für die CDU/CSU-Fraktion dem Kollegen Adolf Roth.

Adolf Roth (Gießen) (CDU/CSU) (von Abgeordneten der CDU/CSU mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn der dritten Lesung des Bundeshaushaltes 2001 lassen Sie mich zunächst in meiner Funktion als Vorsitzender des Haushaltsausschusses die Gelegenheit wahrnehmen, all unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ausschusssekretariat, in den Fraktionsarbeitsgruppen, in unseren Büros, beim Bundesrechnungshof und in den Ministerien ein herzliches Dankeschön für die konstruktive Zusammenarbeit unter schwierigen Bedingungen zu sagen.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir haben den Haushalt 2001 termingerecht in der parlamentarischen Beratungsrunde abschließen können. Den an der Stirnseite unseres Plenarsaales anwesenden tüchtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschusssekretariats möchte ich meinen besonderen Dank und meine Anerkennung aussprechen.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der F.D.P. und der PDS)

Wir haben nach wochenlangen Berichterstattergesprächen und Einzelberatungen am Ende über insgesamt 1 240 parlamentarische Initiativen, Vorschläge der Berichterstatter, Plus-Minus-Listen der Ministerien und Initiativen bis zur Bereinigungssitzung zu beraten und abzustimmen gehabt. Wir haben es am Ende geschafft. Ich denke, dass wir uns letztmalig den äußerst schwierigen Arbeitsbedingungen in der Luisenstraße aussetzen mussten und nach einem, wie ich hoffe, pünktlichen Umzug ins Paul-Löbe-Haus

(Dr. Wolfgang Gerhardt [F.D.P.]: Vielleicht gibt es einen Wassereinbruch!)

wieder eine attraktivere Arbeitsatmosphäre haben werden.

Auf die Frage, wie wir das überhaupt hinbekommen haben, kann ich nur antworten: Der Indianer kennt keinen Schmerz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der F.D.P.)

Außerdem haben wir in der Rotstiftzone des Parlaments, wie jeder weiß, auch eine besondere Streit- und Parlamentskultur. Wenn wir uns durch die Bereinigungssitzung durchgekämpft haben, in der der letzte Krach beigelegt

und die letzten Auseinandersetzungen beendet werden müssen, dann trinken wir zum Abschluss gemeinsam einen Schnaps und schauen uns auch wieder in die Augen. So gehört es sich unter guten Haushaltspolitikern. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, jeder weiß, dass beim politischen Kampf um knappes Haushaltsgeld die viel beschworene Konsensdemokratie schnell an ihre Grenzen stößt. Die Mehrheit wie die Minderheit im Haushaltsausschuss – aus wohlbegründeter Tradition von einem Oppositionspolitiker geführt – müssen die klar definierte Position des Parlaments gegenüber der Exekutive vertreten, denn die **Verfügung über die Finanzmittel** unseres Staates obliegt der Bundesregierung nur im Bereich der politischen Initiative. Das Bewilligungsrecht und die Pflicht zur Kontrolle liegen beim Parlament. Ich denke, wir haben allen Anlass, diese klare Kompetenzabgrenzung auch zu verteidigen und sie durch niemanden aushöhlen zu lassen. Wir können uns keine Entparlamentarisierung der Politik in Deutschland erlauben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Günter Rexrodt [F.D.P.]

Für das Haushaltsjahr 2001 kann sich die Bundesregierung ganz sicher nicht über mangelnde Generosität der Koalitionäre im Haushaltsausschuss beklagen. Denn es ist für mich nach langjähriger Arbeit im Haushaltsbereich eine wirklich neue Erkenntnis, dass am Ende des parlamentarischen Verfahrens alle Einzelpläne der Ministerien – also ohne Ausnahme – einen materiellen Aufwuchs erfahren haben. Sie haben nicht nur die 5 Milliarden DM kalkulatorische Zinersparnis in Investitionen gelenkt, sondern Sie haben noch deutlich mehr als 1 Milliarde DM den Ressorts zusätzlich bewilligt. Das heißt, Sie haben mehr bewilligt, als die Bundesregierung überhaupt beim Parlament beantragt hatte. (D)

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Sparen nennt man das!)

Sie mögen sagen, die Sparsamkeit von Rot-Grün drückt sich in einer besonderen Großzügigkeit bei der Verteilung aus. Aber dann stehen Sie bitte auch dazu, statt wie die Kraftprotze der neuen Konsolidierungsepoche durchs Parlament zu laufen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das, was geschehen ist, hat mit Sparsamkeit im Detail herzlich wenig zu tun gehabt.

Damit wende ich mich an den Bundesfinanzminister: Herr Eichel, Ihr Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2001, den Sie im Juli im Kabinett zur Verabschiedung gebracht haben, ist, wenn man ihn nüchtern bewertet, ein reiner Routinehaushalt ohne neue politische Markierungen gewesen.

(Dr. Günter Rexrodt [F.D.P.]: Richtig! – Uta Titze-Stecher [SPD]: Das stimmt nicht!)

Er ist ein Fortschreibungshaushalt in einem engen Gefüge von Haushaltskennziffern und Entwicklungsreihen.

Adolf Roth (Gießen)

- (A) Ich glaube, Sie haben das auch selber gemerkt, denn Sie haben am Dienstag bei der Aussprache hier im Parlament davon gesprochen, dass die unverhoffte Milliarden-einnahme aus der Lizenzvergabe bei UMTS für Sie ein Zufallsfund gewesen sei.

Das ist eine zutreffende Beschreibung. Sie wird auch nicht dadurch relativiert, dass der Bundeskanzler am Mittwoch in der Aussprache hier im Parlament etwas verlegen auf diese neue Semantik reagiert hat.

Ich glaube, es hätte überhaupt keine politische Akzentuierung für das kommende Haushaltsjahr gegeben

(Hans Eichel, Bundesminister: Stimmt nicht!)

ohne diese nach der Veräußerung der UMTS-Lizenzen zusätzlich bewilligten Milliarden.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Eine positive Erblast!)

Ich füge hinzu, Herr Minister Eichel: Sie profitieren hier unverdientermaßen

(Hans Eichel, Bundesminister: Quatsch!)

vom Erfolg der früheren Bundesregierung,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

von der Reformpolitik im Bereich von Post und Telekommunikation. Diese Politik ist mit den Namen von Christian Schwarz-Schilling und von Wolfgang Bötsch verbunden, aber ganz gewiss nicht mit Ihrem Namen. Deshalb kassieren Sie hier eine Dividende, die Ihnen nicht zusteht,

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

im Gegenteil: Mit Ihrem Namen und mit dem Namen des Bundeskanzlers ist die politische Absage an diese Liberalisierungspolitik und deren Bekämpfung verbunden gewesen, denn Sie haben seinerzeit gegen die Privatisierung im Bereich der Post gestimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Bremsen!)

Stehen Sie dazu!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Natürlich gehört die Verwendung dieser Zinersparnisse im **investiven Bereich** zu den Optionen, die sich aus der Entwicklung ergeben haben, aber ich weise darauf hin: Die Deutsche Bundesbank und auch die Sachverständigen haben diesen Weg als den eher zweitbesten eingestuft. Sie, Herr Eichel, haben am Dienstag dem Parlament gesagt, etwas anderes sei politisch nicht durchsetzbar gewesen, etwa eine zusätzliche Schuldentilgung, wie sie ja selbst in Teilen der Koalition ursprünglich beabsichtigt gewesen war.

Ich glaube, Sie räumen damit ein, dass Sie die unerwarteten UMTS-Einnahmen aus der Verlegenheit befreit haben, selbst und aus eigener politischer Initiative einen qualitativen Umbau der Haushaltsstruktur hin zu mehr investiven und zukunftsorientierten Ausgaben vorzunehmen. Das ist die Situation gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn es zutrifft, dass der Kern des Haushaltes, den wir heute nach dem Ende der parlamentarischen Beratungen verabschieden, auf einem Zufallsfund auf der Einnahmeseite basiert, dann kann ich nur sagen: Dieser Bundeshaushalt ist ein Zufallsprodukt der Bundesregierung und fügt sich in den Rahmen der Beliebigkeit Ihrer übrigen Entscheidungen ein. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einen Punkt hinzufügen. Ich glaube, dass die Sondertilgung für die Erblastschulden und für die Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der Währungsumstellung in Höhe von 100 Milliarden DM zu der Überlegung hätte führen müssen, ob jetzt nicht der Zeitpunkt für eine weitere Absenkung des **Solidaritätszuschlages** auf etwa 4 Prozent gekommen ist. Bei den Beratungen zum Solidaripakt 1993/94, an denen Sie ja teilgenommen haben, ist der Solidaritätszuschlag dem Bund als ein befristeter Ausgleich für

(Hans Eichel, Bundesminister: Aufbau Ost!)

den Schuldendienst nach der Übernahme der DDR-Schuldenlast zugewiesen worden. Er hat mit dem Aufbau Ost, wie Sie sehr wohl wissen, überhaupt nichts zu tun.

(Hans Eichel, Bundesminister: Völlig falsch!)

Er wird von den Steuerzahlern in Ost und West finanziert. Das ist die Situation.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Minister Eichel, Sie sind jetzt eineinhalb Jahre im Amt. Nach dem für Sie überraschenden Aufgabenwechsel haben Sie in Berlin früher vertretene Positionen deutlich korrigieren müssen. Das wirft Ihnen niemand vor. Aber wir müssen Sie daran erinnern, dass Sie damals in den 90er-Jahren in Ihrer Funktion als Ministerpräsident – Sie waren sozusagen das Gegengewicht im Bundesrat – gegen die „Kaputtsparer“ in Bonn operiert haben. (D)

(Hans Eichel, Bundesminister: Das ist falsch! – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Da hatte er noch die Spenderhosen an!)

Hätten Sie damals nicht so schamlos eine solche Obstruktions- und Blockadepolitik betrieben, wären wir in Deutschland weiter, weil einige der Probleme, mit denen auch Sie sich heute herumschlagen müssen, längst gelöst wären.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich werfe Ihnen vor, dass Sie bis heute nicht zu einem fairen Gesamturteil über die Finanzpolitik der 90er-Jahre gekommen sind. Sie fuchteln bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit Grafiken herum und argumentieren mit endlosen Zahlenkolonnen gegen die damalige Politik. Ich denke, das ist weder souverän noch sachgerecht. Sie werden aber damit den Stolz der CDU/CSU und den Stolz der Deutschen in Ost und West auf den Erfolg der Aufbauarbeiten nach der glücklichen Wiedervereinigung nicht schmälern können. Es wäre an der Zeit, dass Sie ein faires Urteil über diese Politik wenigstens ansatzweise in das Bild der Vergangenheit einfügen könnten.

Adolf Roth (Gießen)

- (A) Ich sage Ihnen noch einmal – wir werden diesen Standpunkt immer wiederholen –: 1982, zum Ende der SPD-geführten Bundesregierung, betrug das **staatliche Finanzierungsdefizit** in Deutschland 4,4 Prozent. Das entspräche in heutigen Kategorien des Bruttoinlandsprodukts einer Summe von 180 Milliarden DM. Wir hatten bis zum Jahre 1989 dieses Finanzierungsdefizit in einen gesamtstaatlichen – kleinen – Überschuss verwandelt, der uns in die Lage versetzt hat, die Lasten der Wiedervereinigung zu meistern. Am Ende unserer Regierungszeit 1998 war das Finanzierungsdefizit wieder auf 1,5 Prozent abgeschmolzen, also auf ein Drittel des Finanzierungsdefizits, das die sozialdemokratische Bundesregierung 1982 hinterlassen hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir hatten die niedrigste Ausgabenquote des Bundes und eine sinkende Staatsquote. Außerdem hatten wir die niedrigste Steuerquote in unserer Geschichte. Alle diese Punkte müssen in diesem Zusammenhang erwähnt werden.

Wenn Sie heute beklagen, dass die Finanzierung des Bundes eine Schiefelage aufweist, dann muss ich sagen, dass das zutreffend ist. Aber ich frage Sie hier erneut: Wen wollen Sie eigentlich anklagen? Bei wem wollen Sie Empörung hervorrufen? Sie waren doch als Koordinator der SPD im Bundesrat höchstpersönlich maßgeblich daran beteiligt, gegen die entsprechenden Entscheidungen anzugehen.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Der Strippenzieher!)

- (B) Sie haben also die Konsequenzen selbst zu verantworten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir sind, wie die Zahlen des Haushaltes ausweisen, längst wieder in ruhigeres Fahrwasser gekommen. Die Einnahmeseite hat sich kräftig verbessert. Wir haben 55 Milliarden DM mehr Steuereinnahmen als 1998.

Zwischen 1998 und 2005 wird allein der Bund voraussichtlich über 100 Milliarden DM zusätzlich Steuern einnehmen. Gleichzeitig erzählen Sie den Leuten, im Jahre 2005 müssten sie 95 Milliarden DM weniger Steuern zahlen als 1998. Wie Sie aus dieser Rechenformel eine politische, qualitative Aussage machen wollen, müssen Sie dem deutschen Volk und dem Parlament erst noch erklären.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie reden oft und gern von Gerechtigkeit. Ich sage Ihnen: Die Willkürlichkeit Ihrer Steuerpolitik ist die subtilste Form der Ungerechtigkeit in unserem Land. Sie räumen den großen Kapitalgesellschaften der Industrie bessere Steuerbedingungen ein als den arbeitenden Menschen und den persönlich haftenden Unternehmern des Mittelstandes. Das ist ein Skandal.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Angesichts dessen können wir nicht zur Tagesordnung übergehen. Die **Gleichmäßigkeit der Besteuerung** für sämtliche Arbeits- und Unternehmenseinkommen, unab-

- hängig von der Rechtsform und unabhängig von Erziehung und Verwendung dieser Einkommen – diese Frage von Recht und Gerechtigkeit bleibt auf der Tagesordnung der deutschen Politik. Wir werden uns spätestens im nächsten oder übernächsten Jahr bei dieser Diskussion wiederfinden. (C)

Weltweit zeichnet sich heute ein grundlegender Meinungswandel ab, den man als Abkehr vom staatlichen Aktivismus und Wiederentdeckung marktwirtschaftlicher Erfolgsprinzipien, gerade auch im Sinne einer effizienteren Sozialordnung, beschreiben kann. Nach dem endgültigen Fehlschlag sozialistischer ökonomischer Systeme beginnt eine neue Phase der sozialen Marktwirtschaft. Das ist das zentrale Programm der CDU/CSU als Opposition im Deutschen Bundestag.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herr Minister Eichel, Sie haben vor den Studenten der Humboldt-Universität kürzlich die Ordnungsprinzipien der sozialen Marktwirtschaft und die geistige Tradition ihrer freiheitlichen Denker und Wegbereiter positiv hervorgehoben. Ich habe das mit Genugtuung zur Kenntnis genommen; denn ich erinnere mich sehr wohl an den erbitterten Kampf in den 50er-Jahren gegen die Politik Ludwig Erhards, wie er gerade von der SPD betrieben worden ist.

Die haushaltspolitische Kurskorrektur von 1999 hätte wahrscheinlich auch dann viele Menschen überrascht und Aufmerksamkeit erregt, wenn sie nicht nur ein Befreiungsschlag nach dem totalen Scheitern in der Amtsführung Ihres Vorgängers, **Oskar Lafontaine**, gewesen wäre. Herr Lafontaine mischt sich quasi täglich mit seiner grollenden Kritik an Ihrer Amtsführung in die öffentliche Diskussion ein, auch wenn er nicht einmal mehr bei seiner kleinen Saar-SPD als Gutachter akzeptiert wird. (D)

Zumindest ehrlich war er in einem Punkt: Er hat nie weniger Staat gewollt. Aber sofern sich nach seinem Weggang die Fassade Ihrer Politik verbessert hat, stellen sich doch die Fragen: Haben wir heute eigentlich weniger Regulierung? Haben wir weniger Staat? Haben wir weniger Abgaben und Steuern? Diese Fragen werden Kernpunkte der Auseinandersetzung in der Zukunft sein. Mit Grundsatzklärungen werden Sie diese Probleme nicht bewältigen. Sie haben einen langen, steinigen Weg vor sich; auch im Hinblick darauf, dass Sie die von Ihnen verkündeten Grundsätze Ihrer Politik in Ihrer eigenen Fraktion durchsetzen müssen.

Ich kann Ihnen nur sagen: Die Zeit drängt. Wir werden mit dem Haushalt 2001 bei den grundlegenden Reformen und insbesondere bei der Reform der Finanzverfassung in Deutschland Chancen verspielen. Weil das so ist, können wir dieser Politik kein politisches Vertrauen entgegenbringen. Wir lehnen diesen Bundeshaushalt 2001 in der dritten Lesung ab.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters: Ich gebe dem Kollegen Joachim Poß für die SPD-Bundestagsfraktion das Wort.

(A) **Joachim Poß** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch diese Haushaltswoche hat gezeigt: Die Haushaltspolitik der Bundesregierung und der sie tragenden Fraktionen ist solide und zukunftsweisend.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sie ist hier im Hohen Hause ohne Alternative.

(Jürgen Koppelin [F.D.P.]: Sie haben die Rede von Rexrodt noch nicht gehört!)

Herr Roth, wenn Sie ehrlich wären, müssten Sie zugeben: Wenn Sie einen solchen Haushalt in Ihrer Verantwortung als haushaltspolitischer Sprecher in den letzten Jahren jemals hätten vorlegen können, hätten Sie an dieser Stelle jubiliert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Deswegen merkte man Ihrer Rede auch an, wie schwer es Ihnen gefallen ist, Ihre Ablehnung unseres Haushalts zu begründen. Diese Haushaltswoche hat gezeigt: Die Zwischenbilanz der Regierung Schröder ist überzeugend. In dieser Woche ist deutlich geworden: Gewinner unserer Politik sind vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Familien mit Kindern und der Mittelstand.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN - Lachen bei der CDU/CSU -
Dr. Günter Rexrodt [F.D.P.]: Das Gegenteil ist
deutlich geworden!)

(B) Meine Damen und Herren von der Opposition, wie schon bei der ersten Lesung des Haushalts haben Sie keine ernsthafte haushaltspolitische Debatte geführt. Das hat zwei Gründe:

Erstens. Sie wissen, dass der Bundeshaushalt 2001 im Rahmen der Möglichkeiten und Gegebenheiten in Wahrheit ein gelungener Etat ist und dass es deshalb keine grundsätzlichen Einwendungen dagegen gibt. Sie wissen auch, dass es zu unserer Haushaltspolitik, die inzwischen zum Markenzeichen dieser Koalition geworden ist, keine sinnvolle Alternative gibt.

Zweitens. Sie wissen, dass Sie – das gilt insbesondere für die Union –, in Ihrer derzeitigen Verfassung weder die konzeptionelle noch die politische Kraft haben, eine Alternative zu entwickeln.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sie sind dabei, Ihre jüngste Vergangenheit zu bewältigen.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Wer hat Ihnen denn den Unsinn aufgeschrieben? Ich sage nur: Wettig-Danielmeier!)

Dabei sind Ihnen fast jedes Argument und jedes Mittel recht. Der **Parteienforscher Lösche** sagt dazu:

Die CDU versucht – verlockt durch den Wahlsieg in Hessen im Februar 1999 – immer noch, den bequemeren Weg zu gehen. Sie will über die Mobilisierung von Vorurteilen Wahlen gewinnen, statt eine alternative Programmatik zur Regierung zu entwickeln. Die

Partei ist innerlich zerrissen und hat bisher keinen Konsens gefunden. (C)

Das ist die Situation der Union.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Hartmut Schauerte [CDU/
CSU]: Das hätten Sie gern!)

Die letzten drei langen Tage haben gezeigt: Die Haushaltspolitik der Koalition ist solide und verlässlich. Sie löst die aktuellen Probleme, hat aber auch die Sicherung der Zukunft und die Interessen der nachfolgenden Generationen im Blick.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Wo ist bei diesem Mann die Nachdenklichkeit geblieben?)

Was haben Sie dem entgegenzusetzen? Insbesondere die so genannten Hauptredner von CDU/CSU und F.D.P. haben nicht viel geboten, haben sich im Wesentlichen in Halbwahrheiten, Unwahrheiten und bisweilen sogar in absurden Gedankengängen verloren. Zu den absurden Äußerungen zählt vor allem Ihre Behauptung – Herr Roth hat sie gerade wiederholt –, die Koalition habe im Haushalt 2001 zu wenig gespart. Das ist wirklich abwegig.

In den parlamentarischen Beratungen ist es gelungen, die **Nettokreditaufnahme** gegenüber dem Entwurf um 2,4 Milliarden DM auf 43,7 Milliarden DM zu senken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Eine derart niedrige Nettokreditaufnahme ist Ihnen in den 90er-Jahren nur einmal, und zwar im Jahre 1992, gelungen. Mit Ihren Einwänden spekulieren Sie also auf das kurze Gedächtnis der Menschen. Ich will nur auf die letzten drei Jahre, in denen Sie für die Nettokreditaufnahme des Bundes verantwortlich waren, zurückblicken: 1996 haben Sie fast 80 Milliarden DM an Krediten aufgenommen, 1997 64 Milliarden DM und 1998 immer noch über 56 Milliarden DM. (D)

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Das ging doch runter!)

Das waren nicht nur historisch hohe Neuverschuldungen; in den Jahren 1996 und 1997, Herr Austermann, lag die Nettokreditaufnahme zudem weit über der Höhe der Investitionsausgaben. Sie haben damit die Kreditobergrenze des Art. 115 Grundgesetz in zwei aufeinander folgenden Jahren nicht eingehalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und auch im Jahre 1998 haben Sie mit der Neuverschuldung lediglich um 690 Millionen DM unter den Investitionen gelegen.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Das ist ja fast wie in Niedersachsen!)

Das heißt: Als wir die Regierungsverantwortung übernommen haben – das ist die historische Wahrheit –, mussten wir zunächst die Verfassungsmäßigkeit der Haushaltsaufstellung sicherstellen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Joachim Poß

- (A) Das ist uns gelungen. Ab dem Jahre 1999 liegt, wie das Grundgesetz es vorschreibt, die jährliche Kreditaufnahme des Bundes erheblich unter den Investitionsausgaben. Da wir die Nettokreditaufnahme kontinuierlich senken werden, die Investitionen jedoch ihr Niveau behalten sollen, wird diese Differenz immer größer werden. Das heißt, der Art. 115 des Grundgesetzes ist unter unserer Regierung kein Thema mehr. Damit verantworten wir eine Finanzpolitik, die eine ganz andere Qualität hat als Ihre Finanzpolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das bringt mich zu einer anderen Behauptung, die Sie wiederholt gemacht haben. Sie haben behauptet, Herr Eichel und die Koalition insgesamt stünden nur deshalb haushaltspolitisch so gut dar, weil sie von glücklichen Umständen auf der Einnahmenseite, insbesondere bei den **Privatisierungserlösen** profitierten.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: 120 Milliarden DM!)

– Ich rede nicht über UMTS, sondern über Ihre Behauptung, die Sie zu den Privatisierungserlösen gemacht haben.

Bezeichnend für die Art und Weise, wie zum Beispiel der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU, Herr Austermann, mit Fakten umgeht, ist seine Behauptung: Kein Finanzminister in Deutschland habe je mehr Privatisierungserlöse erzielt als Bundesfinanzminister Eichel.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Richtig!
120 Milliarden DM!)

- (B) – Sie sagen jetzt noch: „Richtig!“ Herr Austermann, 1998 – in der Regierungszeit der Herren Kohl und Waigel; also in Ihrer Regierungszeit, auch wenn Sie nicht regiert haben, sondern im Parlament gestaltend mitgewirkt haben – gab es Einnahmen aufgrund von Beteiligungsveräußerungen und von Rückflüssen von Kapitaleinlagen, also Privatisierungserlösen, von 22,6 Milliarden DM. Dem gegenüber betragen die Privatisierungserlöse 2001 nur 15,6 Milliarden DM. Dies ist, wie es Ihre Art ist, Herr Austermann, wieder einmal eine Falschaussage.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Dietrich Austermann [CDU/
CSU]: UMTS hat er völlig vergessen! –
Dr. Günter Rexrodt [F.D.P.]: Das war aber
schwach!)

Mit diesen Privatisierungserlösen finanzieren wir das Vorziehen der dritten Stufe des Steuerentlastungsgesetzes von 2002 auf 2001. Das ist im Interesse von den Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen und auch solide, weil ein einmaliger Vorgang. Auch das unterscheidet uns im Übrigen: Wir tun etwas zur steuerlichen Entlastung und finanzieren diese Entlastung solide. Sie haben in den 90er-Jahren nicht ein Steuerkonzept vorgelegt, das auch nur annähernd solide finanziert war. Das unterscheidet uns wesentlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Dietrich Austermann [CDU/
CSU]: Was war 1997?)

(C) Wenn einige von Ihnen behaupten, die Regierungskoalition habe nicht gespart, dann zeigen Sie nur, dass Sie ein kurzes Gedächtnis haben. Es ist gerade ein Jahr her, dass fast jeder Berufsstand – auch jene, die vorher noch nichts mit Demonstrationen zu tun hatten – vor dem Brandenburger Tor gestanden und gegen die umfangreichen Sparpläne von Koalition und Regierung protestiert hat. Wer von uns erinnert sich nicht an die manchmal bitterbösen Briefe, die wir bekommen haben, weil wir quer über den gesamten Bundeshaushalt und quer über alle Politikbereiche finanzielle Mittel eingespart und abgebaut haben? Sie wissen das doch noch. Sie haben doch bei einigen Demonstrationen – ich werfe Ihnen das gar nicht vor – kräftig mitgemacht. Auch für einige von Ihnen war das ein neues Erlebnis.

Wer uns vor diesem Hintergrund mangelndes Sparen und mangelndes Konsolidieren vorwirft, bastelt sich die Welt so, wie er sie haben will und wie er es politisch für opportun hält. Herr Austermann, Herr Merz, aber auch Herr Rauen: In dieser Hinsicht unterscheiden Sie sich in nichts von Ihrem früheren Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, dessen Realitätsverständnis man letztthin wieder einmal bei der Vorstellung seines Tagebuches staunend zur Kenntnis nehmen konnte.

(Peter Dreßen [SPD]: Das war aber höflich
formuliert)

– Ja, das war sehr höflich formuliert. Ich habe mir extra vorgenommen, heute Morgen besonders höflich zu sein.

(D) Ihre Kritik, wir würden zu wenig sparen, wird völlig unglaubwürdig, wenn man sich Ihr Abstimmungsverhalten in den Beratungen des Haushaltsausschusses und hier im Plenum – zu den Änderungsanträgen, über die wir abgestimmt haben – ansieht. Wenn man sich die Forderungen Ihrer Fachpolitiker anschaut, so stellt man fest, dass es kaum einen Bereich gibt, in dem Sie nicht opportunistisch draufsatteln wollen: mehr Geld für die Bauern, mehr Geld für die Beamten, mehr Geld für den Straßenbau, mehr Geld für die Bundeswehr. Man kann diese Reihe beliebig fortsetzen. Nur: Solange Sie keinen sinnvollen Finanzierungsvorschlag machen – bisher haben Sie das nicht –, sind solche Forderungen wohlfeil. Sie überzeugen noch nicht einmal diejenigen, die von Ihrer Politik begünstigt werden sollen.

Eine allgemeine Aussage machen Sie – Sie werden sie sicherlich gleich wiederholen –, indem Sie behaupten, man müsse bei den konsumtiven Ausgaben mehr sparen und dafür die Investitionen erhöhen. Doch was sind – auch manche Wissenschaftler benutzen diesen Begriff leichthin –, „konsumtive Ausgaben“? Was sind **konsumtive Ausgaben** im Bundeshaushalt? Da ist das Erziehungsgeld, da ist das Wohngeld: Wollen Sie das abschaffen? – Da ist das BaföG: Noch heute Morgen haben Sie eine weitere Erhöhung gefordert, obwohl wir in dieser Hinsicht schon eine Menge gemacht haben.

(Heinz Wiese [Ehingen] [CDU/CSU]: Eine
Reform wollen wir!)

Das sind konsumtive Ausgaben. – Oder Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe: Wollen Sie die abschaffen?

Joachim Poß

- (A) Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, an diese Leistungen herangehen wollen, dann sagen Sie das den Bürgerinnen und Bürgern, damit sie wissen, woran sie bei Ihnen wirklich sind. Wer mehr sparen will, der muss genau sagen, wo er sparen will.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Allgemeine Floskeln helfen nicht weiter. Die Wahrheit ist immer konkret.

Konsumtiv ist auch der gesamte Bereich der **Alterssicherungsleistungen** aus dem Bundeshaushalt, also nicht nur die Zuschüsse an die Rentenversicherungsträger, sondern zum Beispiel auch die Ausgaben für die Alterssicherung der Landwirte und die Versorgungsleistungen für Beamte, die beim Bund beschäftigt sind. Wenn Sie an diesen Stellen abbauen wollen, dann sagen Sie das doch bitte den Rentnern, den Landwirten und den Beamten. Aber auf der einen Seite sozusagen eine neue soziale Melodie anzustimmen und uns – wie gestern – eine unsoziale Politik vorzuwerfen

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Mit
Recht!)

und auf der anderen Seite den Abbau von konsumtiven Leistungen zu fordern, das geht nicht auf und das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

- (B) Was Sie hier zum Thema Rente von sich geben, zeigt Ihre vollkommene Konzeptionslosigkeit und auch eine mangelnde Abstimmung in der Union. Walter Riestler hat sich monatelang bemüht, Ihnen entgegenzukommen.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: „Bemüht“
kann man sagen! Er war stets bemüht! Das ist
schon das Abschlusszeugnis für den Minister!)

Wie ist Ihre Reaktion? Zunächst waren Sie bereit, die schwierige, aber dennoch unabdingbare Reform der Alterssicherung mit uns zusammen anzugehen. Herr Merz bekundet verbal noch immer, dass er dazu bereit ist. In Wirklichkeit aber wollen Sie aus rein taktischen Erwägungen zusammen mit uns keine Lösung mehr finden, egal, was Herr Merz uns hier weismachen will.

Interessant ist auch die Art und Weise Ihrer Argumentation. Sie sagen, wir berücksichtigten in der Rentenfrage zu wenig die Interessen der jungen Generation,

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Genau!)

bei uns stiegen die Beiträge zu stark und die späteren Rentenleistungen für die heutigen jungen Leute seien zu niedrig. Was wollen Sie nun? Wollen Sie noch niedrigere Beiträge für die Generation der derzeitigen Beitragszahler als von uns vorgesehen? Wenn das Ihre Absicht ist, dann müssten Sie aufgrund der daraus folgenden geringeren Beitragseinnahmen in den Rentenkassen den heutigen Rentnern weniger Geld auszahlen. Wenn Sie das wollen, dann sagen Sie den Rentnern, dass das die Konsequenz ist. Oder wollen Sie zur Kompensation einen höheren Bundeszuschuss?

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Um wie viel Prozent sind die Renten in diesem Jahr erhöht worden? Inflationsausgleich!) (C)

Nur, wie würde sich das mit der von Ihnen eingeforderten stärkeren Haushaltskonsolidierung vertragen? Außerdem wären damit mehr konsumtive Ausgaben verbunden; diese aber wollen Sie senken.

Des Weiteren werfen Sie uns vor, dass wir das **Rentenniveau** zu stark absenken. Ein höheres Rentenniveau verlangt aber logischerweise mehr Einnahmen in den Rentenkassen. Also sind auch in diesem Fall höhere Beiträge oder ein höherer Bundeszuschuss notwendig, was Sie wiederum ablehnen. Man sieht also: Auch in dieser Argumentation steckt nichts als Konzeptionslosigkeit und Widersprüchlichkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das bisher Gesagte beweist: Sie versuchen bei jeder Gelegenheit, die wahren Sachverhalte zu verschleiern. Vor allem CDU und CSU setzen so darauf, dass es ihnen gelingt, von ihrer konzeptionellen, aber auch personellen Schwäche abzulenken. Den Grad an Realitätsferne, den Sie mittlerweile erreicht haben, zeigt übrigens auch die Tatsache, dass Sie gegen die grundlegende Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger anreden. Gerade der Bundesfinanzminister Hans Eichel steht bei den Bürgerinnen und Bürgern, und zwar zu Recht, für den Erfolg der Bundesregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Unsere Haushalts- und Finanzpolitik steht für Solidität, für Verlässlichkeit und für Zukunftsorientierung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Dietrich Austermann [CDU/
CSU]: Wann?) (D)

Wir konsolidieren den Haushalt Schritt für Schritt und Jahr für Jahr. Aber gleichzeitig lassen wir die Menschen nicht allein. Wir verbessern die soziale Situation für viele. Wir haben in den letzten beiden Jahren viel zur **Wiederherstellung der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland** getan, meine Damen und Herren. Vielleicht haben wir einen Fehler gemacht: Wir haben zu wenig darüber geredet. Aber diesen Fehler werden wir noch korrigieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Dr. Barbara Höll [PDS]: Da-
von wird es auch nicht besser!)

– Etwas für die soziale Gerechtigkeit zu tun ist etwas anderes als die Sozialdemagogie, die von der PDS kommt – um das zur Unterscheidung auch einmal klarzumachen.

(Beifall bei der SPD – Dr. Barbara Höll
[PDS]: Na, na, na!)

Wir müssen in diesem Parlament einmal für programmatische und inhaltliche Schärfe sorgen, damit den Bürgern die Unterschiede wirklich klar werden zwischen verantwortungsbewusster Politik, die gleichzeitig sozialgerecht ist, und hemmungslosem Populismus, wie wir ihn hier von rechts und von links erleben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Rosel Neuhäuser [PDS]: Das
ist doch unglaublich!)

Joachim Poß

- (A) Deswegen sagen wir, dass konsumtive Ausgaben im Haushalt nach wie vor ihre Berechtigung haben. Außerdem sind wir sehr wohl der Meinung, dass gerade in Zeiten, in denen dauerhafte Arbeitsplätze immer seltener werden und berufliche Perspektiven für jeden Einzelnen immer schwieriger zu planen sind, eine verlässliche finanzielle Absicherung des Risikos der Arbeitslosigkeit unbedingt vonnöten ist. Arbeitsmarktausgaben, seien sie passiv oder aktiv, müssen – das ist die Grundaussage – auch weiterhin auf hohem Niveau erhalten bleiben,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

auch wenn, so füge ich hinzu, beständig überlegt werden muss – und das machen wir –, ob man ihren Einsatz nicht effizienter und zielführender gestalten kann. Aber beides steht nicht im Gegensatz zueinander.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist natürlich richtig, dass die Struktur des Bundeshaushalts noch mehr in Richtung Zukunftsgestaltung verbessert werden muss. Aber auch das geht ja seriöserweise nur schrittweise; denn der entscheidende Zusammenhang heißt hier:

(Zuruf von der CDU/CSU: Aber man muss damit anfangen!)

mit den Zinsausgaben herunter, mit den **Investitionen** herauf! So haben wir es mit den UMTS-Versteigerungserlösen gemacht: 5 Milliarden DM Zinsersparnisse aufgrund von Schuldentilgung haben wir zu 5 Milliarden DM zusätzlichen Zukunftsinvestitionen gemacht. Das ist unser Konzept auch für die zukünftige Haushaltspolitik.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: 3,9 Milliarden DM!)

Herr Rauen sprach am Dienstag von einem gewaltigen Investitionsstau in Deutschland. Wer hat denn hier 16 Jahre lang regiert? Wer hat denn die offensichtlichen Infrastrukturprobleme – nicht nur bei der Bahn – zu verantworten? Verkehrswege, Bauten und Kanäle verfallen doch nicht von heute auf morgen; sie können allerdings auch nicht von heute auf morgen wieder saniert bzw. aufgebaut werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für diese Bewältigung der Erbschaft brauchen wir leider noch mehrere Legislaturperioden. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren, und das werden wir den Bürgern auch in aller Deutlichkeit vermitteln. Was Ihre Erbschaft wirklich bedeutet und dass das nicht über Nacht bewältigt werden kann, ist eigentlich noch gar nicht ins Bewusstsein gedrungen.

Eine weitere Behauptung, die genauso falsch ist, ist in dieser Woche wiederholt worden: Wir würden die Bürger in Wirklichkeit steuerlich gar nicht entlasten. Aber selbst Herr Rauen musste zugeben, dass, wenn jemand 5 500 DM brutto verdient, er im nächsten Jahr um 1 026 DM entlastet wird. Dann sagt Herr Rauen – das geht nun wirklich nicht –: Die Menschen haben von diesen

Entlastungen nichts, weil das Geld durch die Folgen des **Energiepreisanstiegs** aufgezehrt werde. (C)

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

Es ist möglich, dass es diese Fälle gibt. Aber geht der Energiepreisanstieg auf politische Maßnahmen zurück? Der Energiepreisanstieg geht doch – entgegen den Behauptungen bei der Bauern- und Dummenfängerei, die Sie betreiben – zum allergrößten Teil auf die Erdölproduzenten und Erdölhändler zurück. Inzwischen wissen die Bürgerinnen und Bürger das auch – trotz der Kampagne, die Sie heute wieder gestartet haben. Deswegen werden Ihre Antiökosteuerkampagnen Sie keinen Schritt weiterbringen; denn trotz Ökosteuer wird sich die **Abgaben- und Steuerquote** in den nächsten Jahren verringern. Gleiches gilt auch für die Staatsquote.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Die Abgabenquote steigt!)

Das gilt im Übrigen gerade für den Mittelstand, denn von den über 90 Milliarden DM Steuerentlastung profitiert der Mittelstand mit 30 Milliarden DM. Die Großunternehmen werden mit 2 Milliarden DM sogar leicht belastet. Wir haben etwas geändert, was die Bürger über Jahre geärgert hat und was Sie, insbesondere die F.D.P., durch Klientelpolitik herbeigeführt haben, nämlich dass sich Millionäre arm rechnen konnten. Jetzt können sie das nicht mehr.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch mit dieser groben Ungerechtigkeit haben wir Schluss gemacht. (D)

Im Übrigen muss man sich von der Vorstellung lösen, ein Mittelständler unterliege in der Regel dem Einkommensteuerspitzenatz. Alle empirischen Untersuchungen zeigen, dass sich der **Mittelstand** überwiegend nicht aus überdurchschnittlichen Verdienern zusammensetzt. Von den rund 3 Millionen Unternehmen in diesem Lande weisen rund 1,7 Millionen Unternehmen einen Gewinn von unter 50 000 DM aus. Das heißt, insbesondere sie profitieren von unserer Erhöhung des Grundfreibetrages um 2 000 DM und von der Senkung des Eingangssteuersatzes um 10 Prozent. Diejenigen, die oberhalb dieses Bereichs liegen, profitieren von der pauschalierten Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuerschuld. Damit haben wir etwas gemacht, was vom gewerblichen Mittelstand seit Jahrzehnten gefordert wurde.

Deswegen kann ich hier zum Abschluss voller Überzeugung sagen: Wir verantworten eine Politik, von der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Familien mit Kindern und der Mittelstand wirklich profitiert haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im nächsten Jahr wird das noch sichtbar werden als in der Vergangenheit.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(A) **Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters:** Für die F.D.P.-Fraktion spricht der Kollege Dr. Günter Rexrodt.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Jetzt wird einiges zurechtgerückt!)

Dr. Günter Rexrodt (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist guter Brauch, zu Beginn der Schlussrunde zunächst einmal den Mitarbeitern des Haushaltsausschusses sowie den Mitarbeitern der Abgeordneten, der Ministerien und des Bundesrechnungshofs für die Arbeit, die sie in den letzten Wochen geleistet haben, zu danken.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich bin immer fasziniert, was insbesondere im Haushaltsausschuss geleistet wird. Ich erstickte oft in der Fülle des Papiers. Ich komme damit nicht klar und beneide immer den Ausschussvorsitzenden, der die Papiere so wohl geordnet hat. Ich bin da fast immer im Chaos, aber das ist Ihnen zu verdanken.

(Joachim Poß [SPD]: Das war ja leider in Ihrer Ministerzeit auch schon so, Herr Rexrodt!)

Herr Poß, Sie haben eben vorgetragen, Sie wollten, um den Bürgern die Dinge einmal vor Augen zu führen, ein Stück Schärfe in die Diskussion bringen. Ich frage mich, nachdem ich Ihren Beitrag gehört habe, ob die Schärfe im Tonfall in Übereinstimmung mit der Schärfe des Arguments steht.

(B) (Heiterkeit und Beifall bei der F.D.P. der CDU/CSU und der PDS – Ernst Burgbacher [F.D.P.]: Schöner kann man das nicht ausdrücken!)

Darüber lasse ich die Bürger draußen ihr Urteil fällen, Herr Poß.

In der Schlussrunde möchte ich feststellen: Der Kurs der Schuldenabbaupolitik ist richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deutschland befindet sich damit im Geleitzug der großen Industriestaaten. Es ist dem Finanzminister zugute zu halten, dass er die enormen Einnahmezuwächse – Herr Poß, dazu gehören natürlich auch die Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen – nicht benutzt, um die Begehrlichkeiten der Ressorts zu bedienen, sondern dass damit die Schulden abgebaut werden.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine Politik, die wir unterstützen.

Allerdings halte ich es für neben der Sache liegend, diesen Haushalt 2001 als einen Sparhaushalt zu bezeichnen. Die Ausgabenseite wurde nicht konsolidiert. Herr Lafontaine hatte im Jahre 1999 den Haushalt gegenüber dem des Vorjahres um 20 Milliarden DM aufgeblasen. Nun davon einige wenige Milliarden zurückzuführen, um dann ab 2002 wieder kräftig draufzusatteln, hat mit einem

Sparkurs nichts zu tun. Sie haben Ihre Schularbeiten nicht gemacht. (C)

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Die rot-grüne Koalition hat sich in dieser Haushaltsdebatte bemüht, sich das Mäntelchen des Reformers umzuhängen. Ich kann das aus verschiedenen Gründen nicht akzeptieren.

Zunächst einmal hat es Herr Eichel in dieser Debatte – ich erinnere mich an seine Rede am Dienstag – fertig gebracht, die Wachstumsraten des Brutto sozialprodukts im Deutschland der 90er-Jahre den heutigen Wachstumsraten gegenüberzustellen. Er hat das auch in Bezug auf den Arbeitsmarkt getan: Die positiven Abweichungen, die es da gebe, seien natürlich ein Verdienst der rot-grünen Koalition gewesen.

Faktum ist – das sollten die Menschen wissen –, dass die Konjunkturdaten in den 90er-Jahren in allen europäischen Ländern schlechter waren als heute. Über die Gründe dafür haben wir oft genug diskutiert. Die konjunkturelle Wende, die zu deutlichen Wachstumssteigerungen und zu positiven Folgen in Bezug auf das Brutto sozialprodukt geführt hat, und die Wende auf dem Arbeitsmarkt wurden 1998 herbeigeführt. Das hat Kollege Eichel einfach unterschlagen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Faktum ist, dass Deutschland heute im Hinblick auf den Wachstumsprozess, obwohl die Wachstumsraten, absolut gesehen, höher sind, im europäischen Vergleich zusammen mit Italien das Schlusslicht in Europa darstellt.

(Ernst Burgbacher [F.D.P.]: Leider, leider!) (D)

Auch das wurde einfach vergessen. Das sollten die Menschen aber wissen. Man kann in diesem Zusammenhang nicht mit absoluten Zahlen arbeiten; das ist irreführend und unredlich.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, die Koalition spricht von einer Auflösung des Reformstaus. Tatsache ist, dass Rot-Grün damals in der Oppositionsrolle alle wichtigen Reformen bekämpft und die wichtigste von ihnen, die Reform des **Einkommen- und Körperschaftsteuerrechts**, verhindert hat. Ich gestehe Ihnen ausdrücklich zu – denn ich will eine faire Rede halten –, dass es nunmehr bei den direkten Steuern zu einer Reform gekommen ist. Die ist zwar weniger mittelstandsfreundlich als notwendig und geht am Ziel der Steuervereinfachung vorbei. Aber sie führt zu einer Entlastung und gibt der Wirtschaft Impulse. Dort wird sie auch positiv aufgenommen. Das ist Ihr Verdienst; das sage ich hier ganz klar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn ich mir Ihre anderen Reformvorhaben ansehe – Herr Poß, meine Damen und Herren von der Koalition, Sie sagen doch, Sie hätten den Reformstau aufgelöst –, stelle ich bei den Steuern als dem ersten Bereich fest: Die von Ihnen eingeführte unselige **Ökosteuer** ist vom Ansatz her verfehlt. Dies hat verheerende Folgen gerade für die Bezieher kleiner Einkommen und für den Mittelstand. Das wird Ihr Waterloo werden; das habe ich hier schon einmal gesagt; ich wiederhole das.

Dr. Günter Rexrodt

- (A) Die **Rentenreform** – das ist der zweite Bereich – ist zum Dauerärgernis geworden. Begonnen hatten Sie damit, eine Komponente der Leistungskorrektur abzuschaffen, die Sie jetzt mit einer anderen Überschrift wieder einführen müssen. Ihr Reformentwurf ist noch immer zu kompliziert und an vielen entscheidenden Stellen unzulänglich, insbesondere dann, wenn es darum geht, die private Altersvorsorge zu fördern. Ganz wichtige Bereiche werden aus der Förderung herausgenommen. Diese Reform ist im Ansatz verfehlt.

Der dritte Bereich ist die **Gesundheitsreform**. So wie es aussieht, wird sie gegen die Wand gefahren. Das Konzept stimmt nicht; alle Beteiligten verweigern sich.

Im vierten Bereich, im **Arbeitsrecht**, einem der großen Reformbereiche, gibt es eine Kette von Ungereimtheiten und Ärgernissen. Das beginnt mit dem 630-Mark-Gesetz sowie mit dem verunglückten Gesetz zur Scheinselbstständigkeit und endet beim Gesetz zur Teilzeitarbeit und zu befristeten Arbeitsverhältnissen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU – Peter Dreßen [SPD]: Das ist doch eine gute Sache!)

Teilzeit wird dadurch eher verhindert. Denn Ihr diesbezügliches Gesetz ist kompliziert, ellenlang, kaum verständlich sowie mit Ausnahmeregelungen und unbestimmten Rechtsbegriffen gespickt, wie das für überhaupt alles gilt, was aus dem Bereich Riester kommt. Es ist kaum lesbar, kaum verständlich und kaum anwendbar. Fragen Sie doch einmal die Arbeitsrichter, wie sie dieses Vorhaben beurteilen.

(B)

Ein weiterer Bereich ist die **Energiepolitik** – dabei lasse ich die 30-jährige Garantie für den Betrieb von Kernkraftwerken außen vor –: Durch falsche Fördersysteme und falsche Fördersätze bei den erneuerbaren Energien sowie beim ungebremsten Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung werden sage und schreibe 40 Prozent des gerade einmal liberalisierten Marktes rereguliert, also wieder in die Regulierung zurückgeführt. Die Kraftwerkswirtschaft fasst sich an den Kopf. Die Verbraucher werden das bezahlen müssen.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ist das eine gelungene Reformpolitik, meine Damen und Herren? – Das ist das Gegenteil!

Ich möchte auch auf das Justizministerium, das ansonsten gar nicht so sehr im Mittelpunkt steht, zu sprechen kommen: Die Justizministerin will das **Mietrecht** am Markt vorbei reformieren. Sie verfolgt die Reform des Zivilprozessrechts in einer Weise, dass die beteiligten Kreise das überhaupt nicht mehr nachvollziehen können.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [F.D.P.]

Es hat noch nie so viel Ärger über ein Justizressort gegeben, wie das gegenwärtig der Fall ist, und zwar aus unterschiedlichen Gründen.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Frau Däubler-Gmelin geht in einer fast sektiererischen Weise vor. Unsere schwäbischen Mitbürger haben ja viele gute Eigenschaften aber man sagt ihnen nach, es gebe unter ihnen zuweilen ein Sektierertum. Was die Justizministerin tut, ist sektiererisch. (C)

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will jetzt nicht auf die **Bundeswehr** eingehen, bei der Notoperationen gesucht werden, um die Reform durchzuführen, die wir alle wollen, und vieles andere mehr. Stattdessen will ich noch ein paar Bemerkungen zu einigen Kuriositäten der Etatpolitik im Detail machen.

Ich beginne mit der Subventionierung der **Steinkohle**. Sie, Herr Kollege Wagner, haben uns jahrelang den Vorwurf gemacht, wir würden bestehende Verträge nicht einhalten. Dabei war gar nichts anderes passiert, als dass wir die Modalitäten der Zahlungen von öffentlicher Seite an die Unternehmen mit deren Liquiditätsbedarf in Einklang gebracht haben, und zwar immer im Einvernehmen mit den Unternehmen.

Damals wurde gesagt, das sei Wortbruch. Der Kollege Wagner ist, wenn er darüber gesprochen hat, immer nahezu kollabiert, und der Kollege Urbaniak hat regelmäßig Tränen vor Rührung und Entsetzen in den Augen gehabt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Heute machen Sie nichts anderes – frank, fröhlich, frei –, aber heute ist das die hohe Kunst der Finanzpolitik. Es ist nichts anderes als bei uns. Was haben wir hier für Debatten geführt! (D)

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Jetzt möchte ich, allerdings nur kurz, die **EXPO** ansprechen.

(Zurufe von der SPD)

– Ich stehe zur EXPO, ich fand sie gut. Aber sie wurde von vielen, auch aus Ihren Reihen, kaputtgeredet.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Darum geht es hier jetzt aber nicht. Ich will wissen, wer die Defizite trägt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Bund und Niedersachsen jeweils zur Hälfte, wie vereinbart, oder gibt es aus nahe liegenden Gründen Tricksereien zugunsten des Landes Niedersachsen? Das darf nicht sein. Das hat mit dem Inhalt der EXPO nichts zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. – Jürgen Koppelin [F.D.P.]: Kuhhandel!)

Ein Wort zur **Studienförderung**: Was sind die Fakten? Sie haben die Höchstsätze beim BAföG von 1 030 DM auf 1 100 DM erhöht. Daneben führen Sie eine Rückzahlungsgrenze in Höhe von 20 000 DM ein. Darüber kann man reden, aber eine richtungsweisende Reform ist das nicht.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [F.D.P.]

Dr. Günter Rexrodt

- (A) Schauen Sie sich unser BAföG-Modell an; wir wollen eine strukturelle Veränderung, eine elternunabhängige Förderung. Dafür muss Geld in die Hand genommen werden, deshalb haben wir einen entsprechenden Antrag gestellt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie haben viel zu wenig gemacht und Sie haben es nicht richtig gemacht, wie immer.

(Hans Georg Wagner [SPD]: Sie haben gar nichts gemacht! – Dirk Niebel [F.D.P.]: Sie wollen nur nicht, dass junge Menschen von ihren Eltern unabhängig werden!)

Denn Sie meinen, Sie seien im Besitz der absoluten Wahrheit. Sie wollen Volksbeglückung, aber nicht an die wirklichen Wurzeln herangehen.

Ich habe leider aus Zeitgründen nicht mehr die Möglichkeit, auf die **Bahnreform** einzugehen. Wenn Sie da nicht umschalten, wird das Ganze ein Fass ohne Boden.

Ich sage das alles nur mit Blick darauf, dass trotz einer guten Grundausrichtung der Haushalts- und Finanzpolitik bezüglich des Schuldenabbaus die eigentlichen Probleme auf der Ausgabenseite nicht angepackt werden. Hier wird nur herumgedoktert und herumgeschustert, aber es gibt kein wirkliches Konzept. Deutschland wird in schwerer Zeit, wenn die Einnahmenezuwächse bei einer schwachen Konjunktur und weniger Privatisierungserlösen geringer ausfallen, keine Reserven haben. Sie haben noch nicht gelernt, mit dem Haushalt angemessen umzugehen.

(B)

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters: Herr Kollege Rexrodt, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Günter Rexrodt (F.D.P.): Der Haushalt ist auf der einen Seite gut, auf der anderen Seite aber ist er kein Highlight, er ist eher Magerkost. Wir werden Sie daran messen, ob Sie die Ausgabenseite gestalten können. Noch gibt es dafür keine Anzeichen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters: Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht die Kollegin Antje Hermenau.

Antje Hermenau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich mit meiner eigentlichen Rede beginne, möchte ich vor allen Dingen den Mitarbeitern des Haushaltsausschussessekretariats danken, die bis spät in die Nacht hinein alle Papiere vervielfältigt, sortiert und weggeräumt haben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Für all diejenigen, die nicht wissen, wer das ist, sage ich: Das sind die Leute, die bescheiden ganz hinten in der letz-

ten Reihe Platz genommen haben. Das sind die wahren Helden der Nachtschicht. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS)

Herr Rexrodt, Sie haben gerade ein Beispiel dafür gegeben, dass auch eine ruhig vorgetragene Rede nichts Wahres enthalten muss. Ich denke daran, wie Sie versucht haben, durch Wiederholungen etwas als wahr darzustellen, was nicht wahr ist.

Sehen wir uns einmal an, was im Jahre 1999 wirklich passiert ist, als eine Notbremsung gemacht werden musste, weil es zu einem Budgetaufwuchs kam. Sie wissen, warum es dazu gekommen ist. Die Postunterstützungen waren nicht ordentlich eingestellt. Es gab eine Ökosteuerreform, die für die Rentenkassen einen Durchlaufposten geschaffen hat, aber keine Ausgabenvermehrung bedeutete. Wir haben den Bundeszuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit ordentlich und solide eingestellt. Auch die Zuweisungen an die Länder Bremen und Saarland haben wir solide eingestellt. Ebenso haben wir die Gewährleistungen korrigiert. Darüber müssten Sie als Ex-Wirtschaftsminister eigentlich Bescheid wissen. Es ging zum Beispiel um das Russland-Geschäft, um das es damals sehr schlecht stand.

Vor diesem Hintergrund halte ich es für nicht angemessen, hier zu behaupten, wir hätten einen Ausgabenaufwuchs produziert, den wir jetzt mit Mühe zurücknehmen müssten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD) (D)

Der **Haushalt** für das Jahr **2001**, über den wir jetzt reden, ist der erste wirklich rot-grüne Haushalt, der die eigene Handschrift deutlich erkennen lässt, und zwar in vielen systematischen Fragen und nicht nur bei den Ausgaben und Kürzungen. In seiner ganzen Substanz ist er qualitativ und quantitativ der erste rot-grüne Haushalt. An ihm lassen wir uns gerne messen. Ich habe überhaupt kein Problem damit, dass Sie versuchen, ihn als Maßstab unseres Handelns zu sehen. Der Haushalt ist eine Grundlage, an der wir uns gerne messen lassen.

Schauen wir einmal auf die harten Beurteilungskriterien, zunächst auf die **Nettokreditaufnahme**. Sie ist im Vergleich zum Regierungsentwurf noch einmal abgesenkt worden. Wir wollten – das haben wir bei den Haushaltsberatungen gesagt – unter die 45-Milliarden-DM-Grenze kommen. Das haben wir souverän geschafft. Ich bin inzwischen gar nicht mehr so sicher, ob der Herr Finanzminister Eichel nicht auf die Idee kommen wird, im Haushaltsvollzug die von uns vorgegebene Grenze der Nettokreditaufnahme noch ein wenig zu unterbieten.

(Hans Georg Wagner [SPD]: Mit Sicherheit!)

Ich habe ihn in „Verdacht“, dass er versuchen wird, dies als einen sportlichen Wettkampf aufzufassen.

Wenn man sich einmal anschaut, was die mittelfristige waigelsche Finanzplanung bei der Nettokreditaufnahme

Antje Hermenau

- (A) für 2001 vorgesehen hätte, stellen wir fest, dass wir bei 53 Milliarden DM lägen. Wir liegen bei 43 Milliarden DM, also 10 Milliarden DM weniger.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ein zweites hartes Beurteilungskriterium – ein wirklicher Eckpfeiler für jeden soliden Haushalt – ist die **Investitionsquote**. Natürlich hätten wir uns alle gewünscht, sie noch höher zu setzen; das bestreitet in diesem Hause kein Mensch. Der Punkt ist eher der, dass man es in den Haushaltsberatungen geschafft hat, die Investitionen fast wieder auf 60 Milliarden DM anzuheben. Obwohl wir sparen müssen, haben wir es geschafft, eine solide Investitionsquote vorzulegen, die mitnichten unter dem Durchschnitt der Vorjahre liegt. Ich bin der Auffassung, dass es gelungen ist, sowohl zu sparen als auch zu gestalten. Die ganze Sache hat Augenmaß. Es gibt hier keinen Grund zum Poltern.

(Beifall des Abg. Hans Georg Wagner [SPD])

Schauen Sie sich das **Gesamtvolumen** des Haushaltes an. Auch dabei haben die Haushälter insgesamt noch einmal gespart, circa 1,4 Milliarden DM.

Sie finden hier die drei Eckpfeiler eines soliden Haushaltes: eine abgesenkte Nettoneuverschuldung, eine höhere Investitionsquote und ein abgesenktes Ausgabevolumen. Ich sehe überhaupt nicht, wofür wir uns schämen müssten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

- (B) Dieser Haushalt ist einer der ersten, der wirklich berechenbar ist. In die Haushaltspolitik der Bundesrepublik Deutschland ist **Berechenbarkeit** eingezogen. Ich erinnere mich noch an das Jahr 1997 und an die Positionen unter dem damaligen Finanzminister Waigel. Ich weiß noch, wie damals die Ist-Ausgaben, die er für das Jahr 1997 vorgesehen hatte, dramatisch gesunken sind, während die Nettoneuverschuldung, die er vornehmen musste, dramatisch nach oben gegangen ist. Woran lag das? Ihre eigene Steuerbasis ist erodiert; die Steuereinnahmen sind Ihnen weggebrochen. Das hat etwas damit zu tun, dass die Haushalts- und Finanzpolitik damals nicht berechenbar und solide gestaltet war. Der Haushalt, über den wir jetzt reden, ist solide und berechenbar. Weil er sauber und solide veranschlagt ist, gehe ich davon aus, dass die Ist-Zahlen dem entsprechen, was wir als Soll formuliert haben. Das halte ich für einen großen Erfolg.

Schauen wir uns noch ein paar der Punkte an, um die es in diesem Haushalt geht. Es geht zum Beispiel um die Rentenfinanzierung. Für die **Rente** sind Mehrausgaben von 22 Milliarden DM vorgesehen, die von Bundeseite geschultert werden müssen. Sie sind mit der Ökosteuern solide gegenfinanziert. Darüber gibt es eine große Diskussion – das kann man schon so sagen –, aber haushaltstechnisch ist das vollkommen solide.

Sehen wir uns einmal an, was nach dem Blüm-Modell passiert wäre. Vergleichen wir einmal, wo die Bundesrepublik Deutschland stünde, wenn noch immer Herr Waigel in jeder Haushaltsdebatte die falschen Zahlen mit

seiner dröhnenden Stimme überdecken würde. Wir hätten nach dem Blüm-Modell und dem Waigel-Ansatz einen Rentenversicherungsbeitrag von 20,4 Prozent. Das muss man einmal klar sagen. Bei einem Durchschnittseinkommen in Höhe von 4 500 DM pro Monat würde das bedeuten, dass die Leute alleine wegen der Rentenversicherungsbeiträge im Jahr circa 380 DM weniger hätten. (C)

Sehen Sie sich einmal an, was noch hätte passieren müssen. Sie hätten damals die Mehrwertsteuer um mindestens 1,5 Prozent anheben müssen, um den Beitragssatz für die Rentenversicherung unter 20 Prozent zu halten. Dies hätte alles über unserem Haupt geschwebt. Diese Debatte hätte ich hören mögen!

Sehen wir uns die Ausgaben für den **Arbeitsmarkt** an. Wir haben in der Diskussion versucht, diese besonders zu bewerten. Es war nicht einfach, mit einer Volkspartei wie der SPD mit ihrem entsprechenden Profil bezüglich des Arbeitsmarktes auf der einen Seite Sparmaßnahmen durchzusetzen und auf der anderen Seite eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu gestalten. Die SPD hat einen Großteil der anfänglichen Entrüstung und des Unverständnisses in der Bevölkerung beigelegt. Das ist unserem großen Koalitionspartner hoch anzurechnen; dies muss man einmal so deutlich sagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin inzwischen der Auffassung, dass es gelungen ist, dass die Koalition trotz dieser wirklich harten Zeit jetzt gut dasteht. Es ist uns gelungen, glaubhaft zu machen, dass wir nicht vorhaben, die Ausgaben für die Arbeitsmarktpolitik zu reduzieren, nur um den Haushalt zu konsolidieren. Es ist möglich gewesen, solider und gründlicher zu berechnen. Das halte ich für einen großen Fortschritt. Dies hat auch viel mit dem Auf-sich-Nehmen von schwierigen politischen Debatten zu tun. Dies haben wir gemacht. (D)

Sehen wir uns zum Beispiel den **Wehretat** an. Vielleicht bin ich als Frau oder vielleicht auch als Grüne – das kann alles sein – prinzipiell anderer Auffassung. Ich fand es schon amüsant, wie sich die Männer hier um die Flugzeuge, Panzer und Hubschrauber gekloppt haben. Es war geradezu wie Weihnachten.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich bin der Meinung, dass man dann, wenn man einen Haushalt langfristig konsolidieren will, den Bereich mit den dritthöchsten Ausgaben nicht ausnehmen kann, egal wie hübsch die Hubschrauber aussehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es kann nicht sein, dass wir bei den Sozialausgaben sparen, dass wir versuchen, die Zinszahlungen zu reduzieren, aber den Wehretat nicht antasten. Das ist nicht möglich.

Sehen wir uns einmal die gestalterischen Potenziale dieses Haushaltes an. Wir haben eine Reihe von – das sage ich jetzt als Grüne – **ökologischen Investitionen** auf den

Antje Hermenau

- (A) Weg gebracht, die auch langfristig wirken werden und unseren Anspruch an eine nachhaltige Finanz- und auch Verkehrspolitik erfüllen werden. Ich denke hierbei an die 2 Milliarden DM für die Schienensanierung im Eisenbahnnetz, an die 400 Millionen DM für die Altbausanierung, an die zusätzlichen 100 Millionen DM bei Energieforschungsmitteln und auch an die zusätzlichen 100 Millionen DM für das Markteinführungsprogramm für regenerative Energien. Das sind ökologische Investitionen in die Zukunft. Ich glaube, dass man sich damit nicht nur sehen lassen kann, sondern dass wir darauf auch stolz sein können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Langsam zeichnet es sich ab: Sparen macht durchaus Sinn. Wir bekommen langsam ein Gefühl für Gestaltungsspielräume, die sich für die Bundesrepublik Deutschland für die Zukunft und hier insbesondere für die nachfolgenden Generationen auf tun. Das heißt nicht, dass wir mit dem Sparen aufhören können. Nicht, dass jetzt irgendjemand der Meinung ist, es werde alles ganz leicht. Das wird es nicht sein.

Wir hatten ja in diesem Jahr – Herr Roth, hier gebe ich Ihnen durchaus Recht – etwas günstigere Umstände aufgrund der durch den Verkauf der **UMTS-Lizenzen** erzielten Erlöse; das ist einfach so. Man muss sich aber nicht neidisch daneben stellen und sagen: Wenn ihr diese nicht gehabt hättet, hättet ihr nichts auf den Weg gebracht. Entscheidend ist doch, ob man das wie wir mit Augenmaß behandelt. Wir haben nicht das Füllhorn ausgeschüttet, sondern haben wieder an die Zukunft gedacht und Schulden getilgt.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem ist es uns gelungen, parallel eine Reihe von notwendigen Zukunftsinvestitionen zu tätigen. Ich halte das für eine sehr gehaltvolle, mit Augenmaß vollzogene Maßnahme. Hier gibt es überhaupt nichts zu poltern.

Ich erinnere mich, dass die CDU/CSU gar nicht wusste, was sie eigentlich mit dem erzielten Geld machen will. Die Liste derjenigen, die sich dazu geäußert haben, reichte von Austermann bis Merz. Der eine sprach davon, dass man das Geld nehmen solle, um die Ausgaben zu erhöhen; hier war von Sparpolitik keine Rede mehr. Der andere sprach davon, dass man auch noch die Zinserlöse in die Tilgung stecken solle. Da herrschte eine ziemliche Konfusion. Es gab in der CDU/CSU keinen einheitlichen Kurs, während die Koalition von Anfang an wusste, was zu tun ist.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Das hat man in der Bereinigungssitzung gemerkt!)

Es gab eine klare Linie. Es galt, die Schulden zu tilgen. Das haben wir gemacht. 100 Milliarden DM sind in die Tilgung geflossen. Durch die Zinersparnisse haben wir jetzt einen gewissen Gestaltungsspielraum bei den Investitionen. Ich halte das für eine sehr vernünftige Operation.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

In dieser Haushaltsberatung ist aufgefallen, dass sowohl die F.D.P. als auch die PDS entschieden differenzierter als die große Oppositionsfraktion der CDU/CSU zu einer ganzen Reihe von Einzelplänen und auch in der Generaldebatte Stellung genommen haben. Dies muss man einmal konstatieren. Das heißt, ganz so schlimm und verrückt kann der Haushalt nicht sein, sonst wäre eine differenzierte Stellungnahme nicht möglich. (C)

Gehen wir einmal auf die undifferenzierten Vorwürfe ein, die hier gemacht wurden. Dauernd wird gesagt, wir würden nicht richtig sparen.

(Dr. Günter Rexrodt [F.D.P.]: Ja, das stimmt!)

Ich sagte eben schon: Wenn Herr Waigel noch am Ruder wäre, wäre nach seiner Finanzplanung die **Nettoneuverschuldung** um 10 Milliarden DM höher; um das einmal klar zu sagen.

Ich erinnere mich, dass das Jahr 1996 als Vergleich vorgebracht worden ist. Es wurde gesagt, da habe man unter der CDU/CSU-geführten Koalition sehr deutlich eingespart. Es ging um 20 Milliarden DM. Das war ein Umbuchungstrick. Auf der Ausgabenseite wurde eine Steuererminderung formuliert, und dann sah es so aus, als ob die Ausgaben gesunken wären. Das hat mit Sparen aber überhaupt nichts zu tun; Geld wurde nicht eingespart. Mit solchen Vergleichen, wie Sie sie hier bemüht haben, haben Sie bewiesen, dass Sie die Hoheit auf dem Feld der Finanz- und Steuerpolitik eindeutig verloren haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD – Dietrich Austermann [CDU/
CSU]: An wen denn wohl?) (D)

Sie haben auch noch einmal die **Investitionsquote** bemüht, deren Niveau Ihnen zu niedrig sei. Ich habe hier frank und frei zugegeben, dass man sich auch eine höhere wünschen könnte. Man kann halt nicht alles auf einmal machen; das muss man mit Ruhe ertragen können. Aber nach Waigels mittelfristiger Finanzplanung läge die Investitionsquote jetzt bei 11,8 Prozent, während wir 12,2 Prozent bereitgestellt haben. Ich denke, wir können Ihre Kritik in Ruhe wegstecken.

Ich glaube, dass Sie, meine Damen und Herren von der CDU/CSU, in der Opposition angekommen sind. Man muss sich nur Ihre Änderungsanträge ansehen. Sie haben in der Generaldebatte ständig darauf hingewiesen, dass man mehr sparen müsse, und dann kommen Sie in den Debatten über die Einzeletats mit ganz vielen nicht ordentlich gegenfinanzierten Änderungsanträgen, die Mehrausgaben in Höhe von circa 8 Milliarden DM bedeuten würden. Wenn Sie mich fragen, ist das ein undifferenziertes Vorgehen, das keine Systematik erkennen lässt. Dazu sage ich Ihnen: Gratulation, Sie sind in den Anfangsgründen der Opposition angekommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es wurde darauf rekuriert – das finde ich gar nicht so falsch –, dass die Dinge unter Stoltenberg vielleicht anders gelaufen wären – anders als unter Waigel bestimmt. Ich erinnere mich, dass wir schon einmal eine Debatte darüber geführt haben, welche Verdienste sich der ehe-

Antje Hermenau

- (A) malige Finanzminister Stoltenberg erworben hat. Es fällt mir nicht schwer zu sagen, dass ich denke: Er war damals ein recht guter Finanzminister; das ist überhaupt kein Problem.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]:
Der beste!)

Ich glaube auch, dass er den **Weg in die deutsche Einheit** entschieden solider finanziert hätte, als es der nachfolgende Finanzminister Waigel getan hat. Davon bin ich überzeugt, und das kann ich Ihnen auch gern einmal darlegen.

Als im Frühjahr 1989 der Wechsel von Stoltenberg auf Waigel erfolgte, war die Wende in der Deutschen Demokratischen Republik noch nicht klar absehbar. Trotzdem begann mit dem Erarbeiten des Haushaltsentwurfs für das Folgejahr ein starker Aufwuchs bei der Nettoneuverschuldung. Das heißt, die Finanzpolitik wurde bereits im Frühjahr 1989, ein halbes Jahr vor der Wende und der deutschen Einheit, von Kohl und Waigel verändert: hin zu mehr Schulden und mehr Ausgaben. Das hatte etwas damit zu tun, dass man fürchtete, die Bundestagswahl zu verlieren. Vor diesem Hintergrund sich ständig mit der deutschen Einheit herausreden zu wollen, das fällt mir nur noch auf die Nerven.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass Sie, wenn Sie sich selber für sehr gute Finanz- und Haushaltspolitiker halten, dem Haushalt für das Jahr 2001 nicht zustimmen wollen. Das bleibt für mich unverständlich. Ich habe der Debatte in dieser Woche mit einiger Fassungslosigkeit zuhören müssen. Vielleicht wird im Laufe der Jahre das Diskussionsniveau der CDU/CSU-Fraktion differenzierter.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters: Ich gebe das Wort der Kollegin Dr. Christa Luft für die Fraktion der PDS.

Dr. Christa Luft (PDS): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser einwöchigen Redeschlacht möchte man eigentlich mit Goethes Faust ausrufen: „Hier steh‘ ich nun, ich armer Tor, und bin so klug als wie zuvor.“

(Beifall bei der PDS)

Wenn ich resümiere, dann stelle ich fest, dass in dieser Woche seit Dienstag Behauptungen hin- und hergeschleudert worden sind; es gab eine Art Pingpongspiel. Ich vermisse Nachdenklichkeit, Erkenntnisgewinn und irgendeine Veränderung an diesem Haushalt, die wir vielleicht im Laufe dieser Woche noch zustande gebracht hätten. Daher werden wir ihm in seiner Gänze auch nicht zustimmen – aber nicht, Herr Kollege Poß – er ist wohl im Moment nicht im Saal –, wegen einer vermeintlichen Sozialdemagogie, die Sie bei der PDS glaubten orten zu

müssen. Ich kann Ihnen nur raten: Fügen Sie dem verbalen Missgriff von Herrn Merz jetzt nicht einen neuen hinzu! (C)

(Beifall bei der PDS)

Das Niederschmetterndste für all jene, die – wenn sie denn durchgehalten haben – die ganze Debatte verfolgt haben, war aber wohl, dass CDU/CSU und F.D.P., wären sie heute an der Regierung, vermutlich vieles von dem, was die neue Koalition gemacht hat, auch gemacht hätten. Die SPD und die Bündnisgrünen hätten das, was sie heute als Regierungsfraktionen mit Inbrunst verteidigen, zu ihren Oppositionszeiten gewiss mit scharfem Protest zurückgewiesen und als Sozialraub bezeichnet.

(Beifall bei der PDS)

Ich finde, wir muten der Öffentlichkeit da allerhand zu. Die Orientierung wird immer schwieriger.

Was hat sich in dieser Woche alles ereignet? Manchem war es äußerst wichtig, zu klären, ob sich Finanzminister Eichel zu Recht oder zu Unrecht als Sparkommissar bezeichnen darf. Ich denke, das interessiert in diesem Land niemanden. Wichtig ist doch, wo und wofür gespart wird.

(Beifall bei der PDS)

Vom Sparwillen der Koalition war beispielsweise im **Verteidigungsetat** nichts zu spüren.

(Dr. Günter Rexrodt [F.D.P.]: Nein, Jäger 90!)

Da wollte die CDU/CSU sogar noch draufsatteln.

Den Steuerverschwendungshinweisen des **Bundesrechnungshofes** wurde viel zu wenig nachgegangen. Wenn man diesen Hinweisen stärker gefolgt wäre, dann hätte man noch andere Finanzierungsquellen entdeckt. (D)

Mitten in der Woche wurde uns mitgeteilt, dass sich die Fraktionsspitzen von SPD und Bündnisgrünen darauf geeinigt haben, dass der Bund so mir nichts, dir nichts zwei Drittel des **EXPO-Defizits** übernimmt. Im Haushalt steht das noch ganz anders, und zwar ohne dass geklärt worden wäre, wer für die bei der EXPO entstandene Finanzmisere verantwortlich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Angesichts des Tempos, mit dem beispielsweise – ich nenne nur dieses eine Beispiel – das EXPO-Problem gelöst wird, empört es geradezu, dass die Lösung anderer Probleme, über die seit Jahren debattiert wird, auf die lange Bank geschoben wird, Problemfälle, in denen es um berechnete soziale Ansprüche von Menschen und nicht durch Fehlkalkulationen verursachte Defizite bei bestimmten Institutionen geht. Ich meine zum Beispiel die Gewährung von **Anpassungsgeld für Untertagebergleute in den neuen Ländern**,

(Beifall bei der PDS)

die ähnlich wie die westdeutschen Steinkohlkumpels durch Strukturkrisen unschuldig ihre Arbeit verloren haben bzw. noch verlieren werden. Bereits 1996, also noch zu Zeiten der früheren Koalition, und 1999, also zu Zeiten der jetzigen Koalition, haben wir das im Deutschen Bundestag per Antrag thematisiert – leider erfolglos. In

Dr. Christa Luft

- (A) diesem Jahr haben wir dieses Thema mehrfach in den Ausschusssitzungen angesprochen und dazu Anträge gestellt. Mit fadenscheinigen und inhaltenden Argumenten sind unsere Anträge beschieden worden. Es wurde zwar persönliche Sympathie für unser Anliegen geäußert, aber mit persönlichen Sympathiebekundungen können die Kumpels ihre Probleme nicht lösen. Sie brauchen tatsächlich praktische Lösungen.

(Beifall bei der PDS)

Nachdem jetzt so viel persönliche Sympathie geäußert worden ist – alle Haushaltsausschussmitglieder der F.D.P. haben unserem Antrag zugestimmt –, zähle ich jetzt darauf, dass wir das Problem alsbald gemeinsam lösen können.

(Beifall bei der PDS)

Regierung und Koalitionsfraktionen rühmten sich in der Haushaltsdebatte, den **Reformstau** aufgelöst zu haben: Steuerreform vorangebracht, Gesundheitsreform durchgeführt, Rentenreform vorbereitet und Haushaltskonsolidierung vorangebracht. Ich finde, wenn der aufgelöste Reformstau alles ist, was Sie vorzuweisen haben, dann ist das noch lange kein Gütesiegel für Ihre Politik, wenn nicht gleichzeitig die sozialen Wirkungen in Gänze bilanziert werden. Die mehrfach in dieser Woche den Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen vorgezeichneten Entlastungen durch die Steuerreform werden doch durch höhere Hort- und Kitagebühren, durch steigende Versicherungsbeiträge, steigende Verkehrstarife, steigende Heizkosten und durch Zuzahlungen für Gesundheitsleistungen oft mehr als kompensiert. Das ist die Wahrheit!

(B)

(Beifall bei der PDS)

Hätten Sie beispielsweise das steuerfreie Existenzminimum rascher angehoben, wie wir das gefordert haben, und hätten Sie dafür den Spitzensteuersatz weniger stark gesenkt, dann hätten Sie der Volkswohlfahrt insgesamt mehr gedient.

(Beifall bei der PDS)

Wie soll den 20- bis 40-jährigen jungen Leuten, die schon länger arbeitslos sind und kaum Aussicht auf Ausübung einer existenzsichernden Arbeit haben, denn, wie es Herr Riester wünscht, die private Altersvorsorge schmackhaft gemacht werden? Das geht doch irgendwie nicht zusammen.

Unter den Bedingungen voranschreitender Globalisierung gebührt gerade auch den Kommunen eine Stärkung, damit die Menschen dort, wo sie wohnen, das Gefühl bekommen, geborgen zu sein und gebraucht zu werden.

(Beifall bei der PDS)

Wie geht das denn mit der Tatsache zusammen, dass die rot-grüne Steuerreform den **finanziellen Spielraum von Ländern und Kommunen** weiter einengt? 2001 werden die Länder 19 Milliarden DM weniger Steuern einnehmen. Diese Mindereinnahmen werden durch konjunkturbedingte Mehreinnahmen nicht wettgemacht. Die Länder werden darauf mit Kürzungen der Zuweisungen an die Gemeinden reagieren. Dadurch kommt es zu der absurden

Situation, dass sich der Bund zwar wegen gestiegener Investitionsausgaben auf die Schulter klopfen kann, die Länder und Kommunen aber kein Geld mehr haben, (C)

(Zuruf von der PDS: Unerhört!)

um Schulen, Kitas oder Altenheime zu sanieren.

(Beifall bei der PDS)

Diese Situation ist absurd.

Zu fragen bleibt auch, warum der Reformstau auf anderen Gebieten nicht zum Nachdenken anregt. Wann endlich wird die Schere zwischen Verteilung und Belastung von Einkommen und Vermögen ernsthaft thematisiert? Wir warten immer noch darauf, dass Sie Ihre Ankündigung, die Erbschaftsteuer zu novellieren, erfüllen. Auch unter Rot-Grün wächst leider die Kluft zwischen Arm und Reich. Mit der Teilhabe am Haben und Sagen, wie es der Kanzler gefordert hat – grundsätzlich kann man ihm da nur Recht geben –, sieht es leider bei vielen Menschen noch sehr mau aus.

Wann wird damit begonnen, den Berg an gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten, zum Beispiel im Bereich der **Kinder- und Jugendarbeit**, im Bereich humaner Dienstleistungen, die heute kaum entlohnt werden, durch entsprechende Finanzierungsmodelle schrittweise zu einer vollwertigen Erwerbsarbeit umzugestalten? In diesen Bereichen sind doch Verkrustungen entstanden, die aufgelöst werden müssen. Stattdessen macht Rot-Grün die Senkung der Nettokreditaufnahme sozusagen zu einem Glaubensbekenntnis. Wir wissen um die Schulden- und Zinslast, die auf die jungen Generationen zukommt. Aber auch ungelöste ökonomische, soziale und ökologische Probleme belasten künftige Generationen. (D)

(Glocke des Präsidenten)

– Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Mein Resümee der Arbeit im Haushaltsausschuss lautet: Es gab dort viel Schatten, aber auch viel, was mich gefreut hat. In guter Erinnerung habe ich die in der Regel straffe Debattenführung, ein in der Regel sachliches Klima und kollegiales Verhältnis und vor allem die Hilfsbereitschaft und die stete Umsicht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sekretariat des Haushaltsausschusses.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dafür bedanke ich mich sehr herzlich im Namen meiner Fraktion.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters: Ich gebe das Wort dem Kollegen Hans Jochen Henke für die CDU/CSU-Fraktion.

Hans Jochen Henke (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus den Ausführungen der Kollegin Hermenau und des Kollegen Poß hätte man den Eindruck gewinnen können, als ob wir es hier mit ei-

Hans Jochen Henke

- (A) nem Jahrhundertwerk zu tun haben, dessen Wirkung weit über diese Legislaturperiode hinausreicht. Tatsache ist, dass der uns vorliegende Haushaltsentwurf in einigen Bereichen durchaus solide ist und Ansätze zur Konsolidierung bietet. Das möchten wir gar nicht in Zweifel ziehen. Diese Ansätze und sehr viel mehr hätte in dieser Legislaturperiode auch eine christdemokratische Regierung erreichen können; denn die Rahmenbedingungen waren – ich darf das noch einmal unterstreichen – im Gegensatz zu dem, was hier ausgeführt wurde, so günstig wie nie. Kein Finanzminister hatte so traumhafte Ausgangsvoraussetzungen wie Minister Eichel.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe von der SPD)

Wenn ich Ihre Politik an den lauten und vollmundigen Ankündigungen und Versprechungen wie zum Beispiel, die Steuer- und Abgabenlast der Bürger zu senken und das Steuerrecht nachhaltig zu vereinfachen, messe, dann muss ich feststellen, dass hier wie in vielen anderen Bereichen Ankündigungen und Wirklichkeit weit auseinander klaffen.

Ihr jetzt vorgelegter Haushalt, Frau Kollegin Hermenau, ist nicht der erste, der unter rot-grüner Verantwortung zustande kommt, sondern es ist der dritte.

(Antje Hermenau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber der erste eigene! Das wissen Sie auch!)

- (B) Er müsste eigentlich den Höhepunkt in dieser Legislaturperiode markieren; denn auf den nächsten Haushalt fallen bereits die Schatten des Wahljahres 2002.

Wenn ich das, was Sie in Koalitionsvereinbarungen und vor der Wahl angekündigt haben, an der Wirklichkeit messe, dann muss ich in aller Bescheidenheit und Zurückhaltung darauf hinweisen, dass Sie jedenfalls eines mit Sicherheit nicht gemacht haben: Vereinfacht haben Sie an keiner Stelle irgendetwas; aber verkompliziert und verbürokratisiert haben Sie an vielen Stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Was Reformbereitschaft generell und Reformen im **Steuer- und Abgabenrecht** speziell anlangt, so ist durch das, was Sie Reformen nennen, eigentlich alles mit jedem Schritt komplizierter geworden. Eine so genannte Reform hat in vielen Fällen ihre eigene Reform quasi zwangsläufig nach sich gezogen.

Als ein Beispiel dafür, wie Sie im Zusammenhang mit diesem Thema mit der Wirtschaft umgegangen sind und umgehen, Herr Finanzminister Eichel, nenne ich nur noch einmal die AfA-Tabellen. 3,5 Milliarden DM wollten Sie gegenfinanzieren, 13 Milliarden DM waren es dann nach den Listen Ihres Hauses tatsächlich. Der BDI ist Ihnen allerdings rechtzeitig auf die Schliche gekommen. Das schafft kein Vertrauen im Umgang zwischen Politik und Wirtschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie gängeln die Leistungsträger weiter und die Bezieher kleinerer Einkommen werden mit dem, was Sie jetzt als Reformen vorgelegt haben und umsetzen werden, al-

lenfalls ein Nullsummenspiel erleben. Ihr Zahlenwerk, Herr Minister Eichel, ist auch bei konservativ veranschlagten Hochrechnungen, was die Entwicklung der Steuereinnahmen anlangt, für die nächsten Jahre bis 2004 zu optimistisch. Es wären mehr als 60 Milliarden DM zusätzlich zu veranschlagen. Wenn man die bereits zwischen 1997 und 2000 vereinnahmten zusätzlichen 60 Milliarden DM berücksichtigt, sind dies in der Summe sage und schreibe 120 Milliarden DM mehr.

(Siegfried Hornung [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Der Staat kassiert weiter und weiter. Am Ende Ihres Finanzplanungszeitraumes werden die jährlichen Abgaben- und Steuerbelastungen in diesem Land für die Bürger bei rund 1 Billion DM angelangt sein.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Die **Steuer- und Abgabenlast** werden Sie nach Ihrer eigenen mittelfristigen Finanzplanung konstant bei einer Quote von über 54 Prozent stabilisieren. Da frage ich mich: Wo sind die Reformen,

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Ja!)

wo sind die Entlastungen, wo sind die Absenkungen bei Steuern und Abgaben für die Bürger und die Wirtschaft?

(Beifall bei der CDU/CSU)

Unser Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz hatte sehr Recht, als er vor wenigen Tagen hier in diesem Hause feststellte: Mit Ihnen und Ihrer Politik werden in den nächsten Jahren die Menschen leider ärmer.

(D)

Auf der anderen Seite waren die Ausgaben des Bundes noch nie so hoch wie in diesem Jahr; sie erreichen historisch einmalige Größenordnungen in der Geschichte der Bundesrepublik. Nächstes Jahr gibt es eine marginale Veränderung nach unten, die eigentlich nicht ins Gewicht fällt, und dieses, obwohl Privatisierungen bei der Treuhand mit einer Art Nebenhaushalt abgewiegelt werden und obwohl Sie Kosten in Höhe von 10 Milliarden DM vom Haushalt auf die Sozialversicherung schieben.

Jawohl, der neu gewählte BDI-Präsident Rogowski, ein wirklich unabhängiger wie besonnener und obendrein noch schwäbischer Kopf,

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der F.D.P.)

hat Recht, wenn er in dieser Woche forderte: Geben Sie uns unsere Freiheit wieder!

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe von der SPD: Oh!)

Aber was tun Sie stattdessen? Sie werden in wenigen Wochen die **Ökosteuer** erneut anheben und Sie werden dies in den nächsten Jahren konsequent fortsetzen; Sie werden dank steigender Inflation und dank kalter Progression weiter abkassieren, anstatt über einen offenen Arbeitsmarkt, ein modernisiertes Sozialsystem und eine zukunftsfähige Gesundheitspolitik notwendige und nachhaltige Impulse zu setzen und den Haushalt für die Zukunft zu entlasten.

Hans Jochen Henke

- (A) Nachhaltige Reformen kommen nicht voran. Oswald Metzger hat einmal mehr treffend seine Sorge ausgedrückt, dass aus Angst vor dem nächsten Bundestagswahlkampf die notwendigen Schritte unterbleiben könnten. Recht hat der Mann! Mehr Mut, meine Damen und Herren!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wie wollen Sie denn die Europäische Union sozusagen vom deutschen Bremsklotz befreien? Sollten wir nicht endlich dafür sorgen, dass wir die rote Laterne beim Wirtschaftswachstum in der Gemeinschaft abgeben können?

Für mehr Stabilität und Vertrauen will sich die Bundesregierung nun überraschenderweise mit einer völlig neuen Initiative einsetzen, nämlich mit der von ihr initiierten **Stiftung „Geld und Währung“**, die aus dem Milliardenlös einer D-Mark-Goldmünze finanziert werden soll. Ich denke, mit einer D-Mark als Goldmünze kann man zwar sicherlich die Erinnerung an unsere stabile Mark wach halten;

(Beifall bei der CDU/CSU)

aber man muss feststellen, dass Vertrauen in den Euro und Vertrauen in eine stabile Politik nicht durch eine Stiftung, sondern nur durch eine vertrauensstiftende Politik geschaffen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Günter Rexrodt [F.D.P.])

- (B) Lieber Kollege Poß, ich streite mit Ihnen nicht darüber, in welchem Jahr größere Privatisierungserlöse vereinbart worden sind. Tatsache ist: Sie haben bis auf den heutigen Tag überhaupt kein neues Projekt auf den Weg gebracht. Ich stelle im Zusammenhang mit dem Verkauf der Eisenbahnerwohnungen nur fest: Solange wir regiert haben, waren die japanischen Geschäftspartner für Sie schlechte Japaner. Nun verkaufen Sie die Eisenbahnerwohnungen und plötzlich sind sie für Sie gute Japaner geworden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Rot-Grün bleibt trotz aller medienorientierten Ankündigungen und Denksätze einer überkommenden, dirigistischen, konservativen und ideologischen Politik mit den entsprechenden Instrumenten nachhaltig verhaftet. Wie fragte vor wenigen Tagen der es wirklich gut meinende und kooperationswillige Arbeitgeberpräsident Hundt: „Haben die Juristen des Arbeitsministeriums eigentlich noch alle Tassen im Schrank?“

Statt mutiger, innovations-, investitions- und zukunfts-fähiger Reformschritte bescheren Sie uns eine Regulierungsliste, –

Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters: Herr Kollege Henke, bitte kommen Sie zum Schluss.

Hans Jochen Henke (CDU/CSU): – die vom Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit über das Zwangspfand für Einwegflaschen und Mietrecht bis zur Gleichberechtigungsbürokratie in den Betrieben reicht.

Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters: Herr Kollege, ich muss Sie jetzt nachdrücklich bitten, zum Schluss zu kommen. (C)

Hans Jochen Henke (CDU/CSU): Jawohl. – Machen Sie jetzt endlich ernst! Wenn man Ihren Haushalt und Ihre mittelfristige Finanzplanung betrachtet, dann muss man sagen, dass es dafür wahrscheinlich leider schon zu spät ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters: Ich gebe nunmehr das Wort dem Bundesfinanzminister, Hans Eichel.

Hans Eichel, Bundesminister der Finanzen (von der SPD sowie von Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zum Schluss dieser Debatte noch ein paar Bemerkungen aus der Sicht der Bundesregierung machen.

Dieser Haushalt ist durch eine nachhaltige Konsolidierung charakterisiert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben die niedrigste Neuverschuldung seit 1992.

(Beifall bei der SPD – Siegfried Hornung [CDU/CSU]: Durch ein Geschenk!) (D)

– Das ist wirklich Unsinn; das wissen Sie genau. Ich komme gleich noch darauf zurück.

Angesichts Ihrer Legendenbildung habe ich mir noch einmal die maßgeblichen Zahlen angesehen. Herr Rexrodt, so sehr ich mich freue, dass Sie den Konsolidierungskurs anerkennen und dass darüber grundsätzliches Einvernehmen besteht, so deutlich muss ich doch sagen, dass Ihre Analyse, wir würden auf der Ausgabenseite nicht konsolidieren, falsch ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es bleibt festzuhalten – auch Sie wissen das –: Diese Argumentation entspricht nicht Ihrem Niveau. Man muss vielmehr feststellen:

Erstens. Sie haben die Auszahlung des **Kindergeldes** im Jahre 1995 umgestellt.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Ach herrje!)

Ab diesem Jahr erscheint das Kindergeld nicht mehr auf der Ausgabenseite, sondern schlägt als Einnahmeminde- rung zu Buche. Es wäre sehr aufschlussreich, wenn man Ihre Haushaltsdaten um diesen Tatbestand bereinigen würde.

Zweitens. Sie haben bis 1998 die Ausgaben für die **Postunterstützungskassen** gar nicht im Haushalt veranschlagt,

(Antje Hermenau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Bundesminister Hans Eichel

- (A) sondern Sie haben sich die Ausgaben vorfinanzieren lassen; sonst hätten Sie keinen verfassungsgemäßen Haushalt 1998 vorlegen können.

(Beifall bei der SPD)

Auch um diesen Tatbestand müssten wir Ihre Haushaltsdaten bereinigen.

Wir müssen in diesem Zusammenhang auch über die Mehrwertsteuer reden, die wir mit Ihnen gemeinsam um 1 Prozentpunkt angehoben haben – das führte zu Mehreinnahmen von 16 Milliarden DM –, um zu verhindern, dass der Rentenversicherungsbeitrag von 20,3 auf 21,3 Prozent stieg. Mit den Einnahmen aufgrund der Ökosteuer in Höhe von 17 Milliarden DM haben wir den Rentenversicherungsbeitrag um 1 Prozentpunkt gesenkt. Der heutige Rentenversicherungsbeitrag beruht also auf zwei Maßnahmen: Die erste Maßnahme mit einem Volumen von 16 Milliarden DM verantworten Sie und die zweite Maßnahme mit einem Volumen von 17 Milliarden DM verantworten wir.

Ich sage Ihnen, was passiert wäre, wenn wir diese durchlaufenden Posten eliminiert und wenn wir unsere 17 Milliarden DM herausgenommen hätten. Sie hatten im Ausgangsjahr 1995 Ausgaben in Höhe von 444 Milliarden DM. Diese Ausgaben liegen heute – um diese Position bereinigt – bei 421 Milliarden DM. Das ist das Ergebnis unseres Konsolidierungskurses.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

- (B) Auch sie haben die Ausgaben übrigens nicht erhöht. Das will ich fairerweise sagen. Von 1995 bis 1998 herrschte – bei einigen Verschiebungen – praktisch Gleichstand. Seitdem gehen die Ausgaben zurück. – Das war die erste Feststellung.

Die zweite Feststellung. Wir haben in diesem Haushalt die niedrigste Neuverschuldung, die niedrigste Nettokreditaufnahme, die es seit 1992 gegeben hat. Sie beträgt jetzt 43,7 Milliarden DM. Aber das ist noch nicht einmal die ganze Wahrheit. Gleichzeitig haben wir die **Privatisierungserlöse** massiv heruntergefahren. 1998 hatten Sie bei einer Nettokreditaufnahme von 56 Milliarden DM noch fast 20 Milliarden DM Privatisierungserlöse, und das nur für den Haushalt; die Postunterstützungskassen waren überhaupt nicht finanziert.

Wenn ich die Postunterstützungskassen einmal herausnehme, haben wir im nächsten Jahr nur noch 7 Milliarden DM Privatisierungserlöse, und das bei einer Nettokreditaufnahme von 43 Milliarden DM. Das ist ein Konsolidierungserfolg: eine Reduzierung der Neuverschuldung von 76 Milliarden DM auf 50 Milliarden DM. Das ist ein Konsolidierungserfolg von 26 Milliarden DM auf der Passivseite in diesen zwei Jahren. Das ist der Erfolg unserer Haushaltspolitik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Dafür bin ich den Haushältern beider Koalitionsfraktionen sehr dankbar, insbesondere Hans Georg Wagner und Oswald Metzger, die das federführend gemacht ha-

ben: Wir haben die gesamten konjunkturbedingten Steuermehreinnahmen des nächsten Jahres in Höhe von 3,9 Milliarden DM nicht für zusätzliche Ausgaben eingesetzt, sondern zum Ausgleich für die gesunkenen Privatisierungserlöse und zur Minderung der Nettokreditaufnahme. Wir haben uns die Ermächtigung dafür geben lassen – das ist eine grundsätzlich andere Politik, als Sie sie bis 1998 gemacht haben – Privatisierungserlöse nicht mehr für den laufenden Haushalt, sondern nur noch für Postunterstützungskassen und für den Abbau der Altschulden einzusetzen. Nur so kann man das vernünftigerweise machen. (C)

Ein weiterer Punkt. Sie von der CDU/CSU und insbesondere Ihr Oppositionsführer haben Ihre Reden auf lauter falschen Thesen aufgebaut – Herr Henke hat sie vorhin noch einmal wiederholt. Insofern bin ich dankbar, dass es in der Opposition ein sehr differenziertes Bild gab und die F.D.P. und auch die PDS unseren Haushalt zumindest in Teilen wesentlich differenzierter betrachtet haben. Ihr Oppositionsführer hat – sie werden so nicht erfolgreich sein – zum Beispiel die These geäußert, wir hätten die höchsten Ausgaben, die es jemals gegeben habe. Herr Henke hat es gerade wiederholt. Das alles ist schlichtweg falsch.

Wir senken die Steuern in einem nie da gewesenen Ausmaß. Das will ich jetzt auch genauer darstellen. In einem Punkte stimme ich Ihnen ausdrücklich zu

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Wie hoch sind denn die Ausgaben? Die Steuerquote steigt und die Ausgaben steigen!)

– ich komme gleich darauf; Sie werden sich wundern –: Herr Kollege Stoltenberg hat in den 80er-Jahren eine gute **Nettoentlastung** betrieben. Sie entsprach im Umfang fast der unseren. Sie lag nämlich bei rund 2,5 Prozent des Bruttoinlandproduktes, wenn ich das Ausgangsjahr 1986 nehme und auf die Jahre bis 1990 verteile. Bei uns sind das etwas mehr als 2,5 Prozent und die Entlastungen erfolgen auch in vier Jahren, und zwar von 2001 bis 2005. (D)

Herr Kollege Henke, Sie sprachen von einer **Abgabenquote** von 54 Prozent. Wo Sie diese Zahl hernehmen, weiß ich nicht.

(Hans Jochen Henke [CDU/CSU]: Vom Bund der Steuerzahler!)

– Ich rate Ihnen, sich nicht der Zahlen einer Ihrer Vorfeldorganisationen zu bedienen, sondern der Zahlen aus international unverdächtigen Quellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich zitiere die OECD. Sie weist für 1999 für Deutschland eine Steuer- und Sozialabgabenquote von 37,7 Prozent aus. Das ist im internationalen Vergleich ein mittlerer Satz.

(Beifall bei der SPD – Adolf Roth [Gießen] [CDU/CSU]: Behaupten Sie etwa, die Zahl ist richtig? – Hans Jochen Henke [CDU/CSU]: Wo sind die Lohnnebenkosten?)

Herr Rauen hat die Behauptung aufgestellt, die kalte Progression würde das alles wieder auffressen und bei

Bundesminister Hans Eichel

- (A) 2,5 Prozent jährlicher Lohn- und Gehaltssteigerung wäre im Jahre 2005 ein höherer Anteil des Einkommens zu versteuern als im Jahre 1998. Ich habe Berechnungen anstellen lassen – wir können auch andere Beispiele nehmen –: Ein Arbeitnehmer, verheiratet und zwei Kinder, mit einem Bruttoeinkommen von 60 000 DM im Jahre 1998 – hatte zu Ihrer Regierungszeit eine Lohnsteuer in Höhe von 6 290 DM bzw. 10,05 Prozent seines Einkommens zu zahlen. Derselbe Arbeitnehmer hätte bei einer jährlichen Steigerung seines Einkommens um jeweils 2,5 Prozent im Jahre 2005 einen Bruttoverdienst von 71 321 DM und würde eine Lohnsteuer von 6 540 DM zahlen. Das heißt: Er hätte netto 10 500 DM mehr und sein Lohnsteueranteil würde von 10,48 Prozent auf 9,17 Prozent seines Einkommens sinken. Das ist die Wirklichkeit und damit ist wieder eine Ihrer Lügen – ich kann es nicht anders bezeichnen – widerlegt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich unterstelle Herrn Kollegen Rauen, den ich menschlich sehr schätze, dass er rechnen kann. Wenn er das kann – und davon bin ich überzeugt –, darf er solche Märchen nicht erzählen. Er kann solche Beispiele selber nachrechnen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Wir senken nicht nur die Steuern und Abgaben, sondern verbessern nachhaltig – auch ohne UMTS-Erlöse – die **Ausgabenstruktur** unseres Haushalts. Anders als Sie es eben dargestellt haben, legen wir einen Haushalt vor, der eine Erhöhung des Kindergeldes um 50 DM – wir haben das Kindergeld bereits in zwei Stufen erhöht –, der zum 1. Januar 2001 eine starke Erhöhung des Wohngelds in den westdeutschen Ländern und eine Angleichung in den ostdeutschen Ländern, für die das Wohngeld sonst ausgelaufen wäre, sowie eine ordentliche Erhöhung des Erziehungsgeldes und einen Wiedereinstieg in die Erhöhung des BAföG vorsieht. – Das sind vier soziale Leistungselemente, die in diesem Konsolidierungshaushalt enthalten sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Adolf Roth [Gießen] [CDU/CSU]: Wo ist der Umbau?)

Dies ist ein Haushalt, der den Bereich **Forschung und Bildung** verstärkt. Dieser Haushalt beinhaltet – und zwar mit UMTS-Erlösen; ohne diese wäre es weniger – eine deutliche Steigerung des Forschungs- und Bildungsetats. Der letzte Etat, den Sie zu verantworten hatten – man muss das selbstverständlich unter dem Gesichtspunkt veränderter Aufteilungen differenziert betrachten –, sah für diesen Bereich einen Ansatz in Höhe von 14,2 Milliarden DM vor. Unser Haushalt weist einen Bildungs- und Forschungsetat von 15,97 Milliarden DM auf, also 1,77 Milliarden mehr. Allein für den Zeitraum von 2000 auf 2001 sehen wir eine Steigerung um 9,5 Prozent vor.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Was stand denn im Regierungsentwurf?)

Im Vergleich zu Ihrem Haushalt ist das noch nicht einmal die ganze Wahrheit. Da wir das BAföG anders finan-

zieren, muss der Darlehensanteil am BAföG, der nicht über den Haushalt finanziert wird, hinzugezählt werden. Damit kommen wir bereits für das Jahr 2001 auf einen Ansatz, der um 77 Millionen DM höher liegt. Die für den Bereich Forschung aufgewendeten Mittel werden auf insgesamt 16,7 Milliarden DM erhöht. Sie haben so etwas noch nicht einmal im Traum zustande bekommen; wir schaffen das sogar bei einem Haushalt mit sinkenden Ausgaben. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die UMTS-Versteigerung hat uns die Gelegenheit gegeben, etwas zu tun – das will ich ausdrücklich einräumen –, was wir sowieso tun wollten, aber sonst erst nach dem Jahre 2006 hätten tun können. Es ist wahr: Einen Haushalt zu konsolidieren ist eine harte Anstrengung und wer jahrzehntelang Schulden aufbaut, wird auch Jahrzehnte arbeiten müssen, um sie wieder abzubauen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist so und deswegen müssen wir konsequent auf unserer Linie bleiben und dürfen nicht der Versuchung erliegen, Ihren Anträgen auf Mehrausgaben zuzustimmen.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Weniger Neuverschuldung!)

Würden wir das tun, ginge es genauso weiter wie bei Ihnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D) Nun kommt die Frage: Was bedeutet das für die weitere wirtschaftliche Entwicklung? Auch diese Frage ist ganz einfach zu beantworten: Wir haben bereits vorgetragen, wie sich das **Bruttoinlandsprodukt** entwickelt. Wir sind in einer Situation, wie Sie sie in den Jahren seit 1991 nicht gehabt haben. Schon der erste Satz zum Thema wirtschaftliches Wachstum in der Rede des Kollegen Merz am Mittwoch war wieder völlig falsch. Er hat gesagt, wir hätten jetzt das gleiche Wachstum, wie im letzten Jahr Ihrer Koalition.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Richtig!)

Lieber Herr Merz, wenn Sie mit einem solchen Satz anfangen, taugt die ganze Rede nichts.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie hatten im letzten Jahr Ihrer Regierungszeit ein Wachstum von 2,3 Prozent. In diesem Jahr haben wir auf jeden Fall ein **Wachstum** von 3 Prozent. Die Differenz von 0,7 Prozent bedeutet ungefähr 27 Milliarden DM mehr. Wenn das Ihre Schätzdifferenzen sind, wundert mich in Ihrer Haushaltsführung gar nichts mehr.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was die Entwicklung Deutschlands im internationalen Vergleich angeht, kommt die OECD zu dem Ergebnis, dass Deutschland im Übergang zum Jahr 2001 – das haben Sie auch bei Ifo gelesen – mindestens im Schnitt der Europäischen Union liegt, während wir sonst darunter

Bundesminister Hans Eichel

- (A) waren. Voraussichtlich werden wir im nächsten Jahr mit den großen Ländern gleichziehen. Das ist aber eine Prognose. Wir werden es noch sehen. Die Daten haben sich aber weitgehend angenähert. Es spricht alles dafür, dass wir im nächsten Jahr vorne sind.

Es ist besonders interessant, wie in Ihrer Regierungszeit Deutschland von ausländischem Kapital gemieden wurde. Das ist für dieses Land schlecht. Ich will Ihnen die einzelnen Zahlen nicht vorlesen. Im Jahr 1999 ist der Zufluss von Auslandskapital nach Deutschland dramatisch gestiegen. Im Übrigen, ist es nicht immer schlecht, wenn Kapital woanders hingehet. Dabei passiert Folgendes: Unsere Wirtschaft verflechtet sich mit der europäischen Wirtschaft und die europäische Wirtschaft verflechtet sich mit der amerikanischen Wirtschaft. Manchmal gibt es auch einseitige Ausschläge, zum Beispiel bei Vodafone Airtouch/Mannesmann. Daimler-Chrysler ist ein Fall in die andere Richtung. Alles in allem ist das eine dramatische Änderung der Kapitalflussbilanz. Dies ist bei den Menschen auch angekommen.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Denken Sie auch hieran!)

– Ja, daran denke ich, weil das der Sinn der Sache ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sage ich zum Schluss, meine Damen und Herren: Es geht schlichtweg um den Menschen. Von 1994 – ich befürchte, dass es früher losging; aber aus dem Jahre 1994 stammen die ersten Zahlen, die mir vorliegen – bis zum Jahr 1998 ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger um 590 000 gestiegen. Im ersten Jahr unserer Regierungszeit vollzog sich eine Trendwende. Zum ersten Mal seit vielen Jahren sank die Zahl der **Sozialhilfeempfänger** in Deutschland und zwar um 80 000.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Zahl der Erwerbstätigen steigt. Sie versuchen die ganze Zeit die Legende aufzubauen, dass die Arbeitslosigkeit nur deswegen zurückgeht, weil mehr Leute aus Altersgründen aus dem Erwerbsleben ausscheiden als eintreten. Dies ist am einfachsten dadurch zu widerlegen, dass wir zählen, wie viel Beschäftigte es in jedem Jahr gab; dann brauchen wir über diese Frage nicht mehr zu streiten, dann ist sie beantwortet. Das ersieht man aus der Statistik, die die Bundesanstalt für Arbeit veröffentlicht hat. Herr Jagoda hat, bevor er Präsident der Bundesanstalt für Arbeit wurde, der Fraktion der CDU/CSU angehört. Die um 630 000 bereinigte Zahl bezieht sich auf Ihre Regierungszeit.

(Lachen bei der CDU/CSU)

– Ja, es ist doch ganz einfach. Es ergibt sich Folgendes. Sie haben in der Zeit von 1991 bis 1998 – das lese ich Ihnen jetzt vor – Folgendes zu verzeichnen: Im Jahre 1992 ging die **Zahl der Beschäftigten** um 580 000 zurück. Von 1992 auf 1993 ging die Zahl der Beschäftigten um 510 000 zurück. Von 1993 auf 1994 ging die Zahl der Beschäftigten um 65 000 zurück. Von 1994 auf 1995 stieg die Zahl der Beschäftigten um 80 000.

Von 1995 auf 1996 ging die Zahl der Beschäftigten um 108 000 zurück. Von 1996 auf 1997 betrug der Rückgang 80 000. 1998 nahm die Zahl der Beschäftigten um 340 000 und 1999 um 407 000 zu. Nach der Projektion

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Noch mal Projektion!)

– ja – beträgt der Zuwachs der Zahl der Beschäftigten im Jahr 2000 etwa 500 000.

Das heißt, von den Jahren der Wiedervereinigung an bis zum Ende Ihrer Regierungszeit ist die Zahl der Beschäftigten in Deutschland um fast 1 Million zurückgegangen; konkret waren es 920 000 Beschäftigte weniger. Diesen Rückstand werden wir bereits Ende dieses Jahres voll aufgeholt haben, weil wir 900 000 Beschäftigte mehr als zu Beginn unserer Regierungszeit haben werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Damit haben wir dann in nur zwei Jahren einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung bzw. einer Koalition aus Sozialdemokraten und Grünen den Abbau von Beschäftigung, den Sie für die Jahre seit der Wiedervereinigung zu verantworten haben, bereits aufgeholt.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Alles Minijobber!)

Auf diese Leistung bin ich stolz. Wir sind auf dem richtigen Wege.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich halte fest, dass wir gemeinsam mit den Menschen in diesem Lande eine außerordentlich erfolgreiche Politik betreiben.

(V o r s i t z: Präsident Wolfgang Thierse)

Sie selbst würden diese Politik gerne machen; deswegen sind Ihre Angriffe so fade. Ich fordere Sie auf: Stimmen Sie diesem Haushalt in dritter Lesung zu!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile dem Kollegen Bernd Protzner, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

Dr. Bernd Protzner (CDU/CSU): (von Abgeordneten der CDU/CSU mit Beifall begrüßt) Herr Präsident! Liebe Kollegen! Manchmal sagt die Körpersprache eines Redners mehr als seine Worte.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Bundesfinanzminister Eichel, als Sie dem Kollegen Henke geantwortet haben, haben Sie ständig gestikuliert und etwa Folgendes gesagt: Diejenigen Ausgaben, die hier sind, die stehen eigentlich da und die, die dort stehen, die gehören eigentlich hierhin.

Dem muss ich entgegenen: Gott sei Dank gibt es die Kameralistik in Deutschland, mit der Sie den Haushalt und die mögliche Größe des Haushaltes verschleiern können.

Dr. Bernd Protzner

- (A) Ihr Haushalt ist wesentlich größer, als Sie mit den 480 Milliarden DM ausweisen. Dieser Haushalt enthält **Verpflichtungsermächtigungen** und **Sondervermerke**. Sie haben Ansätze – Arbeitslosenversicherung, Fremdfinanzierung – in andere Haushalte abgeschoben. Sie haben darüber hinaus viele gesetzliche Maßnahmen schlicht und einfach anderen, beispielsweise den **Energieversorgungsunternehmen**, übertragen, die beim Verbraucher direkt abkassieren, ohne dass das im Bundeshaushalt erscheint.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Wenn man dies alles addiert, dann kommt man auf über 500 Milliarden DM, manche behaupten 540 Milliarden DM. Vor diesem Hintergrund haben Sie keinen Spar-, sondern einen Rekordhaushalt vorgelegt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich komme auf die Schuldensituation zu sprechen. Herr Eichel, die Neuverschuldung liegt bei 43 Milliarden DM. Addiert man die **Neuverschuldung** der Jahre von 1998 bis 2003 – der Kollege Austermann hat darauf hingewiesen –, dann kommt man auf 230 Milliarden DM. Obwohl Sie 100 Milliarden DM mehr einnehmen, verschulden Sie die Bundesrepublik trotzdem weiter.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie erzählen ein Märchen, wenn Sie behaupten, Sie würden Schulden abbauen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf von der SPD:
Sie haben keine Ahnung vom Haushalt!)

- (B) Bezogen auf den Fraktionsvorsitzenden Merz haben Sie gesagt: Die Bürger werden nicht ärmer. Dem muss ich entgegenen: Ich habe ein geheimes Dossier zugespielt bekommen,

(Heiterkeit bei der SPD – Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Pfui!)

aus dem ich zitieren darf: Im Jahr 1998 hat der Durchschnittsarbeitnehmer über 9 000 DM Steuern gezahlt. Nach der größten Steuerreform aller Zeiten – Herr Eichel hat vorhin von Steuerenkungen wie nie zuvor gesprochen – zahlt der Durchschnittsarbeitnehmer im Jahr 2005 über 10 000 DM Steuern. Das Dossier – ich darf jetzt auch einmal etwas vorzeigen – hat den Absender „Bundesministerium für Finanzen“ und heißt „Datensammlung zur Steuerpolitik“.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Herr Eichel, Sie sollten mehr das kontrollieren, was Sie unter die Leute bringen. Darin steht mehr Wahrheit als das, was Sie hier im Haus vortragen.

(Beifall bei der PDS)

Eine letzte Bemerkung. – –

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Hans Georg Wagner [SPD]: Bravo!)

– Die müssen Sie sich schon noch anhören. Sie ist auch nicht angenehm für Sie. Ich freue mich über jedes Prozent

Wirtschaftswachstum. Schauen Sie sich die Quartalszahlen in diesem Jahr an: im ersten Quartal 3,6 Prozent, im zweiten Quartal 3,3 Prozent, im dritten Quartal 2,8 Prozent – – (C)

(Antje Hermenau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben schon genug geredet! Sie erzählen nur Mist!)

– Ja, Frau Hermenau, nicht die Planzahlen im Bundeshaushalt sind interessant, sondern die wirklichen Zahlen. Sie kennen doch Planzahlen aus Ihrer Lebensgeschichte und wissen, wie sehr die lügen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Das ist eine feine Tendenz. Wenn ich die amerikanischen Zahlen mit 5,3 Prozent Wachstum oder die anderer europäischer Länder mit 8 Prozent Wachstum sehe, finde ich, dass wir dagegen ärmlich aussehen. Zugleich bricht seit fünf Monaten das Geschäftsklima ein. Das ist auch nicht verwunderlich; denn Sie machen die Leute mit Ihrer Politik ärmer. Was Sie ihnen vielleicht übergangsweise, Herr Poß, bei direkten Steuern lassen, das nehmen Sie ihnen bei indirekten Steuern – Ökosteuer, Umsatzsteuer – wieder weg.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie Abgeordneten der F.D.P. – Joachim Poß [SPD]: Sie beweisen mit jedem Satz, warum Sie als Generalsekretär gescheitert sind!)

Das alles fördert aber nicht die Konjunktur, sondern macht die Konjunktur kaputt. Unser Ziel, Herr Poß, ist nicht Wohlstand für Großunternehmen, auch nicht Wohlstand für den Staat, sondern unser Ziel ist Wohlstand für alle, wie es Ludwig Erhard beschrieben hat. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Das ist soziale Marktwirtschaft. Die Bürger sind nicht für den Staat da, sondern der Staat hat für die Bürger da zu sein. Hier müssen Sie noch mehr tun. Deshalb lehnen wir Ihren Bundeshaushalt ab.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Antje Hermenau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zurück nach Bayern!)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Schlussabstimmung über das Haushaltsgesetz 2001, Drucksachen 14/4000, 14/4302, 14/4501 bis 14/4523. Die Koalitionsfraktionen verlangen namentliche Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. Die Schriftführerinnen und Schriftführer, die nicht eingeteilt sind, mögen bitte zum Auszählungstisch kommen. – Sind alle Urnen besetzt? – Das ist der Fall.

Ich eröffne die Abstimmung. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will ausdrücklich darauf hinweisen, dass es anschließend zwei weitere namentliche Abstimmungen gibt.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Ich höre, dass an der Urne

Präsident Wolfgang Thierse

- (A) Nr. 6 ein Missverständnis entstanden ist. Wir können dies nur dadurch reparieren, dass diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die einem Irrtum unterlegen sind, hier vorne beim Präsidenten erklären, wie sie abstimmen wollten. Anderenfalls müssten wir die ganze Abstimmung wiederholen. Ich bitte namentlich zu Protokoll zu geben, in welcher Weise Sie abstimmen wollten. – Der Fall ist aufgeklärt.

Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.

Wir setzen jetzt die Abstimmungen fort. Wir kommen zur Abstimmung über die Entschließungsanträge.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/4748. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU/CSU bei Stimmenthaltung der F.D.P. und der PDS abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/4749. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der F.D.P. gegen die Stimmen von CDU/CSU und PDS abgelehnt worden.

- (B) Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/4750. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU/CSU, F.D.P. und PDS abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/4751. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS gegen die Stimmen von CDU/CSU und F.D.P. abgelehnt worden.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/4752. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von

CDU/CSU und PDS bei Stimmenthaltung der F.D.P. abgelehnt worden. (C)

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/4762. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS gegen die Stimmen von CDU/CSU und F.D.P. abgelehnt worden.

Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/4712. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die sonstigen Stimmen des Hauses abgelehnt worden.

Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/4713. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen des Hauses gegen die Stimmen der F.D.P. abgelehnt worden.

Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/4779. Die Fraktion der F.D.P. verlangt namentliche Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Sind alle Urnen besetzt? – Das ist der Fall.

Ich eröffne die Abstimmung.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.¹⁾ (D)

Bevor wir zur nächsten Abstimmung kommen, möchte ich Ihnen das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über den Bundeshaushaltsplan für das Jahr 2001 mitteilen. Ich nutze diese Gelegenheit, um Ihnen einen ganz zarten Hinweis zu geben, der auch mir gerade erst gemacht wurde. Dies ist der **letzte Haushalt in DM**. Wen ein Gefühl der Wehmut beschleichen will, dem sei es erlaubt.

Ich komme zum Ergebnis. Abgegebene Stimmen 557. Mit Ja haben gestimmt 322, mit Nein haben gestimmt 235, Enthaltungen keine. Der Gesetzentwurf ist damit angenommen.

¹⁾ Seite 13510 C

Endgültiges Ergebnis
Abgegebene Stimmen: 550;
davon
ja: 315
nein: 235

Ja**SPD**

Brigitte Adler

Gerd Andres
Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Ernst Bahr
Doris Barnett
Dr. Hans Peter Bartels
Eckhardt Barthel (Berlin)
Klaus Barthel (Starnberg)
Ingrid Becker-Inglau
Wolfgang Behrendt
Dr. Axel Berg
Hans-Werner Bertl

Friedhelm Julius Beucher
Petra Bierwirth
Rudolf Bindig
Lothar Binding (Heidelberg)
Kurt Bodewig
Klaus Brandner
Anni Brandt-Elsweiler
Willi Brase
Dr. Eberhard Brecht
Rainer Brinkmann (Detmold)
Bernhard Brinkmann
(Hildesheim)

Hans-Günter Bruckmann
Edelgard Bulmahn
Dr. Michael Bürsch
Hans Büttner (Ingolstadt)
Marion Caspers-Merk
Wolf-Michael Catenhusen
Dr. Peter Danckert
Dr. Herta Däubler-Gmelin
Christel Deichmann
Karl Diller
Peter Dreßen
Dieter Dzewas

- | | | | | | |
|-----|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| (A) | <p>Dr. Peter Eckardt
 Sebastian Edathy
 Ludwig Eich
 Marga Elser
 Peter Enders
 Gernot Erler
 Petra Ernstberger
 Annette Faße
 Lothar Fischer (Homburg)
 Gabriele Fograscher
 Iris Follak
 Norbert Formanski
 Rainer Fornahl
 Hans Forster
 Dagmar Freitag
 Peter Friedrich (Altenburg)
 Lilo Friedrich (Mettmann)
 Harald Friese
 Anke Fuchs (Köln)
 Arne Fuhrmann
 Monika Ganseforth
 Konrad Gilges
 Iris Gleicke
 Günter Gloser
 Uwe Göllner
 Renate Gradistanac
 Günter Graf (Friesoythe)
 Angelika Graf (Rosenheim)
 Dieter Grasedieck
 Kerstin Griese
 Achim Großmann
 Wolfgang Grotthaus
 Hans-Joachim Hacker
 Klaus Hagemann
 Manfred Hampel</p> | <p>Hans-Peter Kemper
 Klaus Kirschner
 Siegrun Klemmer
 Hans-Ulrich Klose
 Fritz Rudolf Körper
 Karin Kortmann
 Anette Kramme
 Nicolette Kressl
 Volker Kröning
 Angelika Krüger-Leißner
 Horst Kubatschka
 Ernst Küchler
 Helga Kühn-Mengel
 Ute Kumpf
 Konrad Kunick
 Dr. Uwe Küster
 Werner Labsch
 Christine Lambrecht
 Brigitte Lange
 Christian Lange (Backnang)
 Detlev von Larcher
 Christine Lehder
 Robert Leidinger
 Klaus Lennartz
 Dr. Elke Leonhard
 Eckhart Lewering
 Götz-Peter Lohmann
 (Neubrandenburg)
 Christa Lörcher
 Erika Lotz
 Dr. Christine Lucyga
 Dieter Maaß (Herne)
 Winfried Mante
 Dirk Manzewski
 Tobias Marhold
 Lothar Mark
 Ulrike Mascher
 Christoph Matschie
 Heide Mattischeck
 Markus Meckel
 Ulrike Mehl
 Ulrike Merten
 Angelika Mertens
 Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
 Ursula Mogg
 Christoph Moosbauer
 Siegmund Mosdorf
 Michael Müller (Düsseldorf)
 Jutta Müller (Völklingen)
 Christian Müller (Zittau)
 Franz Müntefering
 Andrea Nahles
 Volker Neumann (Bramsche)
 Gerhard Neumann (Gotha)
 Dr. Edith Niehuis
 Dr. Rolf Niese
 Dietmar Nietan
 Günter Oesinghaus
 Eckhard Ohl
 Leyla Onur
 Manfred Opel
 Holger Ortel
 Adolf Ostertag
 Kurt Palis
 Albrecht Papenroth
 Dr. Martin Pfaff
 Georg Pfannenstien
 Johannes Pflug
 Joachim Poß</p> | <p>Karin Rehbock-Zureich
 Dr. Carola Reimann
 Margot von Renesse
 Renate Rennebach
 Bernd Reuter
 Dr. Edelbert Richter
 Reinhold Robbe
 Gudrun Roos
 René Rösper
 Dr. Ernst Dieter Rossmann
 Michael Roth (Heringen)
 Birgit Roth (Speyer)
 Gerhard Rübenkönig
 Marlene Rupprecht
 Thomas Sauer
 Dr. Hansjörg Schäfer
 Gudrun Schaich-Walch
 Rudolf Scharping
 Bernd Scheelen
 Dr. Hermann Scheer
 Siegfried Scheffler
 Horst Schild
 Dieter Schloten
 Horst Schmidbauer
 (Nürnberg)
 Ulla Schmidt (Aachen)
 Silvia Schmidt (Eisleben)
 Dagmar Schmidt (Meschede)
 Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
 Regina Schmidt-Zadel
 Heinz Schmitt (Berg)
 Carsten Schneider
 Dr. Emil Schnell
 Walter Schöler
 Olaf Scholz
 Karsten Schönfeld
 Fritz Schösser
 Ottmar Schreiner
 Gisela Schröter
 Dr. Mathias Schubert
 Richard Schuhmann
 (Delitzsch)
 Brigitte Schulte (Hamel)
 Volkmar Schultz (Köln)
 Ewald Schurer
 Dr. R. Werner Schuster
 Dietmar Schütz (Oldenburg)
 Dr. Angelica Schwall-Düren
 Rolf Schwanitz
 Bodo Seidenthal
 Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
 Dr. Cornelia Sonntag-
 Wolgast
 Wieland Sorge
 Wolfgang Spanier
 Dr. Margrit Spielmann
 Jörg-Otto Spiller
 Dr. Ditmar Staffelt
 Antje-Marie Steen
 Ludwig Stiegler
 Rolf Stöckel
 Rita Streb-Hesse
 Reinhold Strobl (Amberg)
 Dr. Peter Struck
 Joachim Stünker
 Joachim Tappe
 Jörg Tauss
 Jella Teuchner</p> | <p>Dr. Gerald Thalheim
 Wolfgang Thierse
 Franz Thönnens
 Uta Titze-Stecher
 Adelheid Tröschler
 Hans-Eberhard Urbaniak
 Rüdiger Veit
 Simone Violka
 Hans Georg Wagner
 Hedi Wegener
 Dr. Konstanze Wegner
 Reinhard Weis (Stendal)
 Matthias Weisheit
 Gunter Weißgerber
 Gert Weisskirchen
 (Wiesloch)
 Dr. Ernst Ulrich von
 Weizsäcker
 Jochen Welt
 Dr. Rainer Wend
 Hildegard Wester
 Lydia Westrich
 Inge Wettig-Danielmeier
 Dr. Margrit Wetzfel
 Dr. Norbert Wieczorek
 Jürgen Wieczorek (Böhlen)
 Helmut Wieczorek
 (Duisburg)
 Heidemarie Wieczorek-Zeul
 Klaus Wieschügel
 Brigitte Wimmer (Karlsruhe)
 Engelbert Wistuba
 Barbara Wittig
 Dr. Wolfgang Wodarg
 Verena Wohlleben
 Hanna Wolf (München)
 Heidemarie Wright
 Uta Zapf
 Peter Zumkley</p> | (C) |
| (B) | <p>Christel Hanewinkel
 Alfred Hartenbach
 Anke Hartnagel
 Klaus Hasenfratz
 Nina Hauer
 Hubertus Heil
 Reinhold Hemker
 Frank Hempel
 Rolf Hempelmann
 Dr. Barbara Hendricks
 Gustav Herzog
 Monika Heubaum
 Reinhold Hiller (Lübeck)
 Gerd Höfer
 Jelena Hoffmann (Chemnitz)
 Walter Hoffmann (Darm-
 stadt)
 Iris Hoffmann (Wismar)
 Frank Hofmann (Volkach)
 Ingrid Holzhüter
 Eike Hovermann
 Christel Humme
 Lothar Ibrügger
 Barbara Imhof
 Brunhilde Irber
 Gabriele Iwersen
 Renate Jäger
 Jann-Peter Janssen
 Ilse Janz
 Dr. Uwe Jens
 Volker Jung (Düsseldorf)
 Johannes Kahrs
 Ulrich Kasparick
 Sabine Kaspereit</p> | <p>Christel Hanewinkel
 Alfred Hartenbach
 Anke Hartnagel
 Klaus Hasenfratz
 Nina Hauer
 Hubertus Heil
 Reinhold Hemker
 Frank Hempel
 Rolf Hempelmann
 Dr. Barbara Hendricks
 Gustav Herzog
 Monika Heubaum
 Reinhold Hiller (Lübeck)
 Gerd Höfer
 Jelena Hoffmann (Chemnitz)
 Walter Hoffmann (Darm-
 stadt)
 Iris Hoffmann (Wismar)
 Frank Hofmann (Volkach)
 Ingrid Holzhüter
 Eike Hovermann
 Christel Humme
 Lothar Ibrügger
 Barbara Imhof
 Brunhilde Irber
 Gabriele Iwersen
 Renate Jäger
 Jann-Peter Janssen
 Ilse Janz
 Dr. Uwe Jens
 Volker Jung (Düsseldorf)
 Johannes Kahrs
 Ulrich Kasparick
 Sabine Kaspereit</p> | <p>Karin Rehbock-Zureich
 Dr. Carola Reimann
 Margot von Renesse
 Renate Rennebach
 Bernd Reuter
 Dr. Edelbert Richter
 Reinhold Robbe
 Gudrun Roos
 René Rösper
 Dr. Ernst Dieter Rossmann
 Michael Roth (Heringen)
 Birgit Roth (Speyer)
 Gerhard Rübenkönig
 Marlene Rupprecht
 Thomas Sauer
 Dr. Hansjörg Schäfer
 Gudrun Schaich-Walch
 Rudolf Scharping
 Bernd Scheelen
 Dr. Hermann Scheer
 Siegfried Scheffler
 Horst Schild
 Dieter Schloten
 Horst Schmidbauer
 (Nürnberg)
 Ulla Schmidt (Aachen)
 Silvia Schmidt (Eisleben)
 Dagmar Schmidt (Meschede)
 Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
 Regina Schmidt-Zadel
 Heinz Schmitt (Berg)
 Carsten Schneider
 Dr. Emil Schnell
 Walter Schöler
 Olaf Scholz
 Karsten Schönfeld
 Fritz Schösser
 Ottmar Schreiner
 Gisela Schröter
 Dr. Mathias Schubert
 Richard Schuhmann
 (Delitzsch)
 Brigitte Schulte (Hamel)
 Volkmar Schultz (Köln)
 Ewald Schurer
 Dr. R. Werner Schuster
 Dietmar Schütz (Oldenburg)
 Dr. Angelica Schwall-Düren
 Rolf Schwanitz
 Bodo Seidenthal
 Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
 Dr. Cornelia Sonntag-
 Wolgast
 Wieland Sorge
 Wolfgang Spanier
 Dr. Margrit Spielmann
 Jörg-Otto Spiller
 Dr. Ditmar Staffelt
 Antje-Marie Steen
 Ludwig Stiegler
 Rolf Stöckel
 Rita Streb-Hesse
 Reinhold Strobl (Amberg)
 Dr. Peter Struck
 Joachim Stünker
 Joachim Tappe
 Jörg Tauss
 Jella Teuchner</p> | <p>Dr. Gerald Thalheim
 Wolfgang Thierse
 Franz Thönnens
 Uta Titze-Stecher
 Adelheid Tröschler
 Hans-Eberhard Urbaniak
 Rüdiger Veit
 Simone Violka
 Hans Georg Wagner
 Hedi Wegener
 Dr. Konstanze Wegner
 Reinhard Weis (Stendal)
 Matthias Weisheit
 Gunter Weißgerber
 Gert Weisskirchen
 (Wiesloch)
 Dr. Ernst Ulrich von
 Weizsäcker
 Jochen Welt
 Dr. Rainer Wend
 Hildegard Wester
 Lydia Westrich
 Inge Wettig-Danielmeier
 Dr. Margrit Wetzfel
 Dr. Norbert Wieczorek
 Jürgen Wieczorek (Böhlen)
 Helmut Wieczorek
 (Duisburg)
 Heidemarie Wieczorek-Zeul
 Klaus Wieschügel
 Brigitte Wimmer (Karlsruhe)
 Engelbert Wistuba
 Barbara Wittig
 Dr. Wolfgang Wodarg
 Verena Wohlleben
 Hanna Wolf (München)
 Heidemarie Wright
 Uta Zapf
 Peter Zumkley</p> | (D) |

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gila Altmann (Aurich)
 Marieluise Beck (Bremen)
 Volker Beck (Köln)
 Angelika Beer
 Matthias Berninger
 Grietje Bettin
 Annelie Buntentbach
 Ekin Deligöz
 Dr. Thea Dückert
 Dr. Uschi Eid
 Hans-Josef Fell
 Joseph Fischer (Frankfurt)
 Katrin Göring-Eckardt
 Rita Grießhaber
 Winfried Hermann
 Antje Hermenau
 Ulrike Höfken
 Michael Hustedt
 Monika Knoche
 Dr. Angelika Köster-Loßack
 Steffi Lemke
 Dr. Helmut Lippelt
 Dr. Reinhard Loske
 Oswald Metzger
 Kerstin Müller (Köln)
 Winfried Nachtwei

- (A) Christa Nickels
Cem Özdemir
Simone Probst
Christine Scheel
Irmingard Schewe-Gerigk
Rezzo Schlauch
Albert Schmidt (Hitzhofen)
Werner Schulz (Leipzig)
Christian Simmert
Christian Sterzing
Hans-Christian Ströbele
Jürgen Trittin
Dr. Antje Vollmer
Dr. Ludger Volmer
Sylvia Voß
Helmut Wilhelm (Amberg)
- Nein**
- CDU/CSU**
Ulrich Adam
Ilse Aigner
Peter Altmaier
Dietrich Austermann
Norbert Barthle
Dr. Wolf Bauer
Günter Baumann
Brigitte Baumeister
Meinrad Belle
Dr. Sabine Bergmann-Pohl
Otto Bernhardt
Hans-Dirk Bierling
Renate Blank
Peter Bleser
- (B) Dr. Maria Böhmer
Sylvia Bonitz
Jochen Borchert
Wolfgang Börnsen (Böns-
trup)
Wolfgang Bosbach
Klaus Brähmig
Dr. Ralf Brauksiepe
Paul Breuer
Monika Brudlewsky
Georg Brunnhuber
Hartmut Büttner
(Schönebeck)
Dankward Buwitt
Manfred Carstens (Emstek)
Peter H. Carstensen
(Nordstrand)
Leo Dautzenberg
Wolfgang Dehnel
Hubert Deitert
Albert Deß
Renate Diemers
Thomas Dörflinger
Hansjürgen Doss
Marie-Luise Dött
Maria Eichhorn
Rainer Eppelmann
Anke Eymer (Lübeck)
Ilse Falk
Dr. Hans Georg Faust
Albrecht Feibel
Ulf Fink
Ingrid Fischbach
Dr. Gerhard Friedrich
(Erlangen)
- Dr. Hans-Peter Friedrich
(Hof)
Erich G. Fritz
Jochen-Konrad Fromme
Hans-Joachim Fuchtel
Dr. Jürgen Gehb
Norbert Geis
Dr. Heiner Geißler
Dr. Reinhard Göhner
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Kurt-Dieter Grill
Hermann Gröhe
Manfred Grund
Horst Günther (Duisburg)
Gottfried Haschke
(Großhennersdorf)
Hansgeorg Hauser (Red-
nitzhembach)
Klaus-Jürgen Hedrich
Helmut Heiderich
Ursula Heinen
Manfred Heise
Siegfried Helias
Hans Jochen Henke
Peter Hintze
Klaus Hofbauer
Martin Hohmann
Klaus Holetschek
Josef Hollerith
Dr. Karl-Heinz Hornhues
Siegfried Hornung
Joachim Hörster
Hubert Hüppe
Susanne Jaffke
Georg Janovsky
Dr.-Ing. Rainer Jork
Dr. Harald Kahl
Bartholomäus Kalb
Steffen Kampeter
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Volker Kauder
Eckart von Klaeden
Ulrich Klinkert
Norbert Königshofen
Eva-Maria Kors
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Dr. Martina Krogmann
Dr. Paul Krüger
Dr. Karl A. Lamers (Heidel-
berg)
Dr. Norbert Lammert
Helmut Lamp
Dr. Paul Laufs
Karl-Josef Laumann
Werner Lensing
Peter Letzgus
Ursula Lietz
Walter Link (Diepholz)
Eduard Lintner
Dr. Manfred Lischewski
Wolfgang Lohmann (Lüden-
scheid)
Dr. Michael Luther
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Erwin Marschewski
(Recklinghausen)
- Dr. Martin Mayer (Siegerts-
brunn)
Wolfgang Meckelburg
Dr. Michael Meister
Friedrich Merz
Hans Michelbach
Meinolf Michels
Bernward Müller (Jena)
Elmar Müller (Kirchheim)
Claudia Nolte
Günter Nooke
Franz Obermeier
Friedhelm Ost
Norbert Otto (Erfurt)
Dr. Peter Paziorek
Anton Pfeifer
Dr. Friedbert Pflüger
Ruprecht Polenz
Dr. Bernd Protzner
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Helmut Rauber
Christa Reichard (Dresden)
Erika Reinhardt
Hans-Peter Repnik
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Franz Romer
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr
Dr. Klaus Rose
Kurt J. Rossmanith
Adolf Roth (Gießen)
Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Anita Schäfer
Dr. Wolfgang Schäuble
Hartmut Schauerte
Heinz Schemken
Gerhard Scheu
Bernd Schmidbauer
Christian Schmidt (Fürth)
Andreas Schmidt (Mülheim)
Birgit Schnieber-Jastram
Dr. Rupert Scholz
Reinhard Freiherr von
Schorlemer
Dr. Erika Schuchardt
Gerhard Schulz
Diethard Schütze (Berlin)
Clemens Schwalbe
Dr. Christian Schwarz-
Schilling
Wilhelm-Josef Sebastian
Heinz Seiffert
Dr. h. c. Rudolf Seiters
Bernd Siebert
Bärbel Sothmann
Margarete Späte
Wolfgang Steiger
Andreas Storm
Dorothea Störr-Ritter
Max Straubinger
Matthäus Strebl
Thomas Strobl (Heilbronn)
Michael Stübgen
Dr. Susanne Tiemann
Edeltraut Töpfer
Gunnar Uldall
Arnold Vaatz
- Andrea Voßhoff
Peter Weiß (Emmendingen)
Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Annette Widmann-Mauz
Heinz Wiese (Ehingen)
Hans-Otto Wilhelm (Mainz)
Klaus-Peter Willsch
Bernd Wilz
Werner Wittlich
Aribert Wolf
Wolfgang Zöllner
- F.D.P.**
Ina Albowitz
Hildebrecht Braun
(Augsburg)
Ernst Burgbacher
Ulrike Flach
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Dr. Karlheinz Gutmacher
Klaus Haupt
Walter Hirche
Ulrich Irmer
Dr. Klaus Kinkel
Dr. Heinrich L. Kolb
Jürgen Koppelin
Sabine Leutheusser-
Schnarrenberger
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Detlef Parr
Dr. Günter Rexrodt
Gerhard Schüßler
Marita Sehn
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Dieter Thomae
Jürgen Türk
Dr. Guido Westerwelle
- PDS**
Dr. Dietmar Bartsch
Petra Bläss
Maritta Böttcher
Roland Claus
Heidemarie Ehler
Dr. Heinrich Fink
Dr. Gregor Gysi
Uwe Hiksich
Dr. Barbara Höll
Carsten Hübner
Ulla Jelpke
Sabine Jünger
Gerhard Jüttemann
Dr. Evelyn Kenzler
Dr. Heidi Knake-Werner
Heidi Lippmann
Ursula Lötzer
Dr. Christa Luft
Heidemarie Lüth
Pia Maier
Angela Marquardt
Kersten Naumann
Rosel Neuhäuser
Dr. Uwe-Jens Rössel
Gustav-Adolf Schur
Dr. Ilja Seifert
Dr. Winfried Wolf
- (C)
- (D)

Präsident Wolfgang Thierse**(A)** (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir kommen jetzt zu zwei nicht namentlichen Abstimmungen. Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/4804. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der PDS gegen die Stimmen von CDU/CSU und F.D.P. abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/4809. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU/CSU, F.D.P. und PDS abgelehnt worden.

Wir kommen damit zum Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/4823. Die Fraktion der F.D.P. verlangt namentliche Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. Sind alle Urnen besetzt? – Das ist der Fall.

Ich eröffne die Abstimmung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist die letzte namentliche Abstimmung des heutigen Tages.

Endgültiges Ergebnis
Abgegebene Stimmen: 546;
davon
ja: 208
nein: 338

Ja**CDU/CSU**

Ulrich Adam
Ilse Aigner
Peter Altmaier
Dietrich Austermann
Norbert Barthle
Dr. Wolf Bauer
Günter Baumann
Brigitte Baumeister
Meinrad Belle
Dr. Sabine Bergmann-Pohl
Otto Bernhardt
Hans-Dirk Bierling
Renate Blank
Peter Bleser
Dr. Maria Böhmer
Sylvia Bonitz
Jochen Borchert
Wolfgang Börnsen (Böns-
trup)
Wolfgang Bosbach
Klaus Brähmig
Dr. Ralf Brauksiepe
Paul Breuer
Monika Brudlewsky
Georg Brunnhuber
Hartmut Büttner
(Schönebeck)

Dankward Buwitt
Manfred Carstens (Emstek)
Peter H. Carstensen (Nord-
strand)
Leo Dautzenberg
Wolfgang Dehnel
Hubert Deittert
Albert Deß
Renate Diemers
Thomas Dörflinger
Hansjürgen Doss
Marie-Luise Dött
Maria Eichhorn
Rainer Eppelmann
Anke Eymer (Lübeck)
Ilse Falk
Dr. Hans Georg Faust
Albrecht Feibel
Ulf Fink
Ingrid Fischbach
Dr. Gerhard Friedrich (Erlan-
gen)
Dr. Hans-Peter Friedrich
(Hof)
Erich G. Fritz
Jochen-Konrad Fromme
Hans-Joachim Fuchtel
Dr. Jürgen Gehb
Norbert Geis
Dr. Heiner Geißler
Dr. Reinhard Göhner
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Kurt-Dieter Grill
Hermann Gröhe
Manfred Grund

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.¹⁾ **(C)**

Wir setzen die Abstimmungen fort. Entschließungsantrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/4822. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen des Hauses gegen die Stimmen der PDS abgelehnt worden.

Entschließungsantrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/4858. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen des Hauses gegen die Stimmen der PDS abgelehnt worden.

Ich teile Ihnen das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** zum Entschließungsantrag der F.D.P. auf Drucksache 14/4779 mit. Abgegebene Stimmen 553. Mit Ja haben gestimmt 208, mit Nein haben gestimmt 345. Enthaltungen keine. Der Entschließungsantrag ist damit abgelehnt.

¹⁾ Seite 13514 C

Horst Günther (Duisburg)
Gottfried Haschke (Großhen-
nersdorf)
Hansgeorg Hauser (Red-
nitzhembach)
Klaus-Jürgen Hedrich
Helmut Heiderich
Ursula Heinen
Manfred Heise
Siegfried Helias
Hans Jochen Henke
Peter Hintze
Klaus Hofbauer
Martin Hohmann
Klaus Holetschek
Josef Hollerith
Dr. Karl-Heinz Hornhues
Siegfried Hörnung
Joachim Hörster
Hubert Hüppe
Susanne Jaffke
Georg Janovsky
Dr.-Ing. Rainer Jork
Dr. Harald Kahl
Bartholomäus Kalb
Steffen Kampeter
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Volker Kauder
Eckart von Klaeden
Ulrich Klinkert
Norbert Königshofen
Eva-Maria Kors
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Dr. Martina Krogmann
Dr. Paul Krüger

Dr. Karl A. Lamers (Heidel-
berg)
Dr. Norbert Lammert
Helmut Lamp
Dr. Paul Laufs
Karl-Josef Laumann
Werner Lensing
Peter Letzgus
Ursula Lietz
Walter Link (Diepholz)
Eduard Lintner
Dr. Manfred Lischewski
Wolfgang Lohmann (Lüden-
scheid)
Dr. Michael Luther
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Erwin Marschewski (Reck-
linghausen)
Dr. Martin Mayer (Siegerts-
brunn)
Wolfgang Meckelburg
Dr. Michael Meister
Friedrich Merz
Hans Michelbach
Meinolf Michels
Bernward Müller (Jena)
Elmar Müller (Kirchheim)
Claudia Nolte
Günter Nooke
Franz Obermeier
Friedhelm Ost
Norbert Otto (Erfurt)
Dr. Peter Paziorek
Anton Pfeifer
Dr. Friedbert Pflüger
Ruprecht Polenz **(D)**

- | | | | | | |
|-----|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| (A) | <p>Dr. Bernd Protzner
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Helmut Rauber
Christa Reichard (Dresden)
Erika Reinhardt
Hans-Peter Repnik
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Franz Romer
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr
Dr. Klaus Rose
Kurt J. Rossmann
Adolf Roth (Gießen)
Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Anita Schäfer
Dr. Wolfgang Schäuble
Hartmut Schauerte
Heinz Schemken
Gerhard Scheu
Bernd Schmidbauer
Christian Schmidt (Fürth)
Andreas Schmidt (Mülheim)
Birgit Schnieber-Jastram
Dr. Rupert Scholz
Reinhard Freiherr von Schor-
lermer
Dr. Erika Schuchardt
Gerhard Schulz
Diethard Schütze (Berlin)
Clemens Schwalbe
Dr. Christian Schwarz-
Schilling</p> | <p>Ernst Burgbacher
Ulrike Flach
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Dr. Karlheinz Guttmacher
Klaus Haupt
Walter Hirche
Ulrich Irmer
Dr. Klaus Kinkel
Dr. Heinrich L. Kolb
Jürgen Koppelin
Sabine Leutheusser-
Schnarrenberger
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Detlef Parr
Dr. Günter Rexrodt
Gerhard Schüßler
Marita Sehn
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Dieter Thomae
Jürgen Türk
Dr. Guido Westerwelle</p> | <p>Ludwig Eich
Marga Elser
Peter Enders
Gernot Erler
Petra Ernstberger
Annette Faße
Lothar Fischer (Homburg)
Gabriele Fograscher
Iris Follak
Norbert Formanski
Rainer Fornahl
Hans Forster
Dagmar Freitag
Peter Friedrich (Altenburg)
Lilo Friedrich (Mettmann)
Harald Friese
Anke Fuchs (Köln)
Arne Fuhrmann
Monika Ganseforth
Konrad Gilges
Iris Gleicke
Günter Gloser
Renate Gradistanac
Günter Graf (Friesoythe)
Angelika Graf (Rosenheim)
Dieter Grasedieck
Kerstin Griese
Achim Großmann
Wolfgang Grotthaus
Hans-Joachim Hacker
Klaus Hagemann
Manfred Hampel
Christel Hanewinkel
Alfred Hartenbach
Anke Hartnagel
Klaus Hasenfratz
Nina Hauer
Hubertus Heil
Reinhold Hemker
Frank Hempel
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Monika Heubaum
Reinhold Hiller (Lübeck)
Gerd Höfer
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Walter Hoffmann (Darm-
stadt)
Iris Hoffmann (Wismar)
Frank Hofmann (Volkach)
Ingrid Holzhüter
Eike Hovermann
Christel Humme
Lothar Ibrügger
Barbara Imhof
Brunhilde Irber
Gabriele Iwersen
Renate Jäger
Jann-Peter Janssen
Ilse Janz
Dr. Uwe Jens
Volker Jung (Düsseldorf)
Johannes Kahrs
Ulrich Kasparick
Sabine Kaspereit
Hans-Peter Kemper</p> | <p>Klaus Kirschner
Siegrun Klemmer
Hans-Ulrich Klose
Fritz Rudolf Körper
Karin Kortmann
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Volker Kröning
Angelika Krüger-Leißner
Horst Kubatschka
Ernst Küchler
Helga Kühn-Mengel
Ute Kumpf
Konrad Kunick
Dr. Uwe Küster
Werner Labsch
Christine Lambrecht
Brigitte Lange
Christian Lange (Backnang)
Detlev von Larcher
Christine Lehder
Robert Leidinger
Klaus Lennartz
Dr. Elke Leonhard
Eckhart Lewering
Götz-Peter Lohmann
(Neubrandenburg)
Christa Lörcher
Erika Lotz
Dr. Christine Lucyga
Dieter Maaß (Herne)
Winfried Mante
Dirk Manzewski
Tobias Marhold
Lothar Mark
Ulrike Mascher
Christoph Matschie
Heide Mattischeck
Markus Meckel
Ulrike Mehl
Ulrike Merten
Angelika Mertens
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Ursula Mogg
Christoph Moosbauer
Siegmar Mosdorf
Michael Müller (Düsseldorf)
Jutta Müller (Völklingen)
Christian Müller (Zittau)
Franz Müntefering
Andrea Nahles
Volker Neumann (Bramsche)
Gerhard Neumann (Gotha)
Dr. Edith Niehuis
Dr. Rolf Niese
Dietmar Nietan
Günter Oesinghaus
Eckhard Ohl
Leyla Onur
Manfred Opel
Holger Ortel
Adolf Ostertag
Kurt Palis
Albrecht Papenroth
Dr. Martin Pfaff
Georg Pfannenstein
Johannes Pflug</p> | (C) |
| | <p>Nein</p> | | | | |
| | <p>SPD</p> | | | | |
| (B) | <p>Wilhelm-Josef Sebastian
Heinz Seiffert
Dr. h. c. Rudolf Seiters
Bernd Siebert
Bärbel Sothmann
Margarete Späte
Wolfgang Steiger
Andreas Storm
Dorothea Störr-Ritter
Max Straubinger
Matthäus Strebl
Thomas Strobl (Heilbronn)
Michael Stübgen
Dr. Susanne Tiemann
Edeltraut Töpfer
Gunnar Uldall
Arnold Vaatz
Andrea Voßhoff
Peter Weiß (Emmendingen)
Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Annette Widmann-Mauz
Heinz Wiese (Ehingen)
Hans-Otto Wilhelm (Mainz)
Klaus-Peter Willsch
Bernd Wilz
Werner Wittlich
Aribert Wolf
Wolfgang Zöllner</p> | <p>Brigitte Adler
Gerd Andres
Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Ernst Bahr
Doris Barnett
Dr. Hans Peter Bartels
Eckhardt Barthel (Berlin)
Klaus Barthel (Starnberg)
Ingrid Becker-Inglaug
Wolfgang Behrendt
Dr. Axel Berg
Hans-Werner Bertl
Friedhelm Julius Beucher
Petra Bierwirth
Rudolf Bindig
Lothar Binding (Heidelberg)
Kurt Bodewig
Klaus Brandner
Anni Brandt-Elsweiler
Willi Brase
Dr. Eberhard Brecht
Rainer Brinkmann (Detmold)
Bernhard Brinkmann
(Hildesheim)
Hans-Günter Bruckmann
Edelgard Bulmahn
Dr. Michael Bürsch
Hans Büttner (Ingolstadt)
Marion Caspers-Merk
Wolf-Michael Catenhusen
Dr. Peter Danckert
Dr. Herta Däubler-Gmelin
Christel Deichmann
Karl Diller
Peter Dreßen
Dieter Dzewas
Dr. Peter Eckardt
Sebastian Edathy</p> | <p>Ludwig Eich
Marga Elser
Peter Enders
Gernot Erler
Petra Ernstberger
Annette Faße
Lothar Fischer (Homburg)
Gabriele Fograscher
Iris Follak
Norbert Formanski
Rainer Fornahl
Hans Forster
Dagmar Freitag
Peter Friedrich (Altenburg)
Lilo Friedrich (Mettmann)
Harald Friese
Anke Fuchs (Köln)
Arne Fuhrmann
Monika Ganseforth
Konrad Gilges
Iris Gleicke
Günter Gloser
Renate Gradistanac
Günter Graf (Friesoythe)
Angelika Graf (Rosenheim)
Dieter Grasedieck
Kerstin Griese
Achim Großmann
Wolfgang Grotthaus
Hans-Joachim Hacker
Klaus Hagemann
Manfred Hampel
Christel Hanewinkel
Alfred Hartenbach
Anke Hartnagel
Klaus Hasenfratz
Nina Hauer
Hubertus Heil
Reinhold Hemker
Frank Hempel
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Monika Heubaum
Reinhold Hiller (Lübeck)
Gerd Höfer
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Walter Hoffmann (Darm-
stadt)
Iris Hoffmann (Wismar)
Frank Hofmann (Volkach)
Ingrid Holzhüter
Eike Hovermann
Christel Humme
Lothar Ibrügger
Barbara Imhof
Brunhilde Irber
Gabriele Iwersen
Renate Jäger
Jann-Peter Janssen
Ilse Janz
Dr. Uwe Jens
Volker Jung (Düsseldorf)
Johannes Kahrs
Ulrich Kasparick
Sabine Kaspereit
Hans-Peter Kemper</p> | <p>Klaus Kirschner
Siegrun Klemmer
Hans-Ulrich Klose
Fritz Rudolf Körper
Karin Kortmann
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Volker Kröning
Angelika Krüger-Leißner
Horst Kubatschka
Ernst Küchler
Helga Kühn-Mengel
Ute Kumpf
Konrad Kunick
Dr. Uwe Küster
Werner Labsch
Christine Lambrecht
Brigitte Lange
Christian Lange (Backnang)
Detlev von Larcher
Christine Lehder
Robert Leidinger
Klaus Lennartz
Dr. Elke Leonhard
Eckhart Lewering
Götz-Peter Lohmann
(Neubrandenburg)
Christa Lörcher
Erika Lotz
Dr. Christine Lucyga
Dieter Maaß (Herne)
Winfried Mante
Dirk Manzewski
Tobias Marhold
Lothar Mark
Ulrike Mascher
Christoph Matschie
Heide Mattischeck
Markus Meckel
Ulrike Mehl
Ulrike Merten
Angelika Mertens
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Ursula Mogg
Christoph Moosbauer
Siegmar Mosdorf
Michael Müller (Düsseldorf)
Jutta Müller (Völklingen)
Christian Müller (Zittau)
Franz Müntefering
Andrea Nahles
Volker Neumann (Bramsche)
Gerhard Neumann (Gotha)
Dr. Edith Niehuis
Dr. Rolf Niese
Dietmar Nietan
Günter Oesinghaus
Eckhard Ohl
Leyla Onur
Manfred Opel
Holger Ortel
Adolf Ostertag
Kurt Palis
Albrecht Papenroth
Dr. Martin Pfaff
Georg Pfannenstein
Johannes Pflug</p> | (D) |
| | <p>F.D.P.</p> | | | | |
| | <p>Ina Albowitz
Hildebrecht Braun (Augs-
burg)</p> | | | | |

Präsident Wolfgang Thierse

- | | | | | |
|-----|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| (A) | Joachim Poß
Karin Rehbock-Zureich
Dr. Carola Reimann
Margot von Renesse
Renate Rennebach
Bernd Reuter
Dr. Edelbert Richter
Reinhold Robbe
Gudrun Roos
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Michael Roth (Heringen)
Birgit Roth (Speyer)
Gerhard Rübenkönig
Marlene Rupprecht
Thomas Sauer
Dr. Hansjörg Schäfer
Gudrun Schaich-Walch
Bernd Scheelen
Dr. Hermann Scheer
Siegfried Scheffler
Horst Schild
Dieter Schloten
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Ulla Schmidt (Aachen)
Silvia Schmidt (Eisleben)
Dagmar Schmidt (Meschede)
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Regina Schmidt-Zadel
Heinz Schmitt (Berg)
Carsten Schneider
Dr. Emil Schnell
Walter Schöler | Dr. R. Werner Schuster
Dietmar Schütz (Oldenburg)
Dr. Angelica Schwall-Düren
Rolf Schwanitz
Bodo Seidenthal
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast
Wieland Sorge
Wolfgang Spanier
Dr. Margrit Spielmann
Jörg-Otto Spiller
Dr. Ditmar Staffelt
Antje-Marie Steen
Ludwig Stiegler
Rolf Stöckel
Rita Streb-Hesse
Reinhold Strobl (Amberg)
Dr. Peter Struck
Joachim Stünker
Joachim Tappe
Jörg Tauss
Jella Teuchner
Dr. Gerald Thalheim
Wolfgang Thierse
Franz Thönnies
Uta Titze-Stecher
Adelheid Tröscher
Rüdiger Veit
Simone Viola
Hans Georg Wagner
Hedi Wegener
Dr. Konstanze Wegner
Reinhard Weis (Stendal)
Matthias Weisheit
Gunter Weißgerber
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker
Jochen Welt
Dr. Rainer Wend
Hildegard Wester
Lydia Westrich
Inge Wettig-Danielmeier | Dr. Margrit Wetzel
Dr. Norbert Wieczorek
Jürgen Wieczorek (Böhlen)
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Klaus Wiesehügel
Brigitte Wimmer (Karlsruhe)
Engelbert Wistuba
Barbara Wittig
Dr. Wolfgang Wodarg
Verena Wohlleben
Hanna Wolf (München)
Heidemarie Wright
Uta Zapf
Dr. Christoph Zöpel
Peter Zumkley | Christa Nickels (C)
Cem Özdemir
Simone Probst
Christine Scheel
Irmingard Schewe-Gerigk
Rezzo Schlauch
Albert Schmidt (Hitzhofen)
Werner Schulz (Leipzig)
Christian Simmert
Christian Sterzing
Hans-Christian Ströbele
Jürgen Trittin
Dr. Antje Vollmer
Dr. Ludger Volmer
Sylvia Voß
Helmut Wilhelm (Amberg) |
| | | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Gila Altmann (Aurich)
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Angelika Beer
Matthias Berninger
Grietje Bettin
Annelie Buntenbach
Ekin Deligöz
Dr. Thea Dückert
Dr. Uschi Eid
Hans-Josef Fell
Joseph Fischer (Frankfurt)
Katrin Göring-Eckardt
Rita Griebhaber
Winfried Hermann
Antje Hermenau
Ulrike Höfken
Michaele Hustedt
Monika Knoche
Dr. Angelika Köster-Loßack
Steffi Lemke
Dr. Helmut Lippelt
Dr. Reinhard Loske
Oswald Metzger
Kerstin Müller (Köln)
Winfried Nachtwei | PDS
Dr. Dietmar Bartsch
Petra Bläss
Maritta Böttcher
Roland Claus
Heidemarie Ehlert
Dr. Heinrich Fink
Dr. Gregor Gysi
Uwe Hiksich
Dr. Barbara Höll
Carsten Hübner
Sabine Jünger
Gerhard Jüttemann
Dr. Evelyn Kenzler
Dr. Heidi Knake-Werner
Heidi Lippmann
Ursula Lötzer (D)
Dr. Christa Luft
Heidemarie Lüth
Pia Maier
Angela Marquardt
Kersten Naumann
Rosel Neuhäuser
Dr. Uwe-Jens Rössel
Gustav-Adolf Schur
Dr. Ilja Seifert
Dr. Winfried Wolf | |

Damit sind wir am Ende der Abstimmungen zum Haushalt 2001. Das Ergebnis einer namentlichen Abstimmung ist noch offen. Es wird später bekannt gegeben.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt V:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Neuregelung der sozialversicherungsrechtlichen Behandlung von einmalig gezahltem Arbeitsentgelt (**Einmalzahlungs-Neuregelungsgesetz**)

– Drucksachen 14/4371, 14/4409 –
(Erste Beratung 127. Sitzung)

- a) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuss)
– Drucksache 14/4743 –

Berichterstattung:
Abgeordneter Franz Thönnies

- b) Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung
– Drucksache 14/4803 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Dr. Konstanze Wegner
Hans-Joachim Fuchtel
Antje Hermenau
Dr. Günter Rexrodt
Dr. Christa Luft

Dazu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der PDS vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Parlamentarischen Staatssekretär Gerd Andres das Wort.

(A) **Gerd Andres**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einem bemerkenswerten Zitat beginnen. Der Kollege Heinz Schemken hat den Beitrag seiner Fraktion zur ersten Beratung des vorliegenden Gesetzentwurfes Ende Oktober dieses Jahres mit folgenden Worten eingeleitet:

Wenn es so ist, dass die Frage der Verfassungswidrigkeit für Sie einen so hohen Stellenwert hat, frage ich Sie ausdrücklich, warum Sie das Ganze nicht unmittelbar im Dezember 1998 geregelt haben ...

Deutlicher hat die CDU/CSU-Fraktion ihr offensichtlich gestörtes Verhältnis zu unserer Verfassung und den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Einmalzahlungen bisher nicht zum Ausdruck gebracht.

Ich will Ihnen, Herr Kollege Schemken, und Ihrer Fraktion die Antwort nicht schuldig bleiben: Ja, die Verfassung hat für uns einen so herausragenden Stellenwert! Deshalb nehmen wir die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ernst und ziehen die erforderlichen politischen und fachlichen Konsequenzen daraus, auch wenn es unsere Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung erheblich belastet und wenn es unsere Handlungsspielräume zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit, die Sie uns hinterlassen haben, einschränkt.

Dies steht ganz im Gegensatz zu den Tricksereien und Taschenspielereien, mit denen Sie sich zur Zeit Ihrer Regierungstätigkeit um Ihre Verantwortung gegenüber der Verfassung und den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern gedrückt haben.

(B)

Ich will dies den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland und Ihnen noch einmal in aller Klarheit vor Augen führen: Am 11. Januar 1995 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass es mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist, dass die Regierung Helmut Kohls über ein Dutzend Jahre lang **Beiträge auf Weihnachtsgelder, Urlaubsgelder und Sonderzahlungen** einzieht, den Beitragszahlern aber dann die kalte Schulter zeigt, wenn der Notfall eintritt, für den sie ihre Versicherungsbeiträge gezahlt haben. Und was tut die damalige Koalition? Sie kassiert zwei weitere Jahre in aller Ruhe ab und erlässt dann ein neues Gesetz, das dieselbe verquere Rechtslage unter neuen Paragraphennummern fortschreibt.

(Zuruf von der SPD: Unerhört! – Gegenruf von der CDU/CSU: Kurzes historisches Gedächtnis!)

Ich will ausdrücklich – ich war selbst dabei – auch noch einmal an die Adressen des Kollegen Schemken und anderer sagen: Wir haben schon damals in der Anhörung gesagt, dass das, was neu geregelt werde, verfassungswidrig sei. Daraufhin ist uns mitgeteilt worden: Das können wir ja erst einmal sehen. Wir machen es jetzt so und dann geht es seinen Weg. Dann werden wir schon sehen, was das Bundesverfassungsgericht dazu sagt.

Ich halte es für etwas zynisch, Herr Schemken, wenn Sie uns dann vorwerfen, wir hätten die Folgen Ihrer verfassungswidrigen Haltung unmittelbar nach der Regie-

ungsübernahme 1998 beseitigen sollen. Sie werfen uns in Verknennung der Situation dann auch noch Versäumnisse hinsichtlich **verfassungswidriger Vorschriften** vor. Dies halte ich für ein tolldreistes Stück. (C)

(Beifall bei der SPD)

Auf diese Unterstellung will ich eingehen: Wir haben nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass wir es für verfassungswidrig halten, Einmalzahlungen beim **Arbeitslosengeld** und beim **Krankengeld** nicht zu berücksichtigen. Die jetzige Bundesministerin der Justiz, die Kollegin Hertha Däubler-Gmelin, hat Ihnen das schon damals, als wir noch in der Opposition waren, in aller Deutlichkeit gesagt, als es um die Beratung Ihres Gesetzentwurfes im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages ging. Konsequenz hat die Bundesregierung dem Bundesverfassungsgericht in ihrer Stellungnahme zu den dort laufenden Verfahren mitgeteilt, dass sie eine gesetzliche Neuregelung vorschlagen wird.

Wahr ist aber auch, dass dieses Parlament in der ersten Hälfte dieser Wahlperiode ein unglaubliches Arbeitspensum geleistet hat und noch leistet, um all die Probleme zu beseitigen, die über Jahre ungelöst Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland belastet haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Schritt für Schritt lösen wir den Reformstau auf, der Deutschland national wie international zurückgeworfen hat. Wir haben viele Projekte eingeleitet und zu einem guten Teil auch bereits erfolgreich abgeschlossen. Wir müssen uns nicht vorwerfen lassen, dass wir nicht alle drängenden Probleme sofort lösen können, die sich in 16 Jahren zuvor aufgebaut haben. (D)

Auch mit dem vorliegenden Vorhaben setzen wir unseren Weg der Konsolidierung der Haushalte, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zu mehr Verteilungsgerechtigkeit fort. Ich bitte Sie ausdrücklich, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen. Mit dem In-Kraft-Treten erhält, wer Beiträge zur Sozialversicherung für Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld entrichtet, entsprechend höhere Versicherungsleistungen aus der Arbeitslosenversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung. Das heißt: mehr **Gerechtigkeit** für Empfänger von Arbeitslosengeld, Unterhaltsgeld, Übergangsgeld, Krankengeld und Verletztengeld.

Das ist der F.D.P., meine Damen und Herren, schon wieder zu viel an Gerechtigkeit. Wen wundert es? Der Herr Abgeordnete Niebel – ich sehe ihn leider nicht –

(Dr. Heinrich L. Kolb [F.D.P.]: Er wird würdig vertreten!)

hat hier so locker, wie man nur dann sein kann, wenn man keine Verantwortung trägt, verkündet, es sei die bessere Lösung, auf die Beiträge für Einmalzahlungen zu verzichten.

(Dr. Heinrich L. Kolb [F.D.P.]: So ist es!)

Das klingt, als Sie noch mitregieren durften, ganz anders.

(Dr. Heinrich L. Kolb [F.D.P.]: Bei Ihnen auch, als Sie noch in der Opposition waren!)

Parl. Staatssekretär Gerd Andres

- (A) Die frühere Kollegin Gisela Babel hat das in der zweiten und dritten Lesung Ihres damaligen Gesetzentwurfes am 18. Oktober 1996 sehr überzeugend vorgetragen:

Ein Herausnehmen der Einmalzahlungen aus den Beiträgen führt zu Einnahmeausfällen in Höhe von 25 bis 30 Milliarden DM. Das ist gerade in jetziger Zeit nicht auszugleichen.

Der Position von Frau Kollegin Babel von damals habe ich heute überhaupt nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Leider – das ist sozialpolitisch natürlich bedauerlich – können wir die Ungerechtigkeiten, die unsere Vorgänger hinterlassen haben, nur begrenzt ausgleichen. Die nach wie vor viel zu hohe Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Kosten lassen es nicht zu, Leistungen für die Vergangenheit über das verfassungsrechtlich gebotene Maß hinaus nachzuzahlen.

Aber wir haben dafür gesorgt, dass vom Tage der Verkündung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts an bei der Bundesanstalt für Arbeit alle laufenden Leistungsfälle pauschal und damit unbürokratisch erhöht wurden. Wir wollten den verfassungswidrigen Zustand nicht beibehalten, bis dieses Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen wird.

Wir sind damit bei allen Beteiligten auf Wohlwollen gestoßen. Ich bedanke mich dafür ausdrücklich bei der Bundesanstalt für Arbeit, bei der Selbstverwaltung und dem Präsidenten, und bei den Mitarbeitern der Arbeitsverwaltung, die diese pauschale Regelung ganz schnell technisch umgesetzt haben.

- (B)

Rückwirkend hat uns das Bundesverfassungsgericht (C) aufgegeben, all jene Betroffenen zu berücksichtigen, deren Leistungen noch nicht bestandskräftig beschieden waren. Selbstverständlich ist es unbefriedigend und bedrückend, dass wir nicht auch allen anderen Arbeitslosen rückwirkend ein höheres Arbeitslosengeld gewähren können. Die Haushaltslage lässt eine solche Lösung aber nicht zu. Wir müssten sonst zulasten der Arbeitslosen von heute und morgen drastisch in die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik eingreifen, was wir nicht wollen.

Deswegen will ich hier noch einmal ausdrücklich sagen: Das, was wir mit diesem Gesetzentwurf machen, entspricht voll dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts und ist im Rahmen des verfassungsmäßig Machbaren verantwortlich. Ich werbe ausdrücklich für die Lösung, die wir mit diesem Gesetzentwurf eingebracht haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Wolfgang Thierse: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich den nächsten Redner aufrufe, will ich das **Ergebnis der letzten namentlichen Abstimmung** mitteilen, der Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/4823.

Abgegebene Stimmen 549, mit Ja haben gestimmt 51, mit Nein haben gestimmt 498. Der Entschließungsantrag ist damit abgelehnt. (D)

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen: 549;

davon

ja: 51
nein: 498

Dr. Günter Rexrodt
Gerhard Schüßler
Marita Sehn
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Dieter Thomae
Jürgen Türk
Dr. Guido Westerwelle

Ja

F.D.P.

Ina Albowitz
Hildebrecht Braun (Augs-
burg)
Ernst Burgbacher
Ulrike Flach
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Dr. Karlheinz Guttmacher
Klaus Haupt
Walter Hirche
Ulrich Irmer
Dr. Klaus Kinkel
Dr. Heinrich L. Kolb
Jürgen Koppelin
Sabine Leutheusser-
Schnarrenberger
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Detlef Parr

PDS

Dr. Dietmar Bartsch
Petra Bläss
Maritta Böttcher
Roland Claus
Heidemarie Ehlert
Dr. Heinrich Fink
Dr. Gregor Gysi
Uwe Hixsch
Dr. Barbara Höll
Carsten Hübner
Ulla Jelpke
Sabine Jünger
Gerhard Jüttemann
Dr. Evelyn Kenzler
Dr. Heidi Knake-Werner
Heidi Lippmann
Ursula Lötzer
Dr. Christa Luft
Heidemarie Lüth
Pia Maier
Angela Marquardt

Kersten Naumann
Rosel Neuhäuser
Dr. Uwe-Jens Rössel
Gustav-Adolf Schur
Dr. Ilja Seifert
Dr. Winfried Wolf

Nein

SPD

Brigitte Adler
Gerd Andres
Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Ernst Bahr
Doris Barnett
Dr. Hans Peter Bartels
Eckhardt Barthel (Berlin)
Klaus Barthel (Starnberg)
Ingrid Becker-Inglau
Wolfgang Behrendt
Dr. Axel Berg
Hans-Werner Bertl
Friedhelm Julius Beucher
Petra Bierwirth
Rudolf Bindig
Lothar Binding (Heidelberg)
Kurt Bodewig
Klaus Brandner

Anni Brandt-Elsweier
Willi Brase
Dr. Eberhard Brecht
Rainer Brinkmann (Detmold)
Bernhard Brinkmann
(Hildesheim)
Hans-Günter Bruckmann
Edelgard Bulmahn
Dr. Michael Bürsch
Hans Büttner (Ingolstadt)
Marion Caspers-Merk
Wolf-Michael Catenhusen
Dr. Peter Danckert
Dr. Herta Däubler-Gmelin
Christel Deichmann
Karl Diller
Peter Dreßen
Dieter Dzewas
Dr. Peter Eckardt
Sebastian Edathy
Ludwig Eich
Marga Elser
Peter Enders
Gernot Erler
Petra Ernstberger
Annette Faße
Lothar Fischer (Homburg)
Gabriele Fograscher
Iris Follak
Norbert Formanski

(A)	Rainer Fornahl Hans Forster Dagmar Freitag Peter Friedrich (Altenburg) Lilo Friedrich (Mettmann) Harald Friese Anke Fuchs (Köln) Arne Fuhrmann Monika Ganseforth Konrad Gilges Iris Gleicke Günter Gloser Uwe Göllner Renate Gradistanac Günter Graf (Friesoythe) Angelika Graf (Rosenheim) Dieter Grasedieck Kerstin Griese Achim Großmann Wolfgang Grotthaus Hans-Joachim Hacker Klaus Hagemann Manfred Hampel Christel Hanewinkel Alfred Hartenbach Anke Hartnagel Klaus Hasenfratz Nina Hauer Hubertus Heil Reinhold Hemker Frank Hempel Rolf Hempelmann Dr. Barbara Hendricks Gustav Herzog	Ernst Küchler Helga Kühn-Mengel Ute Kumpf Konrad Kunick Dr. Uwe Küster Werner Labsch Christine Lambrecht Brigitte Lange Christian Lange (Backnang) Detlev von Larcher Christine Lehder Robert Leidinger Klaus Lennartz Dr. Elke Leonhard Eckhart Lewering Götz-Peter Lohmann (Neubrandenburg) Christa Lörcher Erika Lotz Dr. Christine Lucyga Dieter Maaß (Herne) Winfried Mante Dirk Manzewski Tobias Marhold Lothar Mark Ulrike Mascher Christoph Matschie Heide Mattischeck Markus Meckel Ulrike Mehl Ulrike Merten Angelika Mertens Dr. Jürgen Meyer (Ulm) Ursula Mogg Christoph Moosbauer Siegmar Mosdorf Michael Müller (Düsseldorf) Jutta Müller (Völklingen) Christian Müller (Zittau) Franz Müntefering Andrea Nahles Volker Neumann (Bramsche) Gerhard Neumann (Gotha) Dr. Edith Niehuis Dr. Rolf Niese Dietmar Nietan Günter Oesinghaus Eckhard Ohl Leyla Onur Manfred Opel Holger Ortel Adolf Ostertag Kurt Palis Albrecht Papenroth Dr. Martin Pfaff Georg Pfannenstein Johannes Pflug Joachim Poß Karin Rehbock-Zureich Dr. Carola Reimann Margot von Renesse Renate Rennebach Bernd Reuter Dr. Edelbert Richter Reinhold Robbe Gudrun Roos René Röspel Dr. Ernst Dieter Rossmann	Michael Roth (Heringen) Birgit Roth (Speyer) Gerhard Rübenkönig Marlene Rupprecht Thomas Sauer Dr. Hansjörg Schäfer Gudrun Schaich-Walch Rudolf Scharping Bernd Scheelen Dr. Hermann Scheer Siegfried Scheffler Horst Schild Dieter Schloten Horst Schmidbauer (Nürnberg) Ulla Schmidt (Aachen) Silvia Schmidt (Eisleben) Dagmar Schmidt (Meschede) Wilhelm Schmidt (Salzgitter) Regina Schmidt-Zadel Heinz Schmitt (Berg) Carsten Schneider Dr. Emil Schnell Walter Schöler Olaf Scholz Karsten Schönfeld Fritz Schösser Ottmar Schreiner Gisela Schröter Dr. Mathias Schubert Richard Schuhmann (Delitzsch) Brigitte Schulte (Hameln) Volkmar Schultz (Köln) Ewald Schurer Dr. R. Werner Schuster Dietmar Schütz (Oldenburg) Dr. Angelica Schwall-Düren Rolf Schwanitz Bodo Seidenthal Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk Dr. Cornelia Sonntag- Wolgast Wieland Sorge Wolfgang Spanier Dr. Margrit Spielmann Jörg-Otto Spiller Dr. Ditmar Staffelt Antje-Marie Steen Ludwig Stiegler Rolf Stöckel Rita Streb-Hesse Reinhold Strobl (Amberg) Dr. Peter Struck Joachim Stünker Joachim Tappe Jörg Tauss Jella Teuchner Dr. Gerald Thalheim Wolfgang Thierse Franz Thönnies Uta Titze-Stecher Adelheid Tröscher Rüdiger Veit Simone Violka Hans Georg Wagner Hedi Wegener Dr. Konstanze Wegner	Reinhard Weis (Stendal) Matthias Weisheit Gunter Weißgerber Gert Weisskirchen (Wiesloch) Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker Jochen Welt Dr. Rainer Wend Hildegard Wester Lydia Westrich Inge Wettig-Danielmeier Dr. Margrit Wetzel Dr. Norbert Wiczorek Jürgen Wiczorek (Böhlen) Heidemarie Wiczorek-Zeul Klaus Wiesehügel Brigitte Wimmer (Karlsruhe) Engelbert Wistuba Barbara Wittig Dr. Wolfgang Wodarg Verena Wohlleben Hanna Wolf (München) Heidemarie Wright Uta Zapf Dr. Christoph Zöpel Peter Zumkley	(C)
(B)	Monika Heubaum Reinhold Hiller (Lübeck) Gerd Höfer Jelena Hoffmann (Chemnitz) Walter Hoffmann (Darmstadt) Iris Hoffmann (Wismar) Frank Hofmann (Volkach) Ingrid Holzhüter Eike Hovermann Christel Humme Lothar Ibrügger Barbara Imhof Brunhilde Irber Gabriele Iwersen Renate Jäger Jann-Peter Janssen Ilse Janz Dr. Uwe Jens Volker Jung (Düsseldorf) Johannes Kahrs Ulrich Kasparick Sabine Kaspereit Hans-Peter Kemper Klaus Kirschner Siegrun Klemmer Hans-Ulrich Klose Fritz Rudolf Körper Karin Kortmann Anette Kramme Nicole Kressl Volker Kröning Angelika Krüger-Leißner Horst Kubatschka		Richard Schuhmann (Delitzsch) Brigitte Schulte (Hameln) Volkmar Schultz (Köln) Ewald Schurer Dr. R. Werner Schuster Dietmar Schütz (Oldenburg) Dr. Angelica Schwall-Düren Rolf Schwanitz Bodo Seidenthal Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk Dr. Cornelia Sonntag- Wolgast Wieland Sorge Wolfgang Spanier Dr. Margrit Spielmann Jörg-Otto Spiller Dr. Ditmar Staffelt Antje-Marie Steen Ludwig Stiegler Rolf Stöckel Rita Streb-Hesse Reinhold Strobl (Amberg) Dr. Peter Struck Joachim Stünker Joachim Tappe Jörg Tauss Jella Teuchner Dr. Gerald Thalheim Wolfgang Thierse Franz Thönnies Uta Titze-Stecher Adelheid Tröscher Rüdiger Veit Simone Violka Hans Georg Wagner Hedi Wegener Dr. Konstanze Wegner	Gila Altmann (Aurich) Marieluise Beck (Bremen) Volker Beck (Köln) Angelika Beer Matthias Berninger Grietje Bettin Annelie Buntentbach Ekin Deligöz Dr. Thea Dückert Dr. Uschi Eid Hans-Josef Fell Joseph Fischer (Frankfurt) Katrin Göring-Eckardt Rita Griebhaber Winfried Hermann Antje Hermenau Ulrike Höfken Michael Hustedt Monika Knoche Dr. Angelika Köster-Loßack Steffi Lemke Dr. Helmut Lippelt Dr. Reinhard Loske Oswald Metzger Kerstin Müller (Köln) Winfried Nachtwei Christa Nickels Cem Özdemir Simone Probst Christine Scheel Irmingard Schewe-Gerigk Rezzo Schlauch Albert Schmidt (Hitzhofen) Werner Schulz (Leipzig) Christian Simmert Christian Sterzing Hans-Christian Ströbele Jürgen Trittin	(D)
			BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		

Präsident Wolfgang Thierse

- | | | | | | |
|-----|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| (A) | Dr. Antje Vollmer
Dr. Ludger Volmer
Sylvia Voß
Helmut Wilhelm (Amberg) | Albrecht Feibel
Ulf Fink
Ingrid Fischbach
Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen) | Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Dr. Martina Krogmann
Dr. Paul Krüger
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg) | Dr. Klaus Rose
Kurt J. Rossmannith
Adolf Roth (Gießen)
Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Anita Schäfer
Dr. Wolfgang Schäuble
Hartmut Schauerte
Heinz Schemken
Gerhard Scheu
Bernd Schmidbauer
Christian Schmidt (Fürth)
Andreas Schmidt (Mülheim)
Birgit Schnieber-Jastram
Dr. Rupert Scholz
Reinhard Freiherr von Schorlemer | (C) |
| | CDU/CSU
Ulrich Adam
Ilse Aigner
Peter Altmaier
Dietrich Austermann
Norbert Barthle
Dr. Wolf Bauer
Günter Baumann
Brigitte Baumeister
Meinrad Belle
Dr. Sabine Bergmann-Pohl
Otto Bernhardt
Hans-Dirk Bierling
Renate Blank
Peter Bleser
Dr. Maria Böhmer
Sylvia Bonitz
Jochen Borchert
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Klaus Brähmig
Dr. Ralf Brauksiepe
Paul Breuer
Monika Brudlewsky
Georg Brunnhuber
Hartmut Büttner (Schönebeck)
Dankward Buwitt | Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Erich G. Fritz
Jochen-Konrad Fromme
Hans-Joachim Fuchtel
Dr. Jürgen Gehb
Norbert Geis
Dr. Heiner Geißler
Dr. Reinhard Göhner
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Kurt-Dieter Grill
Hermann Gröhe
Manfred Grund
Horst Günther (Duisburg)
Gottfried Haschke (Großhennersdorf)
Hansgeorg Hauser (Rednitzhembach)
Klaus-Jürgen Hedrich
Helmut Heiderich
Ursula Heinen
Manfred Heise
Siegfried Helias
Hans Jochen Henke
Peter Hintze
Klaus Hofbauer
Martin Hohmann
Klaus Holetschek
Josef Hollerith | Dr. Norbert Lammert
Helmut Lamp
Dr. Paul Laufs
Karl-Josef Laumann
Werner Lensing
Peter Letzgas
Ursula Lietz
Walter Link (Diepholz)
Eduard Lintner
Dr. Manfred Lischewski
Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid)
Dr. Michael Luther
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Erwin Marschewski (Recklinghausen)
Dr. Martin Mayer (Siegersbrunn)
Wolfgang Meckelburg
Dr. Michael Meister
Friedrich Merz
Hans Michelbach
Meinolf Michels
Bernward Müller (Jena)
Elmar Müller (Kirchheim)
Claudia Nolte
Günter Nooke
Franz Obermeier
Friedhelm Ost
Norbert Otto (Erfurt)
Dr. Peter Paziorek
Anton Pfeifer
Dr. Friedbert Pflüger
Ruprecht Polenz
Dr. Bernd Protzner
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Helmut Rauber
Christa Reichard (Dresden)
Erika Reinhardt
Hans-Peter Repnik
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Franz Romer
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr | Dr. Erika Schuchardt
Gerhard Schulz
Diethard Schütze (Berlin)
Clemens Schwalbe
Dr. Christian Schwarz-Schilling
Wilhelm-Josef Sebastian
Heinz Seiffert
Dr. h. c. Rudolf Seiters
Bernd Siebert
Bärbel Sothmann
Margarete Späte
Wolfgang Steiger
Andreas Storm
Dorothea Störr-Ritter
Max Straubinger
Matthäus Strebl
Thomas Strobl (Heilbronn)
Michael Stübgen
Dr. Susanne Tiemann
Edeltraut Töpfer
Gunnar Uldall
Arnold Vaatz
Andrea Voßhoff
Peter Weiß (Emmendingen)
Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Annette Widmann-Mauz
Heinz Wiese (Ehingen)
Hans-Otto Wilhelm (Mainz)
Klaus-Peter Willsch
Bernd Wilz
Werner Wittlich
Aribert Wolf
Wolfgang Zöllner | (D) |
| (B) | Manfred Carstens (Emstek)
Peter H. Carstensen (Nordstrand)
Leo Dautzenberg
Wolfgang Dehnel
Hubert Deitert
Albert Deß
Renate Diemers
Thomas Dörflinger
Hansjürgen Doss
Marie-Luise Dött
Maria Eichhorn
Rainer Eppelmann
Anke Eymer (Lübeck)
Ilse Falk
Dr. Hans Georg Faust | Dr. Karl-Heinz Hornhues
Siegfried Hornung
Joachim Hörster
Hubert Hüppe
Susanne Jaffke
Georg Janovsky
Dr.-Ing. Rainer Jork
Dr. Harald Kahl
Bartholomäus Kalb
Steffen Kampeter
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Volker Kauder
Eckart von Klaeden
Ulrich Klinkert
Norbert Königshofen
Eva-Maria Kors | | | |

Nun rufe ich den Kollegen Heinz Schemken, CDU/CSU-Fraktion auf.

Heinz Schemken (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatssekretär, wenn man einem anderen schon einen Fehler nachweisen kann und wenn Sie feststellen, dass Sie schon bei der seinerzeitigen Anhörung anderer Meinung waren, dann kann ich nicht verstehen, dass man zwei Jahre lang regiert, ohne diesen Fehler zu korrigieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber es kommt noch schlimmer: Dass man dann das Ergebnis der erneuten Anhörung zu dem vorliegenden Ge-

setz ignoriert und jetzt etwas beschließt, was von vornherein wieder darauf hinausläuft, für verfassungswidrig erklärt zu werden, und auch Unsicherheiten und Widersprüche auslöst, kann ich erst recht nicht verstehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

In der letzten Anhörung haben uns alle Beteiligten – egal, ob es die Vertreter der Gewerkschaften, der Sozialversicherungsträger, der Wirtschaft oder des Handwerks waren – eindeutig darauf hingewiesen, dass das, was Sie beschlossen haben, eine **Ungleichbehandlung** darstellt und dass dagegen vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt werden wird.

Heinz Schemken

- (A) Das Senken der **Bemessungsgrundlage für die Beiträge der Arbeitslosenhilfeempfänger** reißt ein weiteres Loch in die Kassen der ohnehin schon gebeutelten Krankenversicherungen. Das gilt im Übrigen auch für die Pflegeversicherung. Hier entsteht ein Loch von 400 Millionen DM. Dadurch werden die Rücklagen der Pflegeversicherung belastet und zu einer fragwürdigen Größe, und das, obwohl es dringend notwendig ist, die Pflege insbesondere um Leistungen für Demenzzranke zu ergänzen. Warum erwähne ich das? Ich erwähne das, weil Sie den eigentlich wichtigen Fragen, die mit dieser eher unbedeutenden Gesetzesinitiative zusammenhängen, wenig Beachtung geschenkt haben. Mit diesen möchte ich mich jetzt beschäftigen.

Zur Finanzierung der durch längerfristige **Arbeitslosigkeit** entstehenden Kosten in der Arbeitslosenversicherung, für die eigentlich der Bund verantwortlich ist, werden – das ist unsolid – die durch die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse erzielten zusätzlichen Einnahmen verwendet.

Übrigens, Herr Staatssekretär, ein Wort zum Aufwuchs bei den **Arbeitsplätzen**: Der Bundesfinanzminister hat soeben davon gesprochen, dass 1998, 1999 und 2000 insgesamt 1 Million neuer Arbeitsplätze entstanden seien. Man muss gerechterweise hinzufügen, dass ein Teil dieser neuen Arbeitsplätze, etwa 400 000, 1998, also während der Zeit der Vorgängerregierung, geschaffen worden sind.

- (B) Zurück zu den **Krankenkassen**: Nach den Berechnungen der Krankenkassen reichen die Mehreinnahmen in Höhe von 1,2 Millionen DM, die sie aufgrund der Umschichtung zulasten der Arbeitslosenversicherung haben, nicht einmal annähernd aus, um dem Desaster in der Krankenversicherung entgegenzuwirken. Angesichts der Tatsache, dass die Krankenkassen 1999 nur knappe Überschüsse aufweisen konnten, müssen weitere Belastungen der Krankenkassen automatisch zu Beitragssatzerhöhungen führen, die unvermeidlich sein werden. Dies zeigt die defizitäre Bilanz für das Jahr 2000 schon jetzt.

Die ungerechte Behandlung bei den rückwirkenden Zahlungen des Krankengeldes widerspricht jeglichem **Vertrauensschutz**. Die Spitzenverbände der Sozialversicherungsträger hatten in der Vergangenheit deutlich gemacht, dass ein Widerspruch gegen Krankengeldbescheide zur Wahrung etwaiger Ansprüche aufgrund der Verfassungsbeschwerde nicht notwendig ist. Öffentlich wurde von den Krankenkassen verkündet, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hinsichtlich der Beitragserhebung für das Krankengeld auf gleichgelagerte Sachverhalte anzuwenden. Auf diesen Beschluss haben sowohl die Sozialversicherungsträger als auch das Bundesarbeitsministerium – Herr Staatssekretär Andres, daran möchte ich Sie erinnern – die Versicherten immer wieder hingewiesen. Darauf haben sich die Versicherten verlassen. Nun wird das Vertrauen erschüttert und das Wort erneut gebrochen.

Zudem wird mit der geplanten Änderung des § 44 SGB X ein grundlegender Pfeiler unserer sozialversicherungsrechtlichen Rechtsordnung zerstört. Nach der Kernaussage dieser Vorschrift sind die Interessen der Bürger

gegenüber der Bestandskraft von Verwaltungsakten vorrangig. (C)

Abzulehnen sind auch die Regelungen – wir alle haben noch die glanzvollen Ausführungen der Koalitionsfraktionen anlässlich der gerade erfolgten Verabschiedung des Haushalts vor Augen –, mit denen ab dem Jahr 2001 die Kosten vom Bund auf die Bundesanstalt für Arbeit verlagert werden.

Es gibt keine sachliche Begründung dafür, dass die Finanzierungsgrundlage für die **Strukturanpassungsmaßnahmen** geändert werden soll. Die finanzielle Beteiligung des Bundes war und ist unserer Meinung nach insbesondere dadurch begründet, dass diese Maßnahmen die Arbeitslosenhilfeempfänger einbeziehen. Deshalb muss das sich daraus ergebende Risiko im Bundeshaushalt durch allgemeine Steuern abgedeckt werden. Daran vermag auch die beabsichtigte Änderung des § 274 des SGB III, die Sie hiermit umsetzen wollen, wonach künftig Arbeitslosenhilfeempfänger nur noch in angemessenem Umfang einbezogen werden sollen, nichts zu ändern. Es wäre sachlich und politisch nicht zu rechtfertigen, Arbeitslosenhilfeempfängern den Zugang zu Strukturanpassungsmaßnahmen mit der Begründung zu verschließen, dass sich der Bund nicht mehr an der Finanzierung beteiligt. Vielmehr ist es so, dass er sich seiner Verantwortung für diese Finanzierung entzieht.

Ebenfalls nicht gerechtfertigt ist die Übertragung der finanziellen Lasten – das darf ich auch noch einmal feststellen – für das **Langzeitarbeitslosenprogramm** auf die Bundesanstalt für Arbeit und damit auf die Beitragszahler.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ein ständiges Hin und Her!) (D)

Bei dieser Maßnahme handelt es sich nämlich – da müssten Sie sich eigentlich ans Portepée fassen lassen – um ein Bundesprogramm. Die Erfolge des Sonderprogramms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit rechnen Sie sich selbstbewusst und lauthals zu; von daher dürfen auch die Kosten für dieses von Ihnen aufgelegte Programm nicht auf die Beitragszahler abgewälzt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Nachholen von Schulabschlüssen oder anderen Abschlüssen zu ermöglichen ist eine allgemeine staatliche Aufgabe; zu deren Finanzierung können nicht die Beitragszahler verpflichtet werden. Hiermit wird zugleich auch Ihre Aussage aufgekündigt, ein Programm für die jungen Menschen aufzulegen; jetzt geht es nämlich in eine völlig andere Richtung. Dieses Sonderprogramm – da stehen Sie im Wort – ist durch Steuern zu finanzieren.

Ich weise auf weitere Sanierungstricks auf Kosten der betroffenen Beitragszahler hin: 1,7 Milliarden DM macht das bei Strukturanpassungsmaßnahmen aus, 750 Millionen DM beim Sonderprogramm für Langzeitarbeitslose, 400 Millionen DM bei der Absenkung des Pflichtversicherungsbeitrages für Arbeitslosenhilfebezieher,

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist das!)

1,2 Milliarden DM bei der Absenkung des Krankenversicherungsbeitrages für Arbeitslosenhilfebezieher,

Heinz Schemken

- (A) 535 Millionen DM bei der Absenkung des Rentenversicherungsbeitrages für Wehr- und Zivildienstleistende und 4,1 Milliarden DM bei der Absenkung des Rentenversicherungsbeitrages für Arbeitslosenhilfempfänger,

(Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Da wird ein ganzer Zug verschoben!)

und zwar zum Schaden von Leuten, die eh schon in Zukunft nur eine geringe Rente bekommen. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollen nun auch noch das JUMP-Programm mit 1,4 Milliarden DM finanzieren.

Die Abgabe der Verantwortung für diese finanziellen Lasten zugunsten des Bundeshaushalts an andere – auf diese Weise kann man gut aus anderer Leute Leder Riemen schneiden – tragen wir nicht mit. Die Sozialversicherungssysteme sind durch diese Mehrbelastung in Höhe von rund 10 Milliarden DM in gravierender Weise betroffen, weil dieses Geld dann in der Tat die Beitragszahler aufzubringen haben.

Die **Solidargemeinschaft der Beitragszahler** – das sollten wir uns auch einmal ehrlich und offen eingestehen und es den Bürgern draußen mitteilen –, die zu Zeiten hoher Arbeitslosigkeit zwangsläufig höhere Beiträge zu zahlen hat, sollte eigentlich darauf vertrauen können

(Zuruf des Abg. Karl-Josef Laumann [CDU/CSU])

- das sage ich hier ausdrücklich, lieber Karl-Josef Laumann –, dass der Staat so gerecht handelt, dass die Beiträge dann gesenkt werden, wenn sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt, wie es jetzt der Fall ist, entspannt.
- (B)

Präsident Wolfgang Thierse: Kollege Schemken, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Laumann?

Heinz Schemken (CDU/CSU): Bitte schön, Herr Laumann.

(Widerspruch bei der SPD)

Karl-Josef Laumann [CDU/CSU]: Herr Kollege Schemken, Sie haben eben sehr eindrucksvoll dargestellt, welche Lasten zugunsten des Bundeshaushalts den Sozialversicherungen aufgebürdet werden sollen.

(Zuruf von der SPD: Was hat das mit dem Einmalzahlungs-Neuregelungsgesetz zu tun?)

Können Sie mir denn auch bestätigen, dass die Absenkung der **Zahlungen für die Bezieher von Arbeitslosenhilfe in die Rentenversicherung** für einen Arbeitslosen bedeutet, dass er im Jahr statt eines Rentenanspruchs von 39 DM Rente nur noch einen Anspruch von 15 DM erwirbt und dass man durch die Verschiebung bei den Zivildienstleistenden dafür sorgt, dass ein Zivildienstleistender demnächst dann, wenn er Rentner ist, 100 DM weniger Rente hat, weil der Staat die **Rentenversicherungsbeiträge für Zivildienstleistende** gekürzt hat? Wie beurteilen Sie als sozialpolitisch erfahrener Mann eigent-

lich eine solche Tat gerade gegenüber den jungen Leuten, die einen schweren Dienst in Altenheimen verrichten? (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Heinz Schemken (CDU/CSU): Herr Kollege Laumann, ich hatte soeben schon darauf hingewiesen: Die Wirkung dieses Eingriffs in eine bisher gesetzlich festgelegte Regelung trifft natürlich den, der ohnehin nur mit einer geringen Rente zu rechnen hat und im Grunde am Rande des Existenzminimums liegt. Aber eigentlich hätten wir beide das auch außerhalb besprechen können,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

weil es natürlich, meine Damen und Herren von der Koalition, im Kontext Ihrer Rentenphilosophie und Ihrer Rentenpolitik liegt, für immer mehr Menschen immer weniger Rente zu sichern. Das ist der Gesichtspunkt, der uns in den nächsten drei Monaten auch noch beschäftigen wird.

Ich kann Ihnen dies also nur voll bestätigen, es ist so, und wir werden dies für unseren Teil auch nicht zulassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich habe bereits auf den Zusammenhang hingewiesen, dass wir dann, wenn die Arbeitslosigkeit zurückgeht, ein Nachdenken über die **Senkung von Beiträgen** erwarten, nicht aber die **Finanzierung von Fremdleistungen**. Im Hinblick auf die Bewertung der Fremdleistungen haben Sie in den vergangenen zehn Jahren immer kritisiert, insbesondere seit der Wiedervereinigung, dass Fremdleistungen nicht in die Sozialversicherungssysteme hineinpassen. Sie buckeln hier um und packen das auf die Schultern der Beitragszahler.

(D)

Wir sind der Meinung, Beiträge müssen gesenkt werden. Das schafft Spielräume in den Betrieben, das schafft Spielräume für Investitionen, und Investitionen bringen Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben auf diesen Gesichtspunkt hingewiesen, auch bei den Haushaltsberatungen, haben entsprechende Anträge gestellt, aber auch auf diesem Hintergrund und weil Sie in diesem Gesetz die Bundesanstalt für Arbeit mit 2,34 Milliarden DM mehr belasten, sehen wir keine Möglichkeit, diesem Gesetz zuzustimmen. Sie waren nicht bereit, unseren Empfehlungen zu folgen, und deshalb lehnen wir dieses unsoziale Gesetz ab.

Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Andrea Nahles [SPD]: Was ist denn daran unsozial? Das ist ja wirklich unverschämt!)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile der Kollegin Katrin Göring-Eckardt, Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

(A) **Katrin Göring-Eckardt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Lassen Sie mich vielleicht doch noch einmal kurz auf das Gesetz eingehen, über das wir hier zu beraten haben. Ich hoffe, dass aus meiner Fraktion keine Zwischenfragen gestellt werden.

(Zuruf von der SPD: Zumindest sind vorab keine bestellt!)

Lieber Herr Schemken, was Sie gerade als Begründung dafür, dass Sie diesem Gesetz nicht zustimmen werden, gesagt haben, wundert mich dann doch, weil es ja um etwas geht, was wir in unserer Regierungsverantwortung jetzt heilen, obwohl schon in Ihrer Regierungszeit vorzuzusehen gewesen war, dass es eindeutig verfassungswidrig war.

Möglicherweise kann man noch anderer Meinung darüber sein, wie man das heilen soll. Die F.D.P. hat ja dazu auch einen entsprechenden Vorschlag gemacht, auf den Herr Andres eingegangen ist. Ich will dem noch ein anderes Argument hinzufügen.

Wenn man auf die Beiträge verzichtet hätte, dann wären das nicht nur Einnahmeverluste gewesen, von denen ich finde, dass wir sie uns nicht leisten können, weil den Leistungen natürlich auch Beiträge gegenüberstehen müssen. Es hätte auch dazu geführt, dass selbstverständlich bestimmte **Lohnzahlungen auf Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld** verschoben worden wären, um eben auch auf Arbeitgeberseite **Sozialbeiträge** zu sparen. Ich glaube, das kann nicht der Sinn eines solchen Gesetzes sein.

(B) (Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Zu den 400 000 Arbeitsplätzen, von denen Sie gesprochen haben und die im Jahr 1998 geschaffen worden seien, würde ich Sie gern an etwas erinnern, worauf ich mich als Ostdeutsche gut besinnen kann: Dabei hat es sich im Wesentlichen um Wahl-ABM gehandelt und nicht um echte arbeitsmarktpolitische Erfolge.

Damit bin ich auch bei einem anderen Punkt, den dieser Gesetzentwurf enthält, nämlich bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die wir fortsetzen, weil wir sie sinnvoll finden. Das gilt beispielsweise für **Strukturangepassungsmaßnahmen**, die ja dazu führen, dass das häufig benutzte Karussell von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – jemand kommt in eine solche Maßnahme, arbeitet sich ein, und wenn er es dann kann, muss er schon wieder aufhören – durchbrochen wird. Ich finde diese Maßnahme sinnvoll. Deswegen sollte sie auch fortgesetzt werden.

Ebenso sinnvoll finde ich, dass wir bei den Zuschüssen für die **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** dafür sorgen, dass auch Träger, die keine oder nur eine sehr geringe Finanzkraft aufweisen, solche Maßnahmen anbieten können. Das gilt insbesondere für die Wohlfahrtsverbände, für kleine Vereine im Umweltbereich oder auch für Kirchengemeinden. Diese sinnvollen Regelungen, die Sie angeregt haben, werden wir fortsetzen.

Der eigentliche Erfolg unserer Politik ist auf dem **ersten Arbeitsmarkt** zu finden. Darüber haben Sie leider nur

wenig gesagt. Das gilt besonders für die Beitragsbelastung, die wir senken. Inzwischen zeigt sich auch, wie wir gestern gehört haben, in Ostdeutschland ein Erfolg auf dem ersten Arbeitsmarkt. Das ist der entscheidende Punkt. (C)

Sie haben gesagt, wir hätten die Anhörung nicht ernst genommen. Sie wissen aber, dass auch von der Koalition Änderungsanträge gestellt wurden, gerade weil wir das, was auf der Anhörung gesagt wurde, ernst genommen haben. Ich erwähne beispielsweise die Erörterung der Frage, ob die Einmalzahlungen rückwirkend auf individueller oder auf pauschaler Basis berücksichtigt werden. Wir haben uns nach der Anhörung und nach den Versicherungen der Kassen, der bürokratische Aufwand sei nicht so hoch, dafür entschieden, eine individuelle Regelung zu treffen. Im Gesetzentwurf war ursprünglich eine pauschale Regelung vorgesehen, weil wir befürchtet hatten, dass sonst ein extrem hoher bürokratischer Aufwand droht.

Ich glaube, die Regelung auf individueller Basis ist der richtige Weg, weil wir damit Ungerechtigkeiten – auch Überzahlungen – vermeiden und auf diese Weise dafür sorgen, dass die Menschen das bekommen, was ihnen zusteht. Diese Regelung ist vertretbar; denn die Spitzenverbände der Kassen haben uns gesagt, der bürokratische Aufwand sei nicht so hoch, wie wir ursprünglich angenommen haben. Sie können also sicher sein, dass wir das, was in der Anhörung gesagt wurde, sehr ernsthaft ausgewertet haben.

Wir haben das umgesetzt, was uns – eigentlich müsste man sagen: Ihnen – durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil vorgegeben wurde. Sie sollten in Zukunft bei Ihren Stellungnahmen zu Urteilen des Bundesverfassungsgerichts berücksichtigen, dass wir bei der Umsetzung von Urteilen den Grundsatz beachten müssen, dass nicht neue Ungerechtigkeiten entstehen. Das gewährleisten wir mit diesem Gesetz. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung. (D)

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Wolfgang Thierse: Nun hat der Kollege Heinrich Kolb, F.D.P.-Fraktion, das Wort.

Dr. Heinrich L. Kolb (F.D.P.): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zunächst an Herrn Staatssekretär Andres wenden, der wie so viele Kollegen aus der rot-grünen Koalition jede Rede damit beginnt, es sei alles so furchtbar schrecklich, was er von uns übernommen hat.

(Erika Lotz [SPD]: 1,5 Billionen DM Schulden!)

Herr Kollege Andres, Sie müssen sich schon entscheiden, ob Sie regieren wollen oder nicht.

(Lachen bei der SPD – Franz Thönnies [SPD]: Das haben wir schon lange entschieden, Herr Kollege! Für die kommenden vier Jahre auch!)

Dr. Heinrich L. Kolb

- (A) Ich habe gestern schon einmal gesagt: Eine Erbschaft umfasst Soll und Haben; das eine gehört dazu wie das andere. Über die 100 Milliarden DM aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen haben Sie sich ja auch nicht beschwert. Wenn Sie nicht regieren können, dann sagen Sie es dem Volk. Wir stehen bereit, die Regierung von Ihnen wieder zu übernehmen.

(Beifall bei der F.D.P. – Lachen bei der SPD – Andrea Nahles [SPD]: Da kriegen wir aber Angst! – Weiterer Zuruf von der SPD: Mit diesem Schreck sollen wir ins Wochenende gehen?)

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber die Wahl gelassen, entweder die Einmalzahlungen, auf die Beiträge erhoben wurden, bei der Gewährung von Leistungen zu berücksichtigen oder aber die Einmalzahlungen von Sozialversicherungsbeiträgen freizustellen. Das Letztere hätte zwar die Wirkung, dass die Einnahmen der Sozialkassen geringer sind.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das interessiert Sie ja auch nicht!)

Dafür aber – das ist aus unserer Sicht ein ganz entscheidender Punkt, Frau Dückert – hätten die Arbeitgeber geringere Lohnzusatzkosten und die Arbeitnehmer netto mehr Geld in der Tasche als bisher.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Diesen Schritt machen wir doch im Gegensatz zu Ihnen! Wir senken doch die Sozialbeiträge!)

- (B) Keiner würde auch nur einen Pfennig weniger an Leistung bekommen als bisher. Auch hätte die Arbeitslosenversicherung keine einzige Leistung einschränken müssen. Aus unserer Sicht wäre dies die sachgerechtere Lösung gewesen. Wir bedauern sehr, dass Sie sich mit dem vorgelegten Gesetzentwurf nicht für diese Lösung, sondern für den anderen Weg entschieden haben.

Ich kann Ihnen nicht zustimmen, wenn Sie behaupten, Ihre Lösung sei günstiger als die andere. Im Gegenteil: Dass die andere Lösung nicht sinnvoll ist, ist von Ihnen nie geprüft oder rechnerisch nachgewiesen worden.

Jetzt liegt Ihr Gesetzentwurf zur Neuregelung auf dem Tisch. Man muss sich schon fragen, warum nur diejenigen rückwirkend in den Genuss der Leistungsausweitung kommen sollen, die gegen ihre Bescheide Widerspruch eingelegt haben. Viele Bürger haben sich auf die Informationen der Krankenkassen oder ihrer Gewerkschaftsvertreter verlassen, dass letztlich für alle gesorgt sein wird. Jetzt aber sollen diejenigen, deren Bescheid schon bestandskräftig ist, leer ausgehen.

Man kann nun mit dem Kollegen Schemken darüber streiten, ob das verfassungswidrig ist oder nicht. Aber eines ist klar: Es ist auf jeden Fall ungerecht, dass Beziehern von Kranken-, Verletzten- oder Übergangsgeld, die dafür Sozialversicherungsbeiträge gezahlt haben, keine **Nachzahlungen** gewährt werden. Das heißt, die Bürger in diesem Lande kommen nicht auf ihre Kosten, sondern bleiben auf ihren Kosten sitzen. Das ist alles andere als sozial gerecht. Hier werden mal wieder nach altem Muster fi-

nanzielle Lasten vom Bundeshaushalt auf die Beitragszahler abgewälzt. Dies werden wir nicht mitmachen. (C)

Im Übrigen ist alles Mögliche in diesen Gesetzentwurf hineingestopft worden. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden trotz ihrer Ineffektivität beibehalten. Dafür soll der steuerfinanzierte Anteil für diverse arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, zum Beispiel für Strukturanpassungsmaßnahmen, wegfallen. Das heißt, diese Programme werden ebenso wie die Kosten für die Fortsetzung des Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und für das Langzeitarbeitsprogramm in den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit verschoben, und zwar zulasten der Beitragszahler und zum Preis höherer Lohnnebenkosten. Abgesehen davon wird diesem Hohen Hause dadurch die Kontrolle über diese Mittel entzogen. Auch damit sind wir in keinem Falle einverstanden.

Sie geben mit diesem Gesetz das falsche Signal. Es gibt keinen Anreiz für mehr Beschäftigung. Im Gegenteil: Durch zusätzliche Belastungen werden jegliche Anreize im Keim erstickt. Sie nähern die Transferleistungen den Arbeitseinkommen wieder einmal weiter an. Deswegen ist dieser Gesetzentwurf beschäftigungsfeindlich und gehört in den Papierkorb.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Wolfgang Thierse: Zu einer Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Gerd Andres das Wort. (D)

Gerd Andres, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Ich möchte nur eine kurze Antwort auf die Bemerkung von Herrn Kolb geben, dass wir uns entscheiden müssten, ob wir regieren wollen oder nicht. Ich kann Ihnen frohen Herzens sagen, dass ich gerne regiere. Das ändert aber überhaupt nichts an der Tatsache, dass wir viel Müll wegräumen müssen, den Sie uns hinterlassen haben.

Ich möchte es wiederholen: Als Sie damals noch in der Koalition waren, haben Sie von den Menschen jahrelang Beiträge gefordert, ohne ihnen eine entsprechende Leistung zu gewähren. Das ist verfassungswidrig – das hat das Bundesverfassungsgericht bestätigt – und das beenden wir mit diesem Gesetz.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Wolfgang Thierse: Kollege Kolb, Sie können erwidern.

Dr. Heinrich L. Kolb (F.D.P.): Mit Blick auf die Zeit nur wenige Sätze: Sie reden bei jeder Gelegenheit davon, dass Sie die Lohnnebenkosten senken wollen. Hier hätten Sie die Gelegenheit gehabt, die Beitragszahler zu entlasten. Diese Chance haben Sie nicht genutzt. Deswegen haben Sie hier zu Recht Schelte und Prügel bezogen.

- (A) **Präsident Wolfgang Thierse:** Ich erteile der Kollegin Pia Maier, PDS-Fraktion, das Wort.

Pia Maier (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Disput zwischen Herrn Kolb und Herrn Andres hat mir noch einmal deutlich gemacht, warum mir eine rot-grüne Bundesregierung doch ein wenig lieber ist als die letzte. Herr Andres hat zumindest gesagt, dass es ihm Leid tut, dass er nicht alles so regeln kann, wie er es gerne möchte, weil es zu viel Geld kostet; dazu werde ich Ihnen natürlich auch noch einen Vorwurf machen. Herrn Kolb hingegen geht das, was jetzt geregelt worden ist, immer noch nicht weit genug.

Es ist immerhin ein Fortschritt in der Beratung des Einmalzahlungs-Neuregelungsgesetzes, dass jetzt auch die CDU/CSU und die F.D.P. verstanden haben, was verfassungsgemäß ist und was nicht. Ich denke, damit haben Sie, werte Bundesregierung, zumindest einen Bildungsauftrag erfüllt. Dafür herzlichen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Herr Andres hat durchaus bedauert, dass die **Altfälle** nicht besser geregelt werden können. Ich fürchte, dass die Betroffenen selber für eine entsprechende Regelung sorgen werden. Sie haben natürlich das Recht, dagegen zu klagen und das Ganze noch einmal vor das Bundesverfassungsgericht zu bringen. So kann auch für diejenigen eine ordentliche Lösung herbeigeführt werden, denen die Spitzenverbände gesagt haben: Ihr braucht nicht zu klagen, der Gesetzgeber wird das regeln. Es gibt einen Vorbehalt, der die Betroffenen schützt. Ich fürchte, Sie werden nicht darum herkommen, die Fälle noch einmal aufzurollen und dies im Sinne der Betroffenen zu regeln.

(B)

(Beifall bei der PDS)

Der zentrale Punkt meiner Kritik an dem Gesetzespaket ist aber, dass Sie die Arbeitslosenhilfeempfängerinnen und -empfänger von der Neuregelung explizit ausnehmen. **Arbeitslosenhilfe** wird von Ihnen richtigerweise als Sozialleistung definiert, bei der Berechnung der Arbeitslosenhilfe aber werden, Einmalzahlungen nicht berücksichtigt, weil – das steht in der Begründung zum Gesetzentwurf – kein Anreiz dafür geschaffen werden soll, in der Arbeitslosenhilfe zu bleiben. Dadurch entsteht natürlich für die Betroffenen die Situation, dass beim Bezug von Arbeitslosengeld die Einmalzahlungen berücksichtigt werden, während sich nach dem Abstieg in die Arbeitslosenhilfe die Bemessungsgrundlage ändert. Ein solches Vorgehen widerspricht dem gesunden Menschenverstand und jeglichem Gerechtigkeitsempfinden.

(Doris Barnett [SPD]: Nein! Das sind unterschiedliche Finanzierungsformen!)

– Frau Barnett, Sie widersprechen mir. Ich habe den Gesetzentwurf aber gelesen und ihn so verstanden; mir ist im Ausschuss auch nicht widersprochen worden. Auch in den Anhörungen ist deutlich geworden, dass Sie die Arbeitslosenhilfeempfängerinnen und -empfänger deutlich anders behandeln.

(Doris Barnett [SPD]: Es wird anders finanziert!)

– Ja, es wird anders finanziert, aber das ändert nichts an der Tatsache, dass eine solche Ungleichbehandlung für den Betroffenen nicht nachvollziehbar ist. (C)

(Doris Barnett [SPD]: Das eine sind Beiträge, das andere sind Steuern! Das ist doch ein himmelweiter Unterschied!)

– Es gibt nicht nur die Beitragsgerechtigkeit, sondern auch ein natürliches Gerechtigkeitsempfinden. Ich finde, Sie hätten in diesem Punkt etwas großzügiger sein können.

(Beifall bei der PDS)

Zum Abschluss: Es ist gut, dass Sie die Dauer der **arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen**, die mit diesem Gesetz verbunden sind, verlängern. Es ist aber schade, dass Sie die Finanzierung von Maßnahmen, die eigentlich in der Verantwortung aller Menschen stehen, auf die Schultern der Beitragszahler verlagern. Das wäre nicht notwendig gewesen. Die Bundesanstalt für Arbeit könnte die Mittel aus den Beiträgen auch für andere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sinnvoll einsetzen. Sie haben aber mit dem vorliegenden Haushalt bereits vollendete Tatsachen geschaffen.

Danke.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile das Wort dem Kollegen Franz Thönnnes, SPD-Fraktion.

Franz Thönnnes (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Verabschiedung des Einmalzahlungs-Neuregelungsgesetzes werden wir mehr Beitragsgerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit und Verfassungsgerechtigkeit herstellen. (D)

(Beifall der Abg. Andrea Nahles [SPD])

Die Arbeitslosen- und die Krankengeldbezieher erhalten endlich die Ihnen im Verhältnis zu ihren Beiträgen zustehenden Lohnersatzleistung. Die soziale Ungerechtigkeit der alten Bundesregierung wird korrigiert; es lag ein zweimaliger Verstoß gegen das Verfassungsrecht vor. Das **Bundesverfassungsgericht** – wir haben es gehört – hat am 21. Juni 2000 und bereits 1995 entschieden, dass die von Ihnen verabschiedeten Regelungen verfassungswidrig sind. Die Aussage des Bundesverfassungsgerichts ist eindeutig:

Für die vom Gesetzgeber vorgenommene Einschätzung der künftigen Entwicklung bei den Lohnersatzleistungen waren schon zum Zeitpunkt der Gesetzesberatungen keine hinreichenden Anhaltspunkte vorhanden.

Unsere Koalition macht jetzt mit der verfassungswidrigen Benachteiligung von Arbeitslosen und Kranken Schluss.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Die Experten in der Anhörung haben es anders gesehen!)

Franz Thönnies

- (A) Damit wird auch eine weitere sozial ungerechte Hinterlassenschaft der alten Regierung beseitigt.

Die Bundesregierung hat unverzüglich nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gehandelt. Bereits seit Juli dieses Jahres ist durch eine unbürokratische Pauschalregelung das Arbeitslosen- und Unterhaltsgeld angehoben worden. Zudem gibt es eine Pauschalzahlung in Höhe von 10 Prozent für die Alt- und Übergangsfälle. Ab dem 1. Januar 2001 wird es eine individuelle Berechnung geben. Damit ist klar geregelt: Einmalzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld werden sich leistungserhöhend auf die Lohnersatzleistungen auswirken. Das gilt für das Arbeitslosengeld, das Unterhaltsgeld, das Krankengeld, das Übergangsgeld und das Verletztengeld.

Dadurch steigen die Lohnersatzleistungen um circa 8 Prozent. Das ist eine Stärkung des Versicherungsprinzips. Beitragsgerechtigkeit und Verfassungsgerechtigkeit werden hier wieder hergestellt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Tun Sie nicht so, als hätten wir die Äußerungen in der Anhörung überhört. Wir haben den Vertretern der **Krankenkassen** sehr gut zugehört. Wir sind auf ihre Anregungen eingegangen. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass eine individuelle Berechnung nach hinten sehr viel leichter für sie möglich ist. Wir haben geregelt, dass die nicht bestandskräftigen Altfälle einbezogen werden. Wir haben von der Pauschalregelung Abstand genommen.

- (B) Sich nun hierhin zu stellen und zu sagen, wir sollten die Beiträge senken, ist etwas verlogen. Der Bundesanstalt für Arbeit entstehen bereits im Jahr 2000 Mehrkosten von 2,4 Milliarden DM. Im Jahr 2001 werden die Mehrkosten bei 3,7 Milliarden DM liegen und in den Folgejahren bei 3 Milliarden DM. Würde man rückwirkend alle Ansprüche befriedigen, wären 18 Milliarden DM aufzuwenden. Hätten Sie nicht diese Fehler gemacht, hätte Sie nicht gegen die Verfassung verstoßen, gäbe es Spielraum, die Beitragssätze um 0,25 Prozent zu senken. Wir müssen jetzt Ihre Lasten abtragen. Deswegen ist es unverschämte, wenn Sie sich heute hierhin stellen und sagen, wir müssten die Beiträge senken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Abschließend will ich auf die **beschäftigungsfördernde Komponente** hinweisen, die mit dieser gesetzlichen Regelung verbunden ist. Wir haben die Situation, dass im Rahmen der Strukturanpassungsmaßnahmen nur bis zum 31. Dezember 2002 eine Förderung mit Lohnkostenzuschüssen möglich ist. Mit der Verlängerung dieser Regelung bis zum Jahr 2006 schaffen wir die Möglichkeit, eine verlässliche und verstetigte Arbeitsmarktpolitik für die Länder, die Kommunen und die Träger der Beschäftigungsmaßnahmen herzustellen. In den neuen Ländern wird sich diese Regelung positiv auswirken. Allein dort haben bereits im September gut 90 000 Menschen in dieser Beschäftigungsform gearbeitet.

Das Gleiche gilt für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Auch diese Regelungen verlängern wir, und zwar bis zum 31. Dezember 2002. Damit tragen wir dazu bei, dass auch weiterhin ein Lohnkostenzuschuss bis zu 100 Prozent des Arbeitsentgeltes gewährt werden kann.

Ebenso wichtig ist die gleichzeitige Verlängerung der Regelung des Anspruchs auf Struktur-Kurzarbeitergeld in Verbindung mit Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen. Arbeitslosigkeit und Weiterbildung werden hier sinnvoll miteinander verbunden. Dies dient der Beschäftigungssicherung und dazu, dass Menschen wieder in den Arbeitsmarkt kommen. (C)

Vor diesem Hintergrund möchte ich an die Bemerkung von Frau Maier erinnern. Frau Maier, die Arbeitslosenhilfe ist steuerfinanziert;

(Pia Maier [PDS]: Das brauchen Sie mir nicht zu sagen!)

Da es keine „13. Beitragsleistung“ gibt, ist es falsch, hier zu fordern, es müsse eine Gegenleistung geben.

Ich fasse zusammen: Wir schaffen Beitrags- und Verfassungsgerechtigkeit. Wir schaffen Verlässlichkeit und Planbarkeit in der Arbeitsmarktpolitik. In Richtung F.D.P. sage ich: Wir stärken das Vertrauen in die bewährten sozialen Sicherungssysteme in Deutschland.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Einmalzahlungs-Neuregelungsgesetzes, Drucksachen 14/4371, 14/4409 und 14/4743.

Dazu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/4859 vor, über den wir zuerst abstimmen. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen des Hauses gegen die Stimmen der PDS abgelehnt. (D)

Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen angenommen.

Wir kommen zur

dritten Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt VI auf:

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Reform des Zivilprozesses**

– Drucksache 14/4722 –

Überweisungsvorschlag:
Rechtsausschuss

Franz Thönnies

- (A) Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Bundesministerin Dr. Herta Däubler-Gmelin das Wort.

Dr. Herta Däubler-Gmelin, Bundesministerin der Justiz: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten die ZPO-Novelle heute zum zweiten Mal in erster Lesung. Dass wir das zum zweiten Mal tun, ist die Erklärung für die kurze Beratungsdauer und für den Zeitpunkt, an einem Freitagnachmittag.

Vor gut vier Monaten, vor der Sommerpause, haben wir die erste Lesung dieses Gesetzentwurfs zum ersten Mal durchgeführt. Der Gesetzentwurf war von den Koalitionsfraktionen eingebracht worden. Damals ist viel über den Inhalt, aber auch über das Verfahren gesagt worden. Wir fanden es etwas merkwürdig, mit welchen Worten ausgerechnet die CDU/CSU-Opposition das Vorgehen, den Gesetzentwurf doppelt – einmal seitens der Koalitionsfraktionen und einmal seitens der Bundesregierung – in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen, geißelte. Wir haben das **Doppelverfahren** vor vier Monaten gewählt, um die Zeit für öffentliche Diskussionen erheblich zu verlängern. Die Richtigkeit dieses Vorgehens war völlig klar; das zeigt sich auch jetzt.

- (B) Dieses Vorgehen entspricht der von uns eingeführten Praxis, die Transparenz der Gesetzgebung in der breiten Öffentlichkeit, also nicht allein gegenüber den Verbänden, sondern auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, zu verbessern. Dieses Ziel haben wir dadurch zu erreichen versucht, dass wir den Referentenentwurf und weitere Entwürfe zur unmittelbaren öffentlichen Diskussion nicht nur versandt, sondern auch ins Internet gestellt haben.

Wir haben die vergangenen vier Monate außerordentlich gut genutzt. Wir haben mit allen diskutiert, die dazu bereit waren – mit Menschen, die nicht der Auffassung sind, dass persönliche Injurien oder irgendwelche parteitaktisch motivierten Zurückweisungen Sachargumente ersetzen –, und zwar sehr häufig, in sehr vielen Veranstaltungen: mit Richterinnen, Richtern, Anwältinnen, Anwälten, Verbänden, Einzelnen, Gerichten. Die Diskussion wird in der Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages am kommenden Mittwoch weitergehen.

Lässt man einmal alle persönlichen Angriffe und auch die parteitaktisch – häufig hört man den Begriff „strategisch“ – gemeinten Überlegungen unberücksichtigt, dann zeigt sich Folgendes sehr klar: Es gibt eine Menge Übereinstimmungen und einiges, worüber wir weiterhin diskutieren müssen.

(Beifall des Abg. Alfred Hartenbach [SPD])

Es gibt Übereinstimmungen darüber, dass es höchste Zeit ist, auch die Justiz zu modernisieren. Wer meint, er könne aus irgendwelchen Gründen vermeintlicher Liebedienerei

einen Wettlauf „nach hinten“ starten, der erweist der Justiz überhaupt keinen Dienst. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wer das tut, der muss wissen, dass die Justiz den Anschluss an die Arbeit und an die Aufgaben des 21. Jahrhunderts nur dann halten kann, wenn sie bereit ist, sich zu modernisieren. Die Justiz kann ihre wichtige Rolle in unserem demokratischen und sozialen Rechtsstaat nur behaupten, wenn alle, Gerichte, Bund und Länder, die **Modernisierung** gemeinsam vorantreiben. Wir tun das.

Ich möchte einige ganz wichtige Felder nennen, auf denen ich sehr viel sachliche Gemeinsamkeit sehe. Es handelt sich nicht nur um die Tatsache, dass modernisiert werden muss; vielmehr geht es auch darum, dass die bisherige justizpolitische Debatte insbesondere die Amtsgerichte sträflich vernachlässigt hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Uns liegen heute folgende Zahlen vor: Durchschnittlich 1,5 Millionen Menschen klagen vor dem Amtsgericht. Die Klagen sind nicht etwa immer einfach und unkompliziert, auch wenn ihr Streitwert bei weniger als 10 000 DM liegt. Vor dem Amtsgericht treffen die Kläger selbstverständlich auf Einzelrichter – nicht etwa auf Kammern –, die im Jahr zwischen 600 und 700 Fälle zu lösen haben, schwierige wie einfache. – Die Möglichkeit der **Berufung** in diesem Bereich ist sehr viel stärker eingeschränkt, als es ansonsten der Fall ist. – Die Richterinnen und Richter eines Landgerichts – es handelt sich zu einem Teil um Einzelrichter, zum anderen Teil entscheiden Kammern –, die für Klagen ab einem Streitwert von 10 000 DM in erster Instanz zuständig sind – diese Fälle sind keineswegs immer schwieriger als die mit einem geringeren Streitwert –, haben 170 Fälle im Jahr zu bearbeiten. (D)

Manchen mag das nicht stören. Wir sagen: Das wirkt sich für die große Zahl der Recht suchenden Bürgerinnen und Bürger und für die Amtsrichterinnen und Amtsrichter negativ aus. Es gibt zu wenig Zeit für das Gespräch, es gibt zu wenig Zeit für die Schlichtung. Dies muss sich ändern. Deshalb stärken wir das Amtsgericht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir werden und wollen – darin gibt es viel Übereinstimmung – die Möglichkeiten der Berufung beim Amtsgericht verbessern.

Wir halten das Prinzip des **Einzelrichters** für vernünftig, übrigens nicht nur beim Amtsgericht, sondern auch beim Landgericht und bei den anderen Instanzen. Dass wir hier viel weniger weit gehen als Sie in den Gesetzentwürfen, die Sie eingebracht haben, meine Damen und Herren von der Opposition, will ich nur am Rande bemerken.

An der Ersetzung der Streitwertrevision durch eine erweiterte Grundsatz- und **Divergenzrevision** gibt es,

Bundesministerin Dr. Herta Däubler-Gmelin

- (A) glaube ich, nicht viel zu kritisieren. Lassen Sie mich es noch einmal sagen: Wir halten auch die Zusammenführung der Berufungen bei den Oberlandesgerichten für richtig. All die Bedenken, die hier so unglaublich polemisch geäußert werden, gibt es da, wo die Berufungen zusammengeführt werden, überhaupt nicht: weder bei den Familiengerichten, noch im Bereich der Zivilgerichtsbarkeit, noch bei den Arbeitsgerichten, den Sozialgerichten oder den Verwaltungsgerichten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie uns die Zeit nutzen, jetzt über Sachpunkte zu diskutieren. Mit Injurieren oder Polemik beindrucken Sie niemanden; diejenigen, die wissen, dass modernisiert werden muss, am wenigsten. Damit verabschieden Sie sich nur aus der eigentlichen Sachdiskussion.

Ich möchte dies sehr deutlich sagen: Die Justiz kann ihre Rolle als tragender Pfeiler, als dritte Gewalt in unserem sozialen und demokratischen Rechtsstaat nur erhalten, wenn sie modernisiert wird. Und Zusammenarbeit wäre mir allemal lieber als dieses Hickhack, das in dieser wichtigen und grundlegenden Frage veranstaltet wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Wolfgang Thierse: Nun hat der Kollege Norbert Röttgen, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

- (B) **Norbert Röttgen** (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diskussion über die so genannte Justizreform dauert jetzt ziemlich genau ein Jahr.

(Joachim Stünker [SPD]: 10 Jahre, Herr Röttgen!)

In diesem Jahr der intensiven Diskussion hat es, wie das bei keinem anderen rechtspolitischen oder juristischen Thema in vergleichbarer Weise festgestellt werden kann, ein eindeutiges und einhelliges **Ergebnis** gegeben. So etwas ist unter Juristen eigentlich gar nicht vorstellbar. Es hat in der Fachwelt eine flächendeckende und totale Ablehnung gegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es geht hier nicht um parteitaktische Überlegungen.

(Dr. Eberhard Brecht [SPD]: Um Geld!)

– Es geht hier auch nicht um Geld. – Meine Damen und Herren, nehmen Sie es doch endlich zur Kenntnis: Die Richter in unserem Land lehnen diese Reform ab.

(Joachim Stünker [SPD]: Nein!)

Die Anwälte in unserem Land lehnen diese Reform ab.

(Joachim Stünker [SPD]: Nein!)

Die Rechtswissenschaft lehnt diese Reform ab.

(Joachim Stünker [SPD]: Sie haben keine Ahnung!)

Der Deutsche Juristentag – die Justizministerin war anwesend, ich auch; es waren nur wenige von Ihnen da – lehnt diese Reform ab. (C)

(Joachim Stünker [SPD]: Sie waren immer auf der falschen Veranstaltung!)

Die Wirtschaftsverbände lehnen diese Reform ab. Die Verbraucherverbände lehnen diese Reform ab. Der Bundesrat lehnt diese Reform ab.

(Alfred Hartenbach [SPD]: Den ADAC haben Sie vergessen!)

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen ist auch nicht für diese Reform. Die Stellungnahmen aus der Anhörung liegen vor. Es gibt keinen Sachverständigen, auch nicht von denen, die von Ihnen benannt worden sind, der sagt: So, wie es vorgelegt ist, wollen wir das. Es gibt eine flächendeckende, totale Ablehnung dieses Vorhabens. Nehmen Sie das zur Kenntnis!

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wer ist eigentlich für Ihre Reform? Welche Zeugen aus der Fachwelt können Sie aufführen? Es geht doch um die Diskussion in der Fachwelt. Einige von Ihnen waren auf dem Juristentag. Sind Sie denn taub, meine Damen und Herren?

(Ilse Janz [SPD]: Nein, wir haben alle den Hörtest gemacht! – Alfred Hartenbach [SPD]: Herr Röttgen, nicht diese Schärfe!)

Entscheidend ist ja nicht, dass Sie diese Ablehnung erfahren haben. Es kann einmal passieren, dass ein Vorschlag in der Sache in der Fachwelt eine totale Ablehnung erfährt. Es geht vielmehr um den neuen Stil in der Rechtspolitik seit 1998; das sage ich sehr ruhig und besorgt auch im Namen meiner Fraktion. Dieser Stilwandel besteht darin, das die Bundesjustizministerin noch nicht einmal im Ansatz dazu bereit ist, auf diese Einwände einzugehen. Ich bestreite gar nicht, dass Sie diskutieren. Sie diskutieren; aber Sie hören nicht zu und nehmen die Kritik nicht auf. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie lesen nicht!)

Sie erweisen sich als absolut argumentationsresistent.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Gegenteil ist wahr!)

Bedauerlich ist, dass das nicht nur in diesem Bereich so ist. Es ist leider typisch für die Rechtspolitik Ihrer Bundesregierung; es ist der neue Stil der Rechtspolitik. Sie peitschen das **Gesetz zur Homosexuellenehe** durch den Rechtsausschuss.

(Ilse Janz [SPD]: Irgendwie habt ihr es mit der Peitsche! Das ist euer Lieblingswort!)

Die überwiegende Anzahl der Sachverständigen war dagegen, aus unterschiedlichen Gründen.

(Alfred Hartenbach [SPD]: Aber seit heute haben wir ein Gesetz, Herr Röttgen!)

Norbert Röttgen

- (A) Die verfassungsrechtlichen Bedenken werden ignoriert; Sie peitschen das Gesetz durch.

Sie schaffen es, eine **Mietsrechtsreform** vorzulegen, die sowohl auf den entschiedenen Widerspruch der Mieter wie der Vermieter stößt. Sie schaffen es, ein Urhebervertragsgesetz in die Diskussion zu bringen, das sowohl bei den Autoren wie bei den Verlagen auf Protest stößt. Sie drohen jetzt damit, das Schuldrecht, ein Herzstück des Bürgerlichen Rechts, mit einer Generalüberholung übers Knie zu brechen. Auch in diesem Fall wurde aus der Rechtswissenschaft starker Widerstand angekündigt.

Es ist bezeichnend, dass das wichtigste justizpolitische Vorhaben der Bundesjustizministerin am Freitagnachmittag als letzter Tagesordnungspunkt einer langen und anstrengenden Haushaltswoche platziert wird. Das sagt doch alles aus.

(Aribert Wolf [CDU/CSU]: Schlechtes Gewissen ist das!)

Sie wollen die Öffentlichkeit meiden. Sie scheuen die Öffentlichkeit und wissen auch, warum: weil Sie schwach in der Sache sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Alfred Hartenbach [SPD]: Ich habe gar nicht gewusst, dass Sie ein Niemand sind!)

Wenn diese Debatte einen Sinn machen soll, lieber Herr Hartenbach – da wende ich mich an Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen, an die Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie an die Kolleginnen und Kollegen von der PDS –,

- (B) (Alfred Hartenbach [SPD]: Aber sachlich, bitte!)

dann besteht sie in dem Appell an Sie: Hören Sie auf damit, nur zu sagen: Wir haben die Mehrheit, ihr die Argumente.

(Alfred Hartenbach [SPD]: Haben wir keine Mehrheit?)

Ich appelliere wirklich – ich sage das in ruhigem Ton, weil ich es wirklich ernst meine –: Kehren Sie zur argumentativen politischen Auseinandersetzung in der Rechtspolitik zurück! Unsere Bitte an Sie ist, diesen Boden wieder zu betreten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich will jetzt diese Auseinandersetzung in der Sache führen. Verehrte Frau Justizministerin, ich fand den allgemeinen Charakter Ihrer Formulierungen ausgesprochen bemerkenswert. Sie sind gar nicht auf die konkreten Punkte eingegangen.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie auch nicht! – Ilse Janz [SPD]: Kein einziges sachliches Argument nennen Sie! Nur heiße Luft!)

All das, was konkret diskutiert wird, haben Sie mit allgemeinen Formulierungen zu überdecken versucht. Wir müssen konkret über die Sache reden. Dass Sie das nicht tun, ist das, was Ihnen vorgeworfen wird. Aber ich werde es gerne tun.

Die Etikette, mit denen Sie diese Reform versehen, lauten: Bürgernähe, Transparenz und Effizienz. Ich frage Sie und die Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen, ob Sie der Auffassung sind, dass die Verlagerung der **Berufungszuständigkeit** an die wenigen, weiter entfernt liegenden Oberlandesgerichte mehr Bürgernähe bringt. (C)

(Alfred Hartenbach [SPD]: Das ist das dümmste Argument, das ich je gehört habe!)

Ist die Justiz näher bei den Bürgerinnen und Bürgern oder entfernt sie sich von ihnen, wenn Sie die Zuständigkeit auf die wenigen, zentralen Oberlandesgerichte in den Flächenstaaten reduzieren und konzentrieren? Es ist weniger Bürgernähe; das ist doch unbestreitbar.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es macht die Justiz im Übrigen teurer, wie Ihnen alle Landesjustizminister vorgerechnet haben.

(Joachim Stünker [SPD]: Ein tolles Argument! Das überzeugt mich unheimlich!)

Ich frage Sie: Ist es bürgernah, wenn die Berufung als zweite Tatsacheninstanz grundsätzlich abgeschafft werden soll? Ist es bürgernah, wenn der Bürger seine Sache nicht mehr mündlich vortragen kann? Ist die Konsequenz, die dies haben wird, bürgernah, dass man nämlich in der Berufung nicht mehr über die Sache redet, sondern über die Formalien, über die Einhaltung des Verfahrens, dass in der Berufung nicht der Beweis erhoben, sondern darüber geredet wird, ob er in erster Instanz verfahrensfehlerfrei erhoben worden ist? Fördert das die Akzeptanz der Justiz oder ist das Gegenteil der Fall? Das Gegenteil ist der Fall! (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich frage die Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen: Führt es zu mehr Transparenz im zivilgerichtlichen Verfahren, wenn zukünftig die Möglichkeit besteht, dass die Bürger – ohne mündliche Verhandlung – schriftlich beschieden werden, dass über ihre Sache nicht mehr verhandelt wird, ohne dass sie die Gelegenheit haben, in die mündliche Verhandlung zu kommen und für ihre Sache zu streiten?

Sie bekommen einen schriftlichen Bescheid mit dem Inhalt: Verehrter Bürger, über deine Sache sprechen wir nicht mehr. – Ist das Transparenz? Ist das Bürgernähe? Es ist das glatte Gegenteil davon!

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Sie von den Grünen, die einmal ein bürgerrechtliches Selbstverständnis hatten, sollten sich gut überlegen, wie Sie sich in dieser Frage verhalten.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie ist das in der Verwaltungsgerichtsbarkeit?)

Ich frage auch: Ist es effizient, wie Sie das Verfahren organisieren? Sie sehen Folgendes vor: Zuerst kommt die **Berufungssache** zum Senat des Oberlandesgerichtes. Der gesamte Senat muss sich dann mit der Frage beschäftigen, ob er die Berufung zurückweisen muss. Wenn er dieser Auffassung ist, muss er darüber die einzelnen Parteien informieren und den Berufungsführer über die

Norbert Röttgen

- (A) Gründe informieren, warum der Senat gedenkt, diese Berufung zurückzuweisen.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Rechtliches Gehör nennt man das!)

Dann nimmt der Berufungsführer dazu Stellung. Er nutzt Fristen aus. Es geht also Zeit ins Land. Dann kommt die Stellungnahme an den Senat zurück. Der Senat muss erneut zusammentreten und sich damit beschäftigen. Nach einem Zeitverlust von mehreren Monaten kommt er dann zu dem Ergebnis: Die Sache können wir nicht zurückweisen; sie wird dem Einzelrichter übertragen.

Das ist die Effizienzvorstellung, die diesem Gesetzentwurf zugrunde liegt. Dies ist absurd, praxisfern und ohne jede Kenntnis von den Problemen des Justizprozesses. Sie sollten diese Argumente nicht mit Floskeln übertünchen, sondern den Menschen reinen Wein einschenken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich frage Sie weiterhin: Ist es bürgernah, wenn Sie mit diesem Gesetzentwurf den Bürgern das Recht abschneiden, mit ihrem Einzelfall vor den **BGH** zu treten?

(Joachim Stünker [SPD]: Sie haben nichts verstanden, Herr Röttgen!)

Sie sagen: Bürger, du darfst nur noch vor den BGH treten, wenn du behauptest, deine Sache diene der Rechtsfortbildung.

(Joachim Stünker [SPD]: Steht doch gar nicht im Gesetz!)

- (B) Was antworten Sie eigentlich dem Bürger auf seine Frage: „Was heißt hier Rechtsfortbildung? Ich habe doch nichts mit Rechtsfortbildung zu tun; ich will das Recht nicht fortbilden; ich will es nur haben?“

(Joachim Stünker [SPD]: Kriegt er doch!)

Nach dem, was Sie vorhaben, muss ihm dann geantwortet werden: Dann wirst du nicht gehört.

(Joachim Stünker [SPD]: Doch, wird er!)

– Lieber Herr Stünker, wissen Sie eigentlich, wie viel Prozent der Revisionsfälle Zulassungsberufungen oder Streitwertrevisionen sind? 99 Prozent der Fälle beruhen auf der Streitwert-, auf der Annahmerevision. Die alle wollen Sie beseitigen. Die kommen nicht mehr vor. Sie schaffen den Bundesgerichtshof, das oberste deutsche Zivilgericht, als eine Instanz ab, die der Einzelfallgerechtigkeit dient. Das oberste Prinzip der Justiz ist es, Einzelfallgerechtigkeit herzustellen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich stelle als Letztes fest: Die Aushöhlung des **Rechtssystem** – das wird auch gar nicht bestritten; es wird ja immer gesagt, das alles seien Kröten, die wir schlucken müssten –

(Joachim Stünker [SPD]: Sie reden pro domo, Herr Röttgen!)

führt nicht nur zur Schwächung der Rechtsmittelinstanzen, sondern unweigerlich und notwendigerweise auch zur Schwächung der ersten Instanz, und zwar aus zwei

Gesichtspunkten: Erstens ist das Vorhandensein einer umfassenden effektiven Kontrolle in den oberen Instanzen ein Instrument der Qualitätssicherung der erstinstanzlichen Entscheidung. Richter, die wissen: „Wir haben eine effektive, umfassende Kontrolle“, bemühen sich auch. Denn sie wissen, dass da noch einer über ihnen steht und kontrolliert, was getan worden ist. Das ist ein Instrument der Qualitätssicherung. (C)

Gemäß Ihrem neuen Modell werden zweitens die Anwälte – denn die erste Instanz ist ja im Grunde genommen der einzige Schuss, den man hat, um zum Erfolg zu kommen; die Berufung wird in vielen Fällen abgeschnitten, und die Revision ist gesetzlich gar nicht mehr möglich –, eine relativ strenge Haftungsrechtsprechung des Bundesgerichtshofes im Kopf habend, erstinstanzlich alles vortragen,

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hoffentlich!)

weil sie keinen Haftungsfall produzieren wollen. Sie werden alles vortragen; ob dies unbedingt sachdienlich ist, ist die Frage.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Steht heute schon im Gesetz, dass sie alles vortragen müssen!)

Die Richter werden bemüht sein, ihre Sache berufungsfest zu machen. Sie werden alles dokumentieren. Denn wenn man nicht dokumentiert, ist die Sanktionsfolge, dass es nicht verfahrensfehlerfrei war, und das ist das einzige Nadelöhr, um überhaupt in die **Rechtsmittelinstanz** zu kommen. (D)

Das wird ohne jeden Zweifel zu einer Aufblähung, zu einer Verlangsamung des erstinstanzlichen Verfahrens führen. Sie werden die Amtsrichter mit noch mehr Verantwortung belasten. Alles wird länger dauern.

(Alfred Hartenbach [SPD]: Was haben Sie denn gegen Verantwortung? – Joachim Stünker [SPD]: Die Verantwortung tragen die Amtsrichter gern, Herr Röttgen!)

Präsident Wolfgang Thierse: Herr Kollege Röttgen, Sie bekommen nicht noch mehr Redezeit. Sie haben Ihre Redezeit schon deutlich überschritten.

Norbert Röttgen (CDU/CSU): Einen Satz möchte ich noch anfügen, weil gesagt worden ist, das seien parteipolitische Gesichtspunkte. Ich war in dieser Woche in Köln auf einer großen Veranstaltung zur Justizreform. Da hat die offizielle Vertreterin des Landesjustizministeriums von Nordrhein-Westfalen, die Vertreterin des Justizministers Jochen Dieckmann – dies ist nur ein Beispiel; diese Frau ist sicherlich nicht parteipolitisch verdächtig –

(Dr. Herta Däubler-Gmelin [SPD]: Gegen die sind Sie doch immer!)

festgestellt: Das Land Nordrhein-Westfalen ist der Auffassung, dass diese Reform weder praxistauglich noch kostenneutral ist. Das heißt, der Zivilprozess wird teurer und schlechter. Ziehen Sie deshalb diesen Entwurf zurück, er

Norbert Röttgen

- (A) ist eine Demontage der funktionierenden Ziviljustiz in Deutschland.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile das Wort dem Kollegen Helmut Wilhelm, Bündnis 90/Die Grünen.

Helmut Wilhelm (Amberg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Reform des Zivilprozesses ist in erster Linie eine Reform für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Rechtssuchenden werden von den Neuregelungen profitieren. Ich betone das deswegen, weil man in den letzten Monaten – übrigens auch heute wieder – gelegentlich den Eindruck gewinnen konnte, diese Reform gehe nur die juristischen Verbände, die Anwaltschaft und die Richterschaft etwas an. So ist es nicht und deswegen finden wir es gut, dass jetzt auch die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände einen Kernpunkt unserer Reform ganz besonders lobt: die Stärkung der **Eingangsstanz**.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dort gerät der Rechtssuchende mit der Justiz zum ersten Mal und – wenn alles gut läuft – auch zum letzten Mal in Kontakt. Wir müssen deswegen in erster Instanz die notwendige Akzeptanz herstellen. Nur wenn dort die richtigen Mechanismen greifen, ist die Umgestaltung der Berufungsinstanz in ein Instrument vor allem der Fehlerkontrolle und Fehlerbeseitigung gerechtfertigt.

(B)

Im Amtsgerichtssaal soll der Rechtssuchende zu jedem Zeitpunkt nachvollziehen können, warum das Gericht eine Entscheidung trifft und wie es sie trifft. Das ist heute nicht immer so. Das hat auch etwas damit zu tun, dass der Amtsrichter rund 700 Verfahren im Jahr zu bearbeiten hat,

(Dr. Herta Däubler-Gmelin [SPD]: Das ist der CDU völlig egal!)

während beispielsweise sein Kollege am Oberlandesgericht nur 75 Fälle pro Jahr auf dem Tisch liegen hat. Warum Sie diesen Zustand, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, seitdem Sie unsere Vorschläge kennen, fortwährend als Idylle verkaufen wollen, an der nichts, aber auch gar nichts geändert werden muss, verstehe ich wirklich nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Mir ist dies auch deshalb schleierhaft, weil ich mir Ihre alten Gesetzentwürfe zu diesem Thema angeschaut habe. Sie sollten uns lieber Beifall klatschen, weil wir eine komplette Reform machen, für die Sie immer nur Bruchstücke auf Lager hatten, wenn Sie nicht ohnehin nur an der Streitwertschraube gedreht haben.

(Dr. Herta Däubler-Gmelin [SPD]: Und das noch falsch!)

Meine Damen und Herren, wir stärken die erste Instanz qualitativ und personell. In qualitativer Hinsicht erweitern und präzisieren wir die Hinweispflichten des Gerichts. Wir erweitern auch die gerichtlichen Anordnungs Kompetenzen im Hinblick auf die Beibringung von **Beweismitteln**. Damit fördern wir die Akzeptanz des erstinstanzlichen Urteils bei den Bürgerinnen und Bürgern, übrigens auch bei denen, die nicht anwaltlich vertreten sind. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Im Vergleich zum alten Referentenentwurf sind in diesem Regierungsentwurf weitere Verbesserungen vorgenommen worden. Es sind Lücken geschlossen worden; ich nenne nur die Regelungen über die Arbeitsgerichtsbarkeit. Wir sind auch für weitere gut gemeinte Anregungen und Bedenken an diesem Entwurf durchaus offen. Ich sage hier ausdrücklich: Die Anhörung im Rechtsausschuss wird keine Schauveranstaltung; sie wird gewissenhaft ausgewertet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich bin sehr gespannt, ob der eine oder andere Verband auch offiziell anfangen wird, eine Kompromisslinie zu entwickeln, oder ob er weiterhin mit altbekannten, uns nicht voll überzeugenden Argumenten unsere Vorschläge alternativlos ablehnt. Ich halte es keineswegs für gut, wenn Verbände meinen, nur wegen ihrer Basis eine harte Linie fahren zu müssen.

Bei allem Verständnis für ihre Basis habe ich eine Empfehlung für die Damen und Herren Verbandsvertreter – Sie können mir glauben, als Grüner verfüge ich durchaus über einschlägige Erfahrungen –: Entwickeln Sie Kompromisslinien und zeigen Sie uns, dass Ihnen die Modernisierung der Justiz am Herzen liegt! (D)

(Dr. Herta Däubler-Gmelin [SPD]: Das tun sie halt nicht!)

Wer allerdings wie Herr Minister Weiß und andere durch die Lande zieht und dabei ernsthaft behauptet, Rot-Grün wolle die Amtsgerichte abschaffen, der zeigt, dass es ihm nicht um die Modernisierung der ZPO, sondern nur um blanke Parteipolitik geht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Für einen konstruktiven Dialog ist das eindeutig der falsche Weg.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Wolfgang Thierse: Nun hat Kollege Rainer Funke, F.D.P.-Fraktion, das Wort.

Rainer Funke (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Haushaltsdebatte dieser Woche hat die Bundesjustizministerin auf den angeblichen Reformstau im Justizbereich hingewiesen. Auf der Suche nach diesem

Rainer Funke

- (A) Reformstau hat sie zunächst das Mietrecht ausfindig gemacht.

(Dr. Herta Däubler-Gmelin [SPD]: Jetzt kommt er mit persönlichen Angriffen! Reden Sie doch mal zur Sache! Ich sitze hier als Abgeordnete genau richtig!)

– Ich weiß. Das habe ich schon sehr genau beobachtet. Es ist gut, dass Sie als Abgeordnete bei der SPD sitzen. Denn Ihr dauerndes Gerede von der Regierungsbank kann man normalerweise nicht ertragen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU – Dr. Herta Däubler-Gmelin [SPD]: Nur nicht so wehleidig!)

Dabei lassen Sie sich, Frau Abgeordnete, eher vom ideologischen Überbau der Wunschvorstellungen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen aus den 60er- und 70er-Jahren als von möglichen Mängeln im Justizwesen leiten. In der Tat muss man sich fragen: Was haut in unserer Justiz nicht hin? Was muss verbessert werden? Wenn dort Mängel vorhanden sind, dann muss man an sie herangehen und versuchen, diese zu beseitigen. Sowohl der Ansatz, sich vom ideologischen Überbau leiten zu lassen, als auch der Gedanke, ausschließlich die Kostengesichtspunkte der Länder zugrunde zu legen, sind falsch gewählt.

Erstens. Die Justiz eignet sich schon wegen der Haushaltsgröße nicht als Sparschwein der Nation. Innere und äußere Sicherheit und das **Justizwesen** sind Kernaufgaben des Staates und dürfen gerade wegen des Funktionierens unseres Gemeinwesens nicht vernachlässigt werden. Hinzu kommt, dass sich die Justiz gerade im Zivilbereich zum großen Teil selbst trägt.

- (B)

Zweitens. Der angestrebte Aufbau des Gerichtswesens und des Berufungsrechts verkürzen den **Rechtsschutz des Bürgers**, da praktisch die zweite Tatsacheninstanz verloren geht. Was Effizienz und Transparenz angeht, hat Herr Röttgen schon alles gesagt. Zulasten des Bürgers wird der Anspruch auf individuellen Rechtsschutz erheblich eingeschränkt.

Rechtsfrieden kann in der Gesellschaft nur entstehen, wenn dem Bürger hinreichend rechtliches Gehör gegeben wird. Der vorliegende Entwurf der Bundesregierung ist in keiner Weise geeignet, dem Rechtsfrieden in der Gesellschaft zu dienen.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Er wird deswegen auch aus guten Gründen von allen Verbänden, die im Justizbereich tätig sind – der Anwaltschaft, der Richterschaft –, und von allen Wirtschaftsverbänden bis hin zum ADAC abgelehnt. Ich jedenfalls habe keine positiven Stellungnahmen lesen können. Ich habe mich mit den Dingen beschäftigt. Es muss doch an irgendetwas liegen, dass alle Verbände diesen Entwurf ablehnen.

Der Bundesrat hat eine grundlegende Überarbeitung gefordert.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Rechtssuchenden haben keine richtige Lobby!)

Die Einzige, die glaubt, dass eine solche Reform notwendig sei, ist die Justizministerin. Da sie sich nicht ständiger Kritik ausgesetzt sehen will, versucht sie, das Gesetz im Eilverfahren durch das Parlament zu bekommen. Heute dürfen wir eine halbe Stunde über das für Sie so wahnsinnig wichtige Reformgesetz debattieren. (C)

(Dr. Herta Däubler-Gmelin [SPD]: Wo ist denn Herr Schmidt-Jortzig?)

– Er wird wahrscheinlich in seinem Wahlkreis sein.

In der nächsten Woche soll bereits die Anhörung im Rechtsausschuss erfolgen. Die Sachverständigen haben noch nicht einmal die Möglichkeit gehabt, sich die Stellungnahme der Bundesregierung zu dem ablehnenden Beschluss des Bundesrates anzusehen. Sie ist jetzt erst versandt worden. Das ist schon ein eigenartiges Verfahren.

Aber Frau Justizministerin,

(Dr. Herta Däubler-Gmelin [SPD]: Abgeordnete!)

ich habe sehr wohl gehört, dass Sie bereit sind, mit uns ins Gespräch zu kommen. Ich bin wirklich gespannt. Bislang waren allerdings die Gespräche, die wir im Ausschuss mit Ihnen führen konnten, wenig effizient. Wenn Sie zu einem echten Gespräch bereit sind und auch Kompromisse schließen wollen,

(Dr. Herta Däubler-Gmelin [SPD]: Ich habe Sie schon fünfmal eingeladen! Sie haben es nie angenommen, weil Sie alles besser wissen!)

sind wir dazu bereit. (D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile der Kollegin Evelyn Kenzler, PDS-Fraktion, das Wort.

Dr. Evelyn Kenzler (PDS): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nun haben wir sogar noch eine weitere erste Lesung zur Reform des Zivilprozesses, jetzt allerdings zum Entwurf der Bundesregierung. Aber auch nach der Diskussion in den letzten Wochen bleibt zu konstatieren, dass es außer den Initiatoren der Justizreform nur noch wenige Befürworter gibt. Ich halte diese geringe Akzeptanz angesichts eines so tiefen Einschnitts in das Prozessrecht für wirklich bedenklich.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Angesichts der Tatsache, dass diejenigen, die die Reform umsetzen sollen, eine fast geschlossene Front der Ablehnung bilden, frage ich mich ernsthaft, wie die **ZPO-Reform** praktisch funktionieren soll.

In der eilig einberufenen Sommerdebatte hatte ich die Reform in einigen Punkten begrüßt und in anderen Punkten abgelehnt. Frau Ministerin, ich befinde mich jetzt in einer eigenartigen Situation.

(Dr. Herta Däubler-Gmelin [SPD]: Wir sehen es ja!)

Dr. Evelyn Kenzler

- (A) – Ja, wahrscheinlich wir alle. – Ich bekomme Briefe über Briefe, in denen ich dringend darum gebeten werde, gegen Ihre Reform aufzutreten. Ich verteidige einerseits Ihre Reform als überfällig und dringend notwendig,

(Dr. Herta Däubler-Gmelin [SPD]: So ist es!)

kann ihr aber andererseits in der jetzt vorliegenden Form nicht zustimmen.

(Joachim Stünker [SPD]: Das erkläre ich Ihnen!)

– Das freut mich.

Der Regierungsentwurf hält weiter – ich meine: wider besseres Wissen – an der Kostenneutralität fest.

(Dr. Herta Däubler-Gmelin [SPD]: Manchmal sind gute Sachen eben teuer!)

Es wird nicht klargestellt, dass die so wichtige Stärkung der **Eingangsstanz** ohne eine deutliche personelle Verstärkung und damit auch mit deutlich höheren Kosten nicht erreichbar ist.

(Beifall bei der PDS)

Die Verschiebung von Richterstellen von der zweiten in die erste Instanz dürfte hier bei weitem nicht ausreichen. Damit ist das Erreichen des begrüßenswerten Ziels der Justizreform, die Stärkung der Eingangsstanz, nicht gesichert. Die Reform kann in dem von uns gewünschten bürgerfreundlichen Sinne so nicht gelingen.

- (B) Im Endeffekt – ich kenne das aus der Justizpraxis – werden die Rechtsschutzbeschränkungen bei den Rechtsmitteln bleiben. Wenn nicht zusammen mit den Ländern in das Fundament der Reform finanziell investiert wird, bleibt es für die Richter in der ersten Instanz bei der derzeitigen unbefriedigenden materiellen und personellen Situation, allerdings bei deutlich gestiegenen Anforderungen an ihre gerichtliche Entscheidungstätigkeit.

(Rainer Funke [F.D.P.]: So ist es!)

Dies bedeutet einen höheren Zeitaufwand für jede mündliche Verhandlung, vertiefte Tatsachenfeststellung, obligatorische Güteverhandlung und eine stärkere gerichtliche Hinweispflicht.

(Rainer Funke [F.D.P.]: Und Beweiserhebungen!)

Dies sind allesamt gute und vernünftige Vorschläge,

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

aber deren Umsetzung ist bei gleich bleibender Arbeitsbelastung einfach nicht zu schaffen.

Wir sind für eine ZPO-Reform und – im Interesse der Verfahrensstraffung – auch für einen dreistufigen Gerichts Aufbau.

(Dr. Herta Däubler-Gmelin [SPD]: Es ist der Herr Scholz, der das will, und das ist auch Herr Schmidt-Jortzig von der F.D.P.)

Die wirklich positiven Vorschläge zur Stärkung der Eingangsstanz, die unter den jetzigen Bedingungen jedoch

nicht praktikabel sind, wiegen trotz einiger nun erfolgter positiver Korrekturen die vorgesehenen Rechtsschutzbeschränkungen in der Berufungs- und Revisionsinstanz nicht auf. (C)

(Beifall bei der PDS)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile dem Kollegen Joachim Stünker, SPD-Fraktion, das Wort.

Joachim Stünker (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist hier nur noch eine kleine Runde versammelt. Art, Inhalt und Stil der rechtspolitischen Diskussion über eine **Reform des Zivilprozessrechts** in den letzten Wochen und Monaten sind in großen Teilen der Bedeutung, dem Umfang und der Wichtigkeit der zu lösenden Aufgabe nicht mehr gerecht geworden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Rainer Funke [F.D.P.]: Das erzählen Sie mal der Ministerin!)

Was dort teilweise abgelaufen ist, wie sich die Diskussion in Teilen der Fachöffentlichkeit entwickelt hat, war für mich erschreckend. Dies gilt auch für die Reden der Kollegen Funke und Röttgen heute hier an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Stil ist teilweise geradezu niveaulos geworden. Was sich die Bundesministerin der Justiz von Teilen der Fachöffentlichkeit hat sagen lassen und anhören müssen, hat das Maß des politisch Erträglichen weit überschritten. (D)

(Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Kommen Sie zur Sache!)

Hier wäre von einigen der lautstärksten Kritiker schon lange eine Entschuldigung fällig gewesen. Hier war vieles rechtspolitisch einfach nicht mehr seriös.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn der Kollege Geis mittlerweile die schwierige Arbeit im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages beklagt, liegt das zuallererst daran, dass die Unionsparteien in diesem Haus ihre rechtspolitische Seriosität aufgrund ihrer immer noch nicht angenommenen Oppositionsrolle dem kurzatmigen rechtspolitischen Populismus geopfert haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hans-Peter Repnik [CDU/CSU]: Dann haben Sie dem Kollegen entweder nicht zugehört oder ihn intellektuell nicht verstanden! Es war eine super Rede! – Gegenruf der Abg. Ilse Janz [SPD]: Was hat er denn ausgesagt in seiner „super Rede“?)

Unstreitig gibt es Reformbedarf. Die unbefriedigenden Zustände in der Ziviljustiz sind nicht ohne Grund in der Vergangenheit auch von Anwaltsseite heftig beklagt worden. Wer hier plötzlich behauptet, im Zivilprozess stehe

Joachim Stünker

- (A) alles zum Besten, der macht sich letzten Endes ungläubwü-

würdig.
(Beifall bei der SPD)

Ich frage mich: Warum ist es nicht mehr richtig, was für alle ernst zu nehmenden Rechtspolitiker bis gestern noch an Übereinstimmung gegolten hat?

(Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Wann kommt das erste Argument?)

Da sagt Steffen Heitmann im Februar 1997, damals noch Minister in Sachsen:

Im gerichtlichen Verfahren muss die erste Instanz gestärkt werden. Sie darf nicht länger Durchlaufstation zum Berufungsgericht sein. Mit einer starken ersten Instanz kann der Rechtszug auf zwei Instanzen beschränkt werden.

Rainer Funke sagte damals bei derselben Veranstaltung:

Das heute sehr differenzierte Rechtsmittelsystem sollte in seiner Gesamtheit überdacht werden.

(Alfred Hartenbach [SPD]: Hört! Hört!)

Und sein damaliger Minister Schmidt-Jortzig sagte auf dem Deutschen Juristentag in Bremen:

Das zentrale Thema der nächsten Legislaturperiode wird die Justizreform sein. Wir brauchen eine grundlegende, eine wirklich große Justizreform.

- (B) Dann stellte er sein Modell vor, nämlich das Modell der Dreistufigkeit, letzten Endes in wesentlichen Punkten so, wie heute unser Entwurf aussieht. Das ist Ihre Glaubwürdigkeit.

(Dr. Herta Däubler-Gmelin [SPD]: Kurzfristgedächtnis!)

Professor Goll, Minister in Baden-Württemberg, sagte noch im November 1998:

Ich bin für eine Umgestaltung der Berufungsinstanz schrittweise in Richtung einer Rechtsüberprüfungsinstanz.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie müssen sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, was Herr Goll noch im November 1998 gesagt hat und was heute alles nicht mehr gelten soll.

(Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Das ist immer noch kein Argument! Wollen Sie gar nicht argumentieren in Ihrer Rede?)

Zum Schluss noch der Kollege Scholz, der es als Vorsitzender des Rechtsausschusses ja auch nie nötig hat, hier an den Debatten teilzunehmen. Er sagte in der „FAZ“ am 23. November 1998 – das können Sie alles nachlesen –:

Es muss an den Kern gegangen werden; die Zeit dafür ist überreif. In der ordentlichen Gerichtsbarkeit ist ein dreistufiger Gerichtsaufbau einzuführen. Das System der Rechtsmittel ist zu ändern; notwendig ist

eine Beschränkung auf eine Tatsachen- und eine Rechtsinstanz. (C)

Das hat noch 1998, bevor wir unseren Entwurf vorgelegt hatten, der gute Professor Scholz geschrieben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Recht haben sie alle, diese ehrenwerten Rechtspolitiker. Ich frage mich nur, warum das, was sie damals gesagt haben, heute nicht mehr gelten soll.

(Dr. Herta Däubler-Gmelin [SPD]: Weil es ihnen gerade passt!)

Dahinter steht reiner rechtspolitischer Populismus. Sie betreiben Fundamentalopposition auf Kosten der Justiz und der Rechtssuchenden in diesem Land.

Den Gipfel der Heuchelei leisten Sie sich in dieser Diskussion hier im Deutschen Bundestag. Da muss ich Sie persönlich ansprechen, Herr Röttgen. Sie haben in einer wirklich polemischen, bösen Rede am 7. Juli, als wir unseren Fraktionsentwurf diskutiert haben, wörtlich gesagt:

Sie verbieten dem Bürger den Mund vor Gericht. Das ist das Kernanliegen Ihres Vorhabens, das ist Ihr Kerninstrument. Er soll nichts mehr sagen. Das ist Rechtspolitik à la Rot-Grün.

(Alfred Hartenbach [SPD]: Das ist Röttgen! Der junge, wilde Röttgen!)

Sie beziehen sich darauf, dass wir eine Regelung im Entwurf haben, nach der Berufungen zukünftig ohne mündliche Verhandlung zurückgewiesen werden können, wenn der Senat einstimmig der Meinung ist, das sei ohne Aussicht auf Erfolg. (D)

Sie verschweigen dabei, Herr Röttgen, dass Ihre Fraktion am 8. Dezember 1998 in diesem Haus einen Entwurf eingebracht hat,

(Dr. Herta Däubler-Gmelin [SPD]: So ist es!)

der im Januar 1999 diskutiert wurde und der bis heute noch nicht zurückgezogen worden ist. Darin sehen sie einen neuen Paragraphen 519 c vor, der wie folgt lautet:

(Dr. Herta Däubler-Gmelin [SPD]: Das will er jetzt nicht hören!)

In Rechtsstreitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche, bei denen der Wert des Beschwerdegegenstandes 60 000 DM nicht übersteigt, ... kann das Berufungsgericht die Berufung ohne mündliche Verhandlung durch einstimmigen Beschluss zurückweisen, wenn die Berufung nach der Berufungsbegründung keine Aussicht auf Erfolg hat.

Meine Damen und Herren, das ist Ihre Rechtspolitik.

(Alfred Hartenbach [SPD]: Sie sollten sich schämen!)

Das heißt also: Der Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit beginnt bei Ihnen erst bei einem Streitwert von über 60 000 DM, weil es sich vielleicht dann auch von den Gebühren her eher lohnt. Herr Röttgen, das ist Ihre Rechtspolitik.

Joachim Stünker

- (A) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Dr. Herta Däubler-Gmelin [SPD]: Peinlich! Doppelzüngigkeit!

Wenn Herr Geis, der es auch nicht nötig hat, heute hier zu sein, uns heute Morgen noch über den Ticker mitteilt, mit der Verstärkung der **Einzelrichterentscheidung** in unserem Entwurf sei ein Verlust an Rechtsschutz zu befürchten, dann kann ich Ihnen nur sagen: In die Begründung des Entwurfs, den ich Ihnen eben vorgehalten habe und den ich sorgfältig studiert habe, schreiben Sie es selber auch hinein. Da haben Sie die Steigerung des Einzelrichtereinsatzes mit 70 Prozent angegeben. Das ist genau die Zahl, die wir auch erreichen.

(Dr. Herta Däubler-Gmelin [SPD]: Peinlich!)

Ich komme sofort zum Schluss. Ich bin der letzte Redner heute Nachmittag.

(Hans-Peter Repnik [CDU/CSU]: Das weiß er noch nicht!)

– Herr Repnik, lassen Sie das.

Wir werden daher den mit unserem Reformgesetz eingeschlagenen Weg der Modernisierung der ordentlichen Gerichtsbarkeit fortsetzen: Im ersten Schritt geht es um die Zivilgerichtsbarkeit, dann um die Strafprozessordnung und schließlich um die freiwillige Gerichtsbarkeit. Machen Sie mit bei diesem Vorhaben; denn es gilt der Satz, den der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, Rainer Voss, gesagt hat:

- (B) Es müssen vor allem der Wille und die Kraft vorhanden sein, aus dem bestehenden System auszubrechen, anstatt an diesem ständig herumzuflicken.

Seien Sie sicher: Rot-Grün, diese Reformkoalition, hat diesen Willen und diese Kraft.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile dem Kollegen Röttgen das Wort zu einer Kurzintervention.

Norbert Röttgen (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich verstehe ja, dass Sie die Replik nicht gerne hören wollen. Aber ich möchte noch etwas sagen, weil ich persönlich angesprochen worden bin.

Ich stelle erstens, lieber Herr Stünker, fest: Ihre Rede war eine argumentationsfreie Zone.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Sie haben wirklich nicht ein einziges Argument für diese Reform gebracht. Das finde ich bemerkenswert. Offenbar fällt Ihnen keines ein.

Zweitens – das sage ich ganz sicher auch im Namen der Kolleginnen und Kollegen von der F.D.P.-Fraktion –: Es bestreitet niemand, dass es Reformbedarf im Bereich des Zivilprozesses gibt. Wir sagen nur: Dieser Reformbedarf

ist punktueller Art. Wir legen insbesondere Wert auf die Stärkung der ersten Instanz. Wir können uns zwar, wie es der Deutsche Anwaltverein vorgeschlagen hat, durchaus eine Erweiterung der Befugnisse des **Einzelrichters** in der ersten Instanz vorstellen. Aber das muss unerlässlich und zwingend daran gebunden sein, dass die erstinstanzliche Einzelrichterentscheidung von einem Kollegialgericht in der Berufung korrigiert werden kann. Das halten wir für ein unerlässliches Junktim. Damit befinden wir uns in Übereinstimmung mit den Anregungen des DAV. (C)

Wir verweigern uns überhaupt nicht einer Reformdiskussion im Bereich des Zivilprozesses; vielmehr bestätigen wir: Es gibt einen punktuellen Reformbedarf. Wir haben dazu Vorschläge gemacht. Sie können nicht einfach einzelne Punkte herausgreifen und sie kritisieren. Sie müssen vielmehr die Konzepte miteinander vergleichen.

Ich stelle noch einmal fest, dass Sie für Ihr Konzept kein Argument vorgetragen haben. Das ist bezeichnend.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile das Wort zu einer weiteren Kurzintervention der Kollegin Herta Däubler-Gmelin.

Dr. Herta Däubler-Gmelin (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich bin vorher persönlich angesprochen worden. Herr Röttgen, hätten Sie vorhin in Ihrer Rede deutlich gemacht, wo Sie tatsächlich Reformbedarf sehen, dann wären wir weiter. Mein Kollege hat Ihnen die Äußerungen von Herrn Eylmann, Herrn Scholz und von Herrn Schmidt-Jortzig und Zitate aus Ihrem eigenen Gesetzentwurf vorgehalten, in dem in der Tat all das steht, was Sie uns vorwerfen. Sie sagen jetzt, es gebe punktuellen Reformbedarf. Ich schlage Ihnen vor: Lesen Sie im Stenographischen Bericht nach, was ich heute gesagt habe. Dann werden Sie feststellen, dass ich Sie auch heute wieder zu einer sachlichen Diskussion eingeladen habe. (D)

Tun Sie eines nicht: Starten Sie keinen Wettlauf um die Rücknahme von Modernisierungen, nur weil Sie meinen, dass Sie damit bei einigen Interessengruppen gut ankommen könnten. Das wäre das Schlechteste für die deutsche Justiz. Wir können uns in der Sache gerne streiten, aber nur, wenn wir von Ihnen Argumente hören.

Präsident Wolfgang Thierse: Herr Kollege Stünker, Sie haben das letzte Wort.

Joachim Stünker (SPD): Herr Kollege Röttgen, ich habe Sie in den Auseinandersetzungen im Rechtsausschuss eigentlich sehr schätzen gelernt. Nur, jetzt argumentieren Sie unseriös und unredlich. Sie sollten einmal die Argumentationskette nachlesen, die ich für die SPD-Fraktion anlässlich der Einbringung unseres Fraktionsentwurfs am 7. Juli im Deutschen Bundestag dargestellt und begründet habe.

Ich habe mich heute bewusst mit Ihrer Argumentation auseinander gesetzt, weil sie, wie gesagt, unredlich ist,

Joachim Stünker

- (A) Herr Röttgen. In Ihrem Entwurf nennen Sie die Grenze von 60 000 DM. Dann sagen Sie: Erst bei einem Streitwert, der darüber liegt, fängt der Rechtsschutz an. Wenn Sie das verteidigen, dann reden Sie hier pro domo, quasi als OLG-Anwalt, um es einmal ganz deutlich zu sagen, Herr Röttgen. Sie wissen, was ich damit sagen will.

Ich bin für eine redliche, sachliche und faire Diskussion über die Einzelpunkte. Deswegen sage ich: Lassen Sie uns diese Diskussion führen! Bereits in der nächsten Woche gibt es eine Anhörung. Wir können dann Anfang des neuen Jahres weiterdiskutieren, in der Sache und zum Wohle der Justiz und nicht zum Wohle einzelner Interessengruppen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich schließe die Aussprache. (C)

Interfraktionell wird Überweisung des Gesetzentwurfes auf Drucksache 14/4722 an den in der Tagesordnung aufgeführten Ausschuss vorgeschlagen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir sind damit am Schluss unserer Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 6. Dezember 2000, 13 Uhr, ein.

Ich wünsche Ihnen allen ein freundliches Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 15.01 Uhr)

(A)

Anlagen zum Stenographischen Bericht (C)

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Balt, Monika	PDS	01.12.2000
Dr. Blank, Joseph-Theodor	CDU/CSU	01.12.2000
Dr. Blens, Heribert	CDU/CSU	01.12.2000
Dr. Blüm, Norbert	CDU/CSU	01.12.2000
Dr. Bötsch, Wolfgang	CDU/CSU	01.12.2000
Bühler (Bruchsal), Klaus	CDU/CSU	01.12.2000
Bulling-Schröter, Eva	PDS	01.12.2000
Burchardt, Ursula	SPD	01.12.2000
Caesar, Cajus	CDU/CSU	01.12.2000
Frankenhauser, Herbert	CDU/CSU	01.12.2000
Friedhoff, Paul K.	F.D.P.	01.12.2000
Friedrich (Bayreuth), Horst	F.D.P.	01.12.2000
Gehrcke, Wolfgang	PDS	01.12.2000
Dr. Gerhardt, Wolfgang	F.D.P.	01.12.2000
Girisch, Georg	CDU/CSU	01.12.2000
Dr. Grehn, Klaus	PDS	01.12.2000
Haack (Extertal), Karl-Hermann	SPD	01.12.2000
Hasselfeldt, Gerda	CDU/CSU	01.12.2000
Dr. Haussmann, Helmut	F.D.P.	01.12.2000
Heyne, Kristin	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	01.12.2000
Hiksch, Uwe	PDS	01.12.2000
Homburger, Birgit	F.D.P.	01.12.2000
Dr. Hoyer, Werner	F.D.P.	01.12.2000
Kelber, Ulrich	SPD	01.12.2000
Kolbow, Walter	SPD	01.12.2000
Lehn, Waltraud	SPD	01.12.2000
Louven, Julius	CDU/CSU	01.12.2000
Müller (Berlin), Manfred	PDS	01.12.2000
Ostrowski, Christine	PDS	01.12.2000
Pau, Petra	PDS	01.12.2000
Pieper, Cornelia	F.D.P.	01.12.2000
Rauen, Peter	CDU/CSU	01.12.2000
Reiche, Katherina	CDU/CSU	01.12.2000
Rühe, Volker	CDU/CSU	01.12.2000
Schenk, Christina	PDS	01.12.2000

(B)

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Schily, Otto	SPD	01.12.2000
Schmitz (Baesweiler), Hans Peter	CDU/CSU	01.12.2000
von Schmude, Michael	CDU/CSU	01.12.2000
Dr. Schockenhoff, Andreas	CDU/CSU	01.12.2000
Schulhoff, Wolfgang	CDU/CSU	01.12.2000
Schultz (Everswinkel), Reinhard	SPD	01.12.2000
Simm, Erika	SPD	01.12.2000
Spranger, Carl-Dieter	CDU/CSU	01.12.2000
Dr. Stadler, Max	F.D.P.	01.12.2000
Dr. Freiherr von Stetten, Wolfgang	CDU/CSU	01.12.2000
Dr. Uhl, Hans-Peter	CDU/CSU	01.12.2000
Dr. Waigel, Theodor	CDU/CSU	01.12.2000
Wiese (Hannover), Heino	SPD	01.12.2000
Wissmann, Matthias	CDU/CSU	01.12.2000
Wohlleben, Verena	SPD	01.12.2000
Wolf (Frankfurt), Margareta	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	01.12.2000
Wülfing, Elke	CDU/CSU	01.12.2000

(D)

Anlage 2

Erklärung

der Abgeordneten Heidi Knake-Werner (PDS) zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2001 (Drucksache 14/4829) und zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2001 (Drucksachen 14/4522 und 14/4523)

Für die PDS-Fraktion erkläre ich, dass wir irrtümlich bei der Abstimmung zum Haushaltsgesetz 2001 (Drucksache 14/4522 und 14/4523) sowie zum Änderungsantrag der FDP § 25 Abs. 2 Satz 1 HHG mit Enthaltung gestimmt haben.

Das Votum der PDS-Fraktion lautet bei beiden Abstimmungen Nein.

(A) Anlage 3**Die Fraktion der CDU/CSU hat mit Schreiben vom 30. November 2000**

– den Antrag „Energiepreiserhöhung zurücknehmen, Energiebesteuerung in Europa harmonisieren“ – Drucksache 14/293 –,

– den Antrag „Rücknahme des „Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002“ des „Gesetzes zum Einstieg in die ökologische Steuerreform“ sowie des „Gesetzes zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse“ – Drucksache 14/536 – und

– den Antrag „Diskriminierung von ,Frauen bei den Olympischen Spielen in Sydney 2000“ – Drucksache 14/2240 –

zurückgezogen.

Die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, dass der Ausschuss die nachstehenden EU-Vorlagen bzw. Unterrichtungen durch das Europäische Parlament zur Kenntnis genommen oder von einer Beratung abgesehen hat.

Innenausschuss

Drucksache 14/3428 Nr. 1.7

Finanzausschuss

Drucksache 14/4170 Nr. 2.44

(B) Drucksache 14/4170 Nr. 2.49

Drucksache 14/4170 Nr. 2.72

Drucksache 14/4170 Nr. 2.79

Drucksache 14/4170 Nr. 2.87

Drucksache 14/4309 Nr. 1.15

Drucksache 14/4309 Nr. 1.31

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Drucksache 14/2952 Nr. 2.8

Drucksache 14/2952 Nr. 2.14

Drucksache 14/2952 Nr. 2.16

Drucksache 14/2952 Nr. 2.17

Drucksache 14/2952 Nr. 2.19

Drucksache 14/2952 Nr. 2.27

Drucksache 14/2952 Nr. 2.31

Drucksache 14/2952 Nr. 2.32

Drucksache 14/2952 Nr. 2.33

Drucksache 14/2952 Nr. 2.34

Drucksache 14/3050 Nr. 2.28

Drucksache 14/3050 Nr. 2.29

Drucksache 14/3050 Nr. 2.30

Drucksache 14/3050 Nr. 2.31

Drucksache 14/3723 Nr. 2.4

Drucksache 14/4170 Nr. 1.14

Drucksache 14/4170 Nr. 2.13

Drucksache 14/4170 Nr. 2.15

Drucksache 14/4170 Nr. 2.32

Drucksache 14/4170 Nr. 2.43

Drucksache 14/4170 Nr. 2.46

Drucksache 14/4170 Nr. 2.56

Drucksache 14/4170 Nr. 2.61

Drucksache 14/4170 Nr. 2.63

Drucksache 14/4170 Nr. 2.66

Drucksache 14/4170 Nr. 2.67

Drucksache 14/4170 Nr. 2.68

Drucksache 14/4170 Nr. 2.75

Drucksache 14/4170 Nr. 2.77

Drucksache 14/4170 Nr. 2.80

Drucksache 14/4170 Nr. 2.85

Drucksache 14/4170 Nr. 2.88

Drucksache 14/4170 Nr. 2.89

Drucksache 14/4170 Nr. 2.92

Drucksache 14/4309 Nr. 1.1

Drucksache 14/4309 Nr. 1.10

Drucksache 14/4309 Nr. 1.11

Drucksache 14/4309 Nr. 1.12

Drucksache 14/4309 Nr. 1.23

Drucksache 14/4309 Nr. 1.34

Drucksache 14/4309 Nr. 1.35

Drucksache 14/4309 Nr. 1.43

Drucksache 14/4309 Nr. 1.47

Drucksache 14/4309 Nr. 1.48

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Drucksache 14/671 Nr. 2.32

Drucksache 14/1708 Nr. 2.1

Drucksache 14/1708 Nr. 2.2

Drucksache 14/1708 Nr. 2.4

Drucksache 14/1708 Nr. 2.10

Drucksache 14/1708 Nr. 2.14

Drucksache 14/1778 Nr. 2.1

Drucksache 14/1778 Nr. 2.8

Drucksache 14/1778 Nr. 2.9

Drucksache 14/2747 Nr. 2.16

Drucksache 14/2747 Nr. 2.41

Drucksache 14/2747 Nr. 2.42

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Drucksache 14/3050 Nr. 2.25

Drucksache 14/3341 Nr. 2.28

Drucksache 14/3341 Nr. 2.38

Ausschuss für Gesundheit

Drucksache 14/4309 Nr. 1.30

Drucksache 14/4441 Nr. 1.5

Drucksache 14/4441 Nr. 1.18

Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Drucksache 14/3859 Nr. 1.1

Drucksache 14/3859 Nr. 2.1

Drucksache 14/3859 Nr. 2.9

Drucksache 14/3859 Nr. 2.12

Drucksache 14/4170 Nr. 2.59

Drucksache 14/4170 Nr. 2.62

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Drucksache 14/4170 Nr. 1.2

Drucksache 14/4170 Nr. 2.2

Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Drucksache 14/3576 Nr. 1.4

Drucksache 14/3576 Nr. 1.5

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Drucksache 14/4441 Nr. 1.8

(C)**(D)**

(A) Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Drucksache 14/3428 Nr. 2.17

Drucksache 14/4170 Nr. 1.7

Drucksache 14/4309 Nr. 1.8

Drucksache 14/4309 Nr. 1.27

Drucksache 14/3409 Nr. 1.46

Drucksache 14/4441 Nr. 1.24

Ausschuss für Kultur und Medien

Drucksache 14/4170 Nr. 2.65

Drucksache 14/4309 Nr. 1.39

(C)



